

VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE BEURTEILUNG DER KONSEQUENZEN
DES EG-BEITRITTES PORTUGALS UNTER BERÜCKSICHTIGUNG
WIRTSCHAFTLICHER, POLITISCHER UND RECHTLICHER ASPEKTE

Inauguraldissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Rechte
durch die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster

vorgelegt von
Daniela Kreidler-Pleus
aus Stuttgart
1988



VORAUSSSETZUNGEN FÜR DIE BEURTEILUNG DER KONSEQUENZEN
DES EG-BEITRITTES PORTUGALS UNTER BERÜCKSICHTIGUNG
WIRTSCHAFTLICHER, POLITISCHER UND RECHTLICHER ASPEKTE

Inauguraldissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Rechte
durch die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster

vorgelegt von
Daniela Kreidler-Pleus
aus Stuttgart
1988

Dekan: Universitätsprofessor Dr. Petev Valentin
1. Berichterstatter: Universitätsprofessor Dr. Dr. Albert Bleckmann
2. Berichterstatter: Universitätsprofessor Dr. Rolf Stober

Tag der mündlichen Prüfung: 03.05.1988

INHALTSVERZEICHNIS

Teil 1	Seite
Historischer Abriß	1

Teil 2

Wirtschaftslage, Politische Landschaft, Verfassung

I Wirtschaftslage

1. Allgemeine Lage unter Salazar	25
2. Allgemeine Lage nach der Revolution	27
3. Allgemeine Lage 1984/1985	28
A: Wirtschaftsstruktur	29
B: Arbeitsmarkt und Beschäftigung	30
C: Geldpolitik	32
D: Staatshaushalt	36
E: Außenwirtschaft	37
a) Außenhandel	39
b) Leistungsbilanz	40
c) Kapitalbilanz	40
d) Wechselkurspolitik	41
F: Ausländische Investitionen	41
G: Landwirtschaft und Fischerei	42
a) 1984/1985	42
b) Allgemeine Lage	44
H: Bergbau	48
I: Verarbeitende Industrie	50
a) 1984/1985	50
b) Allgemeine Lage	54
J: Tourismus	55
K: Banken und Versicherungen	55

Annex: Infrastruktur	55
----------------------	----

II. Politische Landschaft

Parteien

1) Geschichte	59
2) Parteien im Einzelnen	
A PS = Partido Socialista	61
a) Geschichte	61
b) Ideologie und Programm	62
c) Organisation	63
d) Nahestehende Verbände und Presse	66
e) Internationale Beziehungen	67
f) Sozialstruktur	69
g) Stellung im Parteiensystem	70
h) Stellung im Regierungssystem	71
i) Tendenzen, Gruppen und Konflikte	72
B PCP = Partido Comunista Português	73
a) Geschichte	73
b) Ideologie und Programm	76
c) Organisation	77
d) Nahestehende Verbände und Presse	78
e) Internationale Beziehungen	78
f) Sozialstruktur	79
g) Stellung im Parteiensystem	80
h) Stellung im Regierungssystem	80
i) Tendenzen, Gruppen und Konflikte	81

C	PSD = Partido Social Democrata	81
	a) Geschichte	81
	b) Ideologie und Programm	83
	c) Organisation	84
	d) Nahestehende Verbände und Presse	87
	e) Internationale Beziehungen	88
	f) Sozialstruktur	88
	g) Stellung im Parteiensystem	89
	h) Stellung im Regierungssystem	90
	i) Tendenzen, Gruppen und Konflikte	91
D	CDS = Partido do Centro Democrático Social	92
	a) Geschichte	92
	b) Ideologie und Programm	93
	c) Organisation	94
	d) Nahestehende Verbände und Presse	97
	e) Internationale Beziehungen	98
	f) Sozialstruktur	99
	g) Stellung im Parteiensystem	99
	h) Stellung im Regierungssystem	100
	i) Tendenzen, Gruppen und Konflikte	100
E	PRD = Partido Renovador Democrático	101
	a) Geschichte	101
	b) Ideologie und Programm	102
	c) Organisation	103
	d) Nahestehende Verbände und Presse	105

e) Internationale Beziehungen	106
f) Sozialstruktur	106
g) Stellung im Parteiensystem	106
h) Stellung im Regierungssystem	107
i) Tendenzen, Gruppen und Konflikte	107

Gewerkschaften

1) Geschichte	108
2) Dachverbände im Einzelnen	
A CGT/Interesindical = Confederação Geral Trabalhadores	114
a) Programm	114
b) Organisation	115
B UGT = União Geral dos Trabalhadores	116
a) Programm	116
b) Organisation	117

Verbände

A CAP = Confederação dos Agricultores de Portugal	119
B AIP = Associação Industrial Portuguesa	120
C CIP = Confederação da Indústria Portuguesa	123

III. VERFASSUNG

1) Verfassungsgeschichte bis 1974	125
A Verfassung von 1822	125
B Carta Constitucional von 1826	127
C Verfassung von 1838	130
D Verfassung von 1911	131
E Verfassung von 1933	134
2) Verfassungsmäßiger Zustand von der Revolution bis zur Verfassung von 1976	139
A 25.4.74 - 14.5.74	139
B 14.5.74 - 14.3.75	141
C 14.3.75 - 2.4.76	143
3) Entstehung und Hintergründe der Verfassung von 1976	144
4) Verfassung von 1976	147
A Allgemeines	147
B Schwerpunkte	149
a) Übergang zum Sozialismus	149
1) Eigentum	150
2) Ausübung der demokratischen Macht durch die Werktätigen	152
3) Planwirtschaft	154
b) Politische Demokratie	154
1) Gewaltenteilung	155
2) Regierungssystem	158
3) Grundrechte	159
4) Kontrolle der Verfassung	163

5) Verfassungsrevision von 1982	167
A: Allgemeines	167
B: Schwerpunkte	169
a) Entdogmatisierung und Abschwächung des Sozialismuspostulats	169
b) Grundrechte	170
c) Abschaffung des Revolutionsrates	171
1) Regierungssystem und Gewaltenteilung	171
2) Kontrolle der Verfassung	173
d) Internationale Beziehungen	177

Teil 3

Vorbeitritt, Vorbeitrittshilfe, Beitrittsverträge

I) Beitrittsgeschichte	180
II) Wirtschaftliche Hilfe und Vorbeitrittshilfe der EG	188
1) Soforthilfe vom 7.10.75	189
2) Finanzprotokoll vom 20.9.76	190
3) Vorbeitrittshilfe vom 3.12.80	190
4) Verlängerung der Vorbeitrittshilfe von 1983	192
5) Verlängerung der Vorbeitrittshilfe von 1984	192
6) Anhang der Projekte	193
III) Beitrittsverträge	198
1) Allgemeines	198
2) Beitrittsakte	200

A: Grundsätze	200
B: Anpassung auf EG-Seite	201
a) Institutionen	201
b) Rechtsakte	204
C: Übergangsmaßnahmen	205
a) Freier Warenverkehr	205
aa) Zollbestimmungen	205
bb) Mengenmäßige Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung	206
cc) Sonstige Bestimmungen	207
b) Freizügigkeit	208
aa) Arbeitnehmer	208
bb) Niederlassungsrecht, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr	209
c) Landwirtschaft	211
aa) Allgemeines	211
bb) Klassischer Übergang	212
b1) Anwendungsbereich	212
b2) Annäherung und Ausgleich der Preise	212
b3) Freier Warenverkehr und Zollunion	212
b4) Beihilfen	213
b5) Ergänzender Handelsmechanismus	214
b6) Andere Bestimmungen	215
cc) Stufenweiser Übergang	215
c1) Anwendungsbereich	215
c2) Erste Stufe	216
c3) Zweite Stufe	218
dd) Gemeinsame Marktorganisation mit klassischem Übergang z.B.	219
d1) Fette	219
d2) Zucker und Isoglukose	219
d3) Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse	220

ee) Gemeinsame Marktorganisation mit stufenweisem Übergang z.B.	220
e1) Milch und Milcherzeugnisse	220
e2) Rindfleisch	221
e3) Obst und Gemüse	221
e4) Getreide	221
e5) Wein	222
d) Fischerei	222
aa) Allgemeine Bestimmungen	222
bb) Zugang zu Gewässern und Ressourcen	223
cc) Externe Ressourcen	224
dd) Gemeinsame Marktorganisation	224
ee) Regelung für den Handel	224
e) Auswärtige Beziehungen	225
aa) Handelsbeziehungen	225
bb) Abkommen der Gemeinschaft mit Dritt- ländern	226
cc) Textilien	226
f) Finanzen	226
3) Sonstige Bestimmungen	228
Schlußbemerkungen	229

Teil 1

Historischer Abriß



Portugal umfaßt mit Madeira und den Azoren 92 389 km². Es nimmt damit ungefähr 1/5 der Iberischen Halbinsel ein und hat heute etwa 10 Millionen Einwohner (1):

Die Geschichte der Iberischen Halbinsel läßt sich bis zum Anbruch der Steinzeit zurückverfolgen (2). So sind heute noch Spuren der Abbevillienzeit, des Paläolithikums, des Mesolithikums und des Neolithikums vorhanden (2). Etwa 1000 vor Christus begannen die indo-europäischen Invasionen und Infiltrationen, insbesondere durch die Kelten (3). Um 218 vor Christus wurden die Phönizier, Griechen und Karthager durch die Römer von der Iberischen Halbinsel vertrieben (4). Erst knapp 100 Jahre später aber begann die eigentliche Romanisierung mit dem Durchmarsch von Brutus im Jahre 137 v. Chr. (5). Vorher waren die Römer im Norden des heutigen Portugal auf großen Widerstand der Lusitanier unter ihrem keltischen Führer Viriatus gestoßen. Dieser hatte 139 v. Chr. mit den Römern Frieden geschlossen, sie jedoch ließen ihn ermorden (6). Im Jahre 19 v. Chr. gelang es Kaiser Augustus, den letzten Widerstand zu brechen (7):

Unter Augustus fand zunächst eine Verwaltungsreform statt, durch die die Iberische Halbinsel in drei Provinzen aufgeteilt wurde, von denen die Provinz Lusitania mit ihrer Hauptstadt Lerdia das Kerngebiet des heutigen Portugal umfaßte (8). Die römische Zentralverwaltung löste die vorher herrschenden "cividades", die Kollektivherrschaft der Familien und Sippen, ab. Individueller Landbesitz wurde eingeführt. Die römische Sprache, aus der sich über das Vulgärlatein die portugiesische entwickelte, wurde Volkssprache (9). Das römische Recht, Kommunen (Conventi) und Gerichte wurden eingeführt (10). Nur nördlich des Flusses "Tanguis" blieben die Stammesorganisationen erhalten (11).

Wirtschaft, Landwirtschaft und Kultur entwickelten sich, Straßennetze wurden ausgebaut, Geld wurde zum Tauschmittel (12). Es folgte im

3. Jahrhundert eine lange Zeit des Friedens und der Christianisierung (13).

409 n. Chr. überquerten die germanischen Stämme der Vandalen, Sueben und Alanen die Pyrenäen und fielen in die Iberische Halbinsel ein (14).

Die Alanen siedelten sich in Lusitanien an, die Vandalen und Sueben in Galicien. Die Oberhoheit über die Gebiete verblieb aber zunächst bei den Römern (15).

In der Folgezeit errichteten die Sueben ein Königreich "Portugal", nachdem sie die Römer verdrängt und die Alanen und Vandalen verjagt hatten (16). Gleichzeitig drängten die Westgoten - Genossen Roms - nach und verhinderten zunächst eine weitere Ausdehnung des Suebenreiches (17). 585 verlebten sie sich das Suebenreich ein. Ihre Hauptstadt wurde Toledo (18).

König Leogiwild gab der Iberischen Halbinsel die politische Einheit und errichtete eine Föderation von Königreichen (19). Die Westgoten lebten dann als Adel in den früheren römischen Ortschaften. Die Kirche entwickelte sich zum Repräsentanten der Kultur (20). Die Bischöfe wurden dem Adel bei den Thronfolgerwahlen gleichgestellt (21).

Ein neues Gesetzbuch, das "Liber iudiciorum", entstand (22).

Nach dem Tod König Witiza im Jahre 710 entstand zwischen Adel und Klerus Streit über die Thronfolge. Der Erbe Achila rief mit Hilfe des Bischofs von Sevilla die Araber, um eine Nachfolge Roderichs zu verhindern (23).

In den Jahren 710 und 711 besiegten die Araber Muza und Tarik König Roderich und besetzten die gesamte Halbinsel mit Ausnahme von Asturien. Folge des Krieges war die Zerstörung der herrschenden Schicht, die westgotischem Gesetz entsprechend dem König in den Krieg folgen mußte (24).

Es entstanden Amtsbezirke und lokale Regierungsorgane. Die arabische Sprache und Architektur hinterließen ihre Spuren. Neuerungen im Handel und im Agrarbereich wie z.B. künstliche Bewässerung und Wassermühlen waren die positiven Folgen der Invasion (25). Auch durften die Christen gegen Kopfgeld ihren Glauben weiterhin ausüben (26).

Bereits 718 begann vor allem unter dem gotischen Fürsten Pelagio der Widerstand, der aber erst im 13. Jahrhundert zur Vertreibung der Araber aus Portugal führte. Die Zeit dazwischen war gekennzeichnet von ständigen Kämpfen, Eroberung und Rückeroberung (27).

Während der Zeit der Reconquista entstand das Königreich von Asturien und León, das auch das heutige Nordportugal umfaßte (28). Nach der teilweisen Wiederherstellung der christlichen Herrschaft begann die Wiederbesiedlung ausgehend von den Stadtgemeinden. Adelige und Bischöfe verwalteten als Fürsten von "Portucale" die juristisch selbstständige Provinz des Königreiches Asturien und León (29). 841 bereits tauchte die Provinz 'Portucaleuse' in den Dokumenten auf und 883 wurde mit "Portucale" das Land zwischen den Flüssen Douro und Minho bezeichnet (30).

1031 wurde das 928 in Cordoba errichtete Kalifentum abgesetzt (31). Ferdinand I von León und Kastilien drang ins heutige Portugal vor und legte die Nordgrenze des Landes zum Minho-Fluß (32).

Auf den Hilferuf Alfonsos VI kam 1087 auch Heinrich von Burgund gegen die Araber zu Hilfe. Er erhielt 1095 die Grafschaft Portucale und Coimbra als freies und erbliches Lehen von Alfonso (33). Erste Unabhängigkeitsbestrebungen kamen auf. So erklärte sich Graf Heinrich etwa 1100 zum unabhängigen Herren von Portucale (34). Begünstigt durch den Thronfolgekrieg in Spanien und seinen Sieg über die eingefallenen "Spanier" nahm Afonso Henrique, der Sohn Heinrichs, nach seinem Sieg über die Araber 1139/1140 die Königswürde an. 1143 wurde ihm bei der Konferenz

von Zamorra der Titel "König von Portugal" verliehen. Er blieb jedoch als "Herr von Astorga" Vasall des "Spaniers" und wurde gegen Tributzahlung Vasall des Papstes Innozenz II, nachdem dieser die Dynastie 1179 gegen Geld anerkannt hatte (36).

1211 wurde durch den König die Cortes-Versammlung, bestehend aus Adel, Klerus und später Distriktsvertretern, nach dem Vorbild des westgotischen Kronrats das Reichsgrundgesetz von Lamego angenommen, das 400 Jahre lang die wechselseitigen Beziehungen regelte. Der durch Erbfolge bestimmte König berief den Cortes ein, die durch diesen gefaßten Beschlüsse hatten nach Bestätigung des Königs Gesetzeskraft. Die Vollziehende Gewalt oblag dem König (37).

In den folgenden Jahren wurde unter Afonso I, Sancho I, Afonso II, Sancho II und Afonso III mit der Hilfe von drei Ritterorden und englischen Kreuzfahrern die Südgrenze Portugals bis zum Algarve vorgeschoben, die 1249/1250 an Portugal zurückfiel (38). Diese Jahre waren von ständigen Kämpfen mit den Mauren, sowie dem benachbarten Léon und Kastilien begleitet (39).

Sancho I hatte eine Adelserhebung niedergeschlagen und den Besitz der Aufständischen an die Distrikte verteilt (40). Auch Afonso I und Sancho II hatten harte Kämpfe mit dem Adel auszufechten (41). Afonso III, König von Portugal und dem Algarve, erklärte Lissabon zur Hauptstadt und ließ sie von den Ritterorden besiedeln (42). Afonso III förderte während seiner Amtszeit die Distrikte gegen Klerus und Adel.

So nahmen an dem Cortes 1254 erstmals Vertreter des dritten Standes teil.

Die Städte waren dem "direito municipal", d.h. nur dem König unterstellt, an den sie Steuern bezahlten und dem sie im Heer dienten. Regiert wurden sie von gewählten Vertretern der Einwohner (43). Die Gemeinde war eine selbständige Körperschaft (44).

Mit der Eroberung der Algarve erhielt Portugal nahezu seine heutigen Staatsgrenzen und Europa seinen ersten Nationalstaat (45). 1267 wurde im Vertrag von Badajoz die spanisch-portugiesische Grenze festgelegt, die 1297 im Vertrag von Alcamises entsprechend der heutigen Grenze revidiert wurde (46).

Unter Dinis, dem "Landwirt", der bis 1325 herrschte, wurde neben anderen Maßnahmen eine Bodenreform durchgeführt, nicht bebaute Gebiete wurden als erbliche Pachthöfe gegen jährliche Kontribution von der Krone oder den Gemeinden an Familien vergeben. Gleichzeitig schränkte Dinis den Landkauf und -verkauf der Kirche ein (47). Portugal wurde exportfähig, Handel und Schifffahrt florierten, das Manufakturwesen begann (48). 1290 gründete er die Universität (Studium Generale) in Lissabon, die 1308 nach Coimbra verlegt wurde (49). Portugiesisch wurde Amtssprache (50). Bereits zu dieser Zeit gab es in Portugal eine Aufteilung der Verwaltung in drei Ministerien: Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und Finanzen (51). Um 1300 konnte die Einführung des Marktprinzipes festgestellt werden, der allgemeine Geldverkehr wurde eingeführt, der Stadt - Land Handel kam auf (52). Jedoch fand in der Zeit von 1300 - 1385 keine Einberufung des Cortes mehr statt (53).

Außenpolitisch hieß die Richtung England. 1308/09 wurde der erste Handels- und Freundschaftsvertrag geschlossen, dem 1344, 71 - 73 und 86 weitere folgten (54).

1346/48 suchten Pest und Erdbeben Portugal heim, denen eine Wirtschaftskrise folgte (55). Weitere Auseinandersetzungen mit den Arabern und Spaniern fanden statt (56). Erst 1385 sicherte die Schlacht bei Aljubarrota Portugal 200 Jahre Frieden mit Kastilien (57).

Im Inneren tobte der Bürgerkrieg, dessen Anlaß 1355 die Ermordung Ines de Castros, der heimlichen Gattin des Königs, war (58).

Die Macht der Kirche wurde durch das Gesetz über die Zustimmung

des Königs zur Veröffentlichung und Durchführung päpstlicher Briefe eingeschränkt (59). Das Gesetz der "Aufteilung" im Jahr 1375 zwang zur Bebauung brachliegenden Landes (60). Die Werften erhielten kostenlos Holz des Königs. Zubehör und Schiffe konnten zollfrei eingeführt werden. Zölle wurden gesenkt und Versicherungen gegründet (61).

Das Ende des Mittelalters leitete die Revolution von 1383 - 1385 ein, die sich an Thronfolgestreitigkeiten entzündete. Vorangegangen war eine Schwächung des Bürgertums und eine Stärkung des Adels. Es hatte zuvor eine starke Kaufmannsklasse gegeben, die in Handelskörperschaften organisiert war (62). Inflation und Wirtschaftskrise waren die Folgen des 100-jährigen Krieges an der Seite Englands und dreier verlorener Kriege gegen Kastilien (63). 1383 wurde João I., Großmeister des Avis-Ordens, als neuer König ausgerufen und 1385 vom Cortes gewählt (64). Vorher aber war ein spanischer Angriff auf Portugal abzuwehren, der eine kastiliani-sche Thronfolge sichern sollte (65).

In der Folge der Revolution fand eine Umgestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte statt, hervorgerufen durch den Tod eines Teils des Adels und das Entstehen eines Mittelklasseadels. Das Gewerbe erlangte eine Machtstellung als Kontroll- und Regierungsorgan in Form der "Kammer der 24" (66). Mit dem Angriff auf Ceuta 1415 begann das portugiesische Jahrhundert der Entdeckungsfahrten (67). Die Grundlagen hierfür schuf die Seefahrtsschule des Königssohnes Heinrich in Sagres, die von den Ritterorden finanziert wurde (68). Auch die 1444 gegründete Lagosgesellschaft, hauptsächlich von Händlern und der 'Industrie' finanziert, war maßgebend an den Entdeckungsfahrten beteiligt (69).

Die Ziele der Unternehmungen waren religiöser, militärischer und wirtschaftlicher Art. So wollten die Portugiesen die afrikanischen Zwischenhändler umgehen, die maurischen Piraten vertreiben, an den Handelsgebieten und Reichtümern (Sklaven,

Gold, Gewürze) der neuen Welt teilhaben und nicht zuletzt einen Prestigegewinn verbuchen (70). Im Laufe des 15. Jahrhunderts unternahmen sie Kreuzzüge nach Marokko, entdeckten z.B. Madeira, die Azoren, die Kapverdischen Inseln, erkundeten die afrikanische Küste bis zum Kap der Guten Hoffnung, entdeckten den Kongo, Angola und Grönland und erreichten Novoja Semlja vor der sibirischen Küste und Librador. 1498 endlich landete Vasco da Gama in Indien. 1500 entdeckte Cabral Brasilien und begründete die Seeherrschaft im Roten Meer und im Persischen Golf. 1509 wurde Goa eingenommen (71).

Da auch Kastilien zur gleichen Zeit Überseeunternehmungen startete, waren Konflikte nicht auszuschließen. Im Vertrag von Tordesillas 1494 wurde zur Abgrenzung der Eroberungen beider Länder eine Grenze 370 Meilen westlich des Kap Verde von Pol zu Pol gezogen. Damit sicherte sich Portugal Brasilien und den Seeweg nach Indien (72).

Portugals Eroberungen waren aber keine Kolonien im eigentlichen Sinne, vielmehr handelte es sich meistens um gesicherte Handelsstützpunkte, sogenannte Punktkolonien, die nur wenig befestigt waren. Grund hierfür war vor allem ein Mangel an Menschen, da Portugal damals nur 1,5 Mio. Einwohner hatte. Nur Brasilien und die Atlantischen Inseln waren tatsächlich kolonialisiert (73). Das anfängliche Kolonialmonopol der Krone wurde nach und nach durch Pachtverträge an Privatunternehmer abgegeben (74). Trotz Thronfolgestreitigkeiten ging mit den Unternehmungen ein Aufschwung im Handel einher. Portugal wurde Zwischenhändler, Währung und Staatshaushalt waren ausgeglichen. Seit 1473 bestand ein Budgetüberschuß (75): 1443 wurde von König Duarte das bis 1832 gültige Mentalgesetz erlassen, das Kronlehen für unteilbar und unveräußerlich erklärte, mit der Folge, daß bei Fehlen eines männlichen Erben der Besitz an die Krone zurückfiel (76). 1446 wurde die portugiesische Gesetzesammlung "Ordenações Afosinas" herausgegeben (77). Im Laufe des Jahr-

hundreds schränkten die Könige, vor allem João II, die Macht des aufstrebenden Adels ein. So mußte der Kronbesitz zurückgegeben werden, königliche Gerichte wurden durch private ersetzt und der Magistrat, nicht der Adel, verwaltete (78).

Nach den "glücklichen" Jahren, in denen auch die "Luisaden" des Dichters Camoes entstanden, zeichnete sich etwa 1520 eine Trendwende ab (79).

Die Kosten für die Kolonien und die Konsequenzen aus den Eroberungszügen, nämlich große Lebensmittelimporte, wenig Landwirtschaft, keine eigene industrielle Entwicklung, Landflucht und Sinken der Gewürzpreise, führten zu chronischen Defiziten des Staatshaushaltes: Sie führten 1560 zum Staatsbankrott (80). Viele Stützpunkte in Afrika gingen verloren (81).

Innenpolitisch ging Anfang des 16. Jahrhunderts die Macht des Cortes zurück, die Kammer der 24 wurde aufgelöst (82). Profit aus der Kolonialisierung zog der Adel, der auch immer stärker in der Verwaltung vertreten war (83).

Der endgültige Niedergang der portugiesischen Welt- und Seemacht erfolgte 1578, als König Sebastião bei Alcazar-Kebir die große Seeschlacht gegen Marokko verlor und starb. Dies ebnete Philipp II von Spanien den Weg zum verwaisten portugiesischen Thron (84). Portugal blieb formal zwar während der 60 Jahre spanischer Besetzung selbständig, war real aber spanischen Interessen unterworfen (85). So ging die portugiesische Flotte 1588 mit der spanischen Armada unter (86).

Vorteile aus der spanischen Besetzung zogen auch England und die Niederlande, die während dieser Zeit nahezu den gesamten Übersee-handel an sich zogen (87).

Nach Steuererhöhungen in Portugal gipfelten die Unruhen und Aufstände 1640 in die Revolution unter dem Herzog von Braganca, dem späteren João IV (88).

Nach einer Neuordnung des Staates in selbstverantwortliche Gebiete schloß Portugal zunächst 1641 mit Holland Waffenstillstand und 1642 einen Vertrag mit England, der England gegen Schutzzusagen für Portugal ein uneingeschränktes Handelsrecht in Übersee sicherte (89). Ein weiterer Vertrag mit England 1654 konnte seitens Englands nur mit Hilfe einer Kriegsflotte zur Unterzeichnung gebracht werden (90). Erst 1661 sicherten die Engländer die wegen neuer Kriege mit Spanien so wichtige militärische Unterstützung zu, mit deren Hilfe Portugal 1665 gegen Spanien siegte und 1668 Frieden schloß (91). 1663 bereits kam ein Friede mit den Niederlanden zustande, die nach mehreren Versuchen, Brasilien zu erobern, Portugals Anspruch darauf anerkannten (92).

Brasilien entwickelte sich in seinem "goldenen" Zeitalter zum Handelspartner und Finanzier für Portugal, da die brasilianischen Gold- und Diamantenfunde zu 1/5 an das Mutterland abgeliefert werden mußten (93). 1697 wurde letztmals der Cortes einberufen, der Absolutismus kam (94). 1703 schlossen England und Portugal den Methuenvertrag, der bis 1842 galt. Englische Wolle und englisches Tuch konnten ohne mengenmäßige Beschränkung nach Portugal eingeführt werden; dafür erhielt Portugal eine Weinzollreduzierung von 1/3 gegenüber dem Zoll für französische Weine (95).

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts gelangten Kultur, Wissenschaft und Baukunst (z.B. Bibliothek in Coimbra, Kloster Mafra) in den Vordergrund; die Wirtschaft dagegen in den Tiefstand (96). Schuld daran trugen der Goldrausch, die Wein-Monokultur, die Auswanderung, die 1720 verboten wurde sowie die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Manufakturen (97). Unter José I wurde Carvalho e Melo, der spätere Marquis von Pombal, Minister und 1756 Chefminister. Er war der eigentliche Herrscher im aufgeklärten Absolutismus (98). Er veranlaßte auch den Aufbau des 1755 durch

ein Erdbeben zerstörten Lissabon (99): Nach einem Mordanschlag auf den König 1758 wurden die Jesuiten aus Portugal vertrieben; ein Teil des Adels wurde hingerichtet, gegen den Rest von ihnen hart vorgegangen und ihre Privilegien abgeschafft (100): Der Marquis von Pombal modernisierte Recht und Verwaltung und förderte die Wirtschaft z.B. durch Importreduktionen und Verbot von Goldexport: Nationale Gesellschaften für Wein-, Fisch- und Landwirtschaft, die Monopole innehatten; wurden ebenso wie Handels- und Volksschulen gegründet: Eine Universitätsreform fand statt. Die Sklaverei wurde abgeschafft, die brasilianischen Indianer befreit und die Inquisition hörte auf (101).

In Portugal hinterließ der siebenjährige Krieg keine größeren Spuren. Nach dem Tode José I 1777 entließ Maria I Pombal (102). Die Gefängnisse wurden geöffnet; eine Liberalisierung setzte ein (103):

1793 begann mit der französischen Revolution die europäische Krise, in der sich Portugal relativ neutral verhielt und dadurch eine Blütezeit erlebte: (104).

Nach der Kontinentalsperre 1806 rückten 1807 französische Truppen in Portugal ein, ohne aber den königlichen Hof dort vorzufinden: Dieser war bereits nach Brasilien verlegt worden (105). Bis 1811 dauerte der Kampf gegen die Franzosen, die neben der Zerstörung die Idee der Revolution zurückließen (106).

Ein neues Handelsabkommen mit England 1810 sicherte diesem den Brasilienhandel zu den gleichen Bedingungen wie den mit Portugal (107).

1815 wurde Brasilien zum Königreich erklärt (108).

1820, im Jahre der Rückkehr des Hofes nach Lissabon, fand ein Aufstand gegen den noch regierenden Regentschaftsrat und nachfolgend die liberale Revolution statt (109). Eine gewählte verfassungsgebende Versammlung trat zusammen und in Porto wurde eine provisorische Regierung gebildet.

"Volkssouveränität und repräsentative Demokratie" hieß die Devise (110).

Ein Jahr später fand in der reichsten Kolonie - Brasilien -, die 1822 ihre Unabhängigkeit erklärte, eine Parallelbewegung statt (111).

1822 wurde der zurückgekehrte König auf die provisorische Verfassung vereidigt.

Diese Verfassung, entstanden nach dem Vorbild der spanischen Cadix-Verfassung, wies die Exekutive der Krone und den Ministern, die Legislative der nur noch aus einer Kammer bestehenden Versammlung zu, die der König nicht mehr auflösen konnte. Er hatte nur ein suspensives Veto (112).

Es bestand direktes Wahlrecht mit zensitärer Beschränkung (113). Bereits ein Jahr später erfolgte, begünstigt durch die restaurativen Tendenzen in Europa, unter dem zweiten Königssohn Miguel die kurzfristige Rückkehr zur absoluten Monarchie (114).

1825 wurde Brasilien als unabhängiges Königreich anerkannt (115). Als 1826 König João starb, wurde unter dem "brasilianischen" Sohn Pedro eine Verfassung nach französischem und brasilianischem Vorbild, die ein Zweikammersystem vorsah, bestehend aus der vom König bestimmten Pairskammer zum einen und indirekt gewählten Volksvertretern zum anderen, eingeführt. Der König war als vierte Gewalt Mittler zwischen Exekutive, Judikative und den Kammern (116).

Zwei Jahre später wurde Miguel von der alten 3-Stände-Cortes gekrönt und regierte als absoluter Monarch bis 1834 (117).

Als Pedro nach Portugal zurückkehrte organisierte er den liberalen Widerstand, der 1834 Erfolg hatte (118). Nach Pedros Tod im gleichen Jahr wurde unter seiner Tochter Maria II die Verfassung von 1826 wieder eingeführt (119).

Der Liberalismus begann in Portugal, ohne die nötigen Voraussetzungen vorzufinden. So war er nicht Folge der Veränderung der wirtschaftlichen Basis. Ihr Träger war das Bürgertum, nicht die schwache "Industrie" (120).

Um dem 1831 usw. durch den Verlust Brasiliens eingetretenen Staatsbankrott abzuhelpen, wurden Klöster und Orden aufgelöst und deren Besitz verkauft (121).

Im September 1836 folgte eine neue Revolution der Anhänger der Verfassung von 1822, die mit einer neuen Verfassung von 1828 endete. Nach dieser lag die Legislative bei einem nach direktem und unmittelbarem Zensuswahlrecht gewählten Zweikammerparlament und die Exekutive beim König (122).

In dieser Zeit wurde das Strafgesetzbuch verändert, das Gesundheitswesen verbessert, die Verwaltung reformiert und der Sklavenhandel verboten (123).

Vier Jahre später führte der "Diktator" Costa Cabral die 26er Verfassung erneut ein, wobei die Abgeordnetenkammer nun direkt gewählt wurde (124). 1846 erhoben sich im Norden die Bauern unter Maria da Fonte, da sie durch Cabrals Sparmaßnahmen stark betroffen waren (125). Auch Spanien und England griffen ein: Eine neue liberale Regierung kam (126); Saldanha wurde Minister, dann wieder Cabral und 1851 wieder Saldanha (127). Die umstrittenen Landgesetze wurden aufgehoben (128). Mit einer Wirtschaftsbelebung, die sich in der Gründung von Kreditinstituten, im Bau von Straßen und Eisenbahnen und einer Förderung der Landwirtschaft ausdrückte, ging der Rotativismus zwischen den eher rechts stehenden Regenderadores und den eher links stehenden Progressistas einher. Es machten jetzt Regierungen die Wahlen; nicht Wahlen die Regierungen (129).

1884 fand in Berlin die Kongo-Konferenz über die afrikanischen Kolonien statt. Portugals Besitzansprüche auf den Kongo wurden mangels Effektivität der Besetzung nicht anerkannt, anders die auf Angola und Moçambique. Daraufhin wandte sich das Land der effektiven Besetzung seiner Kolonien zu (130). Deutschland und Frankreich erkannten 1886 auch die Verbindung zwischen den beiden oben genannten Ländern an (131), nicht so England,

das Portugal durch ein Ultimatum zur Aufgabe der Querverbindung (rosarote Landkarte) zwang (132).

1889 wurde in Brasilien die Republik ausgerufen, ein Ausruf der portugiesischen Republik in Porto scheiterte 1891 (133).

Unter Oliveira Martins wurden von 1890 - 1893 umfassende Sozial-reformen durchgeführt (134). Durch das Ausbleiben brasilianischer Zahlungen mußte Portugal 1892 den Staatsbankrott erklären (135). 1899 zwang England Portugal durch ein Bündnis, das 1902 erneuert wurde, zur Teilnahme am Burenkrieg (136).

1900 brach das rotativistische System zusammen, wenn auch die Wahl von Republikanern noch verhindert wurde (137). Bei der Wahl 1906 zogen vier Republikaner ins Parlament ein, João Franco wurde mit der Regierungsbildung beauftragt (138). Ihm wurden weitgehende Vollmachten erteilt, mit deren Hilfe Franco versuchte, die Parteien durch Pressezensur einzuschränken und die Monarchie zu retten (139).

Nach der Ermordung von König und Kronprinz 1908 und nach dem republikanischen Wahlsieg 1910 kam es zur Revolution, in deren Folge Manuel II abgesetzt und die Republik ausgerufen wurde (140).

Es folgten in 16 Jahren 7 Parlamente, 8 Staatspräsidenten, 50 Regierungen, 20 Aufstände und Putsche, 42 Kabinette, 158 größere Streiks sowie Terror und Bombenanschläge (141).

Zunächst aber wurden unter dem ersten Präsidenten Dr. Braga die Adelstitel abgeschafft, Kirche und Staat getrennt und die Gerichtsbarkeit über Jesuiten und Orden wieder eingeführt (142). 1911 erfolgte die Verkündung einer nach französischem Vorbild entworfenen Verfassung auf der Grundlage von Volkssouveränität und Gewaltenteilung.

Das Zweikammernparlament, bestehend aus Senat und Abgeordneten-kammer, beide direkt gewählt, stellte die starke Legislative, die

Exekutive die Kabinettsregierung mit Einzelministerverantwortung. Der schwache Präsident, indirekt gewählt, ernannte die Minister und konnte ab 1921 das Parlament auflösen (143).

1916 erklärte Deutschland Portugal den Krieg, das in Frankreich, Angola und Mocambique große Verluste erlitt (144).

Innenpolitisch kämpften Monarchisten, Militär, Kommunisten und andere Gruppen um die Macht (145). Unterdessen verfielen Wirtschaft und Währung (146). Nach zahlreichen Umsturzversuchen begründete Gomes da Costa 1926 eine Militärdiktatur. Die Verfassung von 1911 wurde aufgehoben, das Parlament aufgelöst (147).

1928 wurde Prof. Salazar in die Regierung berufen, dem durch Kontrollbefugnisse über alle Einnahmen und Ausgaben und Sparsamkeit innerhalb kürzester Zeit eine Finanzgesundheit gelang (149). Oberste Verfassungsorgane waren der Präsident der Republik, die Nationalversammlung, die Regierung und die Gerichte.

Der formal starke Präsident der Republik wurde direkt gewählt (ab 1959 von einem Wahlkollegium). Er ernannte und entließ den Ministerpräsidenten, konnte die Nationalversammlung auflösen und einberufen und hatte ein suspensives Vetorecht im Gesetzgebungsverfahren. Der Staatsrat war ihm als Beratungsorgan zugeordnet. Seine Maßnahmen bedurften der Gegenzeichnung der Regierung. Die Nationalversammlung, über Blocklisten auf vier Jahre direkt gewählt, war (außerordentlicher) Gesetzgeber und bezüglich einfacher Gesetze der Regierung mit einem auflösenden Vetorecht ausgestattet.

Sie hatte auch Rahmengesetzgebungskompetenz. Seit 1945 aber hatte die Regierung faktisch die Gesetzgebungskompetenz.

Auffallend war der doppelköpfige Präidentialismus sowie die zurückgedrängte Rolle der Nationalversammlung. Der Schwerpunkt der Gewaltenteilung lag später faktisch beim Ministerpräsidenten Salazar, der die uneingeschränkte Richtlinienkompetenz hatte (150).

Die Verfassung wurde durch ein Plebiszit bestimmter Familienoberhäupter (1,3 Mio.) unter Stimmenthaltung als "ja" angenommen (151).

Bereits bevor er an die Macht gekommen war, hatte Salazar mit dem "Katholischen Kreis" die Idee des korporativen Staates unter Einfluß der Enzyklika Quadregesimo Anno vom 15.05.1931 entworfen: An Stelle von übermäßigem Individualismus in Staat und Gesellschaft sollte die "organische Gliederung" des Volkes entsprechend ihren sozialen Funktionen treten.

Kategorien von Menschen, nicht das Individuum, formen die Gesellschaft. Der Staat ordnet diese Kategorien. Horizontal werden verschiedene Klassen unterschieden, vertikal verschiedene Berufe. Entsprechend dem Naturrecht hat jede Klasse und Berufsschicht Rechte und Pflichten.

Das Recht der Gruppe steht vor dem Recht des Einzelnen (152). Dementsprechend wurden im "Estado Novo" Parteien ebenso wie Streiks verboten. Es gab die Einheitsbewegung "União Nacional", "sindicatos" für Arbeitnehmer und "gremios" für Arbeitgeber (153).

1936 wurden die Beziehungen zu Spanien abgebrochen, jedoch 1939 durch ein Freundschaftsbündnis wiederaufgenommen (154).

Im zweiten Weltkrieg war Portugal relativ neutral und bildete mit Spanien den Iberischen Block (155). Es stellte den Alliierten 1943/1944 lediglich die Azoren als Militärstützpunkt zur Verfügung (156).

1949 wurde Portugal Gründungsmitglied der NATO, 1955 Mitglied der UNO und 1959 EFTA-Mitglied (157).

Neben ständigen Unruhen im Inland (z.B.: 1933-1936 Proteste und Demonstrationen, 1945/1946 Streiks und Wahlboykott, 1946 Militärrevolte in Porto, 1958 Unruhen wegen der Präsidentschaftskandidatur Delegados, Staatsstreichversuch Moniz, 1961 Putschversuch des Militärs, Entführung der "Santa Maria"; 1962 Studenten- und Landarbeiterstreik) gab es nun auch Probleme mit den Kolonien (158). 1961 okkupierte Indien trotz portugiesischen Protestes Goa, 1963 brachen die Afrikaner die Beziehungen zu Portugal ab; der Unabhängigkeitskrieg tobte (159):

In zwei Resolutionen verurteilten die Vereinten Nationen Portugals Kolonialpolitik (160). Der Krieg in Übersee verschlang etwa 40 % der Staatsausgaben; die nur durch Auslandsüberweisungen der Emigranten gedeckt werden konnten (161):

Portugal isolierte sich selbst (162).

Innenpolitisch waren die Geschehnisse von der Persönlichkeit Salazars bestimmt. Sein Staat war antikommunistisch, antidemokratisch und antiparlamentarisch. Zwar war seine 1945 gegründete Geheimpolizei "PIDE" allseits gefürchtet, das Land aber war nicht politisiert, das Regime publizierte sich nicht (163).

Dynamik von innen und außen fehlte. Salazar selbst war privat und politisch ein Puritaner. Er galt als streng religiös, menschen-scheu, geizig, schroff, korrekt, kühl, bescheiden und zielstrebig (164).

Seinem Wesen entsprechend hatte er Portugal zum Stillstand gebracht. Die Landwirtschaft und die Industrie wurden zu spät weiterentwickelt. Die Folge davon waren große Auswanderungsraten und fehlende Fachkräfte. Die Importe überstiegen die Exporte.

1966 setzte die Rezession ein (165):

Außenpolitisch hielt er zu lange an der Idee des multikontinentalen Portugal fest (166). Jede Art europäischer Integration lehnte er ab (167).

Als er 1968 einen Schlaganfall erlitt, wurde Marcelo Caetano sein Nachfolger (168).

Er setzte eine Liberalisierung ein: So wurde die Pressezensur gelockert; die PIDE reorganisiert, die Wirtschaftspolitik liberaler, die Industrie gefördert und der Auswanderungsstop aufgehoben; Sozialleistungen für Bauern wurden ebenso wie das Wahlrecht für die Frauen eingeführt (169). Caetano war aber nicht in der Lage, eine grundlegende Änderung herbeizuführen (170).

Die Opposition, die sich 1969 an den Wahlen beteiligt hatte und gescheitert war, ging wegen des Verdachts der Wahlmanipulation und Behinderung wieder in den Untergrund (171). Salazars Einheitspartei wurde durch die "ANP", eine politische Partei auf Caetanos Linie, ersetzt (172). Weitere Studentenunruhen und Streiks boten Anlaß zur Sorge; ebenso die steigende Inflation (173). Im Lager der Offiziere herrschte Unzufriedenheit. Zum einen waren sie über die Kurzausbildung für Reserveoffiziere ungehalten, die, ohne die normale Laufbahn einzuhalten, in kürzester Zeit einen Aufstieg zum Berufsoffizier ermöglichte, zum zweiten war bei geringem Lohn ihr Image durch die Kolonialkriege stark angekratzt. Im Inland wurde der Armee Schwäche vorgeworfen (Goa), im Ausland schwere Menschenrechtsverletzungen (Times Bericht über das Massaker in Moçambique) (174). Im Februar 1974 erschien das Buch des Stellvertretenden Generalstabschefs der Streitkräfte, António Spínola, über die Aussichtslosigkeit, den Kolonialkrieg zu gewinnen ('Portugal und die Zukunft') (175).

Bereits am 09.09.1973 war von Hauptleuten und Offizieren des MFA (Bewegung der Streitkräfte) mit dem Ziel der Entkolonialisierung und Demokratisierung gegründet worden. Spínola bekam eine Schlüsselstellung (176).

Am 14.03.1974 provozierten General Spínola und der Generalstabschef Costa Gomes ihre Entlassung und setzten damit das Zeichen für die unblutige Revolution (177):

Am 25.04.1974 rückten fast alle Garnisonen mit rosa und roten Nelken auf ihren Militärfahrzeugen aus und besetzten die wichtigsten Posten (178).

Präsident Caetano trat ab, seine Stelle übernahm General Spínola als Vertreter der Junta der nationalen Errettung (JSE) (179): Die Junta dokumentierte das Versprechen, das politische Leben in Portugal zu demokratisieren durch die Zerschlagung der "PIDE" und die Zulassung aller Parteien (180).

Am 14.05.1974 wurde eine provisorische Verfassung erlassen: Sie wies als Verfassungsorgane den Präsidenten der Republik, die JSE, den Staatsrat, die provisorische Regierung und die Gerichte aus: Der Präsident der Republik wurde von der JSE gewählt; er ernannte und entließ die Regierung; seine Maßnahmen bedurften der Gegenzeichnung der Regierung. Er war Leiter der Außenpolitik und rief den Notstand aus.

Die JSE ernannte die Generalstabschefs und wählte den Präsidenten. Sie war Hüterin der Verfassung:

Die Verfassungsgerichtsbarkeit lag beim Staatsrat: Dieser diente als Ersatzparlament:

Die Regierung war ein Kollegialkabinett mit Eigenverantwortlichkeit jedes Ministers gegenüber dem Präsidenten (181).

General Spínola wurde Staatspräsident; Palma Gomes Ministerpräsident (182):

Der Mindestlohn für Industriearbeiter wurde auf 350,-- DM monatlich erhöht: Eine Welle von Streiks und Besetzungen von öffentlichem Wohnraum setzte ein, Produktionskooperativen wurden gegründet (183).

Am 10.07.1974 erzwang der MFA den Rücktritt von Gomes; am 18.07. wurde Oberst Gonçalves - gestützt von den Kommunisten - Ministerpräsident der 2. provisorischen Regierung. Etwa gleichzeitig wurde die Kommandozentrale des MFA unter Führung von Otelo da Saraiva de Carvalho in der Form des COPCON legalisiert. Als Polizei für "besondere Fälle" wurde sie dem obersten Generalstabschef unterstellt (184).

Im August 1974 wurde die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus anerkannt und somit das Versprechen des MFA eingelöst, die Dekolonialisierung zu betreiben (185). Infolge der Auseinandersetzungen Spinolas mit den Kommunisten und dem MFA rief er das Volk zur Unterstützung seiner gemäßigten Überseepolitik zur "Demonstration der schweigenden Mehrheit" auf (186). Diese wurde jedoch von allen maßgebenden Parteien untersagt und von PCP, Gewerkschaft und COPCON verhindert; woraufhin Spinola am 30.09.1974 zurücktrat. Am 01.10. wurde Gomes Staatspräsident; ein Linksrutsch setzte ein (187).

Der Rat der 20, bestehend aus der Junta der Generäle, 7 Hauptleuten des MFA und 5 MFA-Ministern, entstand als oberstes Exekutivorgan. Er war der MFA-Delegiertenversammlung rechenschaftspflichtig (188). Außenpolitisch wurde Portugal de-facto aus der Nuklearen Planungsgruppe der NATO ausgeschlossen; die EG sprach sich gegen einen Beitritt aus (189).

Anfang 1975 begann eine Verhaftungswelle (190). Parallel fanden in großem Maße Wohnraumbesetzungen Privater statt (191).

Am 11.03. wurde der Versuch der Luftwaffe, General Spinola zurückzuholen, durch Volksmilizen, MFA und Kommunisten verhindert, Spinola floh (192). Daraufhin erklärte der MFA die Hinwendung zur sozialen Revolution, in deren Folge Banken, Versicherungsgesellschaften, Elektrizitätswerke, Verkehrsbetriebe usw. verstaatlicht wurden (193). Umfassende Landbesetzungen fanden statt (194). Die Christdemokraten und zwei Links-

parteien wurden verboten (195). Die Medien wurden fast vollständig von der PCP kontrolliert (196). Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 25.04.1975 ergaben einen Wahlsieg der PS und PPD; der kommunistische Block erhielt 16,6 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 92 % (197). Im Sommer wurden verschiedene Reformgesetze verabschiedet, so z.B. das über die Notagrarkredite; die Enteignung und Nationalisierung von Land im Alentejo und die Anerkennung von Kollektiv- und Produktionseinheiten (198).

Im Juni und Juli wurden Mosambique; die Kapverdischen Inseln; São Tome und Principe als unabhängig anerkannt (199). Innenpolitisch spitzte sich die Lage zu: PS und PPD verließen die stark militärische IV. Regierung (200). Die V. provisorische Regierung war kein Koalitionskabinett, sondern als Triumvirat Gomes, Gonçalves, Carvalho bekannt. Die VI. Regierung war wieder ein Koalitionskabinett (201).

Das "Dokument der Neun" mit scharfer Regierungskritik leitete auch im Militär einen neuen Prozeß ein (202).

Anfang Oktober wurde Portugal von der EG ein Kredit von 180 Mio. RE bewilligt, der zunächst mit Hinweis auf die Unsicherheit der demokratischen Entwicklung verweigert worden war (203). Während im November Angolas Selbständigkeit anerkannt wurde; wuchs im Inland durch Rebellion der Streitkräfte, Streiks und Unruhen die Bürgerkriegsgefahr.

Als streikende Bauarbeiter die Regierung und die Verfassungsgebende Versammlung zwei Tage lang einschlossen, rief diese den Notstand aus und trat selbst in Streik. Das COPCON wurde aufgelöst, ihr Chef Carvalho eingesperrt, da er dem Hilferuf der Regierung nicht gefolgt war (204). Am 25.11. schließlich verhinderten regierungstreue Soldaten unter Oberstleutnant Eanes (aus der Gruppe der Neun) einen linksgerichteten Militäraufstand. Das Militär zog sich in die Kasernen zurück; der MFA wurde aufgelöst (205).

Die Regierungstätigkeit wurde wieder aufgenommen und General Eanes zum Stabschef des Heeres befördert (206).

Am 02.04.1976 trat mit Unterstützung aller Parteien, außer dem CDS, die neue Verfassung in Kraft (207). Als Ziel verkündete sie die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft und den Übergang zum Sozialismus. Hoheitsorgane dieser Verfassung sind der Präsident der Republik, der Revolutionsrat, die Versammlung, die Regierung und die Gerichte. Der in allgemeiner, freier, unmittelbarer und geheimer Verhältniswahl bestimmten Versammlung obliegt die Legislative:

Der Revolutionsrat hat militärische Gesetzes- und Exekutivbefugnisse, die Regierung Legislativbefugnisse, sofern diese nicht einem anderen Organ zugewiesen sind. Die Exekutive ist geteilt zwischen dem vom Volk gewählten Präsidenten der Republik und der Regierung. Die Regierung wird vom Präsidenten ernannt und entlassen und hängt vom Vertrauen der Versammlung ab. Der Präsident kann die Versammlung nur in bestimmten Fällen auflösen; wichtige Entscheidungen seinerseits bedürfen der Gegenzeichnung der Regierung. Er hat das Notstandsrecht. Der Regierungschef hat nur begrenzte Richtlinienkompetenz. Die auswärtige Gewalt ist verteilt. Dem Revolutionsrat, "Hüter der Verfassung und Demokratie"; bestehend aus dem Präsidenten und Vertretern des Militärs, obliegt die Gesetzeskontrolle.

Bei den Parlamentswahlen am 25.04.1976 - Wahlbeteiligung 83 % - erhielten die Sozialisten vor der PPD (PSD), CDS, PCP und UDP die relative Mehrheit (208). Im Juli wurde General Eanes zum Präsidenten der Republik gewählt; der Mario Soares zum Ministerpräsidenten eines Minderheitskabinettes ernannt (209).

Zur Verbesserung der Finanzen wurden die Löhne drei Monate lang eingefroren; Steuern und die Preise für Grundnahrungsmittel und öffentliche Verkehrsmittel erhöht (210).

Das Jahr 1977 stand im Zeichen der Sparpolitik und der Gesetzesreformen. Hier zu nennen sind vor allem das Gesetz über die Abgrenzung privater und öffentlicher Sektoren, über die Entschädigung enteigneter Unternehmer, über ausländische Direktinvestitionen, über Streiks und vor allem das "Lei Bareto" über die Agrarreform. Portugal erhielt in diesem Jahr Auslandskredite von 600 Mio. Dollar (211).

Es beantragte die Aufnahme in die EG, die die Konsolidierung der Demokratie als vorrangiges Beitrittsziel sah (212).

Im November wurde der "große" IWF-Kredit von Maßnahmen der Wirtschaftssanierung abhängig gemacht (213).

Soares, der hinsichtlich der IWF-Maßnahmen die Vertrauensfrage stellte, scheiterte damit im Dezember (214). Im Januar 1978 gelang Soares eine Koalition mit dem CDS, die bis Juli hielt (215).

Im Mai wurden die harten Bedingungen des IWF akzeptiert, die auch Kredite aus den USA und von der EG mit sich brachten (216). Die 3., 4. und 5. Regierung waren parteilose unter A. Nobre da Costa, C. A. Mota Pinto und Maria Lourdes Pintassiglo (217).

Vor den Wahlen im Dezember 1979 bildeten die PSD und das CDS die demokratische Allianz (AD) unter der Führung von Sá Carneiro, die einen überlegenen Wahlsieg errang. Francisco Sa Carneiro wurde neuer Ministerpräsident (218).

Positive Tendenzen zeigten der Fremdenverkehr und die Auslandsüberweisungen (219). 1980 nahm Portugal wieder an NATO-Manövern teil und kehrte in die Nukleare Planungsgruppe zurück (220).

Bei den ordentlichen Parlamentswahlen 1980 baute die AD ihren Vorsprung weiter aus. Nach dem Tod Sá Carneiros wurde Francisco Pinto Balsemão Ministerpräsident (221). Am 07.12.1980 wurde General Eanes erneut zum Präsidenten der Republik gewählt (222). 1981 leitete die Regierung wegen großer Wirtschaftsprobleme erneut Verhandlungen mit dem IWF ein (223).

Eine Öffnung der verstaatlichten Sektoren scheiterte am Revolutionsrat, eine restriktive Arbeitspolitik an Gewerkschaften und Beschäftigten. 1,5 Mio. waren 1981 im Streik (224). Außerdem mußte die Landwirtschaft zwei Dürreperioden hinnehmen (225).

Im Januar 1982 befanden sich 900 000 im Streik; im Februar wurde das Transportsystem lahmgelegt, im März und Mai rief die CGTP den Generalstreik aus (226).

Im August 1982 trat Ministerpräsident Balsemão zurück, übernahm jedoch im November sein Amt wieder (227).

Kurz vor seiner Rückkehr trat am 30.10.1982 eine Änderung der Verfassung in Kraft (228).

Ziel der Verfassungsänderung war es, eine Konstitution für das Land zu schaffen, die die Portugiesen einigt, nicht teilt. Neben einer Entdogmatisierung sollte die politische Gewalt klarer definiert werden. Die Wirtschaftsverfassung sollte geändert und eine "europäische" Verfassung für ein "europäisches" Portugal geschaffen werden (229).

In der Tat wurde vor allem in ideologischer Hinsicht eine Mäßigung erreicht. Auch die Definition der Wirtschaftsverfassung war weniger kämpferisch. Der Revolutionsrat wurde abgeschafft und durch einen von den Parteien paritätisch besetzenden Staatsrat ersetzt. Ein Verfassungsgericht wurde neu geschaffen.

Die Machtbefugnisse des Staatspräsidenten wurden insgesamt abgeschwächt, so daß die Tendenz der Verfassung vom semi-präsidentiellen zum parlamentarischen System sichtbar wurde.

Neben einer stärkeren Betonung des Rechtsstaatsprinzips wurde die Möglichkeit der Aufnahme von Gemeinschaftsrecht ins innerstaatliche Recht festgeschrieben (230).

Im Dezember 1982, nach dem Zusammenbruch der AD und der Weigerung von Staatspräsident Eanes, V.P. Crespo als Nachfolger Balsemãos zu ernennen,

wurden für April 1983 Neuwahlen angesetzt, aus denen die PS mit 36,3 % der Stimmen als stärkste Partei hervorging. Zusammen mit der PSD, die 27,2 % erhalten hatte, bildete sie unter Ministerpräsident Soares die neue Regierung des "Zentrumblockes" (231).

Im gleichen Jahr gewährte der IWF erneut einen großen Kredit (232).

Am 12.06.1985 wurde der Beitrittsvertrag zwischen Portugal und der EG unterzeichnet (233).

Kurz vorher hatte die PSD die Koalition mit der PS aufgekündigt (234).

Aus den Neuwahlen ging die PSD als Siegerin hervor und bildete unter Cavaco Silva im Oktober ein Minderheitskabinett. Die große Überraschung dieser Wahl aber war die Partido Renovador Democrático (PRD), die auf Anhieb 18 % der Stimmen erhielt (235).

Seit 01.01.1986 ist Portugal Mitglied der EG.

Im Februar 1986 wurde Mário Soares zum ersten zivilen Staatspräsidenten Portugals gewählt (236).

Anfang April 1987 wurde die Minderheitsregierung unter Cavaco Silva aufgrund eines Mißtrauensantrags der PRD unter Exstaatspräsident Eanes, der von der PS und PSP unterstützt wurde, gestürzt (237).

Staatspräsident Soares, der diesbezüglich an seiner eigenen Partei heftige Kritik übte, setzte daraufhin Neuwahlen an (238).

Die Wahlen am 19.07.1987, die gleichzeitig die Wahl der Abgeordneten zum Europäischen Parlament beinhalteten, ergaben für die PSD die absolute Mehrheit, für die PS gut 22 %, die PRD 4,9 %, das CDS 4,1 % und die PCP 12 %. Bei den Europawahlen erhielt die PSD 9, die PS 6, das CDS 3, die PCP zwei Sitze und die PRD einen Sitz (239).

Teil 2:

Wirtschaftslage, Politische Landschaft, Verfassung

II: Wirtschaftslage

1) Allgemeine Lage unter Salazar

Trotz einiger dynamischer Perioden verlief die industrielle Entwicklung Portugals langsamer als im übrigen Europa (240).

Hierfür waren folgende Faktoren ursächlich:

Die höher entwickelte verarbeitende Industrie sah sich nur von wenig entwickelten Sektoren umgeben. Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten konnte die Landwirtschaft keine Wachstumsimpulse liefern (241).

Resultierend aus der schlechten Situation der Landwirtschaft und der unterentwickelten Industrie fanden Abwanderungen in die Küstenregionen und in großem Maße ins Ausland statt.

Fast zwei Millionen Menschen sind zwischen 1950 und 1970 ausgewandert; 1974 betrug die Zahl noch über eine Million, d.h. 1/3 der Arbeitskräfte. Unter ihnen waren viele qualifizierte junge Arbeitnehmer (242).

Die Kolonien waren eine billige, in Escudos zu bezahlende Rohstoffquelle und ein Absatzmarkt für international nicht konkurrenzfähige Produkte (243): Sie verhinderten die Erschließung eigener Quellen und die Dynamisierung der Industrie.

Der Korporativismus schützte die Unternehmer durch Schutzzölle nach außen und das "condicionamento industrial" nach innen. Dies bewirkte die Bildung von Monopolen und Oligopolen in der Hand weniger Familien (244).

Die Festsetzung der Löhne durch den Staat hemmte wegen geringer Kaufkraft die Dynamisierung der Wirtschaft (245).

Neben dem engen Binnenmarkt war der Export einseitig in Richtung bestimmter Industrieländer, v.a. England, ausgerichtet.

Es fand eine Spezialisierung auf Produkte mit natürlichem komparativen Vorteil, insbesondere durch niedrige Lohnkosten, statt (246).

Erst Anfang der 60er Jahre begann eine sehr vorsichtige Öffnung nach

außen, verbunden mit einer gewissen Liberalisierung. Diese führte jedoch wegen unzureichender Verwaltung und der dahinterstehenden Politik zu keiner grundlegenden Änderung (247).

Ab Mitte der 60er Jahre dann übernahmen Industrien aus dem Ausland wichtige Wirtschaftsbereiche (248).

Ein weiteres Problem stellte die unausgewogene Raumverwertung dar. Ein starker Gegensatz herrschte zwischen relativ hoch entwickelten und dicht besiedelten Räumen um Lissabon und Porto und dem Hinterland (249).

Daneben ließ die Infrastruktur vieles zu wünschen übrig. Das Straßennetz war unzureichend, der Bildungsstand niedrigst, das Gesundheitswesen unterentwickelt und die Verwaltung unzureichend (250).

Mit den Kolonialkriegen waren riesige Militärausgaben zu verkraften, die nur durch die Auslandsüberweisungen und die Devisen aus den Kolonien getragen werden konnten (251).

Neben einigen dieser Faktoren spielte in der Landwirtschaft das Nord/Süd-Gefälle eine wesentliche Rolle. Resultierend aus dem westgotischen Erbrecht gab es im Norden Klein- und Kleinstbetriebe und Pacht, im Süden Großgrundbesitz und Lohnarbeit (252). Hier wurde, wie schon Jahrhunderte vorher, nicht oder aber extensiv genutzt (253).

Salazar, der Portugal als Agrarland angetreten hatte, unternahm nichts, um die Landwirtschaft zu verbessern. Neuerungen wurden nicht gefördert, die technische Ausrüstung war mangelhaft. So gab es kaum Dünger und wenig bewässertes Land. Das Alter der Beschäftigten war ebenso wie die Anzahl mit 1/3 aller Erwerbstätigen zu hoch (254).

Ab 1965 erfolgte dann ein starker Rückgang des Agrarsektors (255).

Portugal wurde während dieser Zeit zu einem großen Nettoimporteur für Agrarprodukte (256).

2)

Die verschärfte Krise der Jahre 1974 - 1976 läßt sich auf drei Ursachen zurückführen: Die Weltwirtschaftskrise und Rezession durch den Ölpreisschock, den Verlust der Kolonien und die Revolution.

Schon durch den erhöhten Ölpreis stieg das Handelsbilanzdefizit des stark importabhängigen Staates, voraus Zahlungsbilanzschwierigkeiten entstanden und die Inflation verstärkt wurde (257).

Die internationale Rezession schwächte die Nachfrage nach portugiesischen Produkten und Wanderarbeitern, von denen viele in die Heimat zurückkehrten. Dies wiederum war eine Belastung für die Handelsbilanz und den Arbeitsmarkt (258). Die verbliebenen Arbeitskräfte konnten weniger nach Portugal überweisen. Der Fremdenverkehr ging zurück, damit verstärkten sich auch die Devisen- und Beschäftigungsprobleme (259).

Der Verlust der Kolonien brachte den Verlust der dort getätigten Investitionen mit sich. Auch fiel der Absatzmarkt für andersweitig nicht absatzfähige Waren weg. Rohstoffe mußten teuer auf Devisenbasis importiert werden, was sich negativ auf die Zahlungsbilanz auswirkte. Dazu kamen ca. 700 000 Rotornados aus den Kolonien, die den Arbeitsmarkt belasteten (260).

Die Verstaatlichungen hemmten ausländische Investitionen und bewirkten den Rückgang der Kapitalbildung und der Auslandsüberweisungen. Der Export ging zurück. Der Import stieg auf Grund der Festsetzung und Auszahlung von Mindestlöhnen, die eine erweiterte Kaufkraft bewirkten (261).

Aufgrund dieser Faktoren sank das BIP von + 5,3% im Jahr 1974 auf - 2,8% im Jahr 1975. Das Zahlungsbilanzdefizit betrug 1975 800 Mio. US Dollar. Nahezu alle Währungsreserven waren aufgebraucht, die Auslandsverschuldung stieg (262). 1975 betrug die Inflationsrate 25 %, die Arbeitslosenrate 14 % (263).

3)

Auch heute noch belastet die wirtschaftliche Fehl- bzw. Nichtentwicklung unter Salazar - verbunden mit zwei Krisenjahren nach der Revolution - das Land.

Nach einer leichten Wirtschaftsbelebung Ende der 70er Jahre setzte 1981 erneut eine Konjunkturschwächung - hervorgerufen durch weltweite Rezessionserscheinungen - ein. Die Auslandsverschuldung stieg um 30 %, die Inflationsrate auf 20 %, das BIP nur um 1,8 % (264).

Infolgedessen war Portugal 1983 erneut gezwungen, Kreditverhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond aufzunehmen. Eine strikte Austeritätspolitik mit dem Ziel der Korrektur der Außenbilanz, der Eindämmung der Defizite des ausgeweiteten öffentlichen Sektors sowie der Reduktion der Inflation wurde eingeleitet (265). Portugal erhielt hierzu vom IWF 480 Mio. US Dollar in drei Teilen, sowie zum Ausgleich von Exporterlösschwankungen weitere 200 - 250 Mio. US Dollar (266).

Bereits 1984 waren im außenwirtschaftlichen Bereich erste Erfolge zu verzeichnen. Stärker spürbar aber war die noch negative Wirtschaftslage in den Unternehmen, die auf den Binnenmarkt konzentriert oder von Staatsunternehmen abhängig waren. Demgegenüber zeigten die exportorientierten Bereiche Wachstumsimpulse (267). Durch den starken Aufwind der Exportwirtschaft hat sich dann 1985 die gesamtwirtschaftliche Lage verbessert. Vor allem konnte die Inflation, die sich 1984 eher verstärkt hatte, im folgenden Jahr auf 19,3 % (29,3 %) mit fallender Tendenz gemindert werden (268). Das Bruttosozialprodukt, das 1984 noch negativ war, erreichte 1985 einen Zuwachs von 2,5 - 3 % (269).

Auch die Arbeitslosenquote konnte geringfügig auf 9,6 % (10,8 %) gesenkt werden (270).

Erstmals seit Jahren wurde bei Lohnerhöhungen von 21 % und Preiserhöhungen von 19,8 % wieder ein Reallohnzuwachs erreicht (-9 % 1984; -16 % 1981 - 1984), der eine Steigerung des privaten Verbrauches um 0,5 % nach sich zog (271).

Die Mindestlöhne lagen im Agrarsektor bei 16 500 Esc. (13.000), im Industriesektor bei 19 200 (15 600) und für die Haushalte bei 13 000 (10 000) Esc. (272).

Die Zahlungsbilanz ist erstmals seit Jahren mit +300 Mio. US Dollar positiv (273).

Weiterhin ist allerdings eine starke Investitionsunlust zu verzeichnen. So gingen die Bruttoanlageinvestitionen um 6,6 % zurück (274).

A: Wirtschaftsstruktur

Anteil am BIP

	<u>Anteil in %</u>		<u>Wachstum in %</u>	
	<u>1983</u>	<u>1984</u>	<u>1983</u>	<u>1984</u>
Land- u. Forstwirtschaft,				
Jagd u. Fischerei	8,4	9,3	26,0	31,8
Bergbau u. Verarbeitende Industrie	30,2	31,0	23,0	27,1
Elektrizität, Gas, Wasser	2,0	2,2	23,0	22,0
Bauwirtschaft	7,4	5,9	19,5	13,5
Dienstleistungen	55,7	56,5	23,7	24,6

	<u>Anteil in %</u>		<u>Wachstum in %</u>	
	1983	1984	1983	1984
Bruttoinlandsprodukt zu IFI-Preisen	100	100	23,3	23,0
BIP zu Preisen von 1977 (Mrd. Esc.)	74,4	729,3	- 0,3	- 1,7
BIP zu lfd. Preisen (Mrd. Esc.)	2279,5	2804,2	23,7	25,1
BIP zu lfd. Preisen (Mrd. Esc.) ohne öffentl. Verwaltung	2021,5	2.491,1	24,1	26,1

Quelle: Bank von Portugal, DPIHK-Geschäftsbericht 85

B: Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Portugal hat 9.160 Mio. Wohnbevölkerung, davon sind 4.573 Mio. aktive Zivilbevölkerung, 1985 waren hiervon 440 000 = 9,6 % (493 000 = 10,8 %) arbeitslos (275). Die tatsächliche Zahl wird aber auch offiziell weit höher geschätzt.

Vor allem Jugendliche, Frauen und Dauerarbeitslose sind von der Situation betroffen. Nur ein Teil von ihnen erhält Arbeitslosenunterstützung und dies in geringem Maße.

Regional gesehen sind die Quoten neben den Großstädten vor allen in

Südportugal am höchsten (276).

Weitere Probleme liegen in der Unterbeschäftigung im landwirtschaftlichen Bereich sowie in der künstlichen Aufrechterhaltung von Arbeitsplätzen vor allem im öffentlichen Sektor (277). Auch die Gesetzgebung zugunsten der Arbeitnehmer und die Nichtanwendung der Konkursvorschriften trägt dazu bei, Arbeitsplätze aufrechtzuerhalten, für die seit Monaten kein Lohn bezahlt wird (278).

Eine hohe Auswanderung kann inzwischen den Arbeitsmarkt nicht spürbar entlasten. Nachdem die Zahlen Mitte der 70er Jahre gefallen sind, hat sich die Anzahl der Auswanderer auf etwa 20 000 pro Jahr eingependelt. Viele von ihnen kommen im Rahmen des verstärkten Familiennachzuges nach Europa (279). Die Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen ergibt folgendes Bild:

	1979	1984
1. Sektor	30,7 %	24,5 %
2. Sektor	34,4 %	34,6 %
3. Sektor	34,9 %	40,9 %

Quelle: Banco de Portugal, economic indicators, S. 3.

C: Geldpolitik

Geld u. Kredit

- in Mrd. Escudos zum Jahresende -

	1982	1983	1984	1985(1)
Nettodevisenposition	569,5	760,0	1039,9	1188,5
Kredite an den öffentl. Sektor	462,1	582,6	774,3	825,5
Kredite an den priv. Sektor	1622,1	2025,3	2454,5	2576,5
- davon an öffentl. Unternehmen -	(383,8)	(556,1)	(724,1)	
Aktiva	2719,6	3449,7	4363,7	4685,0
Bargeldumlauf	219,5	240,1	267,5	263,9
Sichteinlagen	380,4	411,7	483,3	514,2
Geldmenge M1	579,8	651,9	750,8	778,2
Spar-Termineinlagen	1066,3	1282,4	1651,1	1850,3

Geld und Kredit

- in lrd. Escudos zum Jahresende -

	1982	1983	1984	1985(1)
- u.a. Einlagen der Emigranten	(430,8)	(650,7)	(885,2)	(992,2)
Geldmenge M2	2177,7	2610,8	3322,7	3651,7
Passiva	2719,6	3449,7	4363,7	4685,0

(1) Ende Mai 1987

Quelle: Bank von Portugal, DPIIK Geschäftsbericht 1985

Geldmenge M1 = Bargeld und Sichteinlagen

M2 = M1 und Termin- und Spareinlagen

Infolge der restriktiven Geldmengenpolitik stieg M1 nur um 3,6 % (3,8 %) und M2 um 9,9 % (13 %) an (280).

Die Geldleihen des öffentlichen Sektors (ohne Staatsunternehmen) stiegen nur noch um 6,6 % (bis Juni 1984 um 17,0 %), die der nicht öffentlichen Sektoren incl. Staatsunternehmen um 5,5 % (3 %). Hiervon hatten 1984 die Staatsunternehmen einen Anteil von 12,2 %, die privaten von 6,5 % (281). Das Hauptinstrument der portugiesischen Geldpolitik bleibt das "credit ceiling", d.h. die Festsetzung von Höchstgrenzen für Kredite (282).

1985 wurden die kurzfristigen Zinssätze zur Erhöhung der Kreditnachfrage auf 26,5 % (28,5) gesenkt. Die Spareinlagen wurden nur noch mit 24 %,

bzw. ab November mit 20 % verzinst (283).

Bilanz der Bank von Portugal
flrd. Esc. jeweils 31.12.

Posten	1981	1982	1983	1984
Bilanzsumme	731	1000	1472	1665
A k t i v a				
Gold- und Devisenreserven	394	535	725	944
IMF-Anteil	22	20	51	40
Titel bei internationalen Organisationen	1	1	2	2
Staatskasse	-	-	-	-
Titel der öffentlichen Schuld	221	325	485	433
Autonome Gebiete (Azoren u. Madeira)	-	-	-	-
Diskont	0	0	0	0
Rediskont	34	31	51	47
Kredite gegen Sicherheiten	-	3	17	15
Verschiedenes	60	84	143	184

Posten	1981	1982	1983	1984
P a s s i v a				
Noten im Umlauf	201	236	257	295
Staatskasse	38	31	64	53
Junta do Crédito Público	10	5	5	7
Institutionen des nationalen Kreditsystems	172	242	293	276

Posten	1981	1982	1983	1984
<u>P a s s i v a</u>				
Körperschaften im Ausland ansässig				
IHF	12	6	78	96
BIRD	0	0	0	0
Andere	0	0	0	0
Verbindlichkeiten in Gold und in fremder Währung	65	96	135	109
Verschiedenes	231	302	645	824
Kapital und Rücklagen	2	2	2	4

Boletim Trimestral (Bank von Portugal), 1/1985, Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Markt Information S. 37, Tabelle 1.20

Auslandsverschuldung Portugals

- in Mio. US-\$ -

	31.12.83	31.12.84(1)	30.06.85(1)
Kurzfristig			
Bank von Portugal	300	200	50
Staatsunternehmen	2907	2699	2581
Private Nichtbanken	144	103	140
Sonstige	71	13	24
Zusammen	3422	3015	2895

Auslandsverschuldung Portugals

- in Mio. US \$ -

	31.12.83	31.12.84(1)	30.06.85(1)
Mittel- u. langfristig			
Regierung	3435	3843	4339
Bank von Portugal	789	851	823
Staatsunternehmen	4473	4946	5641
Private Nichtbanken	632	501	471
Sonstige	1734	1786	1578
Zusammen	11063	11927	12852
Ingesamt	14485	14942	15747

(1) Vorläufige Daten

Quelle: Bank von Portugal

D: Staatshaushalt

Staatsfinanzen

- Mrd. Esc. -

	Zentralregierung		
	1983	1984	1985(1)
Direkte Steuern	173	200	298
Indirekte Steuern	253	301	383

Laufende Einnahmen	485	539	722
Laufende Ausgaben	- 552	- 723	- 925
"Ersparnis" in lfd.			
Rechnung	- 77	- 184	- 202
Kapitalausgaben			
(Netto)	99	95	149
Finanzierungsbedarf	- 189	- 294	- 335
in % BSP	8,3 %	10,5 %	

(1) Werte laut Vorschlag des Haushaltsgesetzes 1985

Quelle: Bank von Portugal

DPIIK-Geschäftsbericht 85

Nachdem der Finanzierungsbedarf des Haushaltes 1984 mit - 294 lrd. Esc. = 10,5 % des BSP unter der Schätzung der Bank von Portugal lag, wird für 1985 mit einem Betrag von - 399 lrd. Esc. gerechnet. Dieser liegt deswegen weit über dem im Haushaltsgesetz veranschlagten Betrag, weil darin bereits ab 01.07. Einnahmen aus Mehrwertsteuer aufgenommen waren, diese jedoch erst zum 01.01.1986 eingeführt werden konnte (284). Nach anderen Quellen wird das Defizit sogar auf 466,9 lrd. Esc. geschätzt (285).

Die öffentliche Schuld betrug 1985 65 % des BIP (285).

E: Außenwirtschaft

Die portugiesische Zahlungsbilanz ist erstmals seit Jahren wieder positiv.

Zahlungsbilanz

- in Mio. US \$ -

	1982	1983	1984	1985(1)
Export FOB	4108	4575	5186	5600
Import FOB	8941	7631	7183	7300
(1) Saldo Warenbilanz	- 4833	- 3056	- 1997	- 1700
Tourismus	609	591	731	800
Transport	- 282	- 197	- 170	- 170
Zinsen u. Dividenden	- 1269	- 1064	- 1205	- 1200
Sonstiges	- 150	- 65	- 18	-
(2) Saldo Dienstleistungs-				
bilanz	- 1092	- 735	- 662	- 570
Emigrantenüberweis.	(2599)	(2151)	(2155)	(2000)
(3) Übertragungen				
insgesamt	2630	2171	2100	2100
(4) Laufende Posten				
Leistungsbilanz				
(1+2+3)	- 3245	- 1520	- 479	- 170
Privater Sektor	2025	749	267	
Öffentl. Sektor	635	607	513	
(5) Kapitalbilanz	2660	1356	785	
(6) Grundbilanz (4+5)	- 585	- 264	306	
(7) Kurzfr. Kap., Irr-				
tümer u. Auslassg.	708	- 559	- 434	

(3) Veränderung der Reserven anderer Geld-Inst.	- 15	- 243	- 159
(9) Zahlungsbilanz(2)			
(6+7+8)	103	- 1056	- 287
Veränderung der Fährungsreserven	- 152	601	- 192

(1) Schätzung der DPIHK Informationen 11/85

(2) Bilanz der offiziellen Transaktionen

Quelle: Bank von Portugal

a) Außenhandel

Erstmals seit 1970 wurden die Importe zu 75,1 % (72,7 %) durch die Exporte gedeckt (287).

Die Einfuhren gingen auf Dollarbasis per Ende Oktober 1985 um 8,2 % (7,3 %) auf 7,3 (7,241) Mrd. US Dollar. Dies betraf auch die wichtigsten Investitions- und Transportgüter (288). Dabei sind die wichtigsten Importgüter - Zahlen Mitte 1985 - Erdöl und Erdölprodukte 27,7 % (28,6 %), Lebensmittel und Getränke 14,4 % (17,1 %), Maschinen, Apparate und technisches Material 13,7 % (12,9), Textilien 9,1 % (7,8 %), chemische Produkte 3,6 % (12,1 %) und Transportmittel 7,0 % (289).

Die wichtigsten Lieferländer sind die BRD 11,1 % (10,1 %), die USA 10,6 % (14,0 %), Frankreich 7,8 % (7,9 %), Großbritannien 7,9 % (7,0 %) und Spanien 5,7 % (5,6 %) (290).

Die Ausfuhren stiegen schätzungsweise um 8,5 % (15,4 %) und erreichten ein Volumen von 5,6 (5,2) Mrd. US Dollar.

Die wichtigsten Ausfuhrbereiche waren Textilien 29,1 % (27,8 %), Maschinen, Apparate und technisches Material 12,0 % (12,2 %), Lebensmittel und Getränke 6,3 % (9,4 %), chemische Produkte 6,3 % (6,8 %) und Schuhe (4,9 %).

Großbritannien war der wichtigste Abnehmer mit 14 % (15,3 %), gefolgt von der BRD mit 13,8 % (13,6 %), Frankreich 12,8 % (12,4 %), den USA 9,7 % (9,0 %) und den Niederlanden (5,0 %) (291).

b) Leistungsbilanz

Sie ist vor allen durch Überschüsse im Reiseverkehr positiv.

Die Einnahmen für 1985 werden auf 800 (727) Mio US Dollar geschätzt (292).

Die Transportbilanz war 1984 und 1985 mit - 177 Mio US Dollar negativ.

Die Zinsen und Dividenden betrugen 1,2 Mrd. US Dollar.

Inclusive "Sonstigem" wird sich die Dienstleistungsbilanz bei - 570 (- 667) Mio US Dollar einpendeln (293).

Die Auslandsüberweisungen der Emigranten werden auf 2,03 (2,15) Mrd US Dollar geschätzt (294).

Hieraus ergibt sich ein Leistungsbilanzdefizit von 170 Mio US Dollar (520) (295). Dieses beinhaltet ein geschätztes Warenbilanzdefizit von 1,7 (2,0) Mrd. US Dollar (296).

Die Finanzierung dieses Defizites konnte 1984 ohne Goldverkauf durch Kreditaufnahme im Ausland bewerkstelligt werden (297).

c) Kapitalbilanz

Diese betrug 1985 15,8 Mrd. US Dollar, dies entspricht etwa 70 % des

BIPs:

Von dieser Verschuldung entfielen 1984 etwa 50 % auf die öffentlichen Unternehmen.

Die Nettowährungsposition betrug Mitte 1984 5,9 Mrd. US Dollar; der Hauptteil in Gold. Bei einer Bewertung des Goldes zu Marktpreisen hatte das Land 1985 9,1 (8,4) Mrd. US-Dollar als Reserve (298).

d) Wechselkurspolitik

Da Portugal an den Währungskorb gebunden ist, mußte zur Anpassung der Escudo 1 % pro Monat abgewertet werden. Anfang Dezember 1985 wurde die Abwertung zunächst wegen positiver Tendenz der Inflationsrate ausgesetzt (299).

F: Ausländische Investitionen

Hier war bereits 1984 ein erfreulicher Anstieg zu verzeichnen:

Es wurden vom Institut für Ausländische Investitionen Projekte im Wert von 191 Mio. Dollar genehmigt, d.h. 31 % mehr als im Vorjahr. Hiervon entfielen 60,5 % auf ausländische Unternehmen, 20,4 % auf neue Unternehmen und 9,5 % auf die Übernahme von Kapitalanteilen; 59 % betrafen den Tertiärsektor, 35 % den sekundären und 6 % den primären Sektor. 19 % gingen in die metallverarbeitende Industrie, 15 % in den Banksektor; 11 % ins Hotelgewerbe und 5 % in die Lebensmittel- und chemische Industrie.

Die USA, Frankreich, die Schweiz und Großbritannien waren die Hauptinvestoren (300).

1985 stieg die Zahl nochmals um 53 %. Investiert wurde vor allem in die Industrie. 20 % gingen in die Papierindustrie, 9 % in den Bergbau und 10 % in die chemische Industrie. Der Anteil der Banken beträgt 21 %.

Mit einem neuen Kodex sollen ausländische Investitionen weiter gefördert werden (301).

G: Landwirtschaft und Fischerei

a)

Das Jahr 1984 brachte der Landwirtschaft aufgrund des guten Wetters ein Wachstum von 2,8 % (302).

Die Getreideernte stieg um 4 - 96 % je nach Art. Die Tomatenernte lag 60 % über der des Vorjahres. Auch bei Obst war eine Steigerung von 15 % zu verzeichnen. Einbußen gab es beim Weinbau, der 15 % unter dem vorigen Jahr lag (303).

1985 gab es zwar wegen großer Niederschläge zu ungünstigen Zeitpunkten Einbußen im landwirtschaftlichen Bereich, jedoch wird insgesamt mit einem Wachstum gerechnet. Schlecht war im Gegensatz zu den Gartenbauerzeugnissen die Getreideernte, die 18 - 31 % unter dem Jahr 1984 lag (304). Die Obsternte war unterschiedlich. Äpfel, Pfirsiche und Feigen lagen mit 4 %, 22 %, 3 % unter dem Vorjahr; die Mandelernte dagegen 11 % darüber. Auf 16 % über dem letzten Jahr wird auch die Tafelweinproduktion geschätzt (305).

Erzeugung der Landwirtschaft

- 1000 t -

Erzeugnis	1982	1983	1984	1985 (1)
Weizen	438	326	469	385
Mais	422	424	483	523

Erzeugung der Landwirtschaft

- 1000 t -

Erzeugnis	1982	1983	1984	1985 (1)
Roggen	119	92	115	99
Reis	143	109	134	144
Hafer	83	99	195	142
Gerste	52	54	135	93
Bohnen (grüne)	35	39	42	42
Saubohnen	18	15	17	15
Kichererbsen	9	8	12	10
Kartoffeln	1003	905	1022	1119
Wein (1000 hl)	9738	7700	6838	7941
Olivöl (1000 hl)	864	950	150	433

(1) Schätzungen

Quelle: INE; DPIHK-Geschäftsbericht 1985

Die fleischverarbeitende Industrie war 1984 stark von den Realeinkommensverlusten der Bevölkerung betroffen. Es wurden 8,5 % weniger Rinder und 1,5 % weniger Schweine geschlachtet. Auch wurde dieser reduzierte Verbrauch nicht durch Geflügel ersetzt. Auch hier ist ein Rückgang von 16,9 % bei geschlachteten Tieren zu verzeichnen (306).

Dagegen zeigte die Fleischkonservenindustrie positive Tendenzen (307). Auch 1985 ging die Fleisch- und Geflügelproduktion um weitere 9 % zurück. Dies mußte durch Importe von Fleisch und Schlachttieren kompensiert werden (308).

Die Fangquote der Fischerei war 1984 erneut zurückgegangen. Der Grund

hierfür war - wie schon seit Jahren - die schlechte technische Ausrüstung (309).

Dagegen wurden 1985 18 % mehr Fisch gefangen, jedoch fast 10 % weniger Schalentiere (310).

Der Grad der Selbstversorgung konnte in den Jahren 1984/85 nicht erheblich verbessert werden. Die Einfuhrzahlen für das erste Halbjahr 1984 lagen 90 % über dem Vorjahr, hiervon entfielen 52 % auf Getreide (311). 1985 sind zwar die Getreideimporte um 29 % zurückgegangen, es wurden jedoch vermehrt Früchte und Gemüse (164 % mehr) importiert. Die Lebensmittelimporte haben einen Anteil von 15 % an den Gesamtimporten (312).

b)

Portugals Landwirtschaft ist die unproduktivste in Europa (313).

Dies zeigt sich schon daran, daß 24,5 % aller Beschäftigten nur 9,3 % des BIP erwirtschaften. Die Konsequenz ist ein geringes Lohnniveau (314).

Erträge in der Landwirtschaft

Ertragskraft in t/ha

Erzeugnis	Anbaufläche in 1000 ha		Ertragskraft	
	1983	1984	1983	1984
Weizen	330,8	279,9	0,98	1,67
Mais	311,1	319,4	1,36	1,51
Roggen	132,5	131,0	0,69	0,87
Reis	26,5	29,9	4,11	4,48

1)

Erträge in der Landwirtschaft

Ertragskraft in t/ha

Erzeugnis	Anbaufläche in 1000 ha		Ertragskraft	
	1983	1984	1983	1984 ¹⁾
Hafer	191,3	181,5	0,51	1,07
Gerste	87,8	96,7	0,61	1,39
Bohnen	228,0	231,5	0,17	0,17
Kartoffeln	120,8	125,6	7,49	8,13
Kichererbsen	28,6	29,3	0,28	0,40

1) Vorläufige Daten

Quelle: INE; DPIHK-Geschäftsbericht 1984

Auch müssen nach wie vor große Mengen landwirtschaftlicher Güter importiert werden (315).

44 % der Betriebe sind kleiner als 1 ha; 53 % von ihnen zwischen 1 - 20 ha und nur 3 % über 20 ha (315).

Auch nach der Revolution hat sich das N/S-Gefälle nicht wesentlich verändert. Im Norden herrschen immer noch Klein- und Kleinstbetriebe vor, von denen ca. 40 % nur der Selbstversorgung dienen (317).

Im Süden sind traditionell größere Betriebe zu finden. Hier haben 3,4 % aller Betriebe über 100 ha einen Flächenanteil von 63,5 % (318). Hier ist auch der technische Rückstand geringer, da früher Verbesserungen zu Gunsten der damaligen Großgrundbesitzer durchgesetzt wurden. Außerdem sind die Verkehrsnetze besser; Lissabon und die Algarve als Absatzmarkt

sind näher (319); Allerdings fehlt es auch hier oft noch an zusammenhängenden Bebauungsflächen (320);

Durch die Umwandlung eines großen Teils des Großgrundbesitzes in Kollektive wurden die soziale Sicherung der Landarbeiter verbessert und ganzjährige Arbeitsplätze geschaffen, jedoch blieb der wirtschaftliche Erfolg aus (321);

Der Index der landwirtschaftlichen Erzeugung geht weiter zurück, nicht zuletzt wegen mangelnder technischer Ausrüstung (322); So tragen neben schlechter Bodenqualität und Monokulturen mangelnde Bodenbearbeitung; geringe Düngung; Schädlingsbefall und schlechtes Saatgut zu den geringen Ernten bei; Auch unzureichende Ausbildung, schlechte Straßen und schlechte Vermarktung machen sich bemerkbar (323).

Zwischen Douro und Tejo befinden sich die wichtigsten Anbauggebiete, die teilweise bewässerungsfähig sind; Hier und im Minho-Gebiet sind auch die wichtigsten Weinanbauggebiete zu finden;

Neben Südfrüchten, Feigen, Pfirsichen und Mandeln befindet sich auf den Hochflächen Ackerland, das mit Körkeichen und Olivenbäumen durchzogen ist; Hier gedeihen auch Getreide; Kartoffeln und Hülsenfrüchte (324); Die wichtigsten Getreidearten (Weizen; Roggen, Hafer und Gerste) werden ebenso wie der Reis im Alentejo angebaut;

Mais und Kartoffeln kommen hauptsächlich aus dem Norden. In Süden wird der Sonnenblumen- und Rapsanbau gefördert, um Monokulturen auszuweichen. Auch Tomaten gedeihen hier; die, zu Tomatenmark verarbeitet; exportiert werden (325);

An Obst und Gemüse sind vor allem Orangen; Kirschen, Mandeln; Oliven; Frühkartoffeln und Zwiebeln zur Ausfuhr bestimmt (326); Sehr wichtig ist auch der Weinanbau; Hier sind allerdings noch große Flächen mit unqualifizierten Rebsorten bebaut; Neben einer sinnvolleren Abgrenzung der Regionen fehlen gute Vermarktungsstrukturen (327);

Madeira produziert Wein, Bananen und Zuckerrohr, die Azoren Pflanzen aller Art und Ananas (328).

Rinder werden vor allem im Norden gehalten, oft noch als Zug- und Arbeitstiere. Schweine und Schafe sind hauptsächlich im Landesinneren südlich des Tejo zu finden.

Neuerdings wird "Massentierhaltung" bei Hühnern und Schweinen erprobt. Sie werden von Importfutter ernährt.

Milchvieh gibt es in geringem Rahmen im Norden, oft in Form von nur einer Kuh (329).

40 % der Gesamtfläche des Landes bestehen aus Wald, hiervon sind 87 % kleinflächiger Privatbesitz. 40 % des Waldes stellen Kork- und Steineichen, 46 % Kiefern, den Rest andere Hölzer.

Genutzt werden vor allem die Korkeichen, die privatwirtschaftlich unter staatlicher Aufsicht ausgebeutet werden (330).

Portugal liegt an der Weltspitze der Korkherstellung (331).

Mit Hilfe eines Kredites der Weltbank wird in der Mitte und im Norden des Landes ein Wiederaufforstungsprojekt durchgeführt, durch das 150 000 ha neu bepflanzt werden. Weitere 2,3 Mio. ha könnten ebenfalls aufgeforstet werden (332).

Aufgrund schlechter technischer Ausrüstung liegen die portugiesischen Fischfangquoten niedrig. Die Flotte ist zwar relativ groß, jedoch sind von 480 registrierten Schiffen nur 31 % mit Motor ausgerüstet, der Rest ist veraltet (333).

Portugals Fischereizone wurde 1977 von 12 auf 200 sm ausgedehnt, da das Schelfgebiet überfischt war. Daneben besteht mit den USA ein "joint venture"-Abkommen über eine Beteiligung am Fischfang in Alaska. Von dort wird vor allem Stockfisch angelandet (334). Sardinen und Thunfisch sind die Hauptprodukte der Fischausfuhr und nehmen hiervon über 80 % ein. Da jedoch im Land selbst viel verbraucht wird, muß seit Jahren Kabeljau eingeführt werden. Fischzucht gibt es wenig (334).

1984 wurde dem IFADAP ein Darlehen der Weltbank von 70 Mio. US Dollar zur Modernisierung der Landwirtschaft und Flotte zur Verfügung gestellt (335).

Vor allem neue Bewässerungsprojekte sind geplant (336).

Trotz der Einrichtung von sieben Planregionen, die durch technische Neuerungen und bessere Nutzung die Erträge verbessern sollten, konnten sich Erfolge wegen starker Bürokratie, schlechter Beschäftigungslage insgesamt, Wohnungsproblemen und schlechter Emigrationsmöglichkeiten nicht einstellen. Auch schadet die derzeitige Austeritätspolitik besonders der Landwirtschaft, da die Subventionen auch auf grundlegende Dinge wie z.B. Dünger verringert wurden (337).

H: Bergbau

Die Jahre 1984, 1985 weisen für den Bergbau positive Tendenzen auf.

1984 stieg der Abbau von Wolfram um 32 %, von Manganeisen um 40 % und die Kupferproduktion um 16 %. Bei Wolfram ergab dies eine Exportsteigerung um 49 %. Aber auch Harmer-, Schiefer- und Granitexporte haben steigende Tendenz (338).

1985 wurde im ersten Halbjahr 26 % mehr Anthrazit, 16 % mehr Wolfram und 11 % mehr gold- und silberhaltiges Gestein abgebaut. Dagegen gingen die Werte für Kupfer, manganhaltiges Eisen und uranhaltiges Gestein zurück (339).

Der Bergbau hat eine nicht ganz unerhebliche Bedeutung für das Land. Wolfram ist Portugals ertragreichstes Bergbauprodukt. Das Land ist einer der wichtigsten Produzenten der Welt. Die Exporte gehen vor allem in die USA und nach Japan. Es folgen Anthrazitkohle und Uran (339). Portugals Uranvorkommen sind die zweitgrößten in Europa (340).

Hinsichtlich der Anthrazitkohle wurde im März 1985 mit Germaunde II ein neuer Abbauschacht in Betrieb gesetzt; mit dessen Hilfe Portugals Kohlebedarf für die nächsten 20 Jahre gedeckt werden soll (341). Nach Italien gilt Portugal als das wichtigste Land mit hochwertigen Marmor und Granit. Einen besonderen Zuwachs hatte der Export von gesägtem; zur Weiterverarbeitung vorgesehenem Marmor. Dieser betrug im ersten Halbjahr 1985 fast soviel wie im ganzen Jahr 1984. Der Rohmarmor geht vor allem nach Italien; Spanien und der BRD, gesägter an Spanien, Frankreich und Japan und bearbeiteter v.a. nach Saudi-Arabien und die USA (342).

Auch sollen in den nächsten Jahren verstärkt die Pyritvorkommen im Alentejo gefördert werden. Bereits 1984 wurden 22 % mehr als im Vorjahr abgebaut. Diese Vorkommen liegen zwar 300 - 700 m tief; weisen aber einen relativ hohen Kupfergehalt auf. Für ihre Weiterverarbeitung ist ein Industrieprojekt unter Leitung der Quimigal ausgearbeitet. Für die Weiterverarbeitung ist Sines im Gespräch (343).

Wichtig am Bergbau ist vor allem die Tatsache, daß die Rohprodukte oft in peripheren Räumen liegen, sodaß eine entsprechende Erschließung auch das regionale Ungleichgewicht verbessern kann (344).

Produktion ausgewählter Bergbauprodukte

- 1000 kg -

	1982	1983	1984	1985 (1)
Produkte	-----	-----	-----	-----
Anthrazit	178 540	185 229	194 855	118 112
Uran (U308)	132	122	134	59
Manganeisen	27 100	33 800	36 000	13 700
Kupfer (21,5 % Cu)	2 002	1 736	1 654	575

Produktion ausgewählter Bergbauprodukte

- 1000 kg -

	1982	1983	1984	1985 (1)
Produkte	-----			
Gold- und silberhalt:				
Gestein (2)	1 053	1 753	1 509	836
Titan (50 % TiO ₂)	585	270	117	79
Tungsten (Wolfram)	2 300	1 981	2 468	1 357
Kaolin	79 132	86 317	72 743	27 224
Eisenkupferpyrit				
(44,2 % S; 0,8 % Cu)	262 142	279 960	334 319	189 389
Steinsalz				
(98,5 % NaCl)	406 254	429 231	455 363	231 718
Diatomit	1 770	1 870	1 600	850
Feldspat	41 327	33 509	27 462	8 714
Quarz	135 075	129 210	124 754	82 292
Talkum	4 940	7 325	6 203	1 151

(1) Vorläufige Daten Januar - Juni

(2) Es handelt sich um ein Gestein mit einem Goldgehalt von 100,0 g/t

(Au) einem Silbergehalt von 594, g/t (Ag) und außerdem 0,4 % Bleigehalt.

Quelle: Direccção-Geral de Geologia e Minas; DPIHK-Geschäftsbericht 1985

I: Verarbeitende Industrie

a)

Die Entwicklung verlief hier 1984 ungünstiger als im Vorjahr: Der Brutto-produktionsindex lag etwa 5 % unter dem 1983: Der Ausnutzungsgrad der

Produktionskapazität lag ungefähr bei 75 %. Der stärkste Rückgang fand bei Investitions- und Verbrauchsgütern statt.

Die Gründe hierfür waren die sinkende Inlandsnachfrage, mangelnde Kapitalausstattung sowie hohe Zinsbelastungen (345):

Produktionsindices der verarbeitenden Industrien

- Basis 1970 = 100 -

	1982	82/81	1983	83/82	1984	1)
Nahrungsmittel	200,0	- 3,6	210,6	+ 5,3	188,0	
Getränke	269,6	- 4,6	269,6	0	278,2	
Tabak	167,2	+ 9,1	177,6	+ 6,2	163,2	
Textilien	154,1	- 2,3	158,9	+ 3,1	159,3	
Gerberei, Leder u. Felle	114,7	+ 8,9	127,0	+ 10,7	114,4	
Holz und Kork	129,4	- 3,9	147,7	+ 14,1	139,3	
Papier	212,4	+ 2,2	232,1	+ 9,3	243,7	
Chemie	207,1	+ 10,8	199,2	- 3,9	207,4	
Erdöl-, Kohle-derivate	205,8	- 4,1	217,7	+ 5,7	206,8	
Gummi	133,1	- 1,4	131,7	- 1,0	133,8	
Kunststoff	269,4	+ 8,2	245,7	- 8,8	239,6	
Bearbeitung nicht-metall.						
Minerale	227,2	+ 3,9	237,8	+ 4,6	240,7	
Metallurgie	248,3	+ 17,4	225,1	+ 10,3	241,5	
Metallprodukte	169,1	+ 6,4	155,9	- 7,8	143,6	
elektrische Maschinen	221,3	+ 21,8	200,4	- 9,4	147,0	

Masch., Apparate, Geräte

u.a. elektr. Material	229,9	+ 12,8	236,4	+ 2,8	212,6
Transportmittel	203,8	- 3,6	152,3	- 25,3	119,9
Verarbeitende Industrie	200,7	+ 4,4	200,9	+ 0,1	196,6

1) Januar bis August

Quelle: INE

DIHK-Geschäftsbericht 1984

Die Nahrungs- und Getränkeindustrie erfuhr eine weitere Reduktion (346).

Anders erging es der Textilindustrie, die nach wie vor bei konstanter Auslastung gute Ergebnisse erzielte. Im ersten Halbjahr 1984 konnten hier 9,8 % mehr exportiert werden.

Die Holz- und Korkindustrie blieb konstant und deckte mit den Korkprodukten 52 % des Weltmarktbestandes. Der Export stieg um 17,7 % unter Zunahme von Halbfertig- und Fertigprodukten.

Die Lederindustrie hatte bei stärkerer Auslastung gute Zeiten. Portugals Lederindustrie konnte weitere Marktanteile auf dem Internationalen Markt erringen und doppelt so viel exportieren wie im Vorjahr (346).

Auch im Papier- und Zellstoffbereich waren bei guter Produktionsauslastung die Abschlüsse positiv. Hier besteht eine Tendenz zu Fertigprodukten (346).

In der chemischen Industrie stiegen im ersten Halbjahr die Importe um 34,5 %, die Exporte um fast 46 % (346).

Fast im ganzen Bereich der Metall- und metallverarbeitenden Industrie war die Produktion rückläufig. Grund hierfür war die mangelnde Inlandsnachfrage. Jedoch besteht hier ein Exportzuwachs von etwa 80 % (346).

In der Bauwirtschaft herrschte wegen der schlechten Konjunkturlage

eine Flaute (347).

Der Kraftfahrzeugmarkt zeigte starke Ergebnismrückgänge.

Starke Einbußen waren auch beim Verkauf von leichten und schweren Nutzungsfahrzeugen zu verzeichnen (348).

Mit 5,8 % Zuwachs im Produktionsindex hat sich 1985 die Lage verbessert (349).

Bei erfreulichem Konjunkturverlauf setzte sich in der Textilindustrie der Trend zu hochwertiger Qualität fort. Hier stiegen die Exporte um 29,6 % (349).

Bei verminderter Produktivitätsauslastung hatten Nahrung, Getränke und Tabak einen Exportzuwachs von 15,6 % (350).

Die Lederwarenindustrie verzeichnete im ersten Halbjahr 1985 40,5 % mehr Produktion. Vor allem Schuhe wurden vermehrt exportiert (351).

Die Holz- und Korkindustrie wiesen keine großen Veränderungen auf (352).

Die Zellstoff- und Papierindustrie hatten eine gute Konjunktur. 55 - 60 % des Exportes gingen in die EG (352).

In der chemischen Industrie wurde weniger importiert, dafür mehr exportiert. Auch die Keramikindustrie befindet sich mit 30,7 % Zuwachs (nicht inflationsbereinigt) im Kommen (352).

Die junge kunststoffverarbeitende Industrie hatte 23,5 % mehr Ausstoß.

Positiv war auch das Ergebnis bei der metall- und eisenverarbeitenden Industrie (+ 6,7 %) (352).

Der Elektro- und Elektronikbereich lag auf dem Niveau des Vorjahres (353).

Auch im Bereich Zulassung und Produktion von Kraftfahrzeugen gab es eine positive Tendenz (354). In der Bauwirtschaft hält die Flaute an (355).

b)

Die portugiesische Industrie weist eine große Zersplitterung der Betriebsgrößenstruktur auf. Es überwiegen Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten; die international nur wenig wettbewerbsfähig; wenig kapitalintensiv und niedrig technologisiert sind (356). Zwar sind leichte Zunahmen bei Betrieben mit über 20 Beschäftigten zu verzeichnen; doch bleibt die Zahl der Betriebe mit über 500 Beschäftigten gering (357).

Die Industrie ist sehr küstenorientiert. So erwirtschafteten die Gebiete Lissabon, Porto, Setubal und Aveiro 1976 3/4 des Industrieinkommens (358).

Im Raum Porto und Braga; d.h. im Norden herrschen vor allem die traditionellen Industrien wie Bekleidung und Textil vor (359).

Portugals wichtigste Industriesektoren sind Textil; Bekleidung; Nahrungsmittel; Chemie; Papierherstellung; nichtmetallische Mineralerzeugnisse sowie Beförderungsmittelbau. Hier existieren z.T. bereits moderne dynamische Betriebe (360).

Im allgemeinen ist die Industrie jedoch zu wenig diversifiziert und zu sehr auf arbeitsintensive Bereiche ausgerichtet (361).

Wie in allen Bereichen fehlen auch hier qualifizierte Arbeitskräfte und die entsprechende Infrastruktur (362).

Außerdem belasten die verstaatlichten Betriebe eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Trotz großer Beihilfen erwirtschaften sie z.T. erhebliche Defizite. Der Mangel an gutem Management ist erkannt worden und wird bekämpft (363).

Zur Verbesserung der Industrie soll nun auch die Handelsflotte umstrukturiert werden. Sie soll deutlich verringert und modernisiert werden. Außerdem sollen kleine Gesellschaften mit staatlicher Kapitalmehrheit entstehen (364).

I: Tourismus

Dieser brachte Portugal 1984 ein gutes Jahr: 10 % mehr Ausländer kamen, die Tourismuseinnahmen betrugen 23 % mehr als im Vorjahr, das sind 5 % des BSP. Bemerkenswert hierbei ist vor allem die Zunahme im Winter (365): 1985 stieg die Zahl der Touristen auf über 10 Millionen. Die Gesamtzahl der Einreisen wuchs um 19,2 %. Von Januar bis Oktober 1985 waren die Hotelzimmer zu 67 % ausgenutzt (366).

Der Tourismus ist stark ausbaufähig. So soll im Gebiet von Sesimbra ein Fremdenverkehrsprojekt für 155 Mrd. Esc. gebaut werden. An der Nordküste soll ebenfalls mehr Gebiet für den Tourismus erschlossen werden (367).

K: Banken und Versicherungen

Mit dem Gesetz vom 11.02.1984 (dec. lei Nr. 51/84) wurden in Portugal wieder Privatbanken zugelassen. Bis Ende 1984 hatten sich drei neue Institute etabliert (368).

Ende 1985 gab es neben den zwölf staatlichen Banken dreizehn private, davor vier neue portugiesische.

Erfreulich ist hier auch eine vierfache Steigerung auf dem Börsen- und Wertpapiersektor.

Ende 1985 gab es außerdem 18 Versicherungsgesellschaften, davor waren nur neun staatlich (369).

Annex: INFRASTRUKTUR

1) Verkehr

Resultierend aus einer Wirtschaft, die stets zum Meer hin ausgerichtet

war und deswegen keine guten Straßen benötigte, läßt das Verkehrsnetz und dessen Zustand zu wünschen übrig. Vor allem die Verbindungen zum Hinterland sind schwach ausgebildet. So sind viele landwirtschaftlichen Betriebe im Norden nicht mit dem Lastwagen erreichbar. Ballungsräume wie Lissabon und Porto sind dagegen gut ausgerüstet (370).

Im Eisenbahnverkehr fällt die Hälfte des Verkehrsaufkommens auf die Strecke Porto-Lissabon. In Nordportugal sind noch etwa 800 km Schmalspurstrecken vorhanden (371).

Ein umfangreiches Programm zur Elektrifizierung und Streckenerneuerungen sind geplant. Neben Fernstrecken soll Lissabons Vorortverkehr und die U-Bahn erweitert werden (371).

Momentan wird an der Autobahn Lissabon-Porto gearbeitet. Auch soll die Verbindung zur Algarve verbessert werden. Brücken über Minho und Gardiana sind an der Grenze zu Spanien geplant (372).

Omnibusse verkehren neben den Innenstädten als Zubringer für entlegene Gebiete und Eisenbahnen (373).

Binnenschifffahrt gibt es nur an den Unterläufen der Flüsse, vor allem des Tejo (373).

Die Küstenschifffahrt ist wenig entwickelt. Nahezu der ganze Außenhandel wird übers Meer abgewickelt (373).

Lissabon besitzt den wichtigsten und bestausgebauten Hafen. Er soll ebenso wie der in Sines vergrößert werden (373).

Der Luftverkehr hat sich in den letzten Jahren schnell und positiv entwickelt (374).

2) Energie

Dieser Sektor ist nur schwach ausgeprägt und nimmt nur etwa 2 % des BIP ein.

Hier ist Portugal auch stark import-, vor allem ölabhängig (375).

Die Hälfte des inländischen Stromes wird in Wasserkraftwerken produziert. Der zusätzliche Bedarf wird über das europäische Stromverbundnetz eingeführt (375).

1985 wurde außerdem die erste Ausbauphase des neuen Wärmekraftwerkes in Sines in Betrieb genommen (375).

Auch hier macht sich das räumliche Ungleichgewicht bemerkbar, da vor allem auf dem Land eine Unterversorgung besteht (376).

3) Bevölkerungsverteilung

Vor allem die westlichen Küstenbezirke weisen eine große Bevölkerungsdichte auf. Am niedrigsten liegen die Werte in den Bezirken Pontalegre, Evora und Beja im Süden. In den Gebieten Lissabon, Porto, Braga und Aveiro leben 53 % der Bevölkerung auf 10 % der Landesfläche (Lissabon 3 % Fläche, 22 % Bevölkerung) (377).

4) Wohnung

Momentan fehlen im Land schätzungsweise 700 000 Wohnungen (378). Ungefähr 30 % der Bevölkerung sind unzureichend untergebracht. Wohnungen sind überfüllt und haben oft keine feste Feuerstelle. Oft gibt es auch kein Licht, Wasser, Bad und sanitäre Anlagen (378).

Am meisten Wohnungen fehlen in den Ballungsgebieten, in denen viele in illegalen Baracken hausen (379).

5) Bildungswesen

Derzeit beträgt die Schulpflicht in Portugal 6 Jahre, bestehend aus 4 Jahren Grundschule und 2 Jahren vorbereitender Schule. Eine Erweiterung um 3 Jahre ist geplant (380).

Es bestehen jedoch schon jetzt große Schwierigkeiten bei der Durchführung der Schulpflicht. Fehlende Ausstattung der Schulräume, schlechtes Verkehrsnetz, Abwesenheit der Schüler sowie Lehrermangel und schlechte pädagogische Ausbildung bewirken eine schlechte Berufsvorbereitung (381). Neben staatlichen Grundschulen existiert ein breites Netz kirchlicher Privatschulen (382).

Alle weiterführenden Schulen sind kostenpflichtig und rar (383).

Auffallend ist auch die geringe Studentenquote und die große Zahl von Studienabbrechern (384).

Die Analphabetenquote hat sich von 24 % (1974) auf 17 % (1991) verringert, wobei ein Ungleichgewicht zu Lasten der Frauen besteht (385).

II. Politische Landschaft

Parteien

1) Geschichte

Die Geschichte der politischen Parteien beginnt im Jahre 1842, in dem aus der konservativen Gruppe der Chartristen unter Graf Palmela, die Anhänger der 26er Verfassung waren, die Erneuerungspartei (Partido Regenerador) hervorging (386). Zusammen mit der 1840 entstandenen Fortschrittspartei (Partido do Progresso), Verfechterin der 22er Verfassung, bildeten diese beiden Parteien die Grundlage für den Rotativismus (387). Mit dem Sturz der Monarchie begannen sich viele Parteien zu artikulieren. Die Schlüsselrolle nahm die Portugiesische Republikanische Partei (Partido Republicano Português), die am 3.4.1876 als Sammelbewegung der Opposition zur Monarchie gegründet wurde, ein. Dagegen waren die monarchische und katholische Opposition zerstritten (388).

Die Parteien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts repräsentierten auf Grund des beschränkten Wahlrechts meist Besitz- und Bildungsbürger, ab 1910 auch das städtische Kleinbürgertum. Sie verfügten über keine bürokratischen Organisationen und keine politisch gesteuerte Willensbildung. Es waren Rekrutierungsorganisationen für Personalkader von politischen Führungsleuten. Wählerlisten waren übertragbar und wurden - von Kaziken gesammelt - an die meistbietende Partei vergeben. Interesse stand vor Ideologie. Die Dominanz lag bei der Regierungspartei (389). Die politische Macht befand sich außerhalb der verfassungsmäßigen Organe

(390). Im korporativen System Salazars war kein Platz für eine Parteienlandschaft. Deren Platz sollte die Einheitsbewegung (União Nacional) einnehmen. Nur die PCP und die monarchistische Partei, die PPM, konnten an die Tradition der ersten Republik anknüpfen, obwohl auch sie - wie alle anderen Parteien - verboten waren (391).

Unter Caetano wurde die UN in ANP (Acção Nacional Popular) umgetauft und konkurrierende Gruppierungen zum Wahlkampf begrenzt zugelassen, sie durften jedoch nicht Parteicharakter annehmen (392).

Nach dem Militärputsch 1974 fehlte das Fundament für den Aufbau eines demokratischen, parlamentarischen Systems. Außer der PCP gab es keine geschulten Parteien mit festem Parteiaufbau (393).

Bis Ende 1975 wurden dann über hundert neue Parteien gegründet, die PPD, später umbenannt in PSD und das CDS waren darunter (394).

Die heutige PS war bereits 1973 mit der Hilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland gegründet worden (395). Erst 1985 wurde die heute vom früheren Staatspräsidenten Eanes geführte Erneuerungspartei gegründet (396).

Diese fünf Parteien bestimmen jetzt die parteipolitische Landschaft.

Sie kann durch die Existenz einer konstanten PCP etwas weiter links als in Deutschland angesiedelt werden (397). Das portugiesische CDS steht allerdings auch weiter rechts als unsere CDU (398).

2) Parteien im Einzelnen

A PS = Partido Socialista

a) Antero de Quental und José Fontana gelten als die geistigen Väter der 1875 gegründeten Sozialistischen Partei. Beeinflußt von Pablo Iglesias und dem spanischen Sozialismus, war sie Mitglied der 1. Internationale (399).

In der ersten Republik hatte die Partei nach 1926 an Einfluß verloren und war 1933 aufgelöst worden (400). Während dieser Zeit war die Seara Nova Gruppe unter der Führung von António Sérgio, Jaime Cortesão, Roaul Proenca und Mário de Azevedo gegründet worden, die dann als Widerstandsgruppe gegen Salazar auftrat (401).

Wichtige Führer der heutigen PS schlossen sich Anfang der 50er Jahre der Kommunistischen Partei an, verließen sie 1958 aber wieder (402).

1953/1954 bildete sich die Gruppe "Republikanischer Sozialistischer Widerstand", aus der 1964 die Sozialistische Portugiesische Aktion", ASP, hervorging. Ihre Gründer waren Mário Soares und F. S. Zenha, die beide als Strafverteidiger in politischen Prozessen die Opposition vertreten hatten. Die ASP wurde 1972 in die Sozialistische Internationale aufgenommen (403).

Am 19.4.1973 entstand in Bad Münstereifel mit Hilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung die PS (404).

Sie vereinigt Elemente verschiedener sozialistischer Gruppen, denen die Opposition gegen das Regime Salazars gemeinsam war (405). Hierbei waren drei Hauptströmungen erkennbar: Die humanistischen Sozialisten, die Beziehungen

zur Zeitschrift "Seara Nova" hatten und sich um den Genossenschaftsideologen António Sérgio scharten, nichtdogmatische Marxisten und soziale Christen, die vom Gedankengut des zweiten Vatikanischen Konzils beeinflusst waren (406).

Mário Soares, der Jahre im Exil verbracht hatte, wurde der erste Generalsekretär der Partei (407). Dieses Amt behielt er mit kurzen Unterbrechungen, bis er 1986 zum Staatspräsidenten gewählt wurde (408).

Jahrelang war die PS die wichtigste politische Kraft im Lande. Ihr ist es zu verdanken, daß eine kommunistische Machtübernahme gescheitert ist. Sie steht der 76er Verfassung sehr nahe, die als ihr Werk betrachtet wird (409). In den ersten Jahren nach der Revolution war eine Regierung ohne die PS kaum denkbar. Inzwischen hat sie - sicher auch durch die unter ihrer Regierungsführung entsprechend den Auflagen des IWF verordneten Sparmaßnahmen - ihren Spitzenplatz in der Parteienlandschaft eingebüßt.

b) Ideologie und Programm

Lange Zeit hatte die PS in ihrem Programm eine abgeschwächt marxistische Linie in Richtung "Sozialistischer Pluralismus" vertreten (410). Sie lag damit eher auf der Linie des dritten Weges (Prager Frühling, Chile) als auf dem der deutschen Sozialdemokratie (411).

Nachdem schon in ihrem Programm für die 80er Jahre die politische Demokratie als wesentliches Mittel - nicht als Etappe - zur Erzielung des demokratischen Sozialismus gesehen wurde, ist die PS seit dem letzten Kongress auch

offiziell vom Marxismus - als nicht mehr zeitgemäß - abgerückt (412). Die PS vertritt inzwischen ein marktwirtschaftliches System unter Koexistenz der verschiedenen Sektoren, jedoch weiterhin mit Staatsintervention (413). Besonderes Gewicht wird hierbei auf das Genossenschaftswesen gelegt (414).

Insgesamt ist die volkswirtschaftliche Entwicklung auf soziale Ziele ausgerichtet (415).

Eine Umverteilung der Güter soll über eine verstärkte Sozialpolitik erreicht werden (416).

Generell heißt die Parteidevise 'Soziale Solidarität, Wohlfahrt und Gerechtigkeit' (417).

Unter dieser Prämisse verteidigte die Partei die Errungenschaften der 76er Verfassung und wandte sich strikt gegen ein "Referendum" für eine neue Verfassung (418).

Die PS tritt klar für Europa ein. Zwar sieht sie die wirtschaftlichen Konsequenzen des EG-Beitrittes eher negativ, jedoch hofft sie auf eine Stärkung der Demokratie, um die wesentlichen Reformen der Revolution verteidigen zu können (419).

Auch hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft gibt es keine Zweifel an der Befürwortung der PS (420).

Portugal soll außenpolitisch nicht den dritten Weg gehen, es soll ein europäisches Land werden (421).

c) Organisation

Auf der regionalen und lokalen Ebene ist die Partei in Zellen, Sektionen und Föderationen unterteilt. Die Zellen bestehen aus 15-99 Mitgliedern; ab 100 Mitgliedern handelt

es sich um eine Sektion (422).

Ihre Organe sind die Generalversammlung, bestehend aus allen dort eingeschriebenen Mitgliedern, als Beschlußorgan, und das Sekretariat als Exekutivorgan (423).

Besondere Zellen und Sektionen bestehen für die Auslandsportugiesen (424).

Die Organe der Föderation sind der Kongress, die Kommission, das Sekretariat, die Kommission für Rechtsangelegenheiten und die Wirtschafts- und Finanzkommission (425).

Der Kongress besteht aus den gewählten Mitgliedern der Generalversammlungen der Zellen und Sektionen, proportional zu den dort eingeschriebenen Mitgliedern (426).

Der Kongress ist das höchste Beschlußorgan auf der Föderationsebene (427).

Die drei anderen Kommissionen werden nach Listen entsprechend dem d'Hondtschen Verfahren gewählt (428).

Auch das Sekretariat wird nach Listen gewählt, wobei die Liste mit der Mehrheit der Stimmen die gewählte ist. Der erste dieser Liste ist der Koordinationssekretär (429).

Der Kongress tritt alle zwei Jahre 30 Tage nach dem nationalen Kongress zusammen (430). Zwischen den Kongressen ist die Föderationskommission das Beschlußorgan (431). Das Sekretariat, das Exekutivorgan, führt alle nationalen und föderativen Entscheidungen aus (432).

Die autonomen Regionen haben sowohl auf lokaler als auch auf föderativer Ebene ihre eigenen Organe (433).

Die nationalen Organe der Partei sind der Kongress, die Kommission, die Politische Kommission, der Generalsekretär, das Sekretariat, die Kommission für Rechtsange-

legenheiten und die Wirtschafts- und Finanzkommission (434).

Bis auf das Nationale Sekretariat und den Generalsekretär werden alle effektiven Mitglieder der nationalen Organe nach Listen entsprechend dem d'Hondtschen Verfahren gewählt (435).

Das Nationale Sekretariat wird vom Kongress nach Listen gewählt, wobei die Liste gewählt ist, die die Mehrheit erhält (436). Der Generalsekretär ist der erste dieser Liste. Der Parteipräsident ist der erste auf der Liste für die Nationale Kommission (437).

Der Kongress, das höchste Parteiorgan, setzt sich aus den Delegierten der Zellen und Sektionen entsprechend den Vorschriften zur Wahl des Föderationskongresses (Art.35) zusammen (438). Per se sind die übrigen Parteimitglieder, die effektiv auf nationaler Ebene Funktionen ausüben, Delegierte des Kongresses (439).

Der Kongress faßt über alle wesentlichen Angelegenheiten der Partei die Beschlüsse (440). Bis auf die Nationale Politische Kommission wählt er alle nationalen Organe (441).

Er tritt alle zwei Jahre zusammen (442).

In den Intervallen dazwischen ist die Nationale Kommission das Beschlufsorgan. Sie setzt sich aus 151 vom Kongress gewählten Mitgliedern, zehn Vertretern der Sozialistischen Jugend und den Koordinationssekretären jeder Region zusammen (443).

Der Parteipräsident ist auch der Präsident der Nationalen Kommission. Er repräsentiert die Partei intern und ist für ihre Einheit und die Einhaltung des Programmes zuständig

(444).

Die Nationale Kommission wählt auch die Nationale Politische Kommission (445).

Diese ist zwischen den dreimonatigen Intervallen der Sitzungen der Nationalen Kommission das Beschlußorgan. Sie tritt einmal im Monat zusammen (446).

Ihr gehören der Generalsekretär, der Parteipräsident, der Präsident der parlamentarischen Gruppe, die Koordinationssekretäre der autonomen Regionen und die parlamentarischen Führer der Regionalversammlungen an. Dazu kommen die Pressedirektoren, zwei Jugendvertreter und einundvierzig von der Nationalen Kommission nach dem d'Hondtschen Verfahren aus ihrer Mitte gewählte Vertreter (447). Der Generalsekretär ist der Repräsentant der Partei. Er koordiniert die Tätigkeit seiner Organe und stellt deren harmonisches Funktionieren sicher (448).

Das Generalsekretariat, vom Kongress gewählt, ist diesem gegenüber auch verantwortlich. Es ist mit seinen zwölf Mitgliedern das Exekutivorgan (449).

d) Nahestehende Verbände und Presse

Enge Beziehungen bestehen zum UGT-Gewerkschaftsdachverband, dessen Aufbau und Festigung die PS stark betrieben hat, um ein Gegengewicht zur kommunistischen CGTP/Intersindical zu schaffen. Vor der Abschaffung des Einheitsgewerkschaftsgesetzes hatte die PS mit der PSD Gegengewerkschaftslisten aufgestellt (450).

In der freien Industrie hat die PS wenig Einfluß. Unter den Führungskräften der verstaatlichten Industrie ist sie aber

gut vertreten (451).

Die PS versuchte auch durch die Gründung eines Bauernverbandes ein Gegengewicht zur União de Agricultores zu bilden. Ihr Verband, geplant als Aufklärungsmedium und Informationsstelle über die europäische Agrarpolitik, soll vor allem kleinere Landwirte vertreten (452). Der Erfolg ist bislang gering.

Die offiziellen Parteiorgane sind die Mitgliederzeitung "Portugal Socialista" und die wöchentlich erscheinende "Acção Socialista". Bis 1975 war die "República" das inoffizielle Blatt, seitdem ist es "A Luta" (453).

Die Stiftungen António Sergio, José Fontana und Antero de Quintal unterstützen die Parteiarbeit (454).

e) Internationale Beziehungen

Wie fast alle portugiesischen Parteien wurde auch die PS mit ausländischer Hilfe aufgebaut. Hier zu nennen sind vor allem die deutsche SPD und die ihr nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung. Aber auch die USA haben die PS unterstützt (455).

Besonders enge Beziehungen bestehen zu den sozialistischen Parteien Skandinaviens und zur ÖVP. Die französischen Sozialisten werden heute eher von der PS beeinflusst als umgekehrt (456). Enge Beziehungen bestehen auch zu den sozialistischen Parteien des Mittelmeerraumes. Außerdem tritt die PS für eine enge Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Parteien Europas und Lateinamerikas ein (457). Besonders liegen ihr auch die guten Beziehungen zu den portugiesischsprechenden Parteien Afrikas und den Par-

teilen der arabischen Welt am Herzen (458).

Auch hat sie gute Beziehungen zu den eurokommunistischen Parteien (459).

Sie verurteilte die Invasion der UDSSR in Afghanistan und die Militärcoups in Bolivien und der Türkei ebenso wie die Gewalt in El Salvador (460).

Sie ist als einzige portugiesische Partei Mitglied der Sozialistischen Internationale (461). Die PS ist im Europarat fest in die Sozialistische Gruppe integriert (462).

Nach 1973 hatte sich die damals neu gegründete Partei gegen die EG ausgesprochen, da sie eine Gründung des multinationalen Patronates sei und auf den Mauern von Neokapitalismus und Imperialismus stehe. Gleichzeitig hatte sie sich aber für eine Art "wirtschaftliche Integration" unter antikapitalistischen Bedingungen ausgesprochen (463).

Bereits Ende 1974 wurde diese Position sprachlich abgeschwächt und eine vorsichtige Annäherung an Europa vertreten (464).

Auf dem Gipfel der Europäischen Sozialisten im März 1976 wurde dann von Mário Soares eine Veränderung der Position der Partei im Sinne der Akzeptanz der Verträge angezeigt (465). Auch wurde hier die Möglichkeit eines Beitrittsantrages in Aussicht gestellt (466). Für diese Positionsänderung war auch der Antrag der PSD (PPD) auf Aufnahme in die Sozialistische Internationale verantwortlich (467). Erst als die PS in der ersten konstitutionellen Regierung allein die Staatsgeschäfte leitete wurde der Standpunkt der Partei uneingeschränkt pro-europäisch. Mário Soares

wertete den Beitrittsantrag nach der Dekolonisation und der Einführung der Demokratie als drittes großes Ereignis nach der Revolution (468).

Die 6 Abgeordneten der PS haben sich im Europäischen Parlament problemlos in die Sozialistische Fraktion eingefügt (469).

In der Arbeitsgruppe "Erweiterung der EG" des Bundes der 'Sozialdemokraten der EG' machte sie auf diesbezügliche Probleme Portugals aufmerksam (470).

f) Sozialstruktur

Die PS ist eine Partei aller Schichten, jedoch liegt der Schwerpunkt ihrer Wählerschaft bei den Arbeitern und dem Kleinbürgertum. Beamte sind überrepräsentiert, Gewerbe und Handel unterrepräsentiert, die Bauernanteile sind durchschnittlich (471). Untere und mittlere Angestellte im Tertiärbereich, Industriearbeiter und Angestellte im städtischen Norden und im ländlichen Süden, Erwerbstätige in der Landwirtschaft im städtischen Norden und im Süden die Pächter sind die spezielle Hauptwählerschicht der PS (472). Ihr fehlt aber eine solide Basis beim ländlichen und städtischen Proletariat und im Alentejo. Diese hat sie aber bei den von ihr gewerkschaftlich organisierten "Weißen Kragen" Wählern (473). Regional gesehen ist die PS die einzige Partei, die in allen Landesteilen einen erheblichen Teil - über 10 % - der Bevölkerung anspricht. Ihre Hochburgen sind Lissabon und Porto, überhaupt die mittelgroßen bis großen Städte und der Algarve (474). Die PS Wähler weisen starke sozialökonomische Widersprüche

auf und werden durch die Wirtschaftsentwicklung unterschiedlich stark betroffen. Dies begünstigt Abwanderungen nach links und rechts (475).

g) Stellung im Parteiensystem

Nach dem Umsturz war die PS die tragende Kraft des Parteienlebens.

Sie hat es verstanden, sich rechtzeitig von der PCP abzugrenzen und somit die Rettung des parlamentarischen Systems als ihr Verdienst darzustellen. Ihre vordringlichen Bemühungen gingen dahin, die regionalen, sozialen und politischen Teilungen des Landes zu überwinden bzw. die Gegensätze abzuschwächen. Sie war die Partei des Ausgleiches. Dies war ihr vor allem deshalb möglich, weil sie die einzige Partei aller Klassen und aller Regionen war. Sie trat auch stark für die Erweiterung der Kompetenzen des Parlamentes zu Lasten des Staatspräsidenten ein (476).

Im Parteienspektrum ist sie in der Mitte links anzusiedeln (477).

Ihr derzeitig größtes Problem liegt darin, daß die Wähler ihr den harten Wirtschaftskurs mehr übelgenommen haben als der 1983-1985 mit ihr koalierenden PSD. Dazu kommt, daß die PS nach links kaum in das Wählerpotential der PCP eindringen kann. Nach der Mitte hat ihr die neue Partei, PRD, viele Stimmen abgejagt und ihre weitere Ausdehnung verhindert (478). Sie versucht daher jetzt, die PSD nach rechts zu drücken (479).

Die PS hat sowohl mit der PSD als auch mit dem CDS koaliert, sich bisher jedoch nach 1976 geweigert, mit der

PCP zusammenzugehen, solange diese die demokratischen Grundsätze nicht akzeptiert (480).

Einen großen Erfolg erzielte die PS durch die Wahl ihres früheren Generalsekretärs Soares im Frühjahr 1986 zum Staatspräsidenten. Es war ihr dabei gelungen, die gesamte Linke einschließlich der PCP für Soares zu mobilisieren (481).

h) Stellung im Regierungssystem

Bis 1976 gab es nur eine, die fünfte provisorische, Regierung, an der die PS nicht beteiligt war. In der sechsten provisorischen Regierung schließlich vermochte sie ihre Vorstellungen durchzusetzen und mit ihrer Politik eine Eindämmung der Landesbesetzungen und Einflußnahme in den Betrieben zu erreichen (482). Auch die Verfassung von 1976 gilt als ihr Produkt (483).

Von Juli 1976 bis Dezember 1977 bildete die PS alleine eine Minderheitsregierung, von Januar bis Juli 1978 eine Regierung mit dem CDS. Bis April 1983 war die Partei dann in der Opposition. Aus den Parlamentswahlen 1983 ging die PS mit 36% der Stimmen als Siegerin hervor und bildete bis Juli 1985 mit der PSD die Regierung. Als die Partnerin die Koalition verließ, wurden Neuwahlen angesetzt, die für die PS eine große Niederlage bedeuteten. Sie erhielt nur 20,8% der Stimmen. Bei den Wahlen zum Staatspräsidenten hat die PS 1976 und 1980 General Eanes unterstützt (484).

i) Tendenzen, Gruppen, Konflikte

Ausgehend von der breiten Wählerschicht und den vielen ideologischen Richtungen der PS ist es nur zu verständlich, daß in den ersten Jahren starke Flügelkämpfe auszutragen waren. Bereits auf dem 1. Parteitag im Dezember 1974 hatte sich ein linker Flügel unter Serra abgespalten und eine Sozialistische Volksfront (FRS) gebildet (485). Auf dem 2. Parteitag im Oktober 1976 bildete sich intern eine starke linke Opposition, genannt "Arbeiterbrüderschaft", unter Agrarminister Cardoso gegen den reformistischen Sozialdemokratismus. Sie bildete 1978 die Linksunion für Sozialistische Demokratie (UEDS) (486). Der 3. Parteitag im März 1979 schließlich brachte eine Anzahl prominenter Parteiaustritte wie der von da Gama Fernandes, Minister A. Barreto und de Medeiros Fereira. Es setzte sich die sozialdemokratische Linie unter Guterres durch (487). Die Niederlage bei den Wahlen im Dezember 1979 wurde der Algeriergruppe - einer oppositionellen Bewegung, die in den 60er Jahren von dort aus operiert hatte - unter M. Algre zugeschoben. Ihre Vertreter wurden aus dem geschäftsführenden Vorstand ausgeschlossen (488).

1979/1980 waren weitere interne Krisen, hervorgerufen durch verschiedene Standpunkte über die Rolle der PS, zu bewältigen. Verschiedene Strategien und Vorstellungen über die Verfassungsrevision mußten ausgetragen werden (489). Auch bereitete das Votum von Generalsekretär Soares 1980 gegen den amtierenden Staatspräsidenten Eanes der Partei intern einige Probleme (490).

Erst in den 80er Jahren, vor allem nach dem 4. Kongress,

wurde Soares der Führer der Haupttendenz der Partei (491). Nach dem Abtreten von Mário Soares und der Wahlniederlage von A. Santos wurde 1986 Victor Constâncio zum neuen Generalsekretär gewählt. Es wird davon ausgegangen, daß nun Ruhe in die Partei eingekehrt und eine Erneuerung möglich ist (492).

B PCP = Partido Comunista Português

a) Geschichte

Die PCP wurde 1921 von ehemaligen Anarchisten, die von der Oktoberrevolution beeinflusst waren, und Mitgliedern der bolschewistischen CGT-Federação Maximalista, des portugiesischen Zweiges der Menschewiken, gegründet (493). Von 1923-1926 war der gemäßigt leninistische C. Rates ihr Generalsekretär. Er wurde jedoch auf dem 2. Parteitag 1926 von den konsequenten Stalinisten B. Gonçalves und Jorge de Sousa mit seinen Anhängern aus der Partei ausgeschlossen (494).

1929 wurde Gonçalves als neuer Generalsekretär der 1927 verbotenen Partei bestätigt. Zur gleichen Zeit wurde der heutige Generalsekretär Cunhal Parteimitglied und baute die Föderation der kommunistischen Jugendverbände (FJC) auf (494).

Die Hauptstütze der Bewegung waren die Gewerkschaften (495).

1934 ging die schon vorher verfolgte Partei endgültig in den Untergrund, nachdem sie versucht hatte, einen Generalstreik gegen ihre Gleichschaltung zu organisieren

(496).

Auch versuchte sie in der Folgezeit immer wieder die in staatliche Zwangssyndikate umgewandelten Gewerkschaften zu infiltrieren (497). Dies führte in den folgenden Jahren zur Zerschlagung von Teilen des Parteiapparates durch die PIDE und zu Verhaftungswellen. Ihr gelang jedoch immer wieder der Neuaufbau (498).

1935 wurde Bento Gonçalves verhaftet und ins Lager Tarrafal auf den Kapverdischen Inseln verbracht, wo er 1942 starb (499).

Er hatte in dieser Zeit bereits eine Verwurzelung der PCP im Gürtel um Lissabon, der Flotte, den Universitäten, einigen Zwangssyndikaten und bei den Tagelöhnern des Alentejo erreicht (500).

1935 wurde Alvaro Cunhal zum Generalsekretär der Jugendföderation gewählt, 1936 dann in das Zentralkomitee, dessen Führung er faktisch übernahm. 1937 wurde er erstmals verhaftet, 1940/1941 ein zweites Mal. Bis 1949 reorganisierte er den immer wieder angegriffenen Parteiapparat (501). Die Zeit von 1949-1960 verbrachte er in Peniche in Haft, bis er von dort befreit wurde. 1961 wurde er zum Generalsekretär der Partei gewählt, zu einem Amt, das nach dem Tod Bento Gonçalves offen geblieben war. Ab 1963 war Cunhal im Exil in Prag, Moskau und Paris. Dies erklärt auch die vorbehaltlose Befürwortung des Einmarsches der UDSSR 1968 in die Tschechei (502).

Während der Zeit der Haft Cunhals war die PCP gezwungen, mit möglichst vielen Oppositionsgruppen zusammenzuarbeiten. Es gab die Fronten MunaF, MUD und deren wirkungsvolle Jugendgruppen. Daneben konzentrierte sich die Partei

auf den Aufbau von Zellen in Fabriken und Landarbeiterzonen. 1964 überstand sie einen Spaltungsversuch der chinesischen Fraktion (503).

Nach 1969 konzentrierte sich die PCP vor allem auf den Wiederaufbau der Gewerkschaftsorganisation Intersindical und auf Agitation der "Revolutionären Bewaffneten Aktion" (504). In dieser Zeit bestanden kurzfristige Wahlbündnisse mit der PS (505).

Nach dem Umsturz stellte die PCP die einzige funktionsfähige Partei dar. Ihr Generalsekretär Cunhal war aus dem Exil zurückgekehrt (506).

Sie versuchte, ihre Partei mit der Bewegung der Streitkräfte unter dem Slogan "Volk/MFA" zu identifizieren. Über die Unterstützung der Streitkräfte erlangte sie wesentlichen Einfluß auf die weitere Politik. Es gelang ihr, die Intersindical als Einheitsgewerkschaftsbund durchzusetzen, Verstaatlichungen voranzutreiben sowie die Kommissionen und Kollektive in der Verfassung zu verankern (507). Es gelang ihr ebenfalls in dieser Zeit das Presse- und Kommunikationswesen zu kontrollieren, nicht aber die Bandbreite der linken Gruppen (508).

Seit Herbst 1975 ist die Partei ins Abseits gedrängt worden, dies nicht zuletzt, weil ihre totalitären Absichten die Mehrheit der portugiesischen Gesellschaft abgestoßen haben. Als Opposition sieht sie ihr Ziel in der Erhaltung der Erfolge der Revolution (509).

b) Ideologie

Die PCP ist eine der doktrinärsten und unflexibelsten Parteien Westeuropas (510). So lehnt sie das Spiel freier Wahlen ebenso ab wie den Eurokommunismus (511).

Entsprechend den Richtlinien des 6. Parteikongresses 1965 ist ihr oberstes Ziel die "Errichtung von Sozialismus und Kommunismus in Portugal". Seit dem 8. Parteitag 1976 wurde dieses Ziel den Verhältnissen derart angepaßt, daß "Maßnahmen für die Verteidigung und Konsolidierung der Demokratie und nationalen Unabhängigkeit" getroffen werden sollten (512). Die Verteidigung der Freiheit und öffentlichen Ordnung, das wirtschaftliche und finanzielle Gleichgewicht, die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes und die nationale Unabhängigkeit sollen durch den in der Verfassung niedergelegten sozialistischen Weg erreicht werden (513).

Der Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit soll der Verbreitung der eigenen politischen Ziele und des Marxismus-Leninismus, dem Kampf gegen den Faschismus, dem Reformismus und dem Kampf gegen den Antikommunismus und Anti-sowjetismus gelten (514).

Trotz prorussischer Einstellung sprach sich die PCP unter gewissen Bedingungen auf dem 9. Parteikongress für einen Verbleib in der NATO aus. Die Bedingungen waren, daß portugiesische Truppen nur zur nationalen Verteidigung dienen sollten, daß ausländische Basen nicht für aggressive Interventionen benutzt werden, und daß keine Nuklearwaffen nach Portugal kommen (515). Ob dies allerdings immer noch gilt, muß nach den neuesten Ausführungen

bezweifelt werden, denn darin wird die NATO insgesamt stark angegriffen (516).

Langfristiges Ziel bleibt aber die Auflösung der militärischen Blöcke durch eine Entspannungspolitik (517). Die PCP ist ein entschiedener Gegner des Beitrittes zur EG. Neben wirtschaftlichen Nachteilen befürchtet sie eine Unterwerfung unter die Internationalen Monopole (518).

Außenpolitisch heißt die weitere Linie klar Moskau, nicht Peking (519).

c) Organisation

Die PCP ist eine strikt geführte Kaderpartei, die stark zentral aufgebaut ist (520).

Die Grundlage der Parteiorganisation sind ca. 7000 Zellen (521). Ihr oberstes Organ ist jeweils die Versammlung, die eine Führungsorganisation oder ein Sekretariat wählt (522). Auf der Gemeinde-, Distrikts- und Regionalebene ist ebenfalls die Versammlung das höchste Organ und wählt die Führung (523).

Auf nationaler Ebene ist der Kongress das oberste Parteiorgan. Er wird normalerweise alle vier Jahre vom Zentralkomitee zusammengerufen. Die Entscheidungen werden mit absoluter Mehrheit gefällt (524).

Ihm unterliegt die Prüfung und Annahme der Vorschläge des ZK. Er hat die Linienführung und trifft die daraus resultierenden Entscheidungen. Das Programm und die Statuten werden von ihm verabschiedet und das ZK nach den Vorschlägen des jeweils vorhergehenden gewählt (525).

Das ZK kann zwischen den Kongressen als Organ, das alles leitet, nationale Parteikonferenzen abhalten und dort Entscheidungen - der Parteilinie entsprechend - fällen (526). Es setzt sich aus effektiven und zusätzlichen Mitgliedern zusammen (527). Aus den effektiven Mitgliedern wählt es die Politische Kommission des ZK, die durch die Aufstellung der Einheitslisten für die Wahl des ZK faktisch die Willensbildung dominiert. Daneben wählt es als Exekutivorgan das Sekretariat des ZK und den Generalsekretär (528).

d) Verbände und Presse

Die PCP hat im gewerkschaftlichen Bereich nach wie vor durch die Beherrschung der CGTP/INTER starken Einfluß. Auch im Alentejo in den verbliebenen Landarbeitersyndikaten und den Kollektiven ist ihr Einfluß stark (529).

Ihr offizielles Parteiorgan ist die Wochenzeitschrift "Avante", die inoffizielle Zeitung ist "O Diário" (530).

e) Internationale Beziehungen

Enge Beziehungen bestehen zu den Ländern des Ostblockes, vor allem zur UDSSR, von der die PCP auch große Geldmittel erhielt (531).

Entsprechend der Ablehnung des Eurokommunismus sind die Beziehungen zur KP Italiens und Spaniens gespannt, die zu den KPs Frankreichs und Belgiens sind gut. Auch zu den ehemaligen Befreiungsorganisationen in Afrika herrschen enge Beziehungen (532).

Überrascht hat die Wahlkampfhilfe des italienischen KP-Chefes Berlinguer 1979 (533).

Bereits seit der Gründung der EG 1957 sprach sich die PCP gegen sie aus (534).

Als 1972 das Assoziierungsabkommen zwischen Portugal und der EG unterzeichnet wurde, bezeichnete die Partei es als "Akt des Verrates der Nationalen Interessen". Vor allem die Unterwerfung unter den Imperialismus und die internationalen Monopole wurde kritisiert (535). Bei dieser Position ist es geblieben.

Im Europarat hatte die PCP sich keiner der bestehenden Gruppierungen angeschlossen. Bei Stimmabgaben folgte sie aber in der Regel den Kommunisten (536).

Im Europäischen Parlament sind die drei Abgeordneten in der Fraktion der "Kommunisten und nahestehende Parteien" integriert (537).

f) Sozialstruktur

Die Wählerschaft der PCP ist die homogenste unter den Parteien. Dies wird vor allem darauf zurückgeführt, daß die PCP seit 1976 von der Macht ausgeschlossen ist (538).

Ihr Wählerpotential ist im ländlichen und städtischen Proletariat, bei einigen Intellektuellen und Emigranten sowie bei wenigen Kleinbürgern zu finden (539).

Vor allem der Industriegürtel um Lissabon, das Alentejo und die angrenzenden Provinzen Pontalegre und Santarem sind von Bedeutung (540). Im Norden hat die Partei nur in einigen industriellen Zentren Erfolge, wobei hier, wie überall, ihre Erfolge in den Branchen am größten sind, in denen die

"Intersindical" dominiert (541). Ansonsten liegt der Anteil der PCP im Norden unter 10% (542).

g) Stellung im Parteiensystem

Seit 1976 versteht sich die PCP als Verteidigerin des "status quo". Dabei hat sie sich zunehmend isoliert. Die anderen Parteien betrachten sie als antidemokratisch. Selbst die PS geht nur höchst notgedrungen "ad hoc-Koalitionen" mit ihr ein. Ein Volksfrontbündnis hat die PS bisher konstant abgelehnt, auch wenn die PCP dies immer wieder anbietet (543).

Ihr Stimmanteil bei den Wahlen liegt zwischen 10 und 20% (544). Die Partei tut sich schwer, neues Wählerpotential zu gewinnen, da ihr die PS und jetzt auch die PRD nur wenig Spielraum lassen.

h) Stellung im Regierungssystem

In den ersten fünf provisorischen Regierungen hatte die PCP zum Teil wichtige Posten inne. Auch Vasco Gonçalves stand ihr nahe. In dieser Phase gelang ihr nahezu in allen Bereichen eine Säuberung und Infiltrierung (545). Die Errenschaften aus dieser Zeit verteidigt sie heute (546).

Seit 1976 ist die Partei in der Opposition.

Als solche stellte sie 1976 Herrn Pato als eigenen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl auf, der aber nur 7,6% der Stimmen erhielt. 1980 bewarb sich Carlos Brito, der seine Kandidatur im letzten Moment zurückzog (547).

1985 unterstützte sie widerwillig im zweiten Wahlgang Mário

Soares, nachdem sie einen früheren Beschluß, die Sozialisten nicht zu unterstützen, aufgehoben hatte (548).

i) Tendenzen, Gruppen, Konflikte

Die PCP tritt nach außen geschlossen auf.

Abweichler gab es in der Partei vor allem vor 1974. Zu nennen sind hier z. B. das spätere Movimento Reorganizativo do Partido do Proletariado (MRPP) und die Partido Comunista do Portugal-Marxista-Leninista (PCP-ML) (549).

Von ihrem 9. Parteitag wurde Stalin-Kritik seitens des ZK-Mitgliedes B. Teixeira bekannt (550).

C. PSD = Partido Social Democrata

a) Geschichte

Am 6.5.1974 wurde die PPD als Partei der "linken Mitte" von Francisco Sá Carneiro, Francisco Pinto Balsemão und Joaquim Magalhães Mota gegründet (551). Sie waren zusammen die Gründer der SEDES, der Associação para o Desenvolvimento Económico e Social, einer wissenschaftlichen Studiengesellschaft, gewesen. Sie hatten 1969 auf der Liste der ANP als Unabhängige kandidiert, 1973 jedoch ihr Mandat niedergelegt, als die Liberalisierungen scheiterten (552). Von Anfang an wurden in der Partei viele Strömungen deutlich, vor allem zwei, eine liberale und eine sozialdemokratische. Erstere bezog sich eher auf Wirtschaftsfragen, zweitere mehr auf den Aufbau eines Gewerkschaftsdachverbandes und auf Sozialfragen (553).

Die Leitung der Partei wurde nach und nach durch führende Persönlichkeiten der früheren bürgerlichen Opposition aus Porto erweitert (554).

Da die PDC von den Wahlen im April 1975 ausgeschlossen wurde, trat die PPD begrenzt an ihre Stelle, auch wenn die entsprechenden Wähler rechts von ihrer eigenen Ideologie standen (555).

Sá Carneiros Führungsstil zeichnete sich durch Eigenwilligkeit und Einzelkämpfertum aus. Er verließ z. B. die erste provisorische Regierung ohne Rücksprache mit der Partei (556). Des öfteren legte er seine Ämter nieder, um sie wenig später wieder aufzunehmen (557). Im Juli 1978 dann konnte sich Sá Carneiro mit seiner eher konservativen Linie auf dem 6. Kongress endgültig durchsetzen (558). In den provisorischen Regierungen, an denen die PPD beteiligt war, konnte sie nur Bremsfunktion geltend machen (559).

Im Oktober 1976 wurde der Name der Partei von PPD in PSD umgewandelt (560).

Nach 1979 bildete die PSD mit dem CDS und PPM als AD die Regierung bis 1983. Das Hauptziel der Regierung war es, eine durchgreifende Verfassungsänderung zu erreichen (561). Nach dem Tod Sá Carneiros 1980 hatte Pinto Balsemão die Parteispitze übernommen und die Linie zur Mitte hin verlegt (562). Ihm folgten als Parteiführer Nuno Rodrigues dos Santos und Mota Pinto (563).

Von 1983-1985 bildete die PSD mit der PS als Zentrumsblock die Regierung, die die PSD aber Mitte 1985 verließ. Kurz vorher hatte Cavaco Silva nach dem Rücktritt Mota Pintos dessen Amt übernommen und steuerte wieder weiter nach rechts (564).

Seit den Wahlen im Oktober 1985 ist die PSD die stärkste Partei und regiert jetzt als Minderheitskabinett unter Cavaco Silva (565).

b) Ideologie und Programm

Ursprünglich, d.h. im Grundsatzprogramm der Partei vom November 1974, war das Ziel die "Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in Freiheit" durch demokratische Mittel und entsprechend freie Wahlen gewesen. (566). Damit beanspruchte sie, eine Alternative sowohl zum Marxismus als auch zum Kapitalismus zu sein (567). Zu deren Konkretisierung dienten ihr die gemischten Wirtschaftssysteme und wohlfahrtsstaatlichen Regelungen Schwedens und der BRD als Vorbild (568). So wurde das damalige SPD-Programm zum großen Teil übernommen (569).

Inzwischen vertritt die Partei klar die Idee der freien Marktwirtschaft mit Betonung auf Privatinitiative und Eigentum (570). Sozialistische Experimente lehnt sie heute ab. Konsequenterweise strebte sie dann auch mit dem CDS eine Verfassungsänderung zur Abschaffung der sozialistischen und revolutionären Vorschriften an (571). In ihrem Programm betont sie sehr stark die Idee der Menschenrechte (572).

In den Betrieben sieht sie ihr Ziel in einem deutschen Mitbestimmungsmodell (573).

Außenpolitisch tritt die PSD klar für Westeuropa, den EG-Beitritt und die NATO ein (574). Heute gilt die PSD als Schlüsselpartei des Landes (575).

c) Organisation

Die nationalen Organe der Partei sind der Nationale Kongress, der Nationale Rat, die Nationale Politische Kommission, die Permanente Nationale Kommission, der Nationale Rat für Rechtsangelegenheiten und die Parlamentarische Gruppe (576).

Der Nationale Kongress als höchstes Parteiorgan definiert die politische Strategie der Partei und legt die Rolle ihrer Organe fest. Er wählt die meisten nationalen Organe (577).

Regelmäßig findet der Kongress alle 2 Jahre statt. In der Zeit von 1974-1982 allerdings gab es schon neun Kongresse (578).

Er setzt sich aus 600 Delegierten der nationalen Sektionsversammlungen und der Versammlungen der Zellen der Emigranten zusammen. Dazu kommen je bis zu 60 Vertreter der Jugend und Arbeitnehmer sowie Vertreter der restlichen nationalen Organe und die Abgeordneten des europäischen Parlamentes. Außerdem sind die Funktionäre der autonomen Regionen vertreten (579).

Der Nationalrat ist das Organ der Partei, das für die Weiterentwicklung und Ausführung der Parteistrategie - nach den Vorgaben des Kongresses - zuständig ist. Er überwacht

politisch die Aktivitäten der nationalen und regionalen Organe (580).

Die Kongressvorsitzenden sind gleichzeitig die Vorsitzenden des Nationalrates; dazu kommen im Rat 55 effektive und 2 zusätzliche Mitglieder, die jeweils der Kongress wählt. Auch hier sind Vertreter der Jugendorganisation (10) und der Arbeitnehmerorganisation (5) vertreten. Dazu kommen die Präsidenten jeder Politischen Distriktskommission und zwei Repräsentanten jeder regionalen Politischen Kommission. Außerdem ist je ein Vertreter der Emigrantenwahlbereiche vertreten. Dazu kommen die Inhaber bestimmter Staatsämter, sofern sie diese als Parteirepräsentanten innehaben (z.B. der Ministerpräsident) (581).

Regelmäßig finden die Sitzungen alle drei Monate statt (582).

Die Nationale Politische Kommission ist das ständige politische Führungsorgan der Partei (583).

Sie setzt sich aus dem Präsidenten, vier bis sechs Vizepräsidenten, dem Generalsekretär sowie acht bis zehn vom Kongress gewählten Beisitzern, dem Präsidenten der Parlamentarischen Gruppe, zwei Jugendvertretern, einem Arbeitnehmervertreter und den Präsidenten der Regionalen Politischen Kommissionen der Inseln zusammen (584). Ihr Präsident - ein Amt, das extra für Francisco Sá Carneiro geschaffen wurde - repräsentiert die Partei dem Staat, der Öffentlichkeit und dem Ausland gegenüber (585).

Der Generalsekretär ist der juristische Vertreter der Partei (586).

Die Permanente Nationale Kommission stellt die politische Repräsentation der Partei im Bereich der Kompetenzen der Nationalen Politischen Kommission sicher (587). Ihr gehören der Präsident und die Vizepräsidenten der Nationalen Politischen Kommission, der Präsident der Parlamentarischen Gruppe und der Generalsekretär an (588).

Die regionalen Organisationen stimmen mit den politisch-administrativen Aufteilungen in der Regel überein (589). Die autonomen Regionen haben ihre eigenen Statuten (590). Auf der Distriktsebene gibt es die Distriktsversammlung, die Politische Distriktskommission, die Permanente Distriktskommission und den Rat für Rechtsangelegenheiten (591).

Die Versammlung ist das Repräsentativorgan aller Mitglieder der Sektionen im Distrikt. Sie hat auf Bezirksebene ähnliche Funktionen wie der Nationale Kongress auf nationaler Ebene. Sie wählt die Mitglieder der Permanenten Distriktskommission und den Rat für Rechtsangelegenheiten (592).

Die Versammlung setzt sich aus den im Vorsatz erwähnten Mitgliedern, den Präsidenten der Politischen Kommissionen der Sektionen und nach Proporzsystem gewählten Mitgliedern der Sektionsversammlungen zusammen. Dazu kommen Jugend- und Arbeitnehmervertreter, Regierungsmitglieder, die in den Sektionen eingeschrieben sind und der erste, der auf einer bestimmten Sektionsliste gewählt wird (593).

Die Versammlungen finden normalerweise alle drei Monate statt (594).

Die Politische Distriktskommission hat auf Distriktsebene entsprechende Funktion wie die Nationale Politische Kommission (595).

Sie wird von der Permanenten Distriktskommission, den Präsidenten der Sektionen des Distrikts und zwei Repräsentanten der Jugend gebildet (596).

Die Permanente Distriktskommission entspricht dem nationalen Organ in ihrer Funktion (597).

Sie wird von einem Präsidenten und zwei Stellvertretern, einem Schatzmeister, vier bis acht Beisitzern, zwei Jugend- und einem Gewerkschaftsvertreter gebildet (598).

Die Kreis- und Gemeindeebene hat als Organe die Versammlung und die Politische Kommission, deren Funktionen denen der nationalen Ebene ähnlich sind (599).

d) Nahestehende Verbände und Presse

In keinem der maßgebenden Verbände hat die PSD eine überdurchschnittliche Unterstützung. Ihr Einfluß auf den Verband der Landwirte (CAP) ist größer als der bei den Industrieverbänden AIP und CIP. In der öffentlichen Verwaltung ist sie mit technischen Kadern gut vertreten (600).

Im Gewerkschaftsbereich hat sie nach der Gründung der UGT eine gute Basis im Dienstleistungssektor und dominiert vor allem im Bank- und Versicherungswesen (601).

Ihr offizielles Organ ist die Wochenzeitschrift "Povo Livre", die inoffizielle Zeitung der "Expresso" (602).

Im Juli 1976 gründete die PSD zur Unterstützung der Parteilarbeit die Stiftung Oliveira Martins (603).

e) Internationale Beziehungen

Offiziell mußte die Partei in der Aufbauphase die Unterstützung des Auslandes entbehren. Sie hatte zwar die Aufnahme in die Sozialistische Internationale und den Bund Europäischer Sozialdemokraten beantragt, diese kam aber nicht zustande (604).

Den Liberalen oder den Christdemokraten wollte sich die PSD nicht anschließen.

Seit 1980 besteht ein Kooperationsabkommen mit der FDP (605).

Im Parlament des Europarates hat sich die PSD den Liberalen angeschlossen (606). Ihr neuer Vorsitzender Cavaco Silva hat jedoch im letzten Wahlkampf erneut der Liberalen Internationale eine Absage erteilt (607).

Von Anfang an war die PSD proeuropäisch eingestellt. Sie wünschte ein Portugal im europäischen Sinne, ökonomisch und politisch modern (608).

Dies kam schon in ihrem ersten Programm im November 1974 zum Ausdruck (609).

Ihr damaliger Führer - Sá Carneiro - hat den EG-Beitritt bereits 1977 als "historische Option" bewertet (610).

Im Europäischen Parlament hat die PSD sich erwartungsgemäß den "Liberalen und Demokraten" angeschlossen (611).

f) Sozialstruktur

Die Partei hat inzwischen eine klassen- und territorial-übergreifende Basis im Volk. Sie ist ebenso wie die PS zu einer "catch all" Partei geworden (612).

Stark vertreten ist sie bei der ländlichen und städtischen Bourgeoisie sowie bei den mittelgroßen Besitzbauern. Auch Angehörige freier Berufe und technische Kader sind vertreten. Unternehmer wählen wenig PSD, Frauen umso mehr (613).

Der Norden und Mittelportugal wählt stärker PSD als der Süden. Vor allem im Alentejo und im Industriegürtel um Lissabon hat die Partei nicht so viel Einfluß. Dagegen verfügt sie auf den Azoren und auf Madeira über die absolute Mehrheit (614).

Ihr hat die Eanes-Partei offensichtlich nicht geschadet, da ihre Wähler rechts davon anzusiedeln sind.

g) Stellung im Parteiensystem

Die PSD versteht sich als Partei der Mitte, liegt heute aber eher rechts der Mitte (615).

Als Koalitionspartner hat sie sowohl mit dem CDS, der PPM, als auch mit der PS koalitiert. Eine Koalition mit den Kommunisten scheint ausgeschlossen, da die PSD sich stets streng vom Kommunismus abgrenzt (616).

Eine Expansion nach links ist durch die neue Partei noch schwieriger als bisher. Die PSD hat es aber verstanden, in den letzten Wahlen stärkste Partei zu werden und damit dem Image früherer Jahre zu entfliehen.

h) Stellung im Regierungssystem

Die PSD war außer der fünften provisorischen Regierung an allen vorverfassungsmäßigen Regierungen beteiligt. Hier gelang es ihr zwar nicht, ihre Linie durchzusetzen, wohl aber starke Linksströme zu bremsen. Nach 1975 unterstützte die PSD die PS bei deren gemäßigten Gesetzesprojekten (617). In der Verfassungsgebenden Versammlung setzte sie außerdem die annähernde Autonomie der Azoren und Madeiras durch (618). Von 1976-1979 war die Partei in der Opposition. Zwischen 1980-1983 regierte sie mit dem CDS und PPM als AD und stellte als stärkste Partei den Ministerpräsidenten - Sá Carneiro -. Nach seinem Tod übernahm P. Balsemão dieses Amt.

Unter dieser Regierung fand die vorgeschriebene Verfassungsreform statt, ohne jedoch die Verfassung von der sozialistischen Idee gänzlich zu entfernen.

Größere Probleme hatte die AD mit Präsident Eanes, der sein Pocket-Veto nützte und mit dem Einfluß des Revolutionsrates die ihm unliebsamen antisozialistischen Gesetzgebungsvorschläge blockierte (619). Hier stand Verfassung gegen Regierung.

Dementsprechend unterstützte die PSD bei den Präsidentschaftswahlen 1980 nicht wie 1976 General Eanes, sondern Soares Carneiro (620).

Nach den Wahlen im April 1983 regierte sie mit der PS unter Ministerpräsident Soares und seit Oktober 1985 allein unter Ministerpräsident Cavaco Silva (621).

Bei den Präsidentschaftswahlen 1986 unterstützte sie den CDS-Kandidaten Freitas do Amaral (622).

i) Tendenzen, Gruppen, Konflikte

Nach wie vor sind zwei Strömungen in der Partei vorhanden. Die sozialdemokratische allerdings wurde durch Parteiaustritte geringer. Bereits im Dezember 1975, nach dem 2. Kongress, führte die Rückkehr Sã Carneiros in die Politik und sein Führungsanspruch zum Austritt mehrerer Parteimitglieder aus der VV (623). Mota Pinto verließ die Partei (624).

1979 verließen weitere 37 Abgeordnete u.a. Sousa Franco die PSD, nachdem sie vorher den Parteivorstand und Sã Carneiro in einem Thesenpapier kritisiert hatten. Ihr Ziel war es, den Fall der Regierung Mota Pinto zu verhindern (625). Die Mehrzahl von ihnen fand jedoch über die AD in die Partei zurück.

Insgesamt ist die Partei unter Cavaco Silva auf Rechtskurs gegangen.

Auch anlässlich der Wahl des neuen Staatspräsidenten Ende 1985 gab es Parteizwiste. Führende Parteimitglieder erklärten öffentlich, Mário Soares zu unterstützen (626). Einige Mitglieder der TSD, der Gewerkschaftsorganisation der Partei, wurden deswegen aus der Partei ausgeschlossen (627).

D CDS = Partido do Centro Democrático Social

a) Geschichte

Etwas später als die oben genannten Parteien wurde das CDS am 24.7.1974 von Freitas do Amaral, Amaro da Costa und Basílio Horta ins Leben gerufen. Viele der führenden Persönlichkeiten hatten in engen Beziehungen zur UN Präsident Caetano gestanden. Sie hatten in dieser Zeit zum Teil Verwaltungssämter inne; do Amaral war damals Caetano's wissenschaftlicher Assistent gewesen (628).

Trotz wohlwollenden Verhaltens gegenüber dem MFA hatte die Partei 1974/1975 hart um ihr Dasein zu kämpfen (629). Dies vor allem, weil sie aufgrund ihrer Verbindung zu den früheren Machthabern in den Verdacht geriet, eine Rechtsdiktatur anzustreben (630).

Bei den Parlamentswahlen 1976 konnte sie sich mit fast 16% der Stimmen fest etablieren (631).

Als einzige Partei stimmte sie gegen die Verfassung, deren sozialistische Elemente ihrem Selbstverständnis widersprachen (632).

Nach dem Sturz der Minderheitsregierung Soares im Dezember 1977 bildete das CDS mit der PS eine Regierung, die jedoch bereits im Juli 1978 an Fragen der Agrarreform zerbrach (633).

Ab Dezember 1979 war sie als Teil der AD in der Regierungsverantwortung. 1982/1983 trat Freitas do Amaral von allen nationalen und internationalen Ämtern zurück. Ihm folgte Lucas Pires nach, der die Diskussion "Nationaler Liberalismus - Liberaler Nationalismus" aufbrachte (634).

Von 1983-1985 ging die Partei erneut in die Opposition. Nach einem schlechten Wahlergebnis 1985 unterstützt sie jetzt die PSD in ihrer Regierung (635).

Die Konsequenzen aus der Wahlschlappe zog Lucas Pires, indem er seinen Rücktritt erklärte. Seit April 1986 ist A. Moreira Parteivorsitzender (636). Er war unter Salazar Kolonialminister gewesen und gilt als sehr konservativ (637).

b) Ideologie und Programm

Hier ist eine starke Anlehnung an das CDU-Programm verbunden mit der Idee des humanistischen Personalismus zu erkennen (638).

Stark geprägt vom Antimarxismus betont das CDS ihre pluralistische und christlich humane Orientierung (639). Hier wird auch auf die Werte der Christlichen Soziallehre verwiesen (640).

Im wirtschaftlichen Bereich vertritt die Partei klar das Prinzip der freien Marktwirtschaft mit einer starken Betonung der Privatinitiative (641).

Eine gemäßigte Mitbestimmung in den Betrieben wird vom CDS gefordert (642).

Auch sollen vor allem die Landbevölkerung, die kleinen Unternehmer und die Fischer unterstützt werden (643).

Die Westbindung der Partei steht außer Frage. Sie hat auch schon früh den Anschluß Portugals an die EG befürwortet (644). Dies vor allem, weil sie sich dadurch einen weiteren Schritt in die Richtung der freien Marktwirtschaft erhoffte (645).

c) Organisation

Auf der Gemeindeebene sollen mindestens 15 Mitglieder in einem Verband sein (646). Das beschlußfassende Organ auf dieser Ebene ist die Mitgliederversammlung, die Direktion ist das Exekutivorgan (647).

Die Kreisebene repräsentieren fünf Organe, das Plenum, die Versammlung, die Politische Kommission und unterstützend die Kommission für Spendenbeschaffung und Zulassung. Das Plenum stellt hier das Wahlorgan dar, die Versammlung das Beschlußorgan. Die Politische Kommission ist Exekutive und Koordinator (648).

Auch auf der Distriktsebene sind fünf Organe eingesetzt. Diese sind die Politische Kommission, die Versammlung und die Ordnungskommission sowie als Hilfsorgane die Kommissionen für Spendenbeschaffung und Zulassung (649). Die Versammlung ist das Beschlußorgan, die Politische Kommission leitet und koordiniert die Politik (650).

Die nationalen Beschlußorgane sind der Kongress, der Nationalrat und die Nationale Politische Kommission. Die Kontrollorgane sind die Kommissionen für Rechtsangelegenheiten und Überwachung. Die Vermittlungsorgane sind der Parteipräsident, die Permanente Kommission und die Parlamentarische Gruppe (651).

Der Kongress ist das oberste Entscheidungsorgan der Partei. Er besteht aus gewählten und inhärenten Delegierten. Gewählt werden die Delegierten jeweils für einen Kongress von den Versammlungen der Autonomen Regionen, der Distrikte, Kreise und von den Zellen der Emigranten, außerdem sind die Delegierten der autonomen Parteiorganisationen und

Körperschaften vertreten. Dazu kommen die Mitarbeiter der Partei, die auch Parteimitglieder sind (652).

Die anderen Mitglieder sind all diejenigen, die - egal auf welcher Ebene - parteiintern oder -extern wichtige Ämter ausüben (653).

Der Kongress legt die generelle Parteilinie fest. Er wählt den Präsidenten und die Vizepräsidenten des Nationalrates, den Parteipräsidenten, die Vizepräsidenten der Nationalen Politischen Kommission, den Generalsekretär, zwei von fünf Mitgliedern der Permanenten Kommission und die übrigen Mitglieder der Politischen Nationalen Kommission. Weiterhin wählt er die Mitglieder des Nationalrates und die Nationalen Kommissionen für Rechtsangelegenheiten und Überwachung (654).

Außer dem Nationalrat, der entsprechend dem d'Hondtschen Verfahren nach Listen gewählt wird, werden die Wahlen der anderen Organe aufgrund von Namenslisten durch Mehrheitsbeschluß durchgeführt (655).

Der Kongress tritt alle zwei Jahre zusammen (656).

Zwischen den Kongressen ist der Nationalrat das entscheidende Parteiorgan (657).

Er besteht aus dem vom Kongress gewählten Präsidenten und den Vizepräsidenten, dem Präsidenten und den Vizepräsidenten des Kongresses, dem Präsidenten und den Vizepräsidenten der Nationalen Politischen Kommission, dem Generalsekretär und den Mitgliedern der Permanenten Kommission. Dazu kommen die Mitglieder der Politischen Kommission, die Präsidenten der Kontrollorgane, die Abgeordneten der Versammlung der Republik, der Regionalversammlungen und des Europäischen Parlaments, weiterhin 25 vom Kongress nach d'

Hondt gewählte Mitglieder, die Präsidenten der Politischen Kommissionen der Autonomen Regionen und Distrikte, je zwei Repräsentanten der Versammlungen der Autonomen Regionen und Distrikte, Repräsentanten jeder autonomen Organisation und je ein Repräsentant jeder Körperschaft; dazu noch die Präsidenten der Nationalen Hilfsorgane, der Präsident des Konsultativrates, die Regierungsmitglieder, die Zivilgouverneure, die Direktoren der UEDC, EDU und UDI, der Direktor des technischen Sekretariats und der Parteizeitung (658).

Der Nationalrat definiert innerhalb der vom Kongress festgelegten Linien die Parteistrategie und überwacht ihre Ausführung (659).

Die Zusammenkünfte erfolgen zweimal pro Jahr (660).

Die Nationale Politische Kommission ist das normale Entscheidungsorgan der Partei (661).

Sie setzt sich aus dem Parteipräsidenten, bis zu drei Vizepräsidenten der Nationalen Politischen Kommission, dem Generalsekretär, zwei bis fünf Mitgliedern der Permanenten Kommission, außerdem dem Präsidenten des Kongresses, des Nationalrates und der Parlamentarischen Gruppe und den Präsidenten der Nationalen Kontrollorgane zusammen. Dazu kommen 25 vom Kongress gewählte Vertreter, der Präsident und die Vizepräsidenten des Parlaments, sofern sie CDS-Mitglieder sind, die Präsidenten der Politischen Kommissionen der Autonomen Regionen und der Distrikte und ihre Stellvertreter und die Präsidenten der Autonomen Regionen und der Körperschaften (662).

Die Kommission hat die Aufgabe, der Partei die politische Linie - im festgelegten Rahmen - vorzugeben, generelle politische Aktionspläne anzunehmen, die politische Situation im weitesten Sinne zu analysieren und neben anderem, die restlichen Mitglieder der Permanenten Kommission zu ernennen (663).

Die Permanente Kommission ist im Rahmen der Kompetenzen der Politischen Kommission das ständige Handlungsorgan (664). Sie besteht aus dem Parteipräsidenten, der ihr Vorsitzender ist, den Vizepräsidenten der Politischen Kommission, dem Präsidenten der Parlamentarischen Gruppe, dem Generalsekretär und 2-5 vom Kongress gewählten Vertretern (665). Der Parteipräsident repräsentiert die Partei im politischen Sinne. Er sorgt für die Ausführung der generellen Parteistrategie und ist für die Verbindung nach "außen" zuständig (666).

Der Generalsekretär koordiniert die politischen Aktionen und leitet die Verwaltung im Rahmen der Vorgabe der Permanenten Kommission. Er ist der juristische Repräsentant der Partei und hat daneben die Aufgaben auszuführen, die die Permanente Kommission und der Parteipräsident auf ihn delegieren (667).

d) Nahestehende Verbände und Presse

Einigen Einfluß hat das CDS auf den Industrieverband CIP, der aber seinerseits durch die Verstaatlichungen nicht so viel Einfluß besitzt. Auch im Bauernverband CAP hat es eine starke Position, wobei dieser Verband konservativer ist als die Partei selbst (668).

Praktisch keinen Einfluß hat das CDS auf der Syndikats-ebene. Hier möchte es innerhalb der UGT eine christliche Bewegung aufbauen (669).

Das offizielle Organ ist die Monatszeitschrift "Democracia", unter ihrer wirtschaftlichen Kontrolle sind die Tageszeitungen "O Comércio de Porto" und "O Primeiro de Janeiro" sowie die Wochenzeitschrift "O Pais" (670). Das Institut "Democracia e Liberdade" unterstützt die Parteiarbeit (671).

e) Internationale Beziehungen

Die deutsche CDU leistete dem CDS in jeder Beziehung massive Starthilfe. Inzwischen zieht sie sich jedoch - ausgelöst durch den Rechtsruck der Partei - zurück und hofft auf eine Erneuerung der AD bzw. eine Fusion des CDS mit der PSD (672). So hat die CDU die PSD gedrängt, sich international den Christlichen Organisationen anzuschließen (673).

Gute Kontakte bestehen zu den Konservativen Großbritannien und Österreichs, sowie zu denen in Malta und Venezuela (674). Das CDS ist Mitglied der Europäischen Union der Christdemokraten und der Europäischen Demokratischen Union. In der EVP hat sie Beobachterstatus (675).

Das CDS ist im Europarat Mitglied der Christdemokratischen Fraktion (676).

Es war von Anfang an für den EG-Beitritt, wobei die Partei die Konsequenzen äußerst optimistisch beurteilte (677). Seine zwei Abgeordneten sind im Parlament in die Christdemokratische Fraktion integriert (678).

f) Sozialstruktur

Das CDS zieht vor allem die hohe Mittelklasse und die Oberschicht an. Ihre Wähler finden sich in der Industrie, im Dienstleistungssektor und bei den Besitzbauern (679). Im Norden findet das CDS auch unter den Kleinbauern und Händlern, überhaupt bei der ganz armen Bevölkerung, Unterstützung (680). Auch die religiösen Zentren stehen dem CDS nahe (681). Regional gesehen befinden sich die Wähler im Norden und im Zentrum, nicht im Süden und nicht in den Industriestädten (682). Es profitierte auch von den "Retornados" (683).

g) Stellung im Parteiensystem

Das CDS füllt den äußerst rechten Flügel des Parteienspektrums aus, auch wenn es sich eher in der Mitte ansiedeln will. Die Partei ist aber weit davon entfernt, eine radikale Rechtspartei zu sein, auch wenn sie nicht mehr als christdemokratische Partei im Sinne unserer CDU zu betrachten ist (684).

In der Verfassungsgebenden Versammlung konnte die Partei wenig Einfluß nehmen. Sie zog daraus die Konsequenz, die Verfassung bei der Endabstimmung abzulehnen (685).

Das CDS hat bisher sowohl mit der PS als auch mit der PSD koalitiert, wobei ihm die PSD ideologisch sehr viel näher steht. Es hat ihm aber bei den letzten Wahlen durch den Rechtstrend unter Cavaco Silva am meisten geschadet (686).

h) Stellung im Regierungssystem

An den provisorischen Regierungen war das CDS nur unbedeutend beteiligt.

1978 koalierte es kurzfristig mit der PS, zerstritt sich aber intern und mit der Partnerin wegen der Agrarpolitik (687). In der AD konnte das CDS von 1979-1983 starken Einfluß geltend machen und es gelang ihm, zumindest wirtschaftlich, eher seinen Kurs zu verfolgen. An der sozialistischen Grundidee der Verfassung aber konnte die Partei nicht rütteln.

Seit 1985 unterstützt sie nun die PSD-Minderheitsregierung. Bei den Präsidentschaftswahlen 1976 gab das CDS Präsident Eanes seine Stimme. 1980 und 1985 stellt es dann jeweils mit Soares Carneiro und Freitas do Amaral eigene Kandidaten auf. Freitas do Amaral unterlag Mario Soares nur ganz knapp mit 48,7% der Stimmen (688).

i) Tendenzen, Gruppen, Konflikte

Der Parteispitze wurde die Wahlniederlage des Jahres 1985 angelastet. Lucas Pires hatte die Parteilinie mit unklarem Kurs verlassen (689).

Mit der Wahl seines Nachfolgers Moreira traten einige eher liberale Mitglieder aus der Partei aus; auch wurde intern die Wahl sehr kritisiert (689).

Starke Kritik kam auch schon 1976/1977 von der liberal-konservativen Gruppe unter de Melo, die die damalige Parteiführung unter Amaro da Costa kritisierte (690).

Im Dezember 1977 erfolgten mit der Koalition PS/CDS

Massenaustritte aus der Partei (690).

Im September 1978 dann, als weiter rechts stehende Gruppen aktive Mitglieder abwarben, wurde Lucas Pires stellvertretender Parteipräsident und Amaro Costa zur Pflege auswärtiger Kontakte degradiert. Amaro Costa kam 1980 mit Sá Carneiro ums Leben (691).

1983 dann wurde Lucas Pires, nach dem Rücktritt Freitas do Amarals, Parteipräsident. Er trat nach seiner Wahlniederlage 1985 zurück (692).

E PRD = Partido Renovador Democrático

a) Geschichte

Jahrelang hatte man in Portugal über die Entstehung einer dem damaligen Staatspräsidenten Eanes nahestehenden neuen Partei diskutiert.

Bereits 1976, nach der ersten Wahl von General Eanes zum Staatspräsidenten, sprachen sich Mitglieder des Revolutionsrates, der Generalsekretär der CAP José Manuel Casqueiro und Mota Pinto für eine solche Alternative aus (693).

Während der Regierungskrisen 1978/1979 hatte General Eanes auch des öfteren mit einer eigenen Partei gedroht (694). 1982 dann erschienen die ersten programmatischen Texte im Geiste der CNARPE, der Wahlkampforganisation von General Eanes im Jahre 1980. 1984 fand die erste Sondierungssitzung der Ex-koordinatoren der CNARPE statt, die in der damaligen PS/PSD-Regierung nicht die Lösung der portugiesischen Probleme sahen (695). Neben Herminho Martinho

sind hier vor allem Miquel Caetano, João Botequilha, Adelino da Palma Carlos und Medeiros Ferreira zu nennen (696).

Anfang 1985 fand dann der erste Kongress (Konvention) in Troia statt, auf dem H. Martinho bis zum Eintreten von General Eanes in die Partei zum provisorischen Präsidenten gewählt wurde (697).

Bei den Parlamentschaftswahlen im gleichen Jahr erreichte die PRD sensationelle 18% der Stimmen, bei den Kommunalwahlen 1985 dann allerdings nur 4,7% (697). Seit Oktober 1986 nun ist General Eanes Parteipräsident, H. Martinho sein Stellvertreter (698).

b) Ideologie und Programm

Nachdem sich aus der "Erklärung der Prinzipien" der ersten Konvention 1985 nur schwerlich eine Ideologie feststellen ließ, will sich die Partei jetzt zwischen der Sozialdemokratie und dem demokratischen Sozialismus im Bereich der "Demokratischen Linken" angesiedelt wissen (699).

Ihr Hauptziel gilt der Erneuerung, um die allgemeine kulturelle, politische, soziale und menschliche Krise zu meistern (700). Dies soll vor allem durch ein neues Machtgleichgewicht, stärkere Repräsentation des Volkswillens und bessere Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen durch Reformen erreicht werden (701). Großer Wert wird auch auf die Regionalentwicklung und die Dezentralisierung gelegt (702).

Im Wirtschaftsbereich vertritt die Partei das Prinzip der Marktwirtschaft mit der Betonung der Notwendigkeit der

Privatinitiative, wobei der öffentliche Sektor als gegeben, nicht aber als unantastbar, betrachtet wird (703). In diesem Bereich wird ein ausführliches Sanierungsprogramm vorgeschlagen (704).

Die Gewerkschaftsarbeit von CGT/Inter und UGT werden befürwortet und neue Formen der Unternehmensorganisation gesucht (705).

Das stark nationalistische Programm verurteilt die starke Auslandsabhängigkeit des Landes und fordert deren Abbau (706). Die Partei steht zur NATO ebenso wie zum EG-Beitritt, auch wenn sie an den Beitrittsverträgen Kritik übt (707). Auffallend am neuen Programm ist die fundierte Auseinandersetzung mit den Problemen des Beitrittes (708). Die PRD spricht sich auch für eine Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlamentes aus (709).

c) Organisation

Die Parteiorganisation der PRD hatte die der PSD als Vorbild (710).

Die nationalen Organe sind der Nationale Konvent, der Nationalrat, der Parteipräsident, der Nationale Vorstand, der Nationale Konsultativrat, der Rat für Rechtsangelegenheiten, die Rechnungsprüfungskommission und die Kommission zur Mandatsprüfung (711).

Der Konvent, das höchste Parteiorgan, tagt alle 2 Jahre (712). Er setzt sich aus den Kreisvorständen, anderen Kreisrepräsentanten, Mitgliedern des Nationalrates, Abgeordneten der Parlamente, Parteimitgliedern in Regierungen und Mitgliedern des Kabinettes für Parteistudien zu-

sammen. Dazu kommen je maximal 30 Vertreter der Jugend und autonomen Arbeiterorganisation (713).

Er bestimmt die strategische Grundlinie der Partei und nimmt die grundlegenden Programmtexte an (714).

Unter anderem wählt er die wichtigsten Parteiorgane (715). Der Nationalrat übernimmt in der Zeit zwischen den Konventen die Aufgabe der strategischen Orientierung. Er tagt alle drei Monate (716).

Neben dem Parteipräsidenten, Mitgliedern des Konventsvorstandes, des Nationalen Vorstandes, des Rates für Rechtsangelegenheiten und der Überwachungskommission gehören ihm 40 vom Konvent nach dem Proporzsystem und d'Hondt gewählte Mitglieder, die Präsidenten der Distriktsvorstände und der Autonomen Regionen, je ein Repräsentant des Distriktsrates und des Rates der Autonomen Regionen sowie Direktionsmitglieder der Parlamentarischen Gruppe, Regierungsmitglieder und Mitglieder der Kommission zur Mandatsprüfung an. Dazu kommen je maximal fünf Jugend- und Arbeitnehmervertreter (717).

Der Parteipräsident ist der Vertreter der Partei auf nationaler Ebene und koordiniert die Parteiaktivitäten (718). Ihm steht ein Vizepräsident zur Seite (719).

Der Nationale Vorstand ist das oberste Exekutivorgan der Partei (720).

Er setzt sich aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Partei, 9 bis 15 vom Nationalkonvent gewählten Mitgliedern, von denen einer der Generalsekretär ist, und dem Präsidenten der Parlamentarischen Gruppe zusammen (721). Auf der Distriktsebene gibt es den Distriktsrat, den Distriktsvorstand als Exekutivorgan und die Kommission für

Rechtsangelegenheiten. Sie alle koordinieren die Parteiaktionen der Kreise (722).

Der Distriktsrat besteht aus den Präsidenten der Kreisvorstände und anderen, vom Kreiskonvent gewählten Mitgliedern, vom entsprechenden Wahlzirkel gewählten Abgeordneten, aus Mitgliedern der Distriktsvorstände und der Kommission für Rechtsangelegenheiten der Distrikte (723).

Der Vorstand und der Rat für Rechtsangelegenheiten werden vom Distriktsrat gewählt (724).

Auf der Kreisebene gibt es den Kreiskonvent und den Kreisvorstand, wobei der Konvent das höchste Organ, der Vorstand das Exekutivorgan ist (725).

Der Konvent tritt regelmäßig zweimal pro Jahr zusammen (726).

Er setzt sich aus allen dort eingeschriebenen Mitgliedern, den Konventsvorsitzenden, dem Vorstand, aus nach Listen gewählten Unabhängigen, die von der Partei unterstützt werden und aus Mitgliedern nationaler Organe, die im Kreis eingeschrieben sind, zusammen (727).

Der Konvent wählt auch den Kreisvorstand (728).

An der Basis gibt es Ortsverbände mit mindestens 10 Mitgliedern (729).

Die Autonomen Regionen verfügen über eigene Organisationen (730).

Erwähnenswert ist noch das fast freie Mandat der Abgeordneten im Parlament. Sie sind nur in wenigen, wichtigen Fällen dem Parteizwang unterworfen (731).

d) Über nahestehende Verbände und Presse ist nichts bekannt.

e) Internationale Beziehungen

Die vier Abgeordneten der PRD haben sich im Europäischen Parlament als "Demokratische Erneuerer" den französischen Gaullisten angeschlossen (732).

Im übrigen strebt die Partei ein besseres Verhältnis zu Spanien und eine starke Verbindung zum NATO-Partner USA an (733).

Auch zu den Ex-Kolonien und Brasilien sollen engere Beziehungen entstehen (734).

f) Sozialstruktur

Die Partei wurde nach eigenen Aussagen hauptsächlich von der Bevölkerung auf dem Land und unzufriedenen "Mitte-Links" Wählern unterstützt (735). Vor allem den Sozialisten und Kommunisten dürften sie Stimmen abgenommen haben (736). Laut 'Expresso' besteht ein großes Wahlpotential in den Städten (737).

g) Stellung im Parteiensystem

Die PRD ist zwischen der PS und der PSD ideologisch anzusiedeln.

Als Mittelpartei will sie aber auch den Dialog zur PCP suchen (738).

Bei den Präsidentschaftswahlen 1985/1986 unterstützte sie zunächst den früheren Sozialisten Zenha, dann Mário Soares (739).

h) Stellung im Regierungssystem

Momentan hängt von der PRD ein Teil der Regierungspolitik ab, da sie in vielen Bereichen die Minderheitsregierung der PSD unterstützt (740).

i) Tendenzen, Gruppen, Konflikte

Schon in der Gründungsphase gab es, ausgehend von der inhomogenen Struktur der Mitglieder, viele Konflikte. Neben früheren Revolutionsmitgliedern und Mitgliedern des Wahlkomitees für Eanes setzt sich die Parteispitze aus Leuten aus der Provinz zusammen (741).

Erste Konflikte ergaben sich, weil Caetano und Botequilha in den Verdacht gerieten, die Parteilinie stark zu bestimmen (742). Außerdem drohte auch die Wahl des Staatspräsidenten die Partei zu spalten, da Frau Pintasiglo in ihr viele Anhänger hatte (743). Schließlich traten auch führende Leute um General Eanes wie Adelino da Palma Carlos und Joaõ Botequilha nicht in die Partei ein (744).

Nachtrag:

Mitte April 1987 wurde die Minderheitsregierung unter Cavaco Silva durch einen Mißtrauensantrag des ehemaligen Staatspräsidenten Eanes mit Hilfe der PS und PCP gestürzt (745). Daraufhin wurden von Staatspräsident Soares Neuwahlen anberaumt (746).

So wurden am 19. Juli sowohl Parlamentswahlen als auch Wahlen zum Europäischen Parlament abgehalten.

Hierbei erreicht die PSD die absolute Mehrheit, die PS 22% der Stimmen, die PRD nur 4,9%, das CDS nur 4,1% und die PCP 12% (746).

Gewerkschaften

1) Geschichte

Im Jahr 1835 tauchten in Portugal die ersten Klassenvereinigungen in Form eines Zusammenschlusses von Arbeitern verschiedener Berufe auf, die ihre Forderungen stellten (747). 1852 waren dann philanthropische Vereinigungen zu Gunsten der Arbeiterklasse gegründet worden wie das "Centro Promotor dos Melhoramentos das Classes Laboriosas" und Unterstützungsvereine auf Gegenseitigkeit (748). 1870 entstand die Vereinigung der Arbeiter der Region Portugal (749). 1872 besuchten portugiesische Delegierte den Kongress der 1. Internationale (750). Die Bewegung orientierte sich am Föderalismus Pierre Proudhon's und am Anarchismus Michail Bakunins. Silva Mendes und Felizardo Lima waren ihre Führer (751).

Im Land wurden lokale Syndikate, Föderationen, Kooperativen und Volkskollektive gegründet, die durch die monarchische Regierung 1891 per Gesetzesdekret anerkannt wurden (752).

1913/1914 wurde der erste Dachverband mit dem Namen "União Operária Nacional" gegründet, der 1919 in der "Confederação Geral dos Trabalhadores" aufging. Aus ihr entstand durch eine Abspaltung 1921 die PCP (753). Ihre Syndikate traten 1925 aus der CGT aus und gründeten 1930 die "Comissão Intersindical" (754).

1933 wurde von der Regierung Salazar das "Statut der Nationalen Arbeit", das ein nationales Gewerkschaftsmodell enthielt und freie Gewerkschaften abschaffte, erlassen.

Streik und Aussperrung wurden verboten. Nationale Syndikate, "gremios" und "corporações" wurden, entsprechend der "Carta del Lavoro" von Mussolini, eingesetzt. Pro Distrikt gab es ein einziges Berufssyndikat (755). Der schwerfällige Apparat hatte soziale Aufgaben und solche der Wirtschaftsplanung. Die Aufsicht hatte der "Unterstaatssekretär für Korporationen", der auch für die Wahlen zu den entsprechenden Gremien zuständig war (756). Nach 1948 fand der 2. illegale Kongress der PCP statt, in dem die Eroberung der faschistischen Syndikate beschlossen wurde. Es entstand die "Accção Católica" und die "Juventude Operária Católica". Durch António Sérgio und Jaime Cortesão wurde der sozialdemokratische Einfluß auf die Arbeiterbewegung neu belebt. 1962/ 1963 fanden große Streiks statt (757).

Unter Caetano wurde das Anerkennnisverfahren für die Wahlen von Gewerkschaftsvorständen 1969 abgeschafft, 1972 aber wieder eingeführt (758).

1970 entstand die "reuniões sindicais", initiiert von Führern der Kommunisten, reformierten Sozialisten und Katholiken aus verschiedenen Gewerkschaftsbereichen (759).

1972 wurde von der PCP der Dachverband "Intersindical" gegründet und dessen Aufnahme in die ILO beantragt (760).

Er ersetzte die "reuniões intersindicais" (761).

Nach 1974 fand, anders als im allgemeinen politischen Leben, keine grundlegende Umstrukturierung auf Gewerkschaftsebene statt. Intersindical wurde als Dachverband mit den bestehenden Syndikaten übernommen (762).

Neugründungen erfolgten v.a. in nicht organisierten Sektoren wie dem Öffentlichen Dienst. Föderationen und Unionen

wurden als Verhandlungs- und Beratungsorgane hinsichtlich kollektiver Arbeitsverträge und im Nationalen Lohn- und Preisrat beibehalten (762).

Allein die Land- und Fischereigilden wurden aus Besetzungsgründen ausgetauscht (762).

Bei den Syndikaten handelte es sich um Berufsgewerkschaften, d.h. es waren mehrere Gewerkschaften in einem Betrieb vorhanden, deren Vorstand durch Listen gewählt wurde (763).

Direkt nach der Nelkenrevolution übernahm die PCP die Führung in nahezu allen Syndikaten, ohne auf große Gegenwehr zu stoßen. Im Januar 1975 wurde dann auf ihr Betreiben die Intersindical monopolisiert (764). Die "unicidade" war erreicht.

Zu den tragenden Prinzipien wurden Einheit, Demokratie, Antikapitalismus, Antiimperialismus und proletarischer Internationalismus erklärt (765).

Das Orientierungs- und Aktionsdokument forderte die revolutionäre Umgestaltung und Gemeineigentum an Produktionsmitteln sowie die totale Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter (766).

Die Satzung übernahm die Struktur des Korporativismus (766). Opposition bildete die Goldschmiedegewerkschaft des Südens, die für eine Umbildung in eine leninistische Gewerkschaft eintrat. Proteste kamen auch von den Beobachtern (z.B. Telefonisten), die sich gegen die enge Verbindung zum Staat wehrten (767).

Die innergewerkschaftliche Opposition formierte sich Anfang 1976 mit der "Carta Aberta = Offener Brief". Diese entsprang dem Kampf des PS-Flügels der Intersindical unter Aires Rodrigues um eine Reform der Einheitsgewerkschaft

(768).

Die tatsächliche Freiheit der Gewerkschaftsbewegung im Sinne der Möglichkeit der Errichtung von Gewerkschaften anderer Tendenzen, des Anschlusses an die internationale Gewerkschaftsbewegung und im Sinne von demokratischen Kongressen mit freien Wahlen wurde gefordert (769).

Viele ihrer Forderungen konnten in die Verfassung von 1976 eingebracht werden. Neben dem Recht auf freie Gründung von Gewerkschaften und der Organisation von Richtgewerkschaften wurde die freiwillige Mitgliedschaft bei freiwilliger Beitragszahlung verankert. Außerdem konnte die Forderung nach demokratischer Organisation und geheimer Wahl sowie die Möglichkeit der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen erreicht werden (770).

Wenig später wurden die Gesetze, u.a. das über die Einheitsgewerkschaft, entsprechend der Verfassung geändert (771). Daneben wurde der kommunistische Einfluß u.a. durch die Änderung der Arbeitsgesetze eingedämmt. So wurde die Kontrolle der Beschäftigten auf "rein wirtschaftliche Aspekte" reduziert und das Streikrecht eingeschränkt (772). Im Prinzip dürfen nur noch die Gewerkschaften Streiks ausrufen (773).

Nachdem die Autoren der Carta Aberta zunächst auf eine tiefgreifende Reform innerhalb der Intersindical gehofft hatten, setzte sich nach dem Scheitern dieser Versuche innerhalb der PS das Programm Gonetha, das die CGT als anti-demokratisch und totalitär bezeichnete, nach langen partei-internen Kämpfen durch (774). Nach ihm sollte die PS die Verteidigerin eines sozialistischen, demokratischen und autonomen Gewerkschaftssystems werden (775). Neue vertikale

Gewerkschaften mit einer neuen Zentrale neben Intersindical wurden gefordert und eine Allianz nach rechts angestrebt, nachdem seit 1976 die Zusammenarbeit mit der PSD erfolgreich war (776).

Das Jahr 1977 brachte auch den Versuch seitens des Ministerpräsidenten Soares, die Intersindical in einen Sozialpakt mit den Unternehmern einzubinden, um die Notsituation zu meistern - vergeblich. Am 22.5. rief die CGT zu Massendemonstrationen auf. Streiks lähmten danach den öffentlichen Dienst (777).

Allerdings veranlaßte die Ankündigung der Gründung eines neuen Dachverbandes ebenso wie die Streikmüdigkeit der Organisierten eine Mäßigung der Intersindical (778). Erste Einbrüche bei den Wahlen für den öffentlichen Dienst des Südens und der Inseln sowie im blue-collar-Bereich verstärkten diese Tendenz (779).

Im Oktober 1978 entstand mit Unterstützung der PS und PSD neuen Stiftungen José Fontana und Oliveira Martins die UGT als Konkurrenz zur Intersindical. Ihre geistigen Väter waren Gonalha und Mario Pinto (780).

Am 3.12.1979 trat mit dem Wahlsieg der AD eine starke Polarisierung und Konfrontation der CGT gegenüber der Regierung ein. Die Intersindical sah die Errungenschaften der Revolution bedroht und reagierte mit Streik. Sie suchte die Verbindung zum PS-Flügel der UGT und erreichte gemeinsame Aktionen. Dies ging zu Lasten der UGT, die von parteipolitischen Interessen zerrissen war (781).

Anläßlich der Maifeiern 1980 rollte die totale Streikwelle von Intersindical und UGT. Profit daraus zog aber mehr die CGT auf Grund ihrer Kapazität und ihres Streikpotentials

(782).

Die Intersindical blieb zunächst stärkste gewerkschaftliche Kraft mit etwa 1 Million Mitglieder bei 800 000 der UGT (783).

Die UGT war zerstritten und gebeutelt. Die AD regierte, die PS war in der Opposition. Diese Konflikte spürte auch die UGT (784). Zusätzlich belastete noch die Präsidentschaftswahl am 5.10.1980 die UGT. Die PS-Linie stand auf der Seite von General Eanes, die PSD auf der von Soares Carneiro (785). Durch die Wahl von Eanes wurde dann die PS-Linie gestärkt (786).

Dennoch hat die UGT weiterhin parteipolitische Kämpfe auszuhalten. So hat die AD 1982 dazu geführt, daß zwei Mitglieder des Nationalen Sekretariates ihre Ämter niederlegten (787).

Auch wurden 1986 Mitglieder des PSD-Flügels TSD wegen der Unterstützung von Mário Soares bei den Präsidentschaftswahlen aus der PSD ausgeschlossen (788).

Der Konflikt zwischen den beiden Dachverbänden besteht nach wie vor, es hat sich jedoch hinsichtlich der Machtverhältnisse etwas geändert. Die UGT hat inzwischen 1,1 Millionen Mitglieder und damit ihre Basis erheblich gestärkt (789). Dies gilt vor allem deshalb, weil nicht von einem entsprechenden Wachstum der UGT auszugehen ist.

2) Dachverbände im Einzelnen

A CGTP/Intersindical = Confederação Geral dos Trabalhadores

a) Programm

Schon aus der Geschichte ergibt sich die pro-sowjetisch-kommunistische Ausrichtung der CGT. Ihr Ziel ist die Errichtung des Sozialismus im Sinne des Kommunismus (790). Dementsprechend verteidigt sie die Errungenschaften der Revolution wie die Nationalisierungen, die Agrarreform und die Rechte der Arbeiter, v.a. die Mitbestimmung (791). Auch für eine echte Regionalisierung zur Stärkung der "poder local" tritt sie ein (792).

Daneben gilt ihre große Anstrengung der gewerkschaftlichen Einheit. Die UGT wird als "Instrument der Rechten" disqualifiziert (793).

Ihr Nahziel ist die Verbesserung der Lage der Arbeiter v.a. durch den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die rückständigen Löhne und für bessere Lebensbedingungen (794). Ideologisch steht sie der PCP nahe. Alle anderen Parteien bezeichnet sie als undemokratisch. Eine Ausnahme bildet aber die neue PRD (795).

Ihr Presseorgan ist die Zeitschrift "Alavanca" (796). Entsprechend ihrer Verbindung zur PCP vertritt sie deren außenpolitische Ansichten v.a. auch hinsichtlich des EG-Beitrittes (797). Anders als die PCP ist die CGT aber bereit, in den entsprechenden Organen mitzuarbeiten (798). So hat die CGT einen Sitz im Wirtschafts- und Sozialrat (799). Sie hat auch die Aufnahme in den Europäischen

Gewerkschaftsbund beantragt, diese wurde jedoch abgelehnt (800). In der ILO ist sie abwechselnd mit der UGT vertreten (801).

b) Organisation

Die assoziierten Gewerkschaften der CGTP/Inter sind die Syndikate, die Föderationen und die Unionen (802).

Das Syndikat ist die Basisvereinigung, die Föderationen sind die Vereinigung von mehreren Syndikaten in einer bestimmten Wirtschafts- oder Berufsbranche, die Union ist die Vereinigung von Syndikaten in einem bestimmten Distrikt oder einer autonomen Region (803).

Die nationalen Organe sind der Kongress, das Plenum, der Nationalrat und dessen Exekutivkommission (804).

Der Kongress, zusammengesetzt aus den angeschlossenen Mitgliedern, ist das oberste Beschlußorgan des Dachverbandes (805).

Die Syndikate werden darin proportional zur Zahl ihrer Mitglieder vertreten (806). Auch die Mitglieder des Nationalrates sind Delegierte (807). Ebenso nehmen die Unionen und Föderationen mit Stimmrecht teil (808).

Die Entscheidungen werden in der Regel mit einfacher Mehrheit gefällt, wobei jeder Delegierte eine Stimme hat (809).

Der Kongress ist das Beschlußorgan, das die Linie vorgibt und u.a. den Nationalrat wählt (810). Er tritt normalerweise alle 3 Jahre zusammen (811).

Das Plenum, das Organ, das Impulse geben soll, setzt sich aus Mitgliedergewerkschaften, Föderationen und Unionen zusammen, wobei sie jeweils durch die Führungsgremien ver-

treten sind (812). Zusammen mit dem Nationalrat, der aus 75 effektiven und 20 zusätzlichen Mitgliedern besteht, übt das Plenum zwischen den Kongressen die Führung aus (813). Der Nationalrat, das Direktivorgan, wählt aus seiner Mitte die Exekutivkommission (814).

B UGT = União Geral dos Trabalhadores

a) Programm

Die UGT vertritt in ihrem Programm den Tendenzschutz und die Gewerkschaftsfreiheit, die Tarifautonomie und die Sozialpartnerschaft, die Installierung von Vertikalgewerkschaften, die Unabhängigkeit der Einzelgewerkschaften sowie die parlamentarische Demokratie und die Gewaltenteilung (815).

Ihr Kampf gilt, ebenso wie der der CGT, der Verbesserung der Lage der Arbeiter. Sie verurteilt die hohe Arbeitslosigkeit, die rückständigen Löhne und auch die schlechten Rahmenbedingungen (816).

Entsprechend ihren Gründungsvätern vertritt die UGT die PS/PSD-Linie, wobei seit dem letzten Kongress die PS richtungsführend ist (817).

Die CGT/Inter wird von ihr als "totalitär" charakterisiert (818).

Die UGT tritt für einen Sozialpakt mit den Verbänden und der Regierung ein, um die anstehenden, schwerwiegenden Probleme des Landes zu lösen, die CGT lehnt dies ab (819). Die UGT hat international erhebliche Erfolge aufzuweisen, vor allem durch die Aufnahme in den EGB (820).

Dies wurde sicher durch die positive Einstellung der UGT zum EG-Beitritt begünstigt (821).

In der ILO ist sie abwechselnd mit der CGT vertreten (822).

b) Organisation

Die UGT strebt eine vertikale Organisation der Mitglieder nach Branchen an (823). Entsprechend dem Prinzip des demokratischen Syndikalismus finden die wiederkehrenden Wahlen in geheimer Abstimmung statt (824).

Ihre zentralen Organe sind der Kongress, der Generalrat, der Präsident, der Generalsekretär, das Nationale Sekretariat, der Finanzüberwachungsrat und der Disziplinarrat (825).

Der Kongress, als oberstes Organ, setzt sich aus je einem gewählten und einem vom Exekutivorgan benannten Delegierten jedes Mitgliedes sowie aus Mitgliedern der anderen nationalen Organe zusammen (826).

Seine Hauptaufgabe besteht in der Annahme des Programmes und der Festsetzung der groben Linie der UGT. Außerdem wählt er, mit Ausnahme des Generalrates, alle anderen nationalen Organe (827).

Regelmäßig findet alle 3 Jahre ein Kongress statt (828).

In der Zeit zwischen den Kongressen ist der Generalrat das höchste Organ. Seine Mitglieder werden nach bestimmten Indizes aus den Generalräten, Kongressen oder Generalversammlungen der einzelnen Mitglieder aus konkurrierenden Listen in geheimer Wahl unter Anwendung des d'Hondtschen Verfahrens gewählt (829).

Ihm unterliegen Aufgaben wie die Annahme des Haushaltes und

die Ausrufung von Streiks (830).

Er trifft sich einmal pro Semester (831).

Der Präsident der UGT, der vom Kongress gewählt wird, repräsentiert die Union in allen wichtigen Angelegenheiten (832). Der ebenfalls vom Kongress gewählte Generalsekretär ist der Repräsentant in allen internationalen Angelegenheiten (833).

Das nationale Sekretariat stellt das Exekutivorgan der UGT dar (834). Es wird vom Kongress in geheimer Wahl nach konkurrierenden Listen gewählt, wobei eine absolute Mehrheit für die siegreiche Liste nötig ist (835).

Das Sekretariat wählt dann aus seiner Mitte das Exekutivsekretariat (836).

Daneben gibt es auf anderer Ebene die Föderationen. Sie sind vertikale Organe, die Gewerkschaften im gleichen Bereich, jedoch in verschiedenen Gebieten, vereinigen (837). Außerdem gibt es Bezirkskommissionen, die hinsichtlich Kollektivverhandlungen beratenden Charakter haben (838). Auf regionaler Ebene hat jede Sektion ein aus 5-7 Mitgliedern bestehendes Sekretariat (839).

Verbände

Ebenso wie in anderen Bereichen fehlt es hier an gewachsenen Organisationen und Infrastruktur.

A CAP = Confederação dos Agricultores de Portugal

Dieser größte Verband der Landwirte wurde am 24.11.1975 gegründet und umfaßt 66 Basisvereinigungen und 16 Spezialvereinigungen (840).

In ihm sind neben Großgrundbesitzern kleine und mittlere Bauern v.a. des Nordens organisiert (841).

Sein Interesse gilt allen Angelegenheiten, die die Landwirtschaft betreffen. In solchen vertritt er seine Mitglieder nach innen und außen (842).

Er tritt für eine neue Agrarreform und die Entwicklung der Landwirtschaft auf europäisches Niveau hin ein (843).

Seine Grundtendenz ist konservativ (844).

Er ist Mitglied der "Europäischen Vereinigung der Landwirtschaft" und der "Internationalen Vereinigung der landwirtschaftlichen Erzeuger" und des "Wirtschafts- und Sozialrates" (845).

Seine Hauptorgane sind die Delegiertenversammlung, die Direktion, der Generalsekretär und die Rechnungskommission (846).

Die Delegiertenversammlung setzt sich aus je 2 Vertretern jeder Vereinigung mit je einer Stimme zusammen. Sie wählt den Vorstand, definiert die generelle Verbandslinie, beschließt den Etät, Änderungen der Statuten und anderes (847).

Die Direktion besteht aus 5 effektiven und 5 zusätzlichen Mitgliedern. Aus den 5 effektiven wird der Direktionspräsident gewählt. Die Direktion ist der juristische Repräsentant der CAP und das Exekutivorgan (848).

Der Generalsekretär wird von der Versammlung auf 3 Jahre gewählt. Er repräsentiert den Verband soweit die Direktion ihm entsprechende Kompetenzen übergibt. Vor allem aber fungiert er als Koordinator (849).

Die Rechnungskommission, bestehend aus drei effektiven und zwei zusätzlichen Mitgliedern, wird von der Delegiertenversammlung gewählt (850).

Neben der CAP existieren noch die CM und UDA. Die CM hat sich als einziger Bauernverband gegen den Beitritt ausgesprochen (851).

B AIP = Associação Industrial Portuguesa

Dieser Industrieverband ist hinsichtlich seiner Mitgliederstruktur der am breitesten gefächerte in Portugal. Er geht auf die 1860 in Lissabon gegründete Vereinigung zur Förderung der Manufakturfabriken zurück, die 1886 zur Portugiesischen Industrievereinigung wurde (852).

Die AIP war Organisator des portugiesischen Teils der Weltausstellung 1889 in Paris (853). 1923 fand der erste Kongress der Vereinigung von Handel und Industrie statt (854). 1928 erschien erstmals die "Indústria Portuguesa", eine periodisch erscheinende Publikation der AIP (855).

1933, nach einer großen Industrieausstellung, organisierte die AIP den ersten portugiesischen Industriekongress (856).

1949 fand dann die erste Industriemesse in Portugal statt (857). 1957 wurde der zweite Industriekongress abgehalten, 1960 gab es die erste Internationale Messe von Lissabon. Im gleichen Jahr wurde die AIP Vollmitglied der "Union Internationaler Messen" (858). 1968 fand dann der Kongress dieser Union in Lissabon statt (859). 1972 entstand ein "Permanentes Komitee für die Umwelt" (860). 1978 nahm dann die EG an der "Internationalen Lissaboner Messe" teil (861).

Das Hauptziel der AIP ist das Vorantreiben der technischen, wirtschaftlichen, handelsbezogenen und kulturellen Entwicklung ihrer Mitglieder und der portugiesischen Industrie im allgemeinen (862).

Politisch unabhängig, vertritt sie das Prinzip der politischen Demokratie, die Idee der Marktwirtschaft, des sozialen Friedens, des freien Unternehmertums, der Entwicklung und Modernisierung der Industriestruktur (863). Auf internationaler Ebene ist die AIP Gründungsmitglied des "Konsultativkomitees für Wirtschaft und Industrie der OECD", Vollmitglied der "Vereinigung der Industrien der EG", des "Rates der europäischen Industrievereinigungen", ist repräsentiert im "EFTA-Konsultativkomitee", ist Vollmitglied der "Union Internationaler Handelsmessen" und Mitglied der "Union Internationalen Handwerks der Klein- und Mittelbetriebe" (864).

Die Organe der AIP sind die Generalversammlung, die Direktion und der Aufsichtsrat (865).

Die Generalversammlung wählt neben ihrem Vorsitzenden alle drei Jahre die Mitglieder der anderen beiden Organe. Dies geschieht in geheimer Wahl nach Vorschlagslisten der Direktion oder von 50 Mitgliedern (866).

Die Generalversammlung setzt sich aus allen effektiven Mitgliedern zusammen. Diese können private oder juristische Personen sein, sofern sie nur im weitesten Sinne mit der Wirtschaft zu tun haben (867).

Den Vorsitz führen je ein Präsident und sein Stellvertreter sowie der erste und zweite Sekretär (868).

Die Generalversammlung bestimmt die Grundlinie der AIP (869).

Sie findet jährlich statt (870).

Die Direktion, das Exekutivorgan, verfügt über einen weiten Kompetenzbereich zur Geschäftsführung der Gesellschaft (871).

Sie besteht aus dem Präsidenten, 6 Vizepräsidenten, acht effektiven und drei zusätzlichen Beisitzern (872).

Die Direktion trifft sich einmal pro Monat (873).

Der Aufsichtsrat setzt sich aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten sowie einem effektiven und einem zusätzlichen Beisitzer zusammen (874). Er tagt einmal pro Trimester (875).

Ergänzend zu den Hauptorganen gibt es die Sektionen, die Permanenten Kommissionen und die Zellen der regionalen Unternehmen, die jeweils in ihren spezifischen Aktivitäten autonom sind, sofern sie nicht mit den Zielen der AIP kollidieren (876).

Die Sektionen sind Vereinigungen von Mitgliedern in der gleichen Branche, die Permanenten Kommissionen sind Vereinigungen, die sich für einen gemeinsamen Grundbereich interessieren, die Zellen schließlich sind eine regionale Vereinigung verschiedener Branchen (877).

Bei der AIP besteht eine Sonderkommission, die CAIPCEE, zur

Information der Mitglieder über den EG-Beitritt (878).
Der Verband hat auch von Anfang an die Beitrittsbemühungen unterstützt, dies vor allem, weil er im Beitritt die Möglichkeit zur Erreichung seiner Ziele sieht (879).

C CIP = Confederação da Indústria Portuguesa

Die CIP besteht vor allem aus kleinen und mittleren Unternehmen (880).

Sie entstand nach der Revolution 1975 (881).

Wie auch die AIP will die CIP die nationale Industrie in all ihren sozio-ökonomischen Bereichen repräsentieren und den Mitgliedern Schutz und Hilfe bieten (882).

Auch will sie die gegenseitige Solidarität fördern und die Unternehmer bei kollektiven Arbeitsverhandlungen vertreten (883). Der technische Fortschritt soll in allen Bereichen vorangetrieben werden (884).

Ihr steht die Zeitschrift "Indústria em Revista" nahe (885). Die CIP ist Mitglied der 'Vereinigung der Industrien der EG' und der ILO (886).

Die CIP stand und steht dem EG-Beitritt trotz wirtschaftlicher Bedenken positiv gegenüber (887).

Mitglieder der CIP können Unternehmensorganisationen aus dem Industrie- und Dienstleistungsbereich sein, ebenso deren Unionen und Föderationen (888).

Die Aktivitäten des Verbandes sind nach Branchen aufgeteilt, wobei jeder Sektor einen eigenen Rat hat (889).

Die Organe der CIP sind die Generalversammlung, die Direktion und der Aufsichtsrat (890).

Alle Mitglieder dieser Organe werden für drei Jahre in ge-

heimer Wahl bestimmt (891).

Die Generalversammlung besteht aus allen Mitgliedern des Verbandes (892). Sie definiert die Verbandslinie und stimmt u.a. über den Haushalt und das Programm der Aktivitäten ab. Sie wählt auch die Mitglieder der anderen Organe (893). Zweimal pro Jahr finden die Treffen statt (894).

Die Beschlüsse werden mit der absoluten Mehrheit der repräsentierten Mitglieder gefällt, wobei die Regel nicht die geheime Stimmabgabe ist (895).

Die Direktion besteht aus einem Präsidenten, vier Vizepräsidenten, sechs bis acht Direktoren und drei zusätzlichen Mitgliedern (896).

Sie repräsentiert den Verband rechtlich und führt die Aktivitäten aus. Sie ist auch für die Dienstleistungen der CIP zuständig (897). Die Tagungen sind monatlich, die Beschlußfassung fordert die Mehrheit der Anwesenden, wobei der Präsident die entscheidende Stimme hat. (898).

Der Aufsichtsrat besteht aus dem Präsidenten, zwei effektiven und zwei zusätzlichen Mitgliedern, die jeweils von der Generalversammlung gewählt werden (889).

Er überwacht die Direktion und gibt Stellungnahmen zu bestimmten Themen ab. Er tritt einmal pro Monat zusammen (900).

III Verfassung

1) Verfassungsgeschichte bis 1974

Vor der Revolution 1974 waren in Portugal fünf Verfassungen in Kraft gewesen. Diese stammten aus den Jahren 1822, 1826, 1838, 1911 und 1933.

Sie alle hatten ausländische Verfassungen als Vorbilder. Bis auf die Carta Constitucional aus dem Jahr 1826 zeichneten sie sich durch einen Bruch mit der jeweiligen Vorgängerin aus (901).

Am 11.11.1820 proklamierte die provisorische Regierung die spanische Cadiz-Verfassung von 1812, vorbehaltlich der von der Verfassungsgebenden Versammlung noch vorzunehmenden Änderungen, zur Verfassung Portugals (902).

A Verfassung von 1822 (903)

Sie wurde vom Verfassungsgebenden Cortes in der Zeit von Januar 1821 bis September 1822 ausgearbeitet (904). Gewählt war die Verfassungsgebende Versammlung auf Grund der Bestimmungen der spanischen Verfassung in mehrstufiger, mitteilbarer Wahl bei nahezu allgemeinem Wahlrecht (905).

Die Besonderheit der Ausarbeitung bestand in einer 2 Phasen Unterteilung. Bereits im März 1821 wurde die sogenannte "Basis der Verfassung" angenommen und vom König und den Hoheitsträgern beschworen (906).

Als Quelle dienten ihr die spanische Cadiz-Verfassung von 1812 (907) sowie indirekt die französischen Verfassungen von 1791 und 1795 (908). Inhaltlich enthielten sie die Verbreitung der liberalen französischen Ideen, interpretiert

im Sinne des Utilitarismus Jeremy Benthams (909). Diese Verfassungen suchten ein Gleichgewicht zwischen der Staatsmacht und den Rechten und Pflichten des Individuums (910). Die Verfassung von 1822 versuchte, politische Institutionen zu schaffen, ohne mit der nationalen Tradition zu brechen. Ihr Ziel galt der Wiederherstellung und der Reform der grundlegenden Bestimmungen der Monarchie und der Stellung der katholischen Kirche. Die Linie im Wirtschafts- und Sozialbereich war maßvoll (911).

Ihre ersten 19 Artikel befassen sich mit den grundlegenden Rechten und Pflichten der Portugiesen. Sie enthalten die klassischen Freiheitsrechte. Auffallend ist hierbei der proklamatorische Ton einiger Formulierungen, die Verknüpfung von Rechten und Pflichten einerseits und Freiheit und Gesetz andererseits sowie die Festlegung von weitreichenden Garantien im Gegensatz zu relativ geringen Freiheiten (912). Als Vorläufer der heutigen sozialen Rechte enthält die Verfassung bescheidene Rechte auf Erziehung und Hilfe (913).

Das Wahlrecht hatten Männer ab dem 25. Lebensjahr, die lesen und schreiben konnten. Der Zensus war gering (914). Einige Bestimmungen der Verfassung setzten die Sklaverei als Tatsache voraus (915).

Das Regierungssystem beinhaltete die erbliche konstitutionelle Monarchie. Die Verfassung enthielt grundlegende Bestimmungen über die Ausübung der drei politischen Gewalten (916).

Die Legislative lag bei einem Einkammerparlament, die Exekutive übte der König mit den Staatssekretären aus. Der Cortes hatte bei der Gewaltenteilung das Übergewicht. Der

König besaß kein Recht zur Gesetzesbestätigung, ihm stand nur ein suspensives Veto zu, das mit einfacher Mehrheit in einer erneuten Beratung überwunden werden konnte. Er hatte auch nicht das Recht, den Cortes aufzulösen (917).

B Carta Constitucional von 1826 (918)

Diese Verfassung stellt ein persönliches Werk König Pedros des IV. dar, das dieser in kürzester Zeit vor seiner Abdankung in Brasilien erstellte (919).

Als Hauptquelle diente ihm die brasilianische Verfassung aus dieser Zeit (920). Diese unterscheidet sich von der portugiesischen jedoch durch liberalere und demokratischere Züge. Sie erlaubte z.B. Ausländern eine eigene Kulturausübung. Auch wurde die Staatsmacht als von der Nation delegiert betrachtet. Der brasilianische Senat wurde auf Lebenszeit gewählt, die Pairskammer dagegen zum Teil vom König auf Lebenszeit ernannt, zum Teil war der Sitz erblich. In Brasilien war die Gesetzesbestätigung dem suspensiven Veto unterworfen, in Portugal dem absoluten (921). Angesichts dessen steht die portugiesische Verfassung der französischen Verfassung von 1814 näher (922).

Vom Geiste her konservativ, nimmt sie die Selbstbegrenzung und Teilung der Macht des Königs an, die dieser als Ausgleichsgewalt, "poder moderador", innehatte. Dies entspricht der These Benjamin Constants von der konstitutionellen Monarchie der Zeit der Restauration (923).

Unter Art. 145 finden sich die grundlegenden Rechte. Ihre Fassung zeichnet sich durch ein größeres Gleichgewicht

zwischen Freiheiten und Garantien aus.

Wichtige Errungenschaften waren das Rückwirkungsverbot von Gesetzen, die Fortbewegungs- und Emigrationsfreiheit, die Freiheit von Arbeit und Unternehmen, das Recht am geistigen Eigentum, die kostenlose Grundschulbildung und die Religionsfreiheit (924).

Auch wurde durch den Zusatzakt von 1852 die Todesstrafe für politische Verbrechen abgeschafft. (924).

Das politische System der Carta geht von der Existenz einer vierten Ausgleichsgewalt aus, die als Schlüsselgewalt dem König zufällt. So hatte er als "Oberster Herr" der Nation das Recht, die "Pairs" zu ernennen, die Gesetze des Cortes zu bestätigen, die Abgeordnetenkammer aufzulösen und nach Belieben Minister zu ernennen und zu entlassen (925).

Allein die Akte der Exekutive, nicht die der Ausgleichsgewalt, unterlagen der Gegenzeichnung oder Intervention der Minister (926).

Das Zweikammerparlament bestand aus der durch indirektes Zensusrecht gewählten Abgeordneten- und der Pairskammer, deren Sitze erblich waren oder vom König lebenslänglich bestimmt wurden (927).

Das Regierungssystem beinhaltete eine Machtkonzentration beim König. Der König war neben der Cortes der Repräsentant der Nation (928). Insgesamt ergibt sich ein gemischtes System aus einer begrenzten, zurückhaltenden und einer rein repräsentativen Monarchie. Dieses System verschob sich durch Zusatzakte von 1852 und 1885 weiter in die Richtung der repräsentativen Monarchie, da einige Akte der Ausgleichsgewalt der Gegenzeichnung der Minister unterworfen wurden (929).

1885 tauchte erstmals die Figur des Präsidenten des Ministerrates auf (930).

Durch die Zusatzakte von 1852 wurde die Direktwahl der Abgeordneten eingeführt und eine Reduzierung des Betrages für das Zensuswahlrecht festgelegt (931). Außerdem unterlagen von dort an alle Verträge der auswärtigen Gewalt vor der Ratifikation der Annahme durch den Cortes (932). Untersuchungsausschüsse konnten eingesetzt und Spezialgesetze für die Überseeregionen geschaffen werden (933).

1885 fand eine Reform der Pairskammer dergestalt statt, daß 50 Pairs vom Volk indirekt gewählt und 100 weiterhin auf Lebenszeit vom König ernannt wurden. Die erblichen Sitze wurden abgeschafft (934).

Außerdem wurden bestimmte Akte der Ausgleichsgewalt der Verantwortlichkeit der Minister unterstellt (935). Das Parlament konnte nur noch in jeder zweiten Sitzung aufgelöst werden. Zwischen den Verfassungsrevisionen mußten nun wenigstens vier Jahre liegen (936).

Das Vereinigungsrecht und das Petitionsrecht wurden garantiert (937).

1896 wurden durch diktatorisches Gesetz die Wahlsitze der Pairskammer abgeschafft und auf 90 vom König auf Lebenszeit ernannte Vertreter sowie auf den königlichen Prinzen und den Bischof beschränkt (938). Eine paritätisch gemischte Kommission aus Pairs und Abgeordneten wurde zur Beseitigung von Streitigkeiten innerhalb der Kammern gebildet (939). Das Parlament konnte wieder frei aufgelöst werden (940).

C Verfassung von 1838 (941)

Sie stellte ein gemeinsames Werk von Cortes und Monarchie dar. Der Cortes als Konstituante bereitete die Verfassung vor und unterbreitete sie dann der Königin, durch deren Schwur sie angenommen wurde. Darin lag nicht nur ein formeller Akt, es war eine politische Entscheidung, eine Bestätigung im eigentlichen Sinn (942).

Als Quellen dienten ihr die zwei Vorgängerinnen, die französische Verfassung von 1830, die belgische von 1831 sowie die brasilianische und die spanische Verfassung von 1837 (943).

Insgesamt stellt sie eine Synthese zwischen den beiden portugiesischen Verfassungen dar, auch wenn sie der ersten näher steht. Ihre Idee ist die liberale Monarchie, die auf einer Allianz zwischen König und Bourgeoisie beruht (944). Unter Kapitel III befaßt sie sich mit den weiterentwickelten Grundrechten der 22er Verfassung. Es besteht ein ausgeprägtes Gleichgewicht zwischen den Freiheiten und deren Garantien (945).

Als neue Grundrechte enthielt sie die Vereinigungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und das Widerstandsrecht gegen eine grundrechtsverletzende Ordnung (946).

Das Regierungssystem, das sich wieder durch eine Dreiteilung der Gewalten auszeichnet, ist gemäßigt. Die Legislative obliegt nunmehr zwei Kammern. Beide werden durch direkte Zensuswahl bestimmt, wobei die Wählbarkeit zur Senatorenkammer nur bestimmten Personen nach Zensus und Ausbildung möglich war (947).

Der König hatte als Exekutive das Recht zur Gesetzesbe-

stätigung und zur Auflösung der Abgeordnetenversammlung (948). Die Verfassung sah keinen Staatsrat mehr vor (949).

D Verfassung von 1911 (950)

Diese Verfassung wurde von der VV in kürzester Zeit ausgearbeitet (951).

Als Vorlagen dienten ihr die schweizerische und die brasilianische Verfassung von 1891, wobei die endgültige Verfassung nur noch wenig Ähnlichkeiten mit den Vorbildern hat (952).

Mit der schweizerischen hatte sie noch die fehlende Auflösungskompetenz des Präsidenten hinsichtlich des Parlamentes und das örtliche Referendum gemein, mit der brasilianischen die gerichtliche Überprüfbarkeit der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, den "habeas corpus", die Gleichstellung von Portugiesen und Ausländern hinsichtlich der Rechte, die offene Grundrechtsklausel, die Unterscheidung zwischen Gesetzen und Beschlüssen des Kongresses und die Regelung des Belagerungszustandes (953).

Daneben haben auch die Verfassungen der Monarchie des 18. Jahrhunderts und die Praxis der 3. französischen Republik großen Einfluß ausgeübt (954).

Der Verfassung zugrunde lag die Idee des demokratischen Liberalismus mit starkem Antiklerikalismus einerseits und romantischen Munizipalismus andererseits (955).

In den Artikeln 3 und 4 der Verfassung finden sich die Grundrechte.

Art. 4 stellt hierbei eine untypische offene Grundrechts-

klausel dergestalt dar, daß in ihr andere, nicht aufgeführte Rechte nicht ausgeschlossen sind.

Auffallend ist auch ein höherer Grad an juristischer und politischer Gleichheit (956).

Neben der Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit, der völligen Abschaffung der Todesstrafe und dem "habeas corpus" besteht ein passives Widerstandsrecht gegen verfassungswidrige Steuern (957).

Außerdem wurde die kostenlose Grundschulpflicht eingeführt (958).

Da nur Männer über 21 Jahre, die lesen und schreiben konnten, wählen durften, gab es keine allgemeinen Wahlen im heutigen Sinne (959).

Erstmals wurden als Organe der nationalen Staatsmacht die drei Gewalten genannt (960).

Die Legislative übte der Kongress, bestehend aus der Abgeordnetenversammlung und der Senatsversammlung, aus, die beide direkt gewählt waren (961).

Der Abgeordnetenversammlung oblag u.a. das ausschließliche Steuerinitiativrecht, die Organisation der Armee, die Diskussion über Vorschläge der Exekutive, deren Anklage und das Verfassungsrevisionsrecht (962).

Dem Senat kam es zu, die Vorschläge über die Ernennung von Gouverneuren und Kommissaren in Übersee anzunehmen oder zurückzuweisen (963).

Der Präsident der Republik und die Minister stellten die Exekutive dar (964). Der Präsident wurde vom Kongress gewählt und konnte von diesem mit 2/3 Mehrheit wieder abgesetzt werden (965). Er hatte kein Recht, die Versammlung aufzulösen, auch gab es kein präsidentiales Gesetzesvotum (966).

Neben dem Recht des Kongresses, den Präsidenten abzusetzen, bestand eine politische Verantwortlichkeit der Minister vor der Versammlung (967). Dies rechtfertigt die Annahme eines starken parlamentarischen Systems mit einem rein repräsentativen Präsidenten.

Als erste europäische Verfassung sah die portugiesische entsprechend dem amerikanischen Modell eine Beurteilungskompetenz der Gerichte hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen vor (968).

Fünfmal wurde diese Verfassung geändert.

1916 wurde für Zivil- und Kriegsdienst eine Entschädigung eingeführt und die Todesstrafe im Kriegsfall zugelassen (969). Von 1919 - 1921 wurde eine Beihilfe für Kongressmitglieder eingeführt und ein Recht des Präsidenten, die Legislativkammer aufzulösen (970). Ein parlamentarischer Rat entstand als erste Institutionalisierung der Parteien. Neben Dezentralisierungen wurden Hohe Kommissare für die Kolonien geschaffen (971).

Einschneidender waren die Änderungen von 1918 in der Zeit der Diktatur von Sidonio Pais. Die allgemeine Wahl für männliche Alphabeten und Analphabeten über 21 Jahre sowie eine doppelte Repräsentation des Senates (49 nach Provinzen, 28 nach Berufen) wurden eingeführt (972). Der Präsident der Republik war direkt gewählt und war Oberbefehlshaber der Armee. Ihm oblag die innere und äußere Sicherheit. Außerdem konnte er die Minister und Staatssekretäre frei ernennen und entlassen (973).

Hierin lag keine Verfassungsrevision, sondern die Schaffung einer materiell anderen, nämlich einer tendenzmäßig präsidentialen Verfassung.

Sie wurde nach der Ermordung von Sidonio Pais am 16.12.1918 vom Kongress wieder außer Kraft gesetzt (974).

E Verfassung von 1933 (975)

Die Zeit zwischen 1926 und 1933 war die längste verfassungsmäßige Interregnumszeit.

Prinzipiell galt während dieser Zeit die Verfassung von 1911 weiter. Ausgeschlossen hiervon waren die Beziehungen der Legislative zur Exekutive und die Freiheitsrechte. Einige verfassungsändernde Verordnungen mit Gesetzeskraft wurden erlassen (976).

Am 22.12.1931 wurde ein Nationaler Politischer Rat zur Schaffung eines Verfassungsprojektes und zur Errichtung eines korporativen Systems eingesetzt. Er setzte sich aus führenden Staatsvertretern und Repräsentanten des öffentlichen Lebens zusammen (977). Diese Institution blieb jedoch wenig einflußreich.

Salazar selbst erarbeitete mit wenigen Mitarbeitern die Verfassung (978).

Sie wurde am 28.5.1932 publiziert und anschließend einem Referendum der Familienoberhäupter unterworfen, wobei nur ca 8,6% der Bürger wahlberechtigt waren und Enthaltungen als "Ja" gewertet wurden (979).

Ihre Quelle hatte die Verfassung in den Gesetzen der Diktatur, der Weimarer Republik und des italienischen Faschismus. Dem Weimarer Modell nachgebildet war der Eingriff des Staates in die Gesellschaft und Wirtschaft, die Verwaltung und der Aufbau der Verfassung. Die Qualifikation des

Staates als korporativ und die Institution der Korporativkammer kamen aus Italien (980).

Salazar hatte versucht, einen Kompromiß zwischen der Tradition und den Errungenschaften von hundert Jahren liberalem Konstitutionalismus und seinen eigenen politischen Ideen zu finden (981).

Neu darin war die soziale Organisationsform des Korporatismus sowohl auf sozialer als auch auf politischer Ebene. Dazu kamen Elemente des lusitanischen Integralismus, der Sozialdoktrin der Kirche, des Sozialismus des heiligen Stuhls sowie der Weimarer Verfassung (982).

Die Grundrechte spiegeln den autoritären Charakter der Verfassung wider und enthalten spezielle Regeln zu ihrer Ausübung (983). Moral und Recht werden als Grenzen der Ausübung der Hoheitsgewalt diesbezüglich genannt (984).

Einige soziale Grundrechte wie der Schutz der Familie, das Recht auf Erziehung und Kultur und, seit 1951, das Recht auf Arbeit, die Möglichkeit von Kollektivarbeitsverträgen sowie eine wachsende Sozialbindung des Eigentums sind in ihr enthalten (985).

Obwohl in Art. 8 Nr. 14 das Versammlungs- und Vereinigungsrecht festgeschrieben war, waren politische Parteien verboten (986).

Als erste portugiesische Verfassung enthielt die von 1933 in Kapitel VIII eine besondere Behandlung der Wirtschafts- und Sozialordnung (987). Der Staat sollte hierbei alle sozialen Aktivitäten koordinieren, anregen und leiten (988).

Im September 1933 wurde zusätzlich ein "Statut der nationalen Arbeit" erlassen, das dem korporativen Wirtschaftsbe-

griff entspricht. So lautete Art. 1 "Die portugiesische Nation ist eine moralische, politische und wirtschaftliche Einheit, deren Ziele und Interessen über denen von Einzelnen oder Gruppen stehen, die sie bilden" (989).

Als Hoheitsträger, nicht mehr Organe der Staatsgewalt, werden der Staatschef, die Nationale Versammlung und erstmals die Regierung und die Gerichte genannt (990).

Der Staatschef, auf 7 Jahre gewählt, ernennt und entläßt den Ministerpräsidenten und die Minister, übergibt der Versammlung eine bestimmte verfassungsgebende Gewalt, kann diese auflösen, dirigiert die auswärtige Gewalt und hat ein starkes Gesetzesveto (991).

Außer der Ernennung und Entlassung des Ministerpräsidenten, Botschaften an die Versammlung und der Mitteilung der Amtsniederlegung müssen alle Akte des Staatschefs vom Ministerpräsidenten, den Ministern bzw. von der ganzen Regierung gegengezeichnet werden (992).

Die Nationalversammlung wird auf 4 Jahre gewählt (993). Neben dem Gesetzgebungsrecht hat sie das Recht zur Überwachung der Verfassung und ein Rechnungsprüfungsrecht, nicht jedoch das Haushaltsrecht (994).

Sie billigt internationale Verträge und erklärt den Ausnahmezustand (995). Ihr obliegen auch die Beratungen über eine Verfassungsrevision (996).

Die Regierung bilden der Ministerpräsident und die Minister.

Der Ministerpräsident ist vor dem Staatschef für seine allgemeine Regierungspolitik verantwortlich (997). Er koordiniert und leitet die Tätigkeit der Minister, die vor ihm verantwortlich sind (998).

Die Regierung zeichnet die Akte des Staatsoberhauptes gegen, arbeitet Gesetzesverordnungen, Verordnungen sowie Anweisungen zur ordentlichen Gesetzesausführung aus und überwacht die öffentliche Verwaltung (999).

Daneben bestehen als Hilfsorgane der Staatsrat und die Korporativkammer (1000).

Die Verfassung verweigert die liberale Gewaltenteilung. Obwohl der Versammlung das Gesetzgebungsrecht zusteht, muß sie sich auf die Grundlagen der juristischen Ordnung beschränken (1001). Die Regierung kann Gesetzesverordnungen auch ohne legislative Ermächtigung im Falle der Dringlichkeit und der öffentlichen Notwendigkeit erlassen (1002). Dem schwachen Parlament steht ein starker Staatsoberhaupt und ein starker Ministerpräsident gegenüber.

Miranda bezeichnet das System als "reine Kanzlerrepräsentation", Thomashausen und Caetano dagegen als "doppelköpfigen Präzidentialismus" (1003).

Nach 1933 wurde die Verfassung durch neun Revisionsgesetze verändert.

Während die Jahre 1935 - 1938 und 1945 vom Antiparlamentarismus geprägt waren, fand 1951 diesbezüglich eine Rückbesinnung auf die verfassungsmäßig möglichen Rechte statt (1004).

1959 wurde infolge des hohen Stimmenanteils für den Gegenkandidaten Salazars - Delegado - der Wahlmodus für die Wahl des Staatsoberhauptes geändert. Für seine Wahl war nunmehr ein regierungstreues Wahlgremium zuständig (1005).

Die Änderungen des Jahres 1971 entsprachen dem liberalen politischen Klima (1006).

Das Gesetz 1885 unterwarf neben anderen Änderungen das Legislativrecht der Abgeordneten starken Restriktionen. Die

Regierung konnte nun im Eilfall oder bei öffentlicher Notwendigkeit Verträge billigen. Die Versammlung hatte nur noch das Recht während der drei- bis viermonatigen Legislaturperiode veröffentlichte Gesetzesverordnungen zu ratifizieren (1007).

Das Gesetz 1910 schrieb eine Orientierung der öffentlichen Erziehung an traditionell christlichen Grundsätzen vor. Die anderen Gesetze bis 1945 vervollständigten die existierenden Organisationsstrukturen (1008).

Das Gesetz 2009 legte u.a. die Kompetenz der Regierung fest, nicht nur im Dringlichkeitsfall Gesetzesverordnungen zu erlassen (1009).

1951 wurde dann u.a. die Kolonialakte in die Verfassung integriert. Das Recht auf Arbeit und die Verteidigung des öffentlichen Wohls wurde anerkannt. Die Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen mußten eine vom Staatsrat zu überprüfende Verfassungstreue nachweisen. Der Versammlung wurde ein begrenztes ausschließliches Gesetzgebungsrecht bestätigt (1010).

1959 fand u.a. die schon erwähnte Änderung des Präsidentschaftswahlmodus statt. Der Präsident wurde nun von Mitgliedern der Versammlung und der Korporativkammer gewählt (1011).

1971 wurde das Internationale Recht unter bestimmten Voraussetzungen als gültig anerkannt (Art. 4 § 1). Die Überseeregionen bekamen ihre Autonomie (Art. 135, 136).

Außerdem wurde in Art. 5 § 2 das Diskriminierungsverbot aufgenommen. Auch wurden in Art. 8 die individuellen Garantien bestätigt. In Art. 45 wird die Religionsfreiheit anerkannt.

Der Nationalversammlung wird in Art. 91 Nr. 2 das Recht zur Erklärung der Verfassungswidrigkeit von Normen zuerkannt. Diese Möglichkeit hatten unter bestimmten Voraussetzungen auch die Gerichte (Art. 123 § 1). Auch wurden weitere Zugeständnisse an die Nationalversammlung gemacht (Art. 93, 94 usw.) (1012).

2) Verfassungsmäßiger Zustand von der Revolution bis zur Verfassung von 1976

A 25.4.1974 - 14.5.1974

Mit dem Verfassungsgesetz 1/74 vom 25.4.1974 wurde der Präsident der Republik Tomás, der Ministerpräsident Caetano, die Minister, Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre ihrer Ämter enthoben. Der Staatsrat wurde aufgelöst, die Nationalversammlung ebenfalls (1013).

Durch die Gesetzesverordnungen 169/74 und 170/74 sowie 171/74 wurden weiterhin die Gouverneure ihrer Ämter enthoben und das Sicherheitshauptamt ebenso wie die "Nationale Volksaktion" aufgelöst (1014).

Alle Gewalt übte die Junta der Nationalen Errettung aus. Zweifelhaft ist, inwieweit in dieser Zeit die Verfassung von 1933 und das einfache Recht weitergalt. Das Verfassungsgesetz 1/74 macht hierzu keine Angabe.

Die Frage ist insofern entscheidend, als hiervon auch die sofortige Geltung des Programmes des MFA als vorkonstitu-

tionelle Ordnung abhängt (1015).

Unstreitig galt das "alte" Recht nicht mehr für den Bereich der nicht mehr existenten Staatsorgane und somit auch der Legislative.

Eindeutig ging auch die JSN im Verfassungsgesetz 3/74 vom 14.5.1974 von einer Weitergeltung der Verfassung aus, soweit sie dem MFA-Programm nicht zuwiderlief (1016).

Miranda spricht sich gegen eine Weitergeltung des alten Verfassungsrechts sowie für eine sofortige Geltung des Programmes der MFA als vorkonstitutionelle Ordnung aus (1017). Dagegen spricht jedoch, daß dies nicht dem Willen des Militärs entsprach, wie Bl des Programmes des MFA ausdrückt. Danach soll die JSN annähernd die gleichen Befugnisse ausüben, wie sie in der "gegenwärtigen" Verfassung vorgesehen sind. Auch hielt sich der MFA an die bisherigen Gesetzgebungsmechanismen einschließlich der Publizierungspflicht für Rechtsakte (1018).

Hieraus ergibt sich eine Fortgeltung des vorrevolutionären Rechtes, sofern es nicht vom revolutionären Prozeß abgelagert wurde (1019).

Dafür spricht auch die Formulierung "bleibt" in Kraft im Lei 3/74.

Vom Erlaß des Gesetzes Lei 3/74 an galt das "alte" Recht als "neues", da die Übernahme durch die JSN, die sich selbst zur verfassungsgebenden Gewalt erhoben hatte, seinen neuen Geltungsgrund bewirkte (1020).

Für die Beurteilung des Programmes des MFA bedeutet dies, daß es nicht schon am 25.4.1974, sondern erst mit seiner Veröffentlichung am 14.5.1974 rechtswirksam wurde (1021).

B 14.5.1974 - 14.3.1975

Mit dem Gesetz 3/74 vom 14.5.1974 wurde von der JSN eine provisorische Verfassung verkündet (1022).

Dieses Provisorium sollte bis zur Ausarbeitung einer Verfassung durch eine Verfassungsgebende Versammlung die Organisation der Staatsgewalt regeln (1023). Außerdem wurde das Programm des MFA zum Teil der Verfassung erklärt (1024). In den Artikeln 3 und 4 werden die Grundlagen für die Wahl der VV sowie ein Zeitpunkt für die Fertigstellung der Verfassung festgelegt.

Die Verteilung der Staatsgewalt ergibt sich aus Teil I. Verfassungsorgane sind neben der VV der Präsident der Republik, die JSN, der Staatsrat, die provisorische Regierung und die Gerichte (Art. 2).

Der Präsident der Republik wird von der JSN aus ihrer Mitte gewählt (Art. 5). Er ernennt und erläßt die Regierung, seine übrigen Maßnahmen bedürfen der Gegenzeichnung der Regierung (Art. 7 Nr. 3, Art. 8). Gemäß Art. 7 Nr. 12, 9 leitet der Präsident die Außenpolitik und kann den Notstand ausrufen. Die JSN ernennt die Generalstabschefs und wählt den Präsidenten. Sie ist die Hüterin der Verfassung (Art. 10 Nr. 1,2).

Die Verfassungsgerichtsbarkeit liegt beim Staatsrat, der auch als Ersatzparlament dient (Art. 13):

Die Regierung ist ein Kollegialkabinett mit Eigenverantwortlichkeit jedes Ministers und genereller Verantwortlichkeit gegenüber dem Präsidenten (Art. 14 Nr. 2, Art. 15). Die JSN, ursprünglich verfassungsgebende Gewalt, hatte diese zunächst an den Staatsrat übertragen, der sie bis zur

Wahl einer VV ausüben sollte (Art. 13 I, Nr. 1). Die JSN, die sich als Geschäftsführerin ohne Auftrag verstand, hatte in einer Art "einseitigem Rechtsgeschäft" eine diesbezügliche Selbstbeschränkung vorgenommen (1025).

Da auch im Staatsrat die Labilität des Regierungssystems erkannt worden war - es war zu sehr vom politischen Konsens abhängig - wurde mit dem Gesetz 5/74 vom 12. Juli die provisorische Verfassung vor allem im Hinblick auf die provisorische Regierung abgeändert (1026). Die Minister waren nunmehr nicht mehr dem Staatspräsidenten, sondern dem Ministerpräsidenten verantwortlich, der auch die Richtlinienkompetenz erhielt (1027).

Mit dem Aufruf General Spinolas zum Marsch der schweigenden Mehrheit ging auch der Bruch der provisorischen Verfassung einher.

Am 28.9.1974 erklärte der "Programmkoordinierungsausschuß" des MFA, bestehend aus 7 Offizieren, die im Staatsrat vertreten waren, drei Mitglieder der JSN für abgesetzt (1028).

Nach dem Rücktritt Spinolas übernahm Costa Gomes das Amt des Staatspräsidenten am 30.9.1974, ohne von der JSN dazu bestimmt worden zu sein. Am 10.10.1974 ernannte der Koordinierungsausschuß vier neue JSN-Mitglieder entgegen Art. 9/3 der Provisorischen Verfassung (1029).

Die Verfassung wurde zwar weiter teilweise angewandt, die tatsächliche Machtausübung verlagerte sich aber immer weiter abseits der Verfassung.

Die Entstehung parakonstitutioneller Strukturen zeigte sich vor allem bei den Streitkräften durch die Bildung des Rates der 20, der in der Verfassungswirklichkeit zum obersten

Staatsorgan avancierte.

Er bestand aus 7 Mitgliedern des Programmkoordinationsschusses, 7 Mitgliedern der JSN, dem Chef des COPCON und 5 MFA-Regierungsmitgliedern.

Bis auf die Gerichte waren nun alle Staatsorgane sowie fast alle Massenmedien mit der militärischen Gewalt gleichgeschaltet (1030).

C 14.3.1975 - 2.4.1976

Nach dem Putschversuch Spinolas am 11.3.1975 brach die Provisorische Verfassung zusammen und wurde durch ein neues Verfassungsgesetz - Lei 5/75 vom 14.3.1975 - in Teilen ersetzt (1031).

Entsprechend Art. 13 I Nr. 1 der Verfassung vom 14.5.1974 wurde auf Anordnung des Staatsrates in Art. 1 seine eigene Abschaffung sowie die der JSN verfügt.

Stattdessen wurde in Art. 2 ein Revolutionsrat errichtet, der nur aus Militärvertretern bestand und faktisch die Mitglieder der JSN sowie des Staatsrates mit Ausnahme der sieben Bürger des Staatsrates enthielt.

Den Vorsitz hatte gem. Art. 2 Nr. 1 der Präsident der Republik. Die legislativen Maßnahmen des Revolutionsrates waren vom Gegenzeichnungsrecht des Premierministers ausgenommen (Art. 7). Das neu geschaffene Organ war bis zur Verkündung der von einer VV ausgearbeiteten Konstitution gem. Art. 6 Träger der verfassungsgebenden Gewalt.

Die Provisorische Regierung bestand weiter, jedoch hatte der Revolutionsrat durch das Verfassungsgesetz 6/75 die allgemeine Richtlinienkompetenz (Art. 3 Nr. 1) (1032).

Eine Generalversammlung der Streitkräfte aus Vertretern der drei Waffengattungen wurde errichtet. Der Revolutionsrat war ein Teil von ihr (Art. 2 Nr. 3) (1033).

In Art. 6 wurde dem Revolutionsrat auch die Gesetzgebungs-kompetenz für die Reform der Wirtschaftsstruktur übertragen (1034).

Zwar waren die Änderungen vom 14.3.1975 nicht durch die angegebene Rechtsgrundlage gedeckt, da zuvor am 13.3.1975 die zivilen Mitglieder des Staatsrates ihrer Ämter enthoben wurden. Jedoch liegt auch in ihr keine Vorwegnahme der später zu erlassenden Verfassung (vgl. Präambel und Art. 6 II des Lei 5/75), sodaß die rechtliche Qualifizierung insoweit nicht ausschlaggebend ist (1035).

3) Entstehung und Hintergründe der Verfassung von 1976

Am 25.4.1975 fanden die allgemeinen, geheimen und direkten Wahlen zur VV statt, die für die PS 38%, für die PPD 26%, für die PCP 12% und für das CDS 8% der Stimmen ergaben (1036).

Die Wahl entsprach Verhältniswahlgrundsätzen und wurde entsprechend dem d'Hondtschen Verfahren ausgewertet (1037). Der MFA hatte für die Revolution die Abgabe von leeren Stimmzetteln gefordert (1038).

Zuvor waren am 11.4.1975 die maßgebenden Parteien aufgefordert, die Verfassungsplattform zwischen der Bewegung der Streitkräfte und den Politischen Parteien (Pakt 1) binnen 48 Stunden zu unterschreiben, da ansonsten ihre Teilnahme

an den Wahlen verhindert würde (1039).

Schon vorher waren durch Verordnung des Revolutionsrates drei Parteien von der Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen worden (1040).

In den Zielen der Plattform wird die Fortsetzung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Revolution im Rahmen des politischen Pluralismus auf dem Weg zur Sozialisierung gefordert und die Plattform zum Bestandteil der künftigen Verfassung erklärt (B 1,2). Neben einem weiteren Hinweis auf den Erhalt der durch die Revolution erworbenen Errungenschaften und auf die Ziele des MFA (E 2) enthält die Plattform unter D die künftige Struktur der Verfassung und die Aufgaben der Organe der Staatsgewalt. Sie sind im wesentlichen in dieser Form in die spätere Verfassung eingegangen.

Daneben wurde im Pakt 1 ein die Versammlung unterstützen-der Ausschuß des MFA eingesetzt (C 2).

Durch eine weitere Verfassungsplattform, Pakt 2 vom 26. 2. 1976, wurde nur noch auf die Organisation der Staatsgewalt und dabei vor allem auf die Aufgaben des Revolutionsrates als Garant der Verfassung eingegangen (3.7. - 3.10.) (1041).

Dieser Pakt 2 entstand nach dem Entwurf der PCP und wurde nachfolgend in die Verfassung eingearbeitet (1042).

Neben den beiden Verfassungsplattformen war die Arbeit der VV auch durch die vom Revolutionsrat bestimmten Fristen eingeengt, die dieser auch nach Belieben als Druckmittel einsetzte (1043). Auch behinderten sie formelle Beschränkungen wie die Anordnung der Regierung, für das Personal der VV keine Überstunden mehr zu bezahlen (Dec. Lei

370/75 vom 16.7.1975) (1044).

Die rechtliche Qualifizierung der Plattformen hat in Portugal zu breiten Diskussionen geführt. Ihre Einschätzung reicht von der Qualifizierung als unverbindliche Programmsätze bis hin zu einer Grundnorm im Sinne Kelsens (1045). Thomashausen nimmt den Ansatz beim Rechtsbindungswillen vor. Ihm zufolge waren beide Seiten daran interessiert, einen Kompromiß zwischen Demokratie und Revolution zu finden und dadurch die jeweils eigene Existenz zu sichern (1046). Dafür spreche auch die Ziffer 5.5., die vier Jahre lang eine Revision des Paktes 2 nur mit Zustimmung des Revolutionsrates erlaubt (1047). Durch die faktische Übernahme des Paktes und die Auslegung strittiger Verfassungsnormen anhand des Paktes habe er faktisch Verfassungscharakter erhalten (1048).

Miranda geht hingegen davon aus, daß die VV keinen grundlegenden Beschränkungen unterworfen war und daß sich die Relevanz der Plattformen in einer historischen Interpretationsquelle für die Verfassung von 1976 erschöpft. Er begründet dies mit der fehlenden konstitutionellen Gewalt des Revolutionsrates und der Parteien. Eine solche sei in keinem der Gesetze Lei 3/74 oder Lei 5/74 vorgesehen und gewollt gewesen. Umsoweniger könne eine Bindung für die Abgeordneten entstanden sein, zumal das Wahlgesetz Dec.Lei 621 C/74 ausdrücklich die Abgeordneten als Repräsentanten des portugiesischen Volkes bezeichnete (Art. 4). Auch könne der Text deswegen nicht als Verfassungstext betrachtet werden, weil er vom Revolutionsrat nicht veröffentlicht wurde und auch der Verfassung von 76 nicht als Annex angefügt wurde (1049).

Hieraus ergibt sich, daß die VV ihre volle und unteilbare Souveränität besaß.

Die Verfassung wurde in der letzten Sitzung gegen die Stimmen des CDS angenommen (1050).

Sie wurde dann am 2.4.1976 nach der Begutachtung durch den Revolutionsrat vom Präsidenten der Republik verkündet (1051).

In der VV selbst hatte die PS mit 116 Sitzen eine Schlüsselstellung. Ohne sie war ein Konsens faktisch nicht möglich, da sie nur bei Einmütigkeit der Rechten und Linken zu überstimmen war (1052). Daher kann und muß die Verfassung als ihr Werk angesehen werden.

4) Verfassung von 1976

A: Allgemeines (1053)

Mit ihren 312 Artikeln ist die Verfassung der Portugiesischen Republik ungewöhnlich ausführlich. In ihr sind neben vielen Wiederholungen auch Vorschriften enthalten, die man, verglichen mit dem deutschen Recht, eher in Ausführungsgesetzen suchen würde.

Sie ist eine typisch nachrevolutionäre Verfassung.

Dies zeigt sich zum einen in der Beibehaltung eines Machtorgans des revolutionären Prozesses, des Revolutionsrates, zum anderen in der Aufnahme von Ausnahmeregelungen, wie die über die PIDE, und in der Garantie des revolutionären Prozesses (1054).

Das Leitmotiv der Verfassung ist die Errichtung einer

klassenlosen Gesellschaft. Die konkreten Ansätze zur Erreichung dieses Zieles werden in breiter Form in der Verfassung verankert.

Die Tatsache, daß es sich bei der vorliegenden Konstitution um eine stark ideologisierte handelt, macht verständlich, daß sie eher programmatisch als normativ ist (1055).

In ihr wurde der Versuch unternommen, durch die Aufnahme von guten Vorbildern ein einheitliches Werk zu schaffen. Dies war schon deswegen problematisch, weil die Vorbilder aus verschiedenen Gesellschaftssystemen stammten (1056). So orientierte sich der Grundrechtskatalog am Bonner Grundgesetz, die Wirtschaftsordnung an der 68er Verfassung der DDR (1057). Der Revolutionsrat ähnelt der Rolle des Militärs in den ersten Jahren der türkischen Verfassung von 1961 (1058). Die Institutionalisierung der Parteien sind der in der italienischen, bundesdeutschen und französischen Verfassung verwandt (1059). Die Verfassungskommission ist den Verfassungsgerichten westlicher Prägung sowie dem französischen Verfassungsrat nachgebildet (1059). Der Ombudsmann entstammt dem nordischen Recht. Das italienische Recht enthält ähnliche Regelungen der autonomen Regionen. Die Organisation der Basisorganisationen entstammt teilweise der peruanischen Revolution, teilweise der Idee des "Prager Frühlings". Die Überprüfung von Nichtverfassungsmäßigkeit durch Unterlassen ist von der jugoslawischen Verfassung inspiriert worden. Die englische Verfassung war das Vorbild für die Regelung der parlamentarischen Opposition (1059).

Die Gewaltenteilung weist eine extreme Gewaltenverzahnung

auf. Das Regierungssystem ist semi-präsidential und dem französischen (1958), österreichischen (1929), finnischen (1919), isländischen (1944) und weimarer (1919) System ähnlich (1060).

B: Schwerpunkte

a) Übergang zum Sozialismus

Der Übergang zum Sozialismus ist eine wesentliche Staatszielbestimmung der Verfassung.

Neben der Präambel enthalten auch die Art. 1, 2 und 9c als grundsätzliche Bestimmungen dieses Ziel. Daneben wird der Begriff auch in anderen Artikeln erwähnt und ausgefüllt (1061). Vor allem in den "Grundlegenden Bestimmungen" scheint dieses Ziel im Sinne des Klassenstaatsprinzips interpretiert werden zu müssen (1062).

Im starken Widerspruch hierzu liegt die Betonung der Volkssouveränität (Art. 1, 2, 3I), der Grundrechte und des Pluralismus (Art. 2).

Den hieraus entstehenden Konflikt löst die Verfassung nicht im Sinne einer Prioritätsklausel, vielmehr werden beide Begriffe - Sozialismus und Demokratie in pluralistischer Form - gleichberechtigt nebeneinander gestellt (1063).

Die Verfassung verbindet mit "Sozialismus" die "Errichtung einer sozialistischen Wirtschaft durch die Umwandlung der kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsverhältnisse" (Art. 9II). Der Sozialismus wird nicht nur programmatisch verkündet, er ist z.B. durch die Nationalisierungen nach dem 25. April

wahrnehmbar. Sie sind nicht nur wie in anderen Verfassungen erlaubt, sie sind vielmehr Bedingungen für die Erhaltung des Gesellschaftseigentums (Art. 90II, 83I).

Dies kann jedoch keinesfalls zu einem Vergleich mit dem östlichen Sozialismus führen, denn die voraussichtliche Entwicklung des sozialpolitischen Prozesses soll friedlich verlaufen (Art. 10 Nr. 1, 273 Nr. 4) (1064). Auch soll die Entwicklung die gegenwärtige historische Epoche objektiv berücksichtigen (Art. 9c). Die Staatsintervention soll auch nicht autoritär vor sich gehen, vielmehr sollen die Wirtschaftssubjekte, insbesondere die Arbeiter, die Entwicklung vorantreiben (Art. 2, 56, 58, 81o) (1065). Auch obliegen der Versammlung die prinzipiellen Entscheidungen im Wirtschaftsbereich (Art. 164q, h, 167o-t).

Hinter dieser Ausformung steht die Idee des "Sozialistischen Pluralismus", der sich ebenso kritisch mit dem bestehenden Kapitalismus wie Sozialismus auseinandersetzt (1066).

b) Eigentum

Das Eigentum wird in Art. 62 garantiert, allerdings nur das Privateigentum. Obwohl es nicht unter den Grundrechten und Grundpflichten zu finden ist, gilt es nach h.M. als analoges Recht im Sinne des Art. 17, sodaß es unmittelbar anwendbar ist (1067). Jedoch kann das Recht nur im Rahmen der "Verfassungsbestimmungen" beansprucht werden und kann somit durch einfachen Gesetzesvorbehalt eingeschränkt werden. Die Wirtschaftsektoren behandelt Art. 89. Er nennt neben

dem öffentlichen und privaten Bereich den genossenschaftlichen Bereich als Eigentumsform während des Übergangs zum Sozialismus.

Interessant ist im öffentlichen Bereich das Rechtsinstitut des "posse util", von Thomashausen mit "zweckdienlicher Besitz" übersetzt (1068). Besser erscheint mir die wörtliche Übersetzung "nützlicher bzw. nutzbarer Besitz". Der "posse util" wird neben Betrieben unter direkter staatlicher Leitung als eigene Unternehmensform des öffentlichen Bereiches durch Arbeiterkollektive oder das örtlichen Gemeinwesen ausgeübt (1069).

Er berechtigt zur Fruchtziehung aus dem Eigentum eines anderen und ist zivilrechtlich durch die Vorschriften über den Besitz geschützt (1070). In der Regel erstarkt dieser Besitz nicht zum Eigentum, da das Eigentum auch nach der Enteignung beim "Staatlichen Institut für die Betriebe in Arbeiterselbstverwaltung" bleibt (1071).

Thomashausen charakterisiert dieses Rechtsinstitut als staatlich gewährtes und gegenständlich begrenztes Nießbrauchrecht (1072).

Die Rechtsfigur hat jedoch schon deswegen keine entscheidende Bedeutung erlangt, weil viele besetzte Betriebe den Eigentümern zurückgegeben wurden (1073).

Die Grenze der Privatinitiative zeigt Art. 85II auf, der dem staatlichen Handeln die Priorität zuweist. Durch Gesetz ist Privatunternehmen die Bestätigung in weiten Bereichen untersagt (1074). Da jedoch unter bestimmten Voraussetzungen in fast allen Bereichen privaten Gesellschaften die Ausübung der Nutzung übertragen werden kann, wird das Reprivatisierungsverbot in Art. 83 faktisch umgangen (1075).

Mit der Agrarreform beschäftigen sich die Art. 96-104, die das Land an den verteilt sehen wollen, der es bearbeitet (Art. 96a). Wie auch in anderen Bereichen soll durch die Einführung des 'posse util' der Erreichung einer sozialistischen Gesellschaft nähergekommen werden (Art. 96). Durch Enteignungen bzw. entschädigungslose Verstaatlichungen sollte das Land zunächst in staatliches Eigentum überführt werden (1076).

Auch hier jedoch wurde bereits durch das 'Lei Barreto' eine Einschränkung der sozialistischen Zielsetzung vorgenommen (1077). Das Gesetz betrifft die Pachtordnungen und die allgemeinen Grundlagen der Agrarreform. So wurde darin (77/77) die Agrarreform im wesentlichen auf die Gebiete südlich des Tejo beschränkt, rückwirkend die Reserve für die Eigentümer verfügt und die Höchstgrenze für Verstaatlichungen erhöht (1078). Hierdurch konnten privatwirtschaftliche Konkurrenzbetriebe neu entstehen, die oft mit den Landarbeiterskollektiven Genossenschaften gründeten (1079).

2) Ausübung der demokratischen Macht durch die Werktätigen

Art. 80 nennt als ein Mittel zur Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse die Ausübung der demokratischen Macht durch die Werktätigen.

Konkretisiert wird dies durch Art. 56b, der die Kontrolle über die Betriebsleitungen behandelt. Diese 'controlo de gestão' ist nicht Mitbestimmung (co-gestão) und nicht Selbstverwaltung (auto-gestão) sondern eher als Vorstufe zur Selbstverwaltung anzusiedeln (1080).

Durch das Gesetz 46/79 vom 12.9.1979 wurde die "controlo de gestão" konkretisiert (1081). Darin wurde neben einem umfassenden Informationsrecht, einer Beteiligung an der Reorganisation der Produktionsabläufe, Mitsprache bei der Arbeitsgesetzgebung, den Wirtschafts- und Sozialplänen des jeweiligen Sektors noch eine Beteiligung an der Leitung sozialer Einrichtungen festgesetzt (1082).

Insgesamt sind diese Befugnisse enger, als die Grundintention der Verfassung war (1083).

Das garantierte Recht der Tarifaautonomie (Art. 58III) wurde durch das Gesetz 65/77 vom 26.8.1977 unter Umgehung des Art. 59II eingeschränkt. Darin wird ein Streik, der ohne Beachtung der Gesetze zustandegekommen ist, als rechtswidrige Arbeitsverweigerung betrachtet (Art. 11) (1084).

Zur Rechtmäßigkeit eines Streiks gehört u.a. ein Beschluß der zuständigen Gewerkschaft (1085). Sofern die Streiks den öffentlichen Bereich betreffen, sind die Belegschaften auf Anordnung der Regierung verpflichtet, Notdienste einzurichten (1086). Diese Zwangsverpflichtung wurde von den Regierungen oft zur Streikauflösung gebraucht (1087).

Weiterhin müssen Tarifverträge staatlich genehmigt werden. Damit wird die Tarifaautonomie inhaltlich dem Tarifvertragsrecht unterstellt (1088). Noch weiter gehen die Gesetzesverordnungen 887/76 vom 29.12.1976 und 353G/77 vom 29.8.1977, die vorsehen, daß Tarifverträge nicht nur durch Übereinkunft der Partner, sondern auch durch schiedsgerichtliche Entscheidung und Ministerialverordnung möglich sind (1089).

Im Gewerkschaftsbereich (Art. 57, 58) wurde die Entscheidung für eine liberale Struktur getroffen. Hier fehlen die

sozialistischen Hinweise.

3) Planwirtschaft

Sie wird in den Art. 91ff behandelt. So schreibt Art. 92 einen Plan für den staatlich-öffentlichen Sektor zwingend vor. Programmverträge vermitteln die Verbindlichkeit an "im öffentlichen Interesse stehende" Unternehmen. Auch andere Unternehmen sind im weitesten Sinne dem Plan unterworfen (Art. 92II).

Die Voraussetzungen für eine Planerstellung waren in Portugal nicht vorhanden, sodaß hier große Probleme auftauchten. Auch entstanden große Schwierigkeiten hinsichtlich der Definition der einzelnen Bereiche und der Errichtung des Nationalen Planungsrates (1090).

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die verfassungsrechtlichen Mittel zur Erreichung des Überganges zum Sozialismus vorhanden waren, diese jedoch in der Verfassungswirklichkeit ihre Bestimmung nicht erreicht haben.

b) Politische Demokratie

Gemäß Art. 2 der Verfassung ist Portugal ein demokratischer Staat, der auf der Volksherrschaft basiert. In Art. 3I wird diese Souveränität für unteilbar erklärt. In diesem Sinne liegt nach Art. 111 die politische Gewalt beim Volk. Es handelt sich hierbei nicht um einen Klassenstaat, denn nicht nur den Werktätigen stehen die Rechte zu, sondern

allen Bürgen (Art. 12, 13I, 15II, 17, 18, 19, 20). Sie alle haben nach Art. 48 das Recht am öffentlichen Leben teilzunehmen und tragen damit alle gem. Art. 112 zur Festigung der Demokratie bei. Sie alle haben das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht (1091).

Dieses Grundprinzip wurde durch Art. 290h auch revisions-sicher gemacht.

Die Demokratie soll dem Sozialismus vorangehen, sie soll zu ihm erziehen (1092). So findet sich in der Verfassung nirgends der Begriff "sozialistischer Arbeiter- und Bauern-staat" oder "Diktatur des Proletariats". Vielmehr soll eine politische Demokratie im Pluralismus entstehen (1093).

Dieser Pluralismus wird sowohl in ideologischer wie in organisatorischer Hinsicht angestrebt (1094). Es ist der Ideenpluralismus, der sich in der Meinungs- und Informationsfreiheit, der Pressefreiheit, der Gewissens- und Religionsfreiheit, der kulturellen Entfaltungsfreiheit und der Lern- und Lehrfreiheit ausdrückt und den Zugang zu den staatlichen Massenkommunikationsmitteln einschließt (1095). Parteien und andere Organisationen haben das Recht, sich zu vereinigen (1096). Die Parteien konkurrieren untereinander um den Zugang zur Macht auf der Basis repräsentativer Demokratie (1097).

1) Gewaltenteilung

Demokratie nach westlichem Verständnis erfordert auch die Teilung der Staatsgewalten. Diese hat die portugiesische VV besonders ernst genommen und ein System subtiler Gewaltver-

schränkung geschaffen, das durch die Hoheitsgewalt ausgeübt wird.

Gemäß Art. 113I sind dies der Präsident der Republik, der Revolutionsrat, die Versammlung, die Regierung und die Gerichte.

Grundsätzlich ist die gewählte Versammlung der Hauptgesetzgeber (Art. 167, 164d). Dem Revolutionsrat obliegt die Legislative in militärischen Belangen, die er durch Verordnungen ausübt (Art. 148f). Die Regierung hat gem. 201II eine originäre Gesetzgebungskompetenz hinsichtlich ihrer Organisation und Tätigkeit. Daneben hat sie die Möglichkeit, Verordnungen über Gegenstände zu erlassen, die den anderen beiden Organen nicht zugewiesen sind (201Ia) sowie über Gegenstände der ausschließlichen Kompetenz der Versammlung, sofern diese die Regierung hierzu unter Bestimmung von Zweck und Ausmaß ermächtigt (Art. 168I, 201Ib).

Die Gesetzgebungskompetenzen unterliegen weitgehend der gegenseitigen Kontrolle. So bedürfen die Gesetze der Bestätigung des Präsidenten, der gemäß Art. 139I ein suspensives Veto hat. Dieses kann in der Regel mit absoluter, in Spezialfällen mit 2/3 Mehrheit zurückgewiesen werden (Art. 139II, III). Gemäß Art. 165c unterliegen die Verordnungen der Regierung der Ratifizierung durch die Versammlung, die allerdings nach Art. 172 fingiert werden kann. Außerdem hat der Präsident ein absolutes Veto nach Art. 277, 278 hinsichtlich der Verordnungen der Regierung. Lediglich die Verordnungen des Revolutionsrates unterliegen weder Veto noch Ratifizierung.

Die auswärtige Gewalt obliegt dem Art. 200b, c der Regie-

rung. Betrifft der Gegenstand jedoch den militärischen Bereich, so bedarf ein entsprechender Vertrag gem. Art. 148b der Genehmigung des Revolutionsrates. Soweit die Gebiete der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz der Versammlung betroffen werden, ist nach 164j ihre Zustimmung erforderlich. Außerdem ist gem. Art. 169V, 138b die Ratifizierung durch den Präsidenten nötig.

Der Ministerpräsident wird nach 190I, 136f vom Präsidenten der Republik unter Anhörung des Revolutionsrates und der Parteien ernannt und entlassen, wobei der Präsident das Wahlergebnis nur 'berücksichtigen' muß. Die Mitglieder der Regierung werden vom Präsidenten auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannt (Art. 190II). (1098).

Die Regierung ist entsprechend Art. 193 sowohl der Versammlung als auch dem Präsidenten der Republik politisch verantwortlich. Ihr Regierungsprogramm kann nur mit der absoluten Mehrheit der Stimmen zurückgewiesen werden, wobei Stimmenthaltungen zugunsten der Regierung zählen (195IV) (1099). Die Regierung ist aber gem. Art. 197/198I jederzeit vom Vertrauen der Versammlung abhängig.

Der Präsident kann die Versammlung gem. Art. 136e mit Zustimmung des Revolutionsrates auflösen. Er muß sie gem. Art. 198III auflösen, wenn sie durch die Verweigerung des Vertrauensvotums oder durch einen Mißbilligungsantrag den dritten Regierungswechsel in Folge ausgelöst hat.

Der direkt gewählte Präsident der Republik ist gleichzeitig der Präsident des Revolutionsrates (124I, 136a) und Oberbefehlshaber der Streitkräfte (137Ia).

Ihm obliegt mit Genehmigung des Revolutionsrates die Verkündung des Belagerungs- und Ausnahmezustandes (Art. 137c).

Auch hat der Präsident die Kompetenz, die Organe der Autonomen Regionen nach Anhörung des Revolutionsrates aufzulösen oder zu suspendieren (Art. 136i).

Auffallend hierbei ist die Mitwirkung des Revolutionsrates bei vielen Akten sowie die Gegenzeichnung durch die Regierung gem. Art. 141.

Das Parlament hat gem. Art. 165a die Aufgabe, die Verwaltung und die Regierung zu überwachen.

Dem Revolutionsrat obliegt neben den oben genannten Mitwirkungsrechten auch die Überwachung der Verfassung nach Art. 146.

2) Regierungssystem

Aus der oben dargestellten Gewaltenteilung ergibt sich für die Bestimmung des Regierungssystems ein grundlegender Unterschied sowohl zum Parlamentarismus als auch zum Präsidentialismus. Nicht zwei autonome politische Organe haben die Staatsgewalt inne, sondern drei, nämlich der Präsident, das Parlament und die Regierung. Kennzeichnend für das in Portugal herrschende System ist auch sein flüchtiger Charakter. Das System kann sich je nach der Praxis entweder in Richtung Parlamentarismus oder Präsidentialismus verschieben (1100).

Die herrschende Lehre in Portugal geht von einer neuen Art des politischen Systems aus, das als "semi-präsidential" bezeichnet wird (1101). Nach anderer Ansicht handelt es sich um "rationalisierten Parlamentarismus" bzw. um eine "Diktatur des Revolutionsrates" (1102).

Nicht ganz so weit gehen Morais, de Almeida und Pinto, die

angesichts der starken Rolle des Revolutionsrates (1103) von einem Modell gemischt aus Semipräsidentialismus und Militärdiktatur ausgehen (1104).

3) Grundrechte

Ausgehend von den Erfahrungen der Salazarzeit und anknüpfend an die Revolution, die im Namen der Menschenrechte siegte, haben die Vertreter der Konstituante sich aufgefordert gefühlt, die Grundrechte in breiter Form in der Verfassung zu verankern (1105). Die fundamentalen Rechte haben daher innerhalb des Verfassungssystems - gegen die Stimmen der PCP - eine Vorrangstellung erhalten (1106). Auffallend - im Vergleich zum Bonner Grundgesetz - sind zunächst die ausführlichen Garantien gegen einen Mißbrauch der Staatsgewalt. Mit diesen Garantien wurden Konsequenzen aus der Zeit des Salazarregimes gezogen. Hier zu nennen sind z.B. die Grundsätze "nullum crimen sine lege", "nulla poena sine lege", "ne bis in idem", die Garantie des rechtlichen Gehörs und des gesetzlichen Richters.

Nicht vorhanden dagegen ist eine gesonderte Bestimmung über das allgemeine Persönlichkeitsrecht und ein Verbot politischer Parteien wegen verfassungswidriger Zielsetzung. Ein solches Verbot ist nur bei faschistischer Gesinnung vorgesehen.

Anders als im Grundgesetz wird das Eigentumsrecht nicht als klassisches Grundrecht, sondern als Recht der Kategorie "wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" gesehen (1107).

Unter Kapitel I sind in 13 Artikeln allgemeine Grundsätze

enthalten, die von einer ausführlichen Behandlung des Gleichheitsgrundsatzes bis zur Wesensgarantie der Grundrechte reichen (Art. 13, 18III). Die unmittelbare Anwendung der Rechte, Freiheiten und Garantien wird in Art. 18I festgelegt. Sie hat für die öffentlich-rechtlichen und privaten Einrichtungen Verbindlichkeit. Art. 18II formuliert für die Einschränkung der Grundrechte einen Gesetzesvorbehalt und erlaubt Einschränkungen nur in den in der Verfassung vorgesehenen Fällen, die sehr wenige sind. Auch enthält Art. 20II ein Widerstandsrecht gegen Grundrechtsverletzungen.

Hier geregelt sind auch das Asylrecht (Art. 22) und das Ausweisungsverbot für Portugiesen (Art. 23).

Außerdem enthalten die allgemeinen Grundsätze auch die Regelung des "Ombudsmannes für Rechtswesen" (Art. 24).

Eine Besonderheit weist Art. 16II auf, der wie folgt lautet: "Die Auslegung und Anwendung der die Grundrechte betreffenden Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen erfolgt in Übereinstimmung mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte". Dieser verbindet die Verfassung mit der Erklärung der Menschenrechte in dem Sinn, daß er gem. Art. 8I die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zum uneingeschränkten Bestandteil des portugiesischen Rechts macht und sie direkt zum Verfassungsprinzip erhebt (1108).

Auffallend ist auch, daß Art. 17 das System der Grundrechte auf die Rechte der Arbeiter, sonstige Freiheiten und analoge Rechte für anwendbar erklärt.

In 25 weiteren Artikeln werden die Rechte, Freiheiten und Garantien in breiter Form definiert, garantiert und Bedingungen für deren Verwirklichung aufgestellt.

Neben den oben genannten Verfahrensgarantien sind die Ehre und die Privatsphäre gem. Art. 33 geschützt.

Betont freiheitsbewußt ist auch Art. 34, der die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis umfaßt (1109). Gleiches gilt für Ehe und Familie in Art. 36, der neben der Gleichberechtigung von Mann und Frau auch die des nichtehelichen Kindes gewährleistet. Breit gefächert ist auch der Schutz der Meinungsfreiheit, der nur im Strafrecht seine Grenzen findet (Art. 37). Die Pressefreiheit ist vor allem hinsichtlich der geistigen Freiheit der Journalisten weitreichend (Art. 38II). Hier sei an die Besetzung der "Repubblica" erinnert (1110). Fernsehen im privaten Eigentum ist nicht vorgesehen (Art. 38VI).

Interessant ist auch die in Art. 39III für die Massenkommunikationsmittel vorgesehene Bildung von Informationsräten, die proportional zu den in der Versammlung vertretenen Parteien besetzt werden sollen. Neben Freizügigkeit und Emigrationsrecht (Art. 44) wird die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, sofern sie friedlich und ohne Waffen ausgeübt wird, uneingeschränkt in Art. 45 geschützt. Die Vereinigungsfreiheit steht unter Gesetzesvorbehalt (Art. 46II) und enthält ein Verbot faschistischer Organisationen (Art. 46IV). Ausdrücklich wird in Art. 47 auch das Recht zur Bildung politischer Vereinigungen und Parteien anerkannt.

Anzumerken ist noch, daß neben den bekannten Bereichen auch neue wie die Verwendung elektrischer Daten, das Recht der Parteien u.a. auf Sendezeiten und das Recht auf Popularklage geregelt bzw. eingeführt wurden (Art. 35, 40, 49II).

Den allgemeinen Grundrechten schließen sich in Kapitel II in 30 Artikeln die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundrechte an, die zum Teil auch allgemeine Grundrechte enthalten.

Unter ihnen sind vor allem das Recht auf Arbeit, die Koalitionsfreiheit, das Streikrecht, das Aussperrungsverbot und das Recht auf Privateigentum zu erwähnen (Art. 51, 57, 59, 60, 62. Unter den sozialen Grundrechten fällt vor allem in Art. 66 das Recht auf eine menschenwürdige, gesunde und ökologisch ausgewogene Umwelt auf (1111).

Insgesamt gesehen sind diese Rechte weniger relevant als die Grundrechte und Grundfreiheiten des Kapitel I (1112). Dies zeigt sich schon in den Formulierungen, die weniger konkret und eher programmatisch sind. Auch sind in diesen Bereichen stärkere Einschränkungen möglich.

Systematisch gesehen garantiert die Präambel auch nur die Grundrechte der Bürger und Art. 2 spricht nur von der Gewährleistung der Grundrechte und Freiheiten. Dementsprechend sind auch nur diese insgesamt revisionssicher gemacht worden (Art. 290d). Während für die 'wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und Pflichten' in Art. 50 die Überführung der Produktionsmittel, die Planung und die Demokratisierung der Institutionen Garantien und Bedingungen für ihre Verwirklichung sind, ergibt sich aus Art. 18, daß die Rechte, Freiheiten und Garantien aus sich verbindlich sind (s.o.). Außerdem unterliegen die Rechte, Freiheiten und Garantien gem. Art. 167c der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Parlaments. Auch muß das früher geltende Recht hinsichtlich dieser Materien bis zum Ende der ersten Sitzungsperiode angepaßt sein (Art. 293III) (1112).

4) Kontrolle der Verfassung

Die portugiesische Verfassung von 1976 weist eine große Bandbreite an Überprüfungsmechanismen auf.

Ganz bewußt wurde ein breites und umfassendes System der Kontrolle geschaffen (1113).

Es handelt sich hierbei um ein gemischtes System, das die Kompetenzen auf den Revolutionsrat, die Gerichte und die zwischen beiden stehende Verfassungskommission verteilt. Der Revolutionsrat verkörpert die Garantie des revolutionären Prozesses (1114). Er kann als einziges Organ die Verfassungswidrigkeit von Normen erga omnes erklären (Art. 281). Er hat auch die Schaffung eines echten Verfassungsgerichts verhindert (1115).

So war das Ergebnis die Verfassungskommission, die zum Teil Beratungsorgan des Revolutionsrates, zum Teil oberstes Rechtsmittelgericht ist (Art. 284).

Ihre Bestellung entspricht bereits ihrem Charakter als Vorverfassungsgericht (1116). So gehören ihm vier Richter, zwei vom Revolutionsrat ernannte Bürger, davon einer Jurist und je ein von der Versammlung und vom Präsidenten ernannter Bürger an (Art. 283II).

Im einzelnen enthält die Verfassung die präventiv abstrakte und die sukzessiv abstrakte Kontrolle, die ebenso wie die Kontrolle der Unterlassung gesetzgeberischer Akte dem Revolutionsrat obliegt (Art. 277, 235IV, 279, 281).

Den Gerichten und der Verfassungskommission kommt die Aufgabe der konkreten Verfassungskontrolle zu (Art. 282).

Die präventive Kontrolle, die vor allem im französischen System zu finden ist, erfolgt hinsichtlich der Gesetze der Versammlung, der Gesetzesverordnungen der Regierung sowie der Normen, durch die die Zustimmung zu internationalen Verträgen und Übereinkünften erteilt werden soll (Art. 277I). Ihr ebenso unterliegen regionale Normativverordnungen sowie Ausführungsverordnungen für allgemeine Gesetze der Republik (Art. 235I). Sie alle unterliegen gem. Art. 277II der Verkündung durch den Präsidenten der Republik.

Die Initiative hierzu liegt beim Revolutionsrat, dem Präsidenten der Republik (Art. 277) und bezgl. der Regionalverordnungen beim Minister der Republik (Art. 235IV).

Darüberhinaus wird von einem Teil der Lehre eine analoge Anwendung auf andere reglementierende Verordnungen der Regionalregierungen sowie auf internationale Verordnungen, die nicht der Verkündung unterliegen, vertreten (1117).

Erklärt nun der Revolutionsrat eine dieser Normen für verfassungswidrig, so muß der Präsident gem. Art. 278I sein Veto erklären. Es ist nun zwischen Normen der Versammlung und solchen der Regierung zu unterscheiden. Das Veto des Präsidenten hinsichtlich Normen der Versammlung kann diese gem. Art. 278II durch 2/3 Mehrheit zu Fall bringen, das gegenüber Verordnungen der Regierung ist absolut (Art. 278III).

Hiervon unberührt bleibt das eigene politische Recht des Präsidenten, gem. Art. 139 sein Veto auszuüben.

Entsprechendes gilt auf der Regionalebene gem. Art. 235. Die sukzessiv abstrakte Kontrolle des Revolutionsrates gem. Art. 281I hinsichtlich aller Normen erfolgt auf Initiative des Präsidenten, des Präsidenten der Versammlung, des Ministerpräsidenten, des Ombudsmannes, des Generalstaats-

anwaltes sowie der Versammlung der Autonomen Regionen. Erklärt der Revolutionsrat diese Normen für verfassungswidrig, so hat dies Wirkung erga omnes. Nicht berührt davon werden abhängige Normen, bzw. Rechtsgrundlagen der erlassenen Norm (1118).

Wenig Bedeutung hat die Erklärung der Verfassungswidrigkeit durch Unterlassen (Art. 279) erlangt (1119).

Sie hat ihren Ursprung in der zweiten Verfassungsplattform. Beabsichtigt war, den vielen nicht direkt anwendbaren Normen der Verfassung zur Geltung zu verhelfen (1120).

Voraussetzung für diese Art der Kontrolle ist die Verletzung einer bestimmten Verfassungsnorm, die der Ausführung bedarf (formelles Gesetz) durch das Nichterlassen der nötigen Grundlagen zur Durchführung dieser Norm (1121).

Nach der Stellungnahme der Kommission kann der Revolutionsrat das Unterlassen für verfassungswidrig erklären und an das entsprechende Organ eine Empfehlung richten (Art. 279, 284b). Er hat jedoch kein Substitutionsrecht.

Die konkrete Normenkontrolle obliegt entsprechend der Linie der Verfassung von 1911 zunächst den Gerichten (1122).

Sie umfaßt sowohl die formelle wie auch die materielle Überprüfung (1123). Überprüfbar sind Rechtsnormen, enthalten in Verordnungen, Regelungsverordnungen, Rechtsausführungsverordnungen, Regionalverordnungen und ähnlichen Normen (Art. 282I), worunter oben genannte, eventuell unter Art. 277 fallende Normen zu begreifen sind.

Eine Entscheidung der Verfassungskommission setzt voraus, daß die Gerichte sich weigern, eine ihrer Meinung nach verfassungswidrige Norm anzuwenden bzw. daß ein Gericht ein

Urteil erläßt, das eine von der Kommission für verfassungswidrig erklärte Norm anwendet (Art. 282I; II). Weiterhin muß im ersten Fall der ordentliche Rechtsweg erschöpft sein (Art. 282I).

Die Beschwerde muß in beiden Fällen der Staatsanwalt einlegen (Art. 282I). Die Einlegung der Beschwerde ist kostenlos (Art. 282II).

Hat die Verfassungskommission in drei Fällen eine Rechtsnorm für materiell verfassungswidrig erklärt bzw. einmalig die formelle Verfassungswidrigkeit festgestellt, so kann der Revolutionsrat entsprechend dem oben dargestellten Verfahren diese Normen erga omnes für verfassungswidrig erklären (Art. 281III).

Die Verfassungspraxis hat gezeigt, daß der Revolutionsrat sich bisher stets den Gutachten der Kommission angeschlossen hat (1124).

Eine Verfassungsbeschwerde des Einzelnen wegen der Verletzung eines Grundrechtes existiert in Portugal nicht. Allerdings hat sich Portugal der Europäischen Menschenrechtscharta unterworfen und auch dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, sodaß auch diese Fälle einen Grundrechtsschutz erfahren (1125). Jedoch mußte Portugal einige Vorbehalte hinsichtlich der Rückwirkung von Gesetzen (Lei de PIDE), des Verbotes privaten Fernsehens und der Enteignung ohne Entschädigung machen (1126).

5) Verfassungsrevision von 1982

A) Allgemeines

Bereits kurz nach dem Inkrafttreten der portugiesischen Verfassung von 1976 wurde deutlich, daß diese nicht von einem allgemeinen politischen Konsens getragen war.

So begann sehr bald die Diskussion um die in ihr selbst in Art. 286 vorgesehene Verfassungsrevision.

In ihrem Mittelpunkt stand die Frage nach dem grundlegenden normativen Sinn der Verfassung, v.a. der Wirtschaftsverfassung (1127). Auch die materiellen Grenzen der Revision sowie die Art der Durchführung standen zur Debatte (1128).

Hinsichtlich der materiellen Grenzen stand vor allem Art. 290 im Kreuzfeuer. Er gibt materielle Revisionsschranken an, die auch die Wirtschaftsverfassung betreffen.

Vor allem die AD versuchte, die freie Marktwirtschaft über eine Verfassungsänderung durchzusetzen.

Nachdem zunächst die Idee der doppelten Verfassungsrevision, d.h. die Revision von Art. 290 und dann der gesamten Verfassung diskutiert worden war und schließlich wieder verworfen wurde, sollte dann im Wege eines Referendums eine grundlegende Änderung erreicht werden (1129). Dies wurde zum Teil als legaler Weg zur Verfassungsänderung, zum Teil als Verfassungsdurchbrechung gesehen (1130).

Die Frage des Referendums hat sich von selbst gelöst, als Staatspräsident Eanes, ein Gegner des Referendumprojektes, 1980 erneut zum Staatspräsidenten gewählt wurde (1131).

So begannen im April 1981 die Arbeiten zur Verfassungsrevision (1132). Fünf Projekte aller politischen Richtungen lagen vor (1133). Eine vorübergehende Kommission, besetzt proportional zu den Sitzen im Parlament, wurde zu ihrer Ausführung gebildet. Am 12. August 1982 waren die Arbeiten beendet und am 30. September wurde das Revisionsgesetz veröffentlicht (1134).

Die Verfassungsrevision hat letztendlich nicht zu der grundlegenden Änderung geführt, die von der AD mit ihr beabsichtigt war. Dies lag vor allem daran, daß ein Konsens mit der PS gefunden werden mußte.

Erreicht wurde jedoch eine Entdogmatisierung und eine Abschwächung des Sozialismuspostulates. Die parlamentarische Opposition wurde gestärkt (Art. 40 Abs. 2) (1135). Der Grundrechtsteil wurde klarer gegliedert und verfeinert. Hier wurde v.a. eine pluralistischere Linie der wirtschaftlichen Rechte festgelegt.

Durch die Abschaffung des Revolutionsrates fand eine relativ gleichmäßige Aufteilung von dessen Kompetenzen auf die anderen Staatsorgane statt. Ein Verfassungsgericht wurde neu geschaffen.

Neu sind daneben die ausdrückliche Erwähnung des Rechtsstaatsprinzips in Art. 2 und 9b sowie eine Übernahmevorschrift für das europäische Gemeinschaftsrecht (Art. 8III).

B: Schwerpunkte

a) Entdogmatisierung und Abschwächung des Sozialismus-
postulates

Diese fand vor allem in den grundsätzlichen Bestimmungen der Art. 2, 3II und 10 sowie bei der Wirtschaftsordnung, besonders bei Art. 80, 82II, 89I, 90I, II III, 96 und 107IV statt. Nicht geändert wurden allerdings die Art. 1 und 83. Danach bleibt das Ziel der portugiesischen Republik zwar die "Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft" (Art. 1) und die Verstaatlichungen "unwiderrufliche Errungenschaften der Werktätigen" (Art. 83I), die Verfassung ist aber insgesamt realistischer geworden.

Dies zeigt sich vor allem in der Wirtschaftsverfassung. So spricht Art. 80b von der "Koexistenz der verschiedenen Eigentumsbereiche" und Art. 89 n.F. enthält keinen Zusatz mehr über den "Übergang zum Sozialismus".

Auch sieht Art. 82 Entschädigungen für Enteignungen sowie ein Gesetz für deren Voraussetzungen vor. Der private Sektor wird in Art. 89 positiv definiert. Auch besteht nicht mehr eine tendenzielle Vorherrschaft des Gesellschaftseigentums (Art. 90I a.F.). Die Agrarreform ist nicht mehr "grundlegendes Element zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft" (Art. 96 a.F.), sondern "Instrument zur Verwirklichung der Agrarpolitik" (Art. 96II). Auch wird der Staatshaushalt vom Parlament angenommen (Art. 108III).

b) Grundrechte

Änderungen wurden auch in diesem Bereich vorgenommen. Hier wurde vor allem eine klarere Übersicht erreicht.

In den allgemeinen Bestimmungen wird in Art. 18 der Gesetzesvorbehalt aufrechterhalten, wobei die Einschränkung der Grundrechte sich auf das Notwendigste zur Wahrung anderer verfassungsrechtlich geschützter Rechte und Interessen beschränken muß.

Außerdem dürfen diese Gesetze nach Abs. 3 nicht zurückwirken.

Im Bereich der persönlichen Rechte, Freiheiten und Garantien wurde das Recht auf Freiheit und Sicherheit (Art. 27ff) erweitert. Daneben wurde die Presse- und Meinungsfreiheit vor allem für Journalisten verbessert (Art. 38III,VI). In diesem Bereich ist auch die Pflicht des Staates, die Konzentration von Presseunternehmen zu verhindern, erwähnenswert (Art. 38VI).

Für die Massenkommunikationsmittel wurde statt den Informationsräten ein Medienrat geschaffen (Art. 39).

Auch besteht jetzt für die Opposition ein Recht auf Sendezeiten (Art. 40II) sowie ein Erwiderungsrecht auf politische Erklärungen der Regierung in den Medien (Art. 40II). Daneben wird das Recht auf Privatschulen und genossenschaftliche Schulen gewährleistet (Art. 43 IV). Der Zugang zum öffentlichen Dienst soll in der Regel mittels Ausschreibung allen gewährt werden (Art. 47II).

Ausgeweitet wurden vor allem im Abschnitt III die Rechte der Arbeiter. Die Arbeitsplatzsicherung und einen Kündigungsschutz sieht Art. 53 vor. Die Arbeiterausschüsse

haben das Recht auf Beteiligung an der Leitung der Sozialeinrichtungen der Betriebe und das Recht der Wahl der Arbeitnehmervertreter in staatlichen Betrieben (Art. 55I e,f).

Das Recht auf private Wirtschaftsinitiative wird ausdrücklich anerkannt (Art. 61I).

Eine partizipative Form der Demokratie ist für das Gesundheitswesen (Art. 64IV), die Familienpolitik (Art. 67II f) und die Schulen (Art. 77) vorgesehen. Auch ist eine Ausweitung der Vorschrift über das Kulturgut erfolgt (Art. 78).

c) Abschaffung des Revolutionsrates

Der Revolutionsrat als Organ des obersten Militärs war von Anfang an nur für eine Übergangszeit als Hoheitsorgan vorgesehen. Dies ergibt sich aus Pakt II Nr. 1 "während der Übergangsperiode".

Mit ihrem Ende stand auch die Abschaffung dieses Organes an. Seine Aufgaben wurden, soweit sie die Beschränkung des Präsidenten der Republik betrafen, auf den Staatsrat und die Versammlung bzw. deren Permanente Kommission übertragen, die politischen und militärischen Kompetenzen fielen dem Präsidenten, der Versammlung und der Regierung zu, die Überwachung der Verfassung wurde einem neu zu schaffenden Verfassungsgericht zugedacht.

1) Gewaltenteilung und Regierungssystem

Das Parlament hat eine Ausweitung seiner Kompetenzen sowohl

im Bereich der absoluten als auch in dem der relativen Gesetzgebungskompetenz erfahren (Art. 167, 168). Im Gegenzug wurde das suspensive Veto des Präsidenten gegenüber Gesetzen des Parlamentes in Art. 139III gestärkt. Die Regierung erhielt eine größere legislative Autonomie (1136). Das Parlament verabschiedet jetzt den Haushaltsplan (Art. 108, 164q). Spezielle Gesetzgebungskompetenzen hat das Parlament zur Annahme der Statuten der Autonomen Regionen. Die Kompetenz zur Änderung der eigenen Statuten wurde erweitert. Zur Erklärung des Notstandes und des Krieges und Friedens benötigt der Präsident die Ermächtigung des Parlamentes (Art. 164b, c, j, l, m).

Außerdem hat die Versammlung ein Zustimmungsrecht zu militärischen Verträgen (Art. 164h). Sie wählt auch gem. Art. 166h zehn Richter des Verfassungsgerichtes.

Die Regierung ist noch stärker als bisher vom anfänglichen Vertrauen des Parlamentes abhängig. Sie kann z.B. vor der Annahme des Regierungsprogrammes nur die notwendigsten Maßnahmen ergreifen (Art. 189V, s.a. Art. 195III). Auch ist die Verantwortlichkeit vor dem Parlament noch stärker (Art. 180III, 183II) wie sich auch in der neu geschaffenen Möglichkeit zur Bildung von Untersuchungsausschüssen zeigt (Art. 181).

Der Präsident der Republik hat jetzt praktisch ein freies Recht zur Auslösung der Versammlung (Art. 136e).

Dies wird gem. Art. 175I nur insoweit eingeschränkt, als die Versammlung während der ersten sechs Monate und der letzten sechs Monate der Amtszeit des Präsidenten und im Ausnahmezustand nicht aufgelöst werden darf. Demgegenüber wurde das Recht des Präsidenten zur Entlassung der Re-

gierung beschränkt. Er kann dies nur noch "wenn es zum ordnungsgemäßen Funktionieren der demokratischen Institutionen nötig ist". Vorher ist der Staatsrat anzuhören (Art. 198II). Zu erwähnen ist hier auch vor allem die Ausweitung des Vetorechtes, auch wenn das Pocketveto abgeschafft wurde (1137). Daneben ernennt der Präsident auf Vorschlag der Regierung die obersten militärischen Befehlshaber gem. Art. 136p.

Ein neu zu gründender Staatsrat ist das Konsultativorgan des Präsidenten (Art. 136a, 144ff).

Die Regierung ist nur noch dem Parlament politisch verantwortlich (Art. 198II, 193, 189V, 195III, 198Ib).

Unstreitig blieb damit das Regierungssystem ein semi-präsidentiales, wobei noch um eine eventuelle Verschiebung in Richtung Parlamentarismus bzw. Präsidentialismus gestritten wird (1138).

2) Kontrolle der Verfassung

Durch den Wegfall des Revolutionsrates war im Bereich der Verfassungskontrolle ein Organ neu zu schaffen, das Verfassungsgericht. Es vereiniqt alle bisher vom Revolutionsrat und der Verfassungskommission wahrgenommenen Aufgaben in sich.

Die Existenz dieses Organes entspringt der österreichischen Verfassung von 1920 unter dem direkten Einfluß der Wiener Schule von Kelsen (1139).

Daneben hat das Verfassungsgericht die Aufgaben des höchsten Verwaltungsgerichtes hinsichtlich der Autonomen Regionen übernommen (1140). Dazu kommen gem. Art. 213II Aufgabenbereiche wie das Mandat des Präsidenten, Wahlver-

fahren, die Feststellung der Ordnungsmäßigkeit von Volksbefragungen, die Legalisierung und Registrierung politischer Parteien und anderes (1141).

Gemäß Art. 284, 166h setzt sich das Verfassungsgericht aus 10 vom Parlament mit 2/3 Mehrheit der Anwesenden, mindestens aber der absoluten Mehrheit gewählten, sowie 3 zusätzlichen Richtern zusammen. Sie alle sind auf 6 Jahre berufen (1142).

Die Kritik an diesem Wahlsystem hielt sich vor allem an der Ignorierung des semipräsidentialen Systems auf, da nur das Parlament die Richter bestimmt. Auch bestehen bei dieser Zusammensetzung Befürchtungen einer zu starken Politisierung (1143).

Am Überwachungssystem selbst wurde allgemein wenig geändert. Die einzelnen Arten der Kontrolle sind beibehalten worden.

Trotz einiger Bedenken hat man das Institut der präventiven Normenkontrolle beibehalten (1144).

Es fehlt jetzt beim Antragsrecht eine Eigeninitiative des Verfassungsgerichtes entsprechend dem des früheren Revolutionsrates zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit (277 Nr. 3 a.F. hinsichtlich des Revolutionsrates und 278 n.F.). Das Gesetz Nr. 28/82 bestimmt die formellen Voraussetzungen des Verfahrens. Die Antragssteller müssen bei allen Arten der Überprüfung neben der verfassungsmäßig bedenklichen Norm auch das verletzte Verfassungsprinzip angeben (Art. 51 Nr. 1). Erstere bestimmt den Umfang der Überprüfungsmöglichkeit des Gerichtes (1145).

Der Präsident des Verfassungsgerichtes entscheidet dann über die Zulassung (Art. 52 Nr. 2).

Die Wirkungen der Erklärung der Verfassungswidrigkeit sind gleich geblieben.

Bei der sukzessiv abstrakten Kontrolle erfolgte zunächst eine Erweiterung des Initiativrechtes. Dieses steht nunmehr zusätzlich 1/10 der Abgeordneten des Parlamentes sowie bei einer Verletzung der Rechte der selbständigen Regionen den Präsidenten der Regionalregierungen zu (Art. 281Ia).

Verschwunden ist dagegen die Unterscheidung zwischen formeller und materieller Verfassungswidrigkeit hinsichtlich dreifacher Erklärung der Verfassungswidrigkeit einer Norm. Für diese Fälle haben die entsprechenden Verfassungsrichter und der Staatsanwalt das Initiativrecht (Art. 82 Lei 28/82).

Das Zulassungsverfahren entspricht dem oben genannten im Wesentlichen (1146).

Neu geregelt werden in Art. 282 jetzt die Folgen der Erklärung der Verfassungs- bzw. Rechtswidrigkeit.

Diese Normen sind in der Regel rückwirkend null und nichtig. Das Gericht kann jedoch geringere Wirkungen vorsehen, wenn es die Rechtssicherheit, die Billigkeit oder ein besonderes Allgemeininteresse erfordert (Art. 282IV).

Obwohl sich das Institut der Kontrolle der Verfassungswidrigkeit durch Unterlassen als nutzlos und ineffektiv erwiesen hat, wurde es aus politischen Gründen beibehalten (1147).

Änderungen gab es hier beim Initiativrecht, das gem. Art. 283I dem Präsidenten der Republik, dem Ombudsmann und hinsichtlich der Rechte der Autonomen Regionen den Präsidenten der Regionalversammlungen zusteht.

Weiterhin kann das Verfassungsgericht den betroffenen Organen keine Empfehlung mehr aussprechen, es gibt lediglich bekannt (Art. 283II).

Schwierig waren die Verhandlungen der eingesetzten Kommission über die Regelung der konkreten Normenkontrolle. Während die FRS ein dem ursprünglichen österreichischen Modell entsprechendes System wollte, sprachen sich die AD und die PCP für ein dem vor 82 entsprechenden Modell aus (1148).

Schließlich behielten die ordentlichen Gerichte die Befugnis, über die Verfassungsmäßigkeit von Normen im ordentlichen Verfahren zu entscheiden. Das Verfassungsgericht dient lediglich als Revisionsgericht (Art. 280I). Es fand eine Erweiterung dahingehend statt, daß nun gem. 1a Entscheidungen, in denen die Anwendung irgendeiner Rechtsnorm wegen Verfassungswidrigkeit verweigert wird, angreifbar sind.

Prinzipiell wird nun auch nicht mehr die Ausschöpfung des Rechtsweges verlangt.

Eine Erweiterung fand auch insoweit statt, als der Zugang zum Verfassungsgericht auch dann offen ist, wenn eine Rechtsnorm, deren Verfassungswidrigkeit während des Prozesses gerügt wurde, der Entscheidung zugrundeliegt (Art. 280Ib). In diesem Fall ist jedoch nach wie vor eine Ausschöpfung des Rechtsweges erforderlich (Art. 70II Lei 28/82).

Unter Abs. 3 wurden auch die Typen der Illegalität erweitert, die sich auf Verletzungen der Statuten der Autonomen Regionen beziehen. Sie waren früher dem Obersten Verwaltungsgericht zugewiesen (1149).

Den Rechtsbehelf können nach Art. 74 Lei 28/82 der Staatsanwalt und nach Prozeßrecht legitimierte Personen einlegen. Bezüglich Art. 280 Nr. 1b und 3c, d.h. für die Fälle, in denen die Verfassungswidrigkeit einer Norm gerügt wurde, bestimmt Art. 72 Nr. 2 Lei 28/82, daß nur derjenige, der gerügt hat, die Berechtigung zur Einlegung des Rechtsbehelfs hat.

Das Prozeßgericht a quo bestimmt über die Zulassung des Rechtsmittels (Art. 76 Nr. 1,2, Lei 28/82), gegen deren Ablehnung ein Einspruch beim Verfassungsgericht möglich ist. Die Entscheidung darüber ist nicht anfechtbar (Art. 76 Nr. 4, 77 Nr. 1, 3, Lei 28/82).

Hat das Verfassungsgericht der Beschwerde ganz oder teilweise stattgegeben, werden die Akten an das Ausgangsgericht zurückverwiesen, damit dieses je nach Lage des Falles und entsprechend dem Urteil die Entscheidung neu faßt oder fassen läßt (Art. 80II Lei 28/82).

Erst, wenn das Verfassungsgericht dreimal eine Norm in einem konkreten Normenkontrollverfahren für verfassungswidrig befunden hat, entscheidet es über eine Verfassungswidrigkeit erga omnes (Art. 281II).

d) Internationale Beziehungen

Art. 7 und 8 der portugiesischen Verfassung regeln diesen Bereich. Dabei nimmt Art. 7 deutlichen Bezug auf die Artikel 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen. Darin wird die nationale Unabhängigkeit, die Achtung der Menschenrechte, das Recht auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Gleichheit der Staaten, die friedliche Lösung internationa-

ler Konflikte, die Nichteinmischung und die Kooperation betont.

Die Abschaffung von Imperialismus und Aggression, die Abrüstung, die Auflösung der militärischen Blöcke und ein System der kollektiven Sicherheit sind die Ziele des Abs. 2.

Der Streit, ob der frühere Art. 7 einen Eintritt in die EG erlaubt hätte, ist nun durch Art. 8 gelöst, der den von den zuständigen Organen internationaler Organisationen, denen Portugal angehört, erlassenen Rechtsnormen innerstaatlich unmittelbare Rechtswirkungen zuweist, sofern dies in den entsprechenden Gründungsverträgen vorgesehen ist (1150). Nach Art. 8I sind die Normen und Grundsätze des allgemeinen Völkerrechtes uneingeschränkt Bestandteil des portugiesischen Rechts.

Die portugiesische Verfassung vertritt somit die Linie des abgeschwächten Monismus und integriert ohne Transformation das internationale Recht und das Europarecht (1151).

Hierbei besteht ein Primat des Internationalen Rechts hinsichtlich einfacher Gesetze, nicht jedoch hinsichtlich des Verfassungsrechts (1152).

Zwar vertritt der Europäische Gerichtshof ein absolutes Primat des europäischen Gemeinschaftsrechts, dies wird jedoch in Portugal - wie auch in anderen Staaten - nur insoweit anerkannt, als es nicht die essentiellen und unveränderlichen Bestimmungen der Verfassung betrifft, sprich den verfassungssicheren Bereich (1153). Hierzu gehört in Portugal auch die Kontrolle der Verfassung, die mit ihren weitreichenden Mechanismen das Internationale Recht ebenso wie das Europäische Gemeinschaftsrecht erfaßt. Dies kann zu

erheblichen Widersprüchen zwischen den Normen des Internationalen Rechts (Bsp.: pacta sunt servanda) und den internen Kontrollmechanismen führen (1154).

Teil 3

Vorbeitritt, Vorbeitrittshilfe, Beitrittsverträge

I) Beitrittsgeschichte

Als das Vereinigte Königreich 1961 einen Antrag zur Aufnahme in die EG stellte, bat Portugal den Ministerrat um die Eröffnung von Verhandlungen, um die Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Portugal und den Gemeinschaften für die Zukunft zu definieren (1155).

Im Februar 1969 adressierte Portugal an die EG ein Memorandum betreffend Verhandlungen über eine Vereinbarung im wirtschaftlichen Bereich und über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit (1156).

Im Mai 1970 erhielt Brüssel ein weiteres Memorandum, das sich auf das Angebot der EG, den Rest-EFTA-Mitgliedern, die nicht Beitrittskandidaten waren, die Möglichkeit zur Eröffnung von Verhandlungen mit der EG zu geben, bezog (1157).

Ende des Jahres fanden die ersten Kontakte statt, die am 17.12.1971 in die offiziellen Verhandlungen mündeten (1158).

Am 22. Juli 1972 wurde zwischen den Partnern gem. Art. 113 des Römischen Vertrages ein Freihandelsabkommen geschlossen, das am 1.1.1973 in Kraft trat (1159).

Grundsätzlich reiht sich dieses Abkommen in die Vereinbarungen mit den anderen Rest-EFTA-Staaten ein und sieht die Errichtung einer Freihandelszone für industrielle Produkte bis 1977 vor (Art. 3 Abs. 2) (1160). Es unterscheidet sich aber von den übrigen Abkommen durch die Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Belange (Art. 9, 17 Abs. 1).

Für den Zollabbau gewerblicher Waren wurde der portugie-

sischen Industrie bis 1980 bzw. länger Zeit gelassen (Art. 4 Abs. 4). Wie auch die anderen Verträge enthält das Abkommen eine Entwicklungsklausel für seine Ausdehnung auf andere Gebiete (Art. 35). Ein gemischter Ausschuß sollte das Funktionieren der Zusammenarbeit sicherstellen (Art. 30 Abs. 2).

Nach der Revolution schien sich Portugal zunächst eher von der EG weg in Richtung der Dritten Welt zu bewegen, tatsächlich aber wurden die Kontakte zur EG aufrechterhalten. Am 26. Juni 1974 drückten der portugiesische Premierminister Palma Carlos und der Außenminister Mário Soares gegenüber dem Präsidenten der Kommission Ortolí ihren Wunsch nach dem Ausbau der gegenseitigen Beziehungen aus (1161). Einen Tag später machten die portugiesischen Delegierten in der Gemischten Kommission deutlich, daß sie von der EG eine Wirtschaftshilfe in Form einer Verbesserung des Abkommens erhofften (1162).

Erst ein Jahr später, am 24. Juni 1975, drückte der Ministerrat seine prinzipielle Zustimmung zu einer Finanzhilfe aus (1163). Am 17. Juli dann erklärte der Ministerrat die Absicht engerer Kooperation auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet. Hierbei wurde betont, daß die Europäischen Gemeinschaften ihrer Tradition entsprechend eine solche Hilfe nur einer pluralistischen Demokratie zukommen lassen würden (1164). Am 7.10.1975 erhielt Portugal dann eine außerordentliche Dringlichkeitshilfe in Höhe von 150 Mio RE in Form von 3% zinsermäßigten Krediten der EIB (1165). In seiner Antrittsrede als Ministerpräsident der ersten konstitutionellen Regierung am 23. Juli 1976 kündigte Mário Soares die endgültige Öffnung des Landes zur EG an, indem

er seine Absicht bekundete, ein Gesuch an die EG zu richten, in dem er den Wunsch zu Verhandlungen über eine Integration vortragen wollte (1166).

Am 20. September 1976 wurden in Brüssel ein Zusatzprotokoll zum Freihandelsvertrag von 1972 sowie ein Finanzprotokoll unterzeichnet (1167).

Dieses Zusatzprotokoll (1168) betrifft den Bereich der Handelspolitik ebenso wie den der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit sowie den Bereich der portugiesischen Arbeitnehmer in den EG-Staaten.

In den Bereichen 'Gewerbliche Wirtschaft' und 'Landwirtschaft' erhielt Portugal zusätzliche Zollzugeständnisse, um seine Ausfuhren zu erleichtern (Art. 2ff). Auch wurde dem Land gestattet, einige Zölle bis zu einer Grenze von 20% wieder einzuführen, um seine gefährdetsten Wirtschaftszweige zu schützen (Art. 6). Die portugiesischen Wanderarbeiter erfuhren eine ähnliche Behandlung wie die Inländer was die Arbeitsbedingungen, Löhne und soziale Sicherheit angeht (Art. 10ff).

Das Finanzprotokoll (1169) sieht eine über fünf Jahre gestaffelte Finanzhilfe in Höhe von 200 Mio RE in Form von EIB-Darlehen vor (Art. 2 Abs. 1). Von diesen werden 150 Mio RE zu 3% Zinsvergünstigung gewährt. 30 Mio RE gehen zu Lasten des EG-Haushaltes (Art. 2 Abs. 2).

Diese Protokolle traten am 1.11.1978 in Kraft, der handelspolitische Teil bereits am 1.11.1976 (1170).

Anlässlich der Unterzeichnung der Protokolle ließ der portugiesische Minister für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel verlautbaren, sein Land werde zu gegebener Zeit einen Beitrittsantrag stellen (1171).

Am 14.2.1977 begann Ministerpräsident Soares seine Reise durch die Hauptstädte der Mitgliedstaaten der EG, um für den anstehenden Beitritt Portugals zur Gemeinschaft zu werben (1172).

Am 28. März 1977 unterbreitete Soares dem amtierenden Präsidenten des Rates das offizielle Beitrittsqesuch Portugals zu den Europäischen Gemeinschaften (1173).

Anlässlich eines Besuches der Kommission am 11./12.3.1977 hatte Ministerpräsident Soares diesen Schritt als eine Herausforderung bezeichnet. Eine Herausforderung für Portugal, da das Land sich seiner Schwäche und Schwierigkeiten bewußt sei, eine Herausforderung für die Gemeinschaften, da der Antrag die europäische Dimension hinsichtlich der sozialen Änderungen in Südeuropa verdeutlichte (1174). In einer weiteren Stellungnahme im September 1977 betonte er die enge Verbindung zu Europa, die auch während der Jahre der Revolution nicht aufgegeben worden sei (1175). Hier sprach er sich auch für den Weg der europäischen Integration im Gegensatz zu einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit aus (1176).

In Portugal fand der Beitrittsantrag breite Zustimmung. Die Ausnahme waren die Kommunisten. In der Sitzung des Parlaments am 18. März 1977 begrüßten alle maßgeblichen Parteien außer ihnen den Antrag (1177).

Für Portugal war der Beitrittsantrag ein "nationales Projekt mit dauerhaften Konsequenzen - eine politische Entscheidung - ein Option" (1178). Vor allem aber sollte die Integration ein Motor, ein Aktivierungsschwung für das Land sein (1179).

Nicht zu vergessen ist hier die Notwendigkeit der Schaffung

eines gemeinsamen außenpolitischen Zieles, das die damaligen innenpolitischen Probleme in den Hintergrund rückte (1180).

Der primäre Beitrittsgrund aber war sicher die Konsolidierung der politischen Demokratie (1181).

Daneben wollte Portugal seine eigene Identitätskrise lösen, indem es sich aus der Isolation in ein multilaterales politisches Bündnis begeben wollte (1182).

Langfristig wurden eine Verbesserung der Lebensbedingungen und ein Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erwartet (1183). Auch für die Wanderarbeitnehmer sollten bessere Bedingungen erreicht werden (1184).

Die EG befürwortete den im März 1977 von Portugal gestellten Beitrittsantrag (1185). Der Ministerrat nahm am 5.4.1977 offiziell Kenntnis von dem Antrag und beschloß, das in den Verträgen vorgesehene Verfahren einzuleiten, d.h. die Kommission um ihre Stellungnahme zu ersuchen (1186).

Am 19. Mai gab die Kommission ihre Stellungnahme ab (1187). Sie begrüßte den Beitritt und betonte die Notwendigkeit, Portugal nicht aus der europäischen Integration auszuschließen, da dies unabsehbare Folgen für die junge Demokratie hätte. Auch werden die engen Verbindungen des Landes zu Lateinamerika und Afrika für die Gemeinschaft positiv bewertet (1188). Eher negativ beurteilt die Kommission die wirtschaftlichen Folgen für Portugal (1189).

Interessant bei der Stellungnahme ist auch Punkt 42, in dem keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Verstaatlichungen in Portugal angemeldet werden (1190).

Auch hat der Rat sich am 6. Juni positiv über den Beitrittsantrag geäußert (1191).

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß vertrat ebenfalls die Auffassung, daß die Erweiterung eine Stärkung der Demokratie in Südeuropa bewirke und somit der Festigung des demokratischen Systems in ganz Europa diene. Er sah allerdings auch die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme, die damit verbunden sind (1192).

Das Europäische Parlament begrüßte die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung in Portugal und bekräftigte den Willen, den Beitritt zu fördern (1193).

Insgesamt gesehen akzeptierte die EG die Notwendigkeit, eine Form der politischen Demokratie in Portugal zu stabilisieren, obwohl dies Konsequenzen für die Homogenität der Gemeinschaft haben konnte. Damit wurde der europäische Raum als Areal parlamentarischer Demokratien abgesichert.

Bestimmend waren auch strategische Überlegungen, da Portugal die Westflanke der NATO sichert (1194).

Zudem kann Portugal der Gemeinschaft durch seine engen Beziehungen zur Dritten Welt neue Impulse geben.

Nicht zuletzt stehen europäische Probleme wie z.B. Inflation an, die nur in der erweiterten Gemeinschaft sinnvoll zu lösen sind (1195).

Am 17. Oktober 1978 begannen die Beitrittsverhandlungen zwischen der EG und Portugal (1196).

Dabei kam man überein, daß die Verhandlungen auf der Grundlage der Anerkennung des Besitzstandes der Gemeinschaft zu führen waren (1197).

Portugal hatte von Anfang an auf eine eigenständige Verhandlung ohne Spanien gedrängt, da es zu Recht befürchtete,

daß sich die Ängste der Alt-EG gegenüber dem wirtschaftlich stärkeren Spanien auch auf das schwächere Portugal erstrecken würden - ohne Erfolg.

Am 19. Dezember 1979 wurde ein Ergänzungsprotokoll zum Freihandelsabkommen von 1972 unterzeichnet, das am 1.1.1981 in Kraft trat (1198).

Es sieht insbesondere Schutzmaßnahmen zugunsten der portugiesischen Industrie (Art. 2ff) und eine Verbesserung des Zugangs bestimmter portugiesischer Waren zum europäischen Markt vor (Art. 5ff).

Daneben wurde eine beschleunigte Umsetzung des Finanzprotokolls von 1976 beschlossen. Die Mittel sollten bis zum 31.10.1981, das heißt zwei Jahre früher als ursprünglich vorgesehen, gebunden werden (1199).

Am 3.12.1980 wurde in der Form eines Briefwechsels ein Abkommen zwischen Portugal und der EG über eine Vorbeitrittshilfe unterzeichnet (1200).

Diese Hilfe bezweckte die Finanzierung integrationsfördernder Maßnahmen (1201).

In dem Protokoll wird besonders der Ausnahmecharakter der Maßnahme betont (Anlage 1 Art. 1).

Zur Verfügung gestellt werden sollten 275 Mio ECU, 150 Mio in Form von EIB-Darlehen, davon 125 Mio mit 3% Zinsvergünstigung aus EIB-Eigenmitteln und 125 Mio in Form von nichtrückzahlbaren Hilfen zu Lasten des Haushaltsplanes der Gemeinschaft, von diesen sollten 25 Mio ECU auf die Zinsvergünstigung verwandt werden (Art. 2f).

Dieses Abkommen wurde im August 1983 um 75 Mio ECU aus EIB-Darlehen aufgestockt und 1984 um 200 Mio ECU, davon 150 Mio aus EIB-Darlehen und 50 Mio aus dem Haushalt der Gemein-

schaften, erweitert (1202).

Auf der Ministertagung am 22.2.1982 wurde eine grundsätzliche Einigung in der ersten Verhandlungsphase bezüglich der Bereiche Kapitalverkehr, Verkehrswesen, Regionalpolitik, Euratom und der meisten Fragen in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen erreicht (1203). Auch auf dem Gebiet der Zollunion u.a. konnte 1982 noch eine Einigung erzielt werden (1204). Die schwierigsten Bereiche stellten jedoch die Landwirtschaft, die Sozialen Fragen und die Fischerei dar, die in der zweiten Phase bis zum Abschluß der Verhandlungen gelöst wurden (1205).

Am 24.10.1984 wurde vom Präsidenten des Rates und vom portugiesischen Ministerpräsidenten ein "Constat d' accord" unterzeichnet, der die politische Absichtserklärung enthält, den portugiesischen Beitritt am 1.1.1986 zu verwirklichen (1206). Im März 1985 kamen die Beitrittsverhandlungen zum Abschluß (1207). Ende April 1985 kam dann auf Druck der Europäischen Gemeinschaften ein bilaterales Abkommen zwischen Spanien und Portugal zustande, das deren gegenseitige Beziehungen hinsichtlich des Beitritts regelte (1208).

Am 12. Juni 1985 wurde der Beitrittsvertrag unterzeichnet (1209). Anlässlich dieses Ereignisses bezeichnete der Ministerpräsident Soares den Beitritt als einen entscheidenden Schritt des Selbstvertrauens seitens der EG, als eine Erweiterung ihrer Möglichkeiten und eine Öffnung nach außen. Für Portugal stelle der Beitritt eine grundlegende Option für eine fortschrittliche und moderne Zukunft und eine natürliche Konsequenz des demokratischen Prozesses dar (1210).

Der Vertrag wurde vom portugiesischen Parlament mit überwältigender Mehrheit am 11. Juli 1985 ratifiziert (1211).

II) Wirtschaftliche Hilfe und Vorbeitrittshilfe der EG

In den Jahren 1975 - 1985 wurden folgende Maßnahmen der EG getroffen:

1975	Außerordentliche finanzielle Soforthilfe EIB-Darlehen mit 3% Zinsver- günstigung	150 Mio RE
1978	Finanzprotokoll EIB-Darlehen, davon 150 Mio mit 3 % Zinsvergünstigung	200 Mio RE
1980	Eigentliche Vorbeitritts- hilfe 150 Mio ECU EIB-Darlehen davon 125 Mio zu 3% Zinsermäßigung 125 Mio ECU nicht rückzahl- bare Hilfe zu Lasten des EG-Haushalts	275 Mio ECU

	Verlängerung der Vorbe-	
	trittshilfe	
1983	EIB-Darlehen	75 Mio ECU
1984	EIB-Darlehen 150 Mio ECU	
	Haushalt 50 Mio ECU	200 Mio ECU

Die oben erwähnten Kredite der EIB hatten eine Laufzeit von 7 bis 20 Jahren, wobei je nach Kredit ein bis fünf Jahre abzahlungsfrei waren. Die Zinsen betrugen in der Regel zwischen 6% und 14% (1212).

1) Außerordentliche finanzielle Soforthilfe vom 7.10.1975

Mit diesem Darlehen sollte Portugal in seiner besonders schwierigen Situation und in Erwartung eines längerfristigen Finanzprotokolls unterstützt werden (1213). Mit den Geldern erfuhren Projekte in den Bereichen Infrastruktur, Industrie und Landwirtschaft eine Förderung. Im einzelnen wurden zwei Kraftwerke, zwei Bewässerungssysteme, zwei Hafenprojekte und eine Fabrik zur Erzverarbeitung unterstützt (1214).

Die zwei Globaldarlehen, die vergeben wurden, - Kredite der EIB an portugiesische Finanzinstitute, die indirekt der Finanzierung kleinerer Projekte dienen sollten - gingen in die Förderung der Klein- und Mittelindustrie und in kleinere bis mittlere Tourismusprojekte (1214)

Diese Mittel waren bis Ende 1984 zu 94,4% ausgegeben (1214).

2) Finanzprotokoll vom 20.9.1976 (1215)

Diese Hilfe sollte der Verbesserung der Infrastruktur, der Diversifizierung der Wirtschaft und der Modernisierung der Landwirtschaft dienen und zur Förderung der Industrialisierung gewährt werden (1216).

Die Darlehen mit Zinsvergünstigung waren zur Finanzierungshilfe für Klein- und Mittelbetriebe, zur Verbesserung der Infrastruktur, zur Entwicklung der Landwirtschaft und der Verarbeitungsindustrie im Agrar- und Fischereisektor bestimmt (1217).

Mit Zinsermäßigungen wurden drei Verkehrsinfrastrukturprojekte, zwei Energiefolgeprojekte zu dem zuvor gebauten Kraftwerk der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft in Setubal, ein Aufforstungsprojekt und zwei Globaldarlehen finanziert. Vier weitere Industrieprojekte erhielten keine Zinsermäßigung (1218).

Bis Ende 1984 waren 84,3% der Mittel ausgegeben (1218).

3) Vorbeitrittshilfe vom 3.12.1980

Die Darlehen der EIB in Höhe von 150 Mio ECU wurden für die Finanzierung bzw. Beteiligung an der Finanzierung von Investitionsvorhaben zum Zwecke einer schnelleren Regionalentwicklung, zur Verbesserung der industriellen Strukturen

des Landes, für die Modernisierung der Landwirtschaft und Fischerei und die Entwicklung der Infrastruktur bestimmt (1219).

Im einzelnen wurden damit ein Kohlekraftwerk, drei Globaldarlehen und drei Infrastrukturprojekte, zwei Flughäfen und eine Straße finanziert. Die Straße war als einziges Projekt nicht zinsvergünstigt (1220).

Bis Ende 1984 waren von den Darlehen 61% abgeflossen einschließlich der drei Globaldarlehen (1220).

Von den 125 Mio ECU nichtrückzahlbarer Hilfe sollten 100 Mio ECU auf die Finanzierung von Kooperationsabkommen sowie die Finanzierung von technischen Hilfsprogrammen entfallen. Beabsichtigte Schwerpunkte waren die Umstrukturierung, Modernisierung und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen. Die Produktions- und Vermarktungsstrukturen in der Landwirtschaft und in der Fischerei sollten verbessert werden. Infrastrukturen, die eine regional ausgewogene Entwicklung gewährleisten, waren das Ziel. Ein Netz von Berufsausbildungszentren sollte eine integrierte nationale Berufsausbildungspolitik verwirklichen (1221).

Folgende Programme standen zur Förderung aus diesen Mitteln an (1222):

- Programm zur Förderung der Klein- und Mittelindustrie
- Regionalförderungsprogramm
- Landwirtschaftsförderungsprogramm
- Programm zur Berufsausbildung.

Das erste Programm umfaßte die Ausbildung von Führungspersonal, technische Hilfe, Umstrukturierungsbeihilfen und die Ausbildung von Experten für das nationale Förderungsinstitut der Klein- und Mittelindustrie.

Das Regionalförderungsprogramm diene zum größten Teil einer besseren Infrastruktur. Das Geld sollte für zwei Straßenbauprojekte, einen Flughafen, ein Projekt zur Schiffbarmachung des Douro u.a. verwandt werden. Ein kleiner Teil war zur Finanzierung von Schulen, Industrieansiedlung und Entsorgungseinrichtungen bestimmt. Das Landwirtschaftsförderungsprogramm hatte Programme zur Marktorganisation, zur Produktivitätssteigerung, zur Restrukturierung der Landnutzung und zur Verbesserung der Bewässerungsmöglichkeiten zum Inhalt. Für die Berufsausbildung wurden zehn Ausbildungszentren geplant (1223).

4) Verlängerung der Vorbeitrittshilfe 1983

Hiermit wurden zwei Globaldarlehen, zwei Energieprojekte und ein Kredit für eine Leasing-Gesellschaft finanziert (1224).

5) Verlängerung der Vorbeitrittshilfe von 1984

Hinsichtlich der Kredite der EIB wurden vier Verkehrsinfrastrukturprojekte und ein Globaldarlehen bewilligt, ein weiteres ist in Prüfung.

Die Mittel für die Projekte aus dem Haushalt sind noch sicher. Sie sollen in jedem Fall der Strukturverbesserung der portugiesischen Landwirtschaft und Fischerei dienen (1225).

6) Anhang der Projekte

Tabelle A1: Die Projekte des Sonderprogramms von 1975

Vorhaben	Betrag (Mio ECU)
Elektrizitätskraftwerk in Setubal (EDP)	35
Fabrik zur Pyrit- und Kupferverarbeitung in Barreio	20
Wasserkraftwerk in Pocinho (EDP)	20
Hafen von Leixoes	16
Bewässerungssystem in Macedo de Cavaleiros	15
Globaldarlehen an die Banco de Fomento Nacional (BFN)	15
Bewässerungssystem in Odivelas-Vigia	12
2. Globaldarlehen an die BFN	9
Hafen von Lissabon	8
Summe	150

Tabelle A2: Die Projekte des Finanzprotokolls von 1976

Vorhaben	Betrag (Mio ECU)
Mit Zinsermäßigung:	
Autostraße Lissabon-Algarve	31
Hafen von Aveiro	30
Elektrische Übertragungsanlage in Setubal (EDP)	20
Eukalyptusaufforstung (CELPI 11, CAIMA 7)	18

3. Globaldarlehen an die BFN	15
Globaldarlehen an die Caixa Geral de Depositos (CGD)	15
Flughafen von Madeira	11
Kontrollzentrum für die Elektrizitätsver- sorgung (FDP)	10
Ohne Zinsermäßigung:	
Fabrik für Glasfiber- und Plastikprodukte (Quimigal)	8
Modernisierung der Produktion von Fetten (Quimigal)	17
Zementproduktion (Cimpor) in Souselas, 1. Tranche	10
Zementproduktion (Cimpor) in Souselas, 2. Tranche	15
Summe	200

Tabelle A3: Die Projekte der Vorbeitrittshilfe von 1980

Vorhaben	Betrag (Mio ECU)
EIB-Darlehen:	
4. Globaldarlehen an die BFN	30
2. Globaldarlehen an die CGD	20
Kohlekraftwerk in Sines	35
Globaldarlehen an die Sociedade Portuguesa de Investimentos (SPI)	5
Flughäfen in Porto und Faro	35

Summe der bonifizierten Darlehen	125
Autostraße Aveiro-Vilar Formoso (nicht zins- ermäßigt)	25
Summe der EIB-Darlehen	150

Vorhaben aus dem EG-Haushalt ("Action commune"):

Förderung der KMI	10
Regionalpolitische Maßnahmen	51
Agrarpolitische Maßnahmen	23
Berufsausbildung	15
Einführung der Mehrwertsteuer (Studien)	1
Summe EG-Haushalt	100

Tabelle A4: Die Projekte der regionalpolitischen Komponente der "Action Commune"

Vorhaben	Betrag (Tsd. ECU)
Straßen (Porto-Bragança, Aveiro-Vilmar Formoso)	30000
Flughafen in Moncorvo	350
Schiffbarmachung des Douro	6000
Azoren	2000
davon: Aufforstung	101
Arbeitswege	831
Kühlanlage auf Pico	450
Fischfangschiff	618
Madeira (Schnellstraße in Funchal)	2000
Schulen	5090

Industrieansiedlung	4320
Entsorgungseinrichtungen im Algarve	1430
Summe	51190

Tabelle A5: Die EIB-Projekte der 1. Verlängerung

Vorhaben	Betrag (Mio ECU)
2. Tranche Kraftwerk in Sines (EDP)	25
3. Globaldarlehen an die CGD	20
2. Globaldarlehen an die SPI	10
Locapor (Leasing-Gesellschaft)	5
Elektrizitätsversorgung Azoren	15
Summe	75

Tabelle A6: Die EIB-Projekte der 2. Verlängerung

Vorhaben	Betrag (Mio ECU)
Straße Porto-Vila Real	18
Eisenbahnbrücke über den Douro	32
Straßenbau zwischen Aveiro, Viseu, Celorico und Guarda	20
3. Globaldarlehen an die SPI (jetzt BPI)	15
Autobahnteilstück (Brisa)	20
4. Globaldarlehen an die CGD	(15)
3. Tranche Kraftwerk in Sines (EDP)	(30)
Summe	150

Die Tabellen A1-A7 sind folgenden Quellen entnommen: Europa Informação, Ano I, Nr. 8 und Ano I, Nr. 11 sowie aus den Papieren des Gabinete para a Cooperação Economica Externa zusammengestellt von Michael Dauderstädt, Die Vorbeitritts-hilfe der EG für Portugal.

Betrachtet man die Vergabe der Mittel nach Sektoren, so ergibt sich ein Übergewicht der infrastrukturellen Vorleistungen Transport und Energie. Die Landwirtschaft bekam nur einen geringen Teil der Mittel.

Auffallend ist auch, daß der öffentliche Sektor fast 3/4 aller Mittel erhielt (1226).

Problematisch ist auch der Bereich der Vergabe der Mittel innerhalb der portugiesischen Verwaltung.

Zuständig hierfür ist das "Büro für wirtschaftliche Zusammenarbeit" im Finanzministerium soweit es die EIB-Kredite betrifft, was die Haushaltsmittel der EG anbelangt das 'Sekretariat für Europäische Intergration' (1227).

Diese Aufteilung trägt sicher nicht zu einer optimalen Koordination bei. Dazu kommen klientelische Einflüsse bei der Projektauswahl auf der Regionalebene (1227).

Vor allem im Bereich der EIB-Darlehen wurden nicht - wie es notwendig gewesen wäre - Klein- und Kleinstprojekte, sondern eher die größeren gefördert (1228).

Dauderstädt vertritt hier die Meinung, daß die Unterentwicklung Portugals generell auf einer anderen Problem-ebene angesiedelt ist als die Lösungsversuche der EG (1229).

III) Beitrittsverträge (1230)

1) Allgemeines

Das vorliegende Vertragswerk besteht aus drei Teilen, dem Vertrag über den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft, dem sogenannten "Beitrittsvertrag", dem Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaften über den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, genannt "Beitrittsbeschluß" und der Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassung der Verträge, die "Beitrittsakte".

Diese Systematik entspricht weitgehend der der Verträge mit Dänemark, Großbritannien, Irland und Griechenland (1231). Der Beitrittsvertrag ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den derzeitigen Mitgliedstaaten und den neuen Mitgliedern über die Aufnahmebedingungen und die notwendigen Anpassungen der Verträge (Art. 237 EWG-Vertrag, 205 EAG-Vertrag, Art. 1 Beitrittsvertrag).

Art. 1 Abs. 1 des Beitrittsvertrages stellt klar, daß die neuen Mitgliedstaaten sowohl hinsichtlich der ursprünglichen Verträge als auch der dazugehörenden Änderungen und Ergänzungen dieselbe Stellung wie die ursprünglichen Mitgliedstaaten haben. Dies bedeutet die pauschale Übernahme des Gemeinschaftsbestandes.

Art. 1 Abs. 2 des Beitrittsvertrages verweist ebenso wie Art. 1 Abs. 2 des Beitrittsbeschlusses hinsichtlich der

Aufnahmebedingungen und Anpassung der Verträge auf die Beitrittsakte, sodaß diese für alle drei Gemeinschaften gilt.

Über Abs. 3 des Art. 1 des Beitrittsvertrages wurde unter anderem die Zuständigkeit des EUGH für Rechtsfragen im Zusammenhang mit den Beitrittsverträgen begründet (1232). Der Beitrittsvertrag und der Beitrittsbeschluß bedurften der Ratifikation, wobei der Beschluß nur von den neuen Mitgliedstaaten zu ratifizieren war (Art. 2 Abs. 1 Beitrittsvertrag, Art. 2 Abs. 2 Beitrittsbeschluß).

Beide sind auch in den Sprachen der neuen Mitglieder verbindlich (Art. 3 Beitrittsvertrag, Art. 3 Beitrittsbeschluß).

Der Beitrittsbeschluß ist ebenfalls Bestandteil der Verträge und das "pendant" zum Beitrittsvertrag hinsichtlich der EGKS (vgl. Art. 98 EGKS-Vertrag).

Die Beitrittsakte, als Bestandteil sowohl des oben genannten Vertrages als auch des oben genannten Beschlusses, faßt die Bedingungen für den Beitritt und die Anpassung der Verträge für alle drei Gemeinschaften zusammen.

Ihr beigefügt sind 36 Anhänge, 25 Protokolle, eine Schlußakte und verschiedenen Erklärungen.

2) Beitrittsakte

A: Grundsätze

Wie schon oben erwähnt, übernehmen die beitretenden Staaten die ursprünglichen Verträge und die auf ihrer Grundlage vor dem Beitritt erlassenen Rechtsakte der Gemeinschaftsorgane wie Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen als unmittelbar geltendes Recht (Art. 2).

Art. 3 und 4 regeln die Übernahme des sonstigen Gemeinschaftsrechts, wobei Art. 3 und 4 Abs. 3 die des internen, Art. 4 Abs. 1, 2, 4 die des externen Rechts regeln. Auch hier gilt die Regel der generellen Übernahme.

Im Bereich des Rechts der Mitgliedstaaten untereinander betrifft dies Beschlüsse und Vereinbarungen der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten sowie die bereits in Kraft befindlichen internen Übereinkünfte (Art. 3 Abs. 1). Dazu kommen Abkommen, die noch nicht in Kraft sind wie z.B. solche nach Art. 220 EWG-Vertrag (Abs. 2, Umkehrschluß aus Abs. 1). Hier noch zu erwähnen sind noch Erklärungen, Entschließungen und Stellungnahmen des Rates und der ehemaligen Mitgliedstaaten, die es zu beachten und verwirklichen gilt (Art. 3 Abs. 3). Art. 4 regelt die Verbindlichkeit von Vereinbarungen zwischen der EG und Dritten, seien es Staaten, Internationale Organisationen oder Staatsangehörige von Drittstaaten (Abs. 1). Dieselbe Verbindlichkeit gilt für die "gemischten Abkommen", die Abs. 2 regelt.

Die neuen Mitglieder werden auch verpflichtet, ihre Stellung hinsichtlich Internationaler Organisationen und Inter-

nationaler Vereinbarungen den Rechten und Pflichten eines Gemeinschaftsmitgliedes anzupassen (Abs. 4).

Die vor dem Beitritt von den neuen Mitgliedstaaten geschlossenen Vereinbarungen werden durch den Beitritt nur insoweit berührt, als die neuen Mitgliedstaaten gemäß Art. 234 EWGV und 105, 106 EAGV Unvereinbarkeiten mit dem Gemeinschaftsrecht beseitigen müssen (Art. 5).

Die Art. 6 bis 8 behandeln das Revisionsverfahren der Beitrittsakte, das generell nach Art. 6 den Vorschriften der Art. 96 EGKS, 236 EWGV und 204 EAGV folgt und ratifikationsbedürftig ist.

Hinsichtlich von Übergangsbestimmungen, die sich auf Rechtsakte von Gemeinschaftsorganen beziehen, wird festgelegt, daß nur die Übergangsbestimmungen, nicht die Ausgangsbestimmungen der EG-Organe, diesem Verfahren unterliegen (Art. 7).

Eine Ausnahme von dem Grundsatz des Art. 6 enthält Art. 8, der bestimmt, daß die Bestimmungen der Akte, die eine dauerhafte Änderung von Rechtsakten der Organe der Gemeinschaft zum Gegenstand oder zur Folge haben, dem Änderungsverfahren der Ausgangsakte unterliegen.

B: Anpassung auf EG-Seite

a) Institutionen

Als Vollmitglieder haben die Beitretenden hinsichtlich der Organe der Gemeinschaften eine gleichberechtigte Stellung. Die Repräsentanten werden nach einem demographischen Kri-

terium besetzt. Portugal nimmt hier eine Position entsprechend der Belgiens, der Niederlande und Griechenlands ein (1233).

Im einzelnen bedeutet dies, daß das Europäische Parlament um 24 portugiesische Abgeordnete erweitert wird, die zunächst durch das nationale Parlament entsandt werden (Art. 1, 28). Innerhalb von zwei Jahren, in Portugal vermutlich mit den Parlamentswahlen im Juli, werden Teilwahlen zum Europäischen Parlament durchgeführt, wobei das Mandat der gewählten Abgeordneten mit dem Ende der laufenden Fünfjahreswahlperiode abläuft (Art. 28).

Die Versammlung tritt innerhalb eines Monats nach dem Beitritt zusammen und nimmt die erforderlichen Anpassungen ihrer Geschäftsordnung vor (Art. 381).

Auch im Rat ist selbstverständlich je ein Vertreter der neuen Mitgliedstaaten repräsentiert.

Ab 1.1.1987 gilt hier ein neues System des Vorsitzes.

Für 6 Jahre wird die alphabetische Bezeichnung in der Landessprache die Reihenfolge angeben, danach wird für weitere 6 Jahre paarweise getauscht (Art. 11, 29).

Auch der Rat nimmt die erforderliche Anpassung seiner Geschäftsordnung vor (Art. 382).

Hinsichtlich Art. 28 EGKS-Vertrag wird die Quote der zwei Staaten, die zur Mehrheit nötig sind von $1/8$ auf $1/9$ des Gesamtwertes der Kohle- und Stahlproduktion erhöht, in Art. 95 EGKS-Vertrag wird die Mehrheit von $9/10$ auf $10/12$ erhöht (Art. 12, 13).

Bezüglich Art. 148 Abs. 2 EWGV und Art. 118 Abs. 2 EAGV wird Portugals Stimme mit 5 gewogen, wobei Beschlüsse eine Mehrheit von 54 Stimmen erfordern (Art. 14).

Dies bedeutet, daß die Gründerstaaten der Gemeinschaft keine qualifizierte Mehrheit haben. Die Sperrminorität liegt bei 23 Stimmen, die in der Regel zwei große und einen kleinen Staat umfassen.

Portugal stellt einen Kommissar, wobei die Gesamtzahl der Kommission auf 17 Mitglieder erhöht wird und es statt bisher 5 nun 6 Vizepräsidenten gibt (Art. 15, 16).

Die Amtszeit der neuen Kommissare endet mit der der alten. Gleiches gilt für den neuen Vizepräsidenten (Art. 383 Abs. 1). Der Gerichtshof besteht nun aus 13 anstatt bisher 11 Richtern, d.h. es gibt je einen neuen Richter pro neuem Mitgliedstaat (Art. 17). Damit wird voraussichtlich der Richterwechsel je 6 bzw. 7 Richter erfassen (Art. 19). Einer der neuen Richter - durch Los bestimmt - scheidet am 6.10.1988 aus dem Amt, der andere am 6.10.1991 (Art. 384 Abs. 2).

Bei vor dem 1.1.1986 anhängigen Verfahren, deren mündliche Verhandlung vorher eröffnet wurde, tagt das Gericht in alter Besetzung und wendet die alte Verfahrensordnung an (Art. 384 Abs. 5).

Die Zahl der Generalanwälte erhöht sich von 5 auf 6 (Art. 18). Der neue Generalanwalt scheidet am 6.10.1988 aus (Art. 384 Abs. 3).

Der Gerichtshof paßt seine Verfahrensordnung an, die der Rat einstimmig genehmigen muß (Art. 384 Abs. 4).

Der Rechnungshof besteht jetzt aus 12 Mitgliedern. Im Wirtschafts- und Sozialausschuß sind 12 Portugiesen vorgesehen (Art. 22, 23).

Den Ausschuß Wissenschaft und Technik erweitern zwei, den Beratenden Ausschuß der EGKS drei Portugiesen (Art. 22, 23).

Die europäische Investitionsbank erfährt eine Erweiterung auf 12 Mitglieder. Der Verwaltungsrat wird um drei, davon ein portugiesisches Mitglied, erweitert und ein stellvertretendes Mitglied aus Spanien oder Portugal. Auch das Direktorium erhält ein weiteres Mitglied (1234)

b) Rechtsakte

Generell übernehmen die neuen Mitgliedstaaten das gesamte Folgerecht der Römischen Verträge. Zu dieser Übernahme ist jedoch in Teilbereichen eine technische Anpassung der Rechtsakte notwendig.

Dies ergibt sich aus Art. 26f, 396ff und den Anhängen I und II.

Die Anpassung betrifft Rechtsakte, die bis zum 31.12.1984 veröffentlicht waren. Diese Rechtsakte treten - angepaßt - mit dem Beitrittsvertrag neu in Kraft. Bis zum Beitritt können Rat und Kommission insbesondere für die Rechtsakte im Anhang II, für die bereits Grundsätze für die Anpassung festgelegt sind, Anpassungen in einem vereinfachten Verfahren erlassen (1235).

Der Anhang I, dessen Rechtsakte gem. Art. 26 Bestandteil der Beitrittsakte sind, enthält eine Liste von Verordnungen, Richtlinien, Beschlüssen und Entscheidungen v.a. aus den Bereichen Zoll-, Steuer-, Niederlassungsrecht, Dienstleistungsverkehr, Verkehr, Wettbewerb, Wirtschafts- und Handelspolitik, die einer technischen Anpassung bedurften. Die Rechtsakte des Anhang II konnten nicht mehr rechtzeitig angepaßt werden, sodaß nun gem. Art. 27, 396 eine Anpassung

nach den in Art. 396 aufgestellten Leitlinien noch vor dem Inkrafttreten des Vertrages erfolgen soll. Primär betrifft dies Verordnungen und Richtlinien aus den Gebieten Handels- und Wirtschaftspolitik, Angleichung der Rechtsvorschriften und Fischerei.

C: Übergangsmaßnahmen

a) Freier Warenverkehr

aa) Zollbestimmungen

Für den Bereich der Ausfuhrzölle und mengenmäßigen Beschränkungen gilt eine Aufhebung zum 1.3.1986 (1236). Für die Einfuhrzölle ist eine siebenjährige Übergangszeit vorgesehen, die zum Abbau der Binnenzölle, zur Angleichung der Zollsätze der neuen Mitglieder für Einfuhren aus Drittländern an den Gemeinsamen Zolllarif (GZT) und zur Einführung des einheitlichen EGKS-Zolllarifs durch die neuen Beitrittsländer führen soll (1237).

Als Ausgangszollsatz für die Angleichung gilt gem. Art. 189I derjenige, der am 1.1.1985 zwischen der Ursprungsgemeinschaft und Portugal aufgrund des Freihandelsabkommens tatsächlich angewandt wurde.

Die Einfuhrzölle werden in acht Stufen abgebaut, wobei 1989 bereits eine Reduzierung um 50% und 1993 eine völlige Abschaffung erreicht sein soll (Art. 190 I). Diese Zeitspanne kann entsprechend Art. 192 von beiden Seiten auch teilweise beschleunigt werden.

Die Angaben mit gleicher Wirkung wie Einfuhrzölle, die

Finanzzölle und die Ausfuhrzölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese werden generell zum 1.3.1986 abgeschafft (Art. 193 - 196).

Die Anpassung Portugals an den GZT und den vereinheitlichten EGKS-Tarif erfolgt ebenfalls in acht Stufen und soll zum 1.1.1993 abgeschlossen sein (Art. 197I).

bb) Mengenmäßige Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung

Diese Maßnahmen entfallen gem. Art. 202 zum 1.1.1986.

Art. 203 bis 209 legen die entsprechenden Ausnahmen fest. Ihnen gemeinsam ist die jährliche Erhöhung der Mengen und Werte und die Zusicherung, sich gegenseitig nicht schlechter zu stellen als Drittländer (1238).

Art. 203 regelt den Fortbestand von Ausfuhrkontingenten für Bearbeitungsabfälle und Schrott aus Eisen oder Stahl. Diese können seitens der EG bis 31.12.1988, seitens Portugals bis 31.12.1990 beibehalten werden.

Die portugiesische Einfuhr- und Ausfuhrlicenzregelung darf zu statistischen Zwecken noch bis 31.12.1988 beibehalten werden (Art. 204).

Art. 205 verpflichtet Portugal, die Diskriminierung ausländischer Arzneimittel bis 1.1.1989 zu beenden.

Hinsichtlich der Ausfuhr von bestimmten empfindlichen portugiesischen Textilwaren in die Gemeinschaft wird gem. Art. 206, Protokoll 17 eine Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene eingeführt. Sie umfaßt eine Doppelkontrolle und eine statistische Überwachung, die bis 31.12.1988 vorgesehen ist. Der passive Veredlungsverkehr mit Portugal kann auch nach

dem Beitritt fortgeführt werden (Anhang B, Protokoll 17). Art. 207, Protokoll Nr. 18 erlauben es Portugal seinen Markt für die Einfuhr von Kraftfahrzeugen erst ab 1.1.1988 zu öffnen. Vorher werden die Bestimmungen des Protokolls über die Einfuhr von Kraftfahrzeugen im Rahmen des Freihandelsabkommens für 1986 und 1987 in die Beitrittsakte übernommen (1239).

Art. 208 sieht ab sofort bis zum 1.1.1993 eine Umformung der staatlichen Handelsmonopole vor.

Art. 209 stellt klar, daß die Inhaber bestimmter Patente, die in einem Mitgliedstaat angemeldet wurden, ihr Schutzrecht drei Jahre lang geltend machen können.

Daneben sieht das Protokoll 19 die Verpflichtung der Beitrittsländer zur Anpassung ihres Patentwesens vor. Dazu gehört der Beitritt zum Europäischen Patentübereinkommen und zum Luxemburger Gemeinschaftspatentübereinkommen (1240).

cc) Sonstige Bestimmungen

Mit den entsprechenden Vorschriften soll die Kommission gewährleisten, daß nur die Waren, die sich in den Mitgliedstaaten der erweiterten Gemeinschaft im freien Verkehr befinden, den Bestimmungen der Beitrittsakte unterfallen und daß veredelte Waren, die unter Verwendung von unverzolltem Drittlandgut hergestellt werden, der Entrichtung eines Anteilszolls bedürfen, um vom freien Warenverkehr zu profitieren (1240).

Solange innerhalb der Mitgliedstaaten noch Zölle erhoben werden, finden die Zollbestimmungen für den Handel mit Drittländern auf den innergemeinschaftlichen Handel ge-

nerell Anwendung (Art. 211I).

Innerhalb von fünf Jahren muß Portugal eine Umstrukturierung seiner Eisen- und Stahlindustrie gem. Protokoll 20 durchführen (Art. 212), um Überkapazitäten zu verhindern. Art. 213 regelt das komplizierte System der Übergangsregelungen für die landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse, die, obwohl sie aus Agrarerzeugnissen hergestellt sind, nicht unter den Anhang II des EWG-Vertrages fallen (1240).

b) Freizügigkeit

aa) Arbeitnehmer

Sie erhalten die volle Freizügigkeit erst nach einer Übergangsfrist, die am 31.12.1992 endet. Vorher bestehen befristete Arbeitsmarktzugangsbeschränkungen, um den Arbeitsmarkt der Gemeinschaft erst langsam zu öffnen. Hierbei wird auf die EG-Verordnung 1612/68 Bezug genommen (Art. 216 Abs. 1) (1241).

Deren Artikel 1 bis 6 sind erst ab 1.1.1993 anwendbar. Dies bedeutet, daß die portugiesischen Arbeitnehmer vorher kein Recht auf Neuzugang in die Staaten der bisherigen Gemeinschaft haben (1242).

Gültigkeit hat die Freizügigkeitsverordnung aber für die Arbeitnehmer, die im Zeitpunkt des Beitritts schon in einem Mitgliedstaat abhängig beschäftigt waren oder nach dem Beitritt zugelassen wurden (1242).

Außerdem haben deren Familienangehörige gem. Art. 217 Zu-

gang zur Beschäftigung und Berufsausbildung (Art. 12 VO) (1242). Voraussetzung dafür ist, daß sie mit dem Arbeitnehmer zum Zeitpunkt des Beitritts vorschriftsmäßig im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates wohnten (Art. 217 Abs. 1a) bzw. sich dort mindestens drei Jahre aufgehalten haben, sofern sie erst nach der Unterzeichnung der Akte ins Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates kommen (Art. 217 Abs. 1b). Diese Regelung gilt auch für Familienangehörige von Selbständigen, die mit diesen in einem Mitgliedstaat wohnen (Art. 217 Abs. 2).

Art. 220 regelt die Familienbeihilfe, d.h. eine Beihilfe, die bezahlt wird, wenn ein Arbeitnehmer und dessen Familie in verschiedenen Staaten leben (1243). Diese soll bis 31.12. 1988 einheitlich nach dem Wohnlandprinzip, d.h. nach den Sätzen des Wohnlandes der Familie, gewährt werden (Art. 220 Abs. 1).

bb) Niederlassungsrecht, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr

Portugal übernimmt nahezu den gesamten Gemeinschaftsbestand, soweit er das Niederlassungsrecht und den Dienstleistungsverkehr angeht.

Da innerhalb der Gemeinschaft der Kapitalverkehr erst teilweise liberalisiert ist, wurden die neuen Mitglieder von der Pflicht zu dieser Liberalisierung weitgehend befreit (1244).

Portugal ist befugt, seine Beschränkungen im Bereich des Niederlassungsrechts und des Dienstleistungsverkehrs für das Reise- und Fremdenverkehrswesen bis Ende 1988 und für

das Filmgewerbe bis Ende 1990 aufrechtzuerhalten (Art. 221).

Bis 31.12.1989 kann Portugal weiterhin eine vorherige Genehmigung für Direktinvestitionen vorschreiben, sofern sie mit dem Niederlassungsrecht und der Dienstleistungsfreiheit in Verbindung stehen und 1,5 Mio ECU 1986 übersteigen. Dieser Betrag erhöht sich jährlich. Dies betrifft nicht die Direktinvestitionen im Kreditwesen (Art. 222).

Portugal kann im Rahmen der Bestimmungen der Art. 224 bis 229 von den Liberalisierungsrichtlinien des Rates befristet abweichen (Art. 223).

Dies betrifft in Art. 225 die Liberalisierung von Transfers in Verbindung mit dem Kauf von Wohngebäuden und landwirtschaftlichen Grundstücken seitens Devisenhändlern der bisherigen Mitgliedstaaten. Diese Liberalisierung kann bis Ende 1990 aufgeschoben werden, sofern die Transfers nicht in Verbindung mit bestimmten Bereichen des Niederlassungsrechts und der Freizügigkeit stehen.

Bis zum gleichen Zeitpunkt kann auch die Liberalisierung von Transfers aus Erlösen von Liquidationen des Immobilienbesitzes von Devisenhändlern aufgeschoben werden. Hier gilt eine sich jährlich erhöhende Quote für die Liberalisierung (Art. 226 Abs. 1, 2).

Bis Ende 1992 kann die Liberalisierung des Immobilienerwerbs in einem ehemaligen Mitgliedstaat aufgeschoben werden, wenn der Devisenhändler nicht im Rahmen der Freizügigkeit auswandert oder sofern er Selbständiger ist und auswandert, der Erwerb von Immobilien nicht mit der Niederlassung zusammenhängt (Art. 227).

Gem. Art. 228 kann Portugal bis Ende 1990 Beschränkungen für einige Transaktionen aufrechterhalten. Dies sind Schenkungen, Stiftungen, Mitgiften, Erbschaften, bestimmte Schuldenregelungen, bestimmte Kapitaltransfers und Transfers von Ersparnissen der Wanderarbeiter (1245). Diese Liberalisierung erfolgt bei jährlich steigenden Beträgen (Art. 228 Abs. 2).

Art. 229 erlaubt die Aufschiebung der Liberalisierung des Erwerbs ausländischer, an der Börse gehandelter Wertpapiere durch Devisenhändler bis Ende 1990. Für Wertpapiere der EG und EIB setzt eine stufenweise Liberalisierung ein. Art. 230 erlaubt die Aufrechterhaltung von Transferbeschränkungen bis 1990.

c) Landwirtschaft

aa) Allgemeines

In diesem Bereich wurde eine generelle Übergangsfrist von 7 Jahren ausgehandelt. Sie betrifft jedoch nur ca. 15% der portugiesischen Produkte, der Rest unterliegt einer Stufenregelung (1246). Während der ersten Stufe werden grundsätzlich die Marktordnungen noch nicht angewandt; sie dient vielmehr der Vorbereitung und strukturellen Verbesserung des portugiesischen Marktes.

Neu gegenüber den Regelungen in den bisherigen Beitrittsverträgen ist das Handelsüberwachungsverfahren (1247).

bb) Klassischer Übergang

b1) Anwendungsbereich

Diese Regelung gilt für all die landwirtschaftlichen Produkte, die nicht der Sonderregelung der Art. 259ff unterfallen (Art. 235).

b2) Annäherung und Ausgleich der Preise

Für die Anpassung der in der Regel höheren portugiesischen Agrarpreise wurde der nationale Preis zugrundegelegt (Art. 236). Diese Preise müssen in der Regel innerhalb von 7 Jahren gem. Art. 238 angeglichen werden. Niedrigere Preise werden in sieben Etappen schrittweise angeglichen (Art. 238 Abs. 2), höhere Preise werden im Grundsatz eingefroren und durch Preiserhöhungen in der Gemeinschaft angenähert (Art. 238 Abs. 3a). Eventuell wird hier eine Senkung der portugiesischen Preise notwendig, die durch nationale Beihilfen ausgeglichen werden kann (Art. 238 Abs. 3b).

Zum Ausgleich der unterschiedlichen Preise im Handel werden Ausgleichsbeträge festgelegt. Diese werden im innergemeinschaftlichen Handel erhoben bzw. erstattet (Art. 240 Nr. 3a). Im Handel mit Drittländern werden die Abschöpfungen und Ausfuhrerstattungen um die Ausgleichsbeträge verringert oder erhöht (Nr. 3b).

b3) Freier Warenverkehr und Zollunion

Art. 243 regelt die Grundsätze des innergemeinschaftlichen Zollabbaus sowie die Übernahme des GZT in diesem Bereich. Grundsätzlich erfolgt der Zollabbau seitens der Gemeinschaft innerhalb von 6 Jahren in 7 Stufen, der seitens Por-

tugals innerhalb von 7 Jahren in 8 Stufen (Art. 243 Abs. 1a, b).

Ausgenommen hiervon sind bestimmte Blumen, Tomatenverarbeitungserzeugnisse (je 4 Jahre in 5 Stufen) und pflanzliche Öle und Ölsaaten (10 Jahren) (Art. 243 Nr. 1a, d).

Gem. Art. 243 Nr. 2 gilt die Regel der sofortigen Übernahme des GZT zum 1.3.1986 bei niedrigeren Zöllen und die Angleichung innerhalb von 7 Jahren bei höheren Zöllen (Art. 243 Nr. 2a). Ausgenommen hiervon sind die Erzeugnisse im Anhang XX und pflanzliche Öle und Ölsaaten (10 Jahre; Art. 243 Nr. 2b, c). Zölle, Abgaben gleicher Wirkung, mengenmäßige Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung sind prinzipiell ab 1.3.1986 aufzuheben (Art. 244 Abs. 1). Ausnahmen gelten für die Erzeugnisse, bei denen diese Maßnahmen ein wichtiger Teil der nationalen Marktordnung sind (Art. 244 Abs. 2).

Gem. Art. 245 Abs. 1 kann Portugal gegenüber Drittländern für die Einfuhr der Erzeugnisse im Anhang XXI mengenmäßige Beschränkungen aufrechterhalten. Dies sind Kaninchenfleisch, Rosensträucher, Zierpflanzen, Obst- und Gemüsekonserven u.a. (Anhang XXI).

b4) Beihilfen

Generell werden die EG-Beihilfen in Portugal schrittweise zu Beginn des ersten Wirtschaftsjahres bzw. des ersten Zeitpunktes der Anwendung nach dem Beitritt eingeführt (Art. 246). Besteht noch keine Beihilfe, geschieht dies in gleichen Abständen und findet mit dem Beginn des siebten Jahres volle Anwendung (Art. 246 Abs. 2). Besteht bereits eine nationale Beihilfe, so wird diese während der Über-

gangsphase angepaßt (Art. 246 Abs. 2).

Portugal kann daneben innerstaatliche Beihilfen aufrechterhalten, sofern die Streichung ernste Folgen für die Erzeuger- und Verbraucherpreise hätte (Art. 247 Abs. 1). Es kann in Ausnahmefällen solche Beihilfen sogar wiedereinführen, wenn eine vor dem Beitritt erfolgte Streichung ernste Folgen hatte (Art. 248).

b5) Ergänzender Handelsmechanismus

Das Handelsüberwachungsverfahren stellt ein zusätzliches Schutzinstrument für die Südländer und die neuen Mitglieder dar, mit dem die sensiblen Produkte vor zu hohem Wettbewerbsdruck geschützt werden sollen. Dieses Verfahren wird nur für den innergemeinschaftlichen Handel angewandt (1248). Es gilt vom 1.3.1986 bis 31.12.1995 (Art. 249 Abs. 1).

Dem Handelsüberwachungsverfahren unterliegen gem. Art. 249 Abs. 2, Anhang XXII die Produkte, auf die der Stufenplan nicht angewandt wird und die bei der Einfuhr aus Drittländern nach Portugal mengenmäßigen Beschränkungen unterliegen (1248).

Zu diesem Zwecke wird ein Ad-hoc-Ausschuß eingesetzt, der Stellungnahmen abgibt. Die Entscheidungen liegen bei der Kommission und beim Rat (Art. 250f). Es werden für die Einfuhren Richtplafonds erstellt, bei deren Überschreitung die Kommission entsprechende Maßnahmen ergreift (Art. 252).

b6) Andere Bestimmungen

Art. 253 enthält besondere Maßnahmen für die Vorbereitung und Anwendung von Maßnahmen zur Strukturverbesserung in Portugal.

Art. 254 beinhaltet das Verbot, Überschußmengen in die Gemeinschaft einzubringen.

Art. 256 betrifft das portugiesisch-spanische Verhältnis. Für eine Übergangszeit erläßt der Rat hierzu die entsprechende Regelung.

Art. 257 enthält die Möglichkeit von Übergangsmaßnahmen, sofern die Anwendung der Marktordnung Portugal Anfangsprobleme bereitet. Diese Maßnahmen sind bis 31.12.1987 vorgesehen und können verlängert werden.

Art. 258 gibt die Möglichkeit, während der Übergangszeit weitere Regelungen festzusetzen.

Um Portugals Strukturdefizite im landwirtschaftlichen Bereich abzubauen, hat die Gemeinschaft ein Strukturprogramm in Höhe von 700 Mio ECU für zehn Jahre beschlossen (Protokoll 24). Um die damit verbundenen Produktionssteigerungen mit der gemeinschaftlichen Produktion abzustimmen, versucht das Protokoll 25 ein Gleichgewicht zu schaffen.

cc) Stufenweiser Übergang

c1) Anwendungsbereich

Prinzipiell erfolgt die Anpassung der wichtigsten portugiesischen Agrarprodukte wie Milch, Rindfleisch, Obst, Gemüse, Getreide, Schweinefleisch, Eier, Geflügel, Reis und Wein in zwei Stufen á 5 Jahre, wobei in der ersten Stufe die nationale Regelung im Grundsatz aufrechterhalten wird.

Diese Stufe kann auf 3 Jahre verkürzt werden (Art. 260, 261).

c2) Erste Stufe

In der ersten Stufe paßt Portugal seine Marktorganisation schrittweise der EG-Marktordnung an (Art. 262).

Art. 263 enthält konkrete Maßnahmen zur Strukturverbesserung und Vorbereitung auf den gemeinsamen Markt.

Dazu stellt die Kommission in Zusammenarbeit mit den portugiesischen Behörden ein Aktionsprogramm auf und verfolgt die weitere Lage (Art. 264).

Portugal unterliegt während dieser ersten Stufe einer Preis-, Beihilfe- und Produktdisziplin (Art. 265).

Während dieser Stufe beobachtet die Kommission die Lage und berichtet dem Rat, der die entsprechenden Maßnahmen ergreift (Art. 266).

Für den innergemeinschaftlichen Handel kann Portugal seine bisherigen Regelungen beibehalten (Art. 267ff).

Der Zollabbau im Agrarbereich erfolgt für Einfuhren seitens der EG innerhalb von 8 Jahren in 9 Schritten (Art. 268 Abs. 2a), seitens Portugals innerhalb von 10 Jahren in 11 Schritten (Art. 268 Abs. 2b).

Etwas anderes gilt für die Likörweine (2 Jahre), Vinho Verde und Dão-Weine (3 Jahre) sowie für Qualitätsweine (5 Jahre), wobei die Ausgangszölle die sind, die innerhalb der Zollkontingente der EG angewandt wurden (Art. 268 Abs. 2a, 3).

Prinzipiell beseitigt Portugal zwar alle mengenmäßigen Beschränkungen zum 1.1.1986, jedoch können solche bis zum Ende der ersten Stufe für die Produkte des Anhangs XXIII

(u.a. Fleisch, Käse, Obst, Gemüse, Eier und bestimmte Weine) aufrechterhalten werden (Art. 269).

Während dieser ersten Stufe wendet Portugal auf die Einfuhren aus der EG ein Preisausgleichs- bzw. Schutzsystem an, das dem der Gemeinschaft für die Einfuhr aus Drittländern entspricht (Art. 270 Abs. 1).

Portugal kann weiterhin Ausfuhrzuschüsse und -beihilfen gewähren, diese müssen sich aber auf die Preisunterschiede zwischen Portugal und der Gemeinschaft beschränken (Art. 271 Abs. 1, 2). Sie unterliegen gem. Art. 276 dem Verwaltungsausschußverfahren.

Die Gemeinschaft behält gegenüber Portugal die vor dem Beitritt angewandte Einfuhrregelung bei (Art. 272 Abs. 1). Bei Einfuhrabschöpfungen werden eine eventuelle portugiesische Preisannäherung sowie die Auswirkung von nationalen Beihilfen berücksichtigt (Art. 272 Abs. 2).

Gem. Art. 274 hat Portugal die Möglichkeit, Schutzmaßnahmen gegenüber EG-Produkten zu treffen, die denen der EG gegenüber Drittländern in den einzelnen Marktororganisationen gleichen (Art. 274).

Die EG behandelt Portugal hinsichtlich ihrer Ausfuhren zunächst wie ein Drittland, jedoch werden die Erstattungen auf den Preisunterschied sowie etwaige Zollbelastungen begrenzt (Art. 275 Abs. 1, 2). Auch hier findet das Verwaltungsausschußverfahren Anwendung (Art. 275 Abs. 2, 276). Grundsätzlich wendet Portugal ab 1.3.1986 die Einfuhrregelung für Waren aus Drittländern an, die auch die EG anwendet (Art. 277 Abs. 1). Ab diesem Zeitpunkt werden auch die Sätze des GZT angewandt.

Ausgenommen hiervon sind die Erzeugnisse des Anhangs XXV

(z.B. Obst, Gemüse, Kräuter), bei denen der GZT erst mit dem Beginn der zweiten Stufe Anwendung findet (Art. 278 Abs. 1). Bis Ende 1995 kann das Land mengenmäßige Beschränkungen bei den Einfuhren von Erzeugnissen des Anhangs XXVI zu Art. 280 (lebende Tiere, Fleisch, Käse, Eier, Gemüse, Obst, bestimmte Weine) aus Drittländern beibehalten. Hinsichtlich Erzeugnissen gem. Art. 259 kann Portugal während der ersten Stufe seine nationale Ausfuhrpolitik gegenüber Drittländern beibehalten (Art. 283 Abs. 1). Jedoch müssen die Ausfuhrzuschüsse und Beihilfen auf das Maß beschränkt werden, das zum Absatz auf dem Bestimmungs- markt notwendig ist (Art. 283 Abs. 2). Auch hier ist das Konsultativverfahren erforderlich (Art. 283 Abs. 2).

c3) Zweite Stufe

In dieser zweiten Stufe findet grundsätzlich die klassische Übergangsregelung Anwendung (Art. 284ff.). Der Beitrittsausgleichsbetrag wird jedoch gegebenenfalls um die Auswirkung der Portugal noch erlaubten innerstaatlichen Beihilfen berichtigt (Art. 284 Abs. 2).

Gem. Art. 285 werden die Preise in fünf bzw. sieben Jahren angepaßt, je nach Dauer der ersten Stufe (Art. 285 Abs. 3). Höhere Preise werden eingefroren und durch Preisanhebungen der Gemeinschaft ausgeglichen (Art. 285 Abs. 4). Ansonsten entspricht die Anpassung höherer Preise der klassischen Regelung (Art. 285 Abs. 4b).

Der ergänzende Handelsmechanismus nach Art. 249 Abs. 2 gilt ab dem Beginn der zweiten Stufe. Die Liste der Erzeugnisse wird noch vor dem Ende der ersten Stufe erstellt (Art. 286 Abs. 2).

Die Abschöpfungen im Handel Portugals mit Drittländern werden nicht mehr um den Beitrittsausgleichsbetrag vermindert, da Portugal die Gemeinschaftsabschöpfungen schon in der ersten Stufe bei der grundsätzlichen Anwendung der EG-Drittlandsregelung erhoben hat (Art. 287 Abs. 1) (1249). Entsprechend der Regelung für die klassische Übergangszeit werden in Portugal ab der zweiten Stufe die EG-Beihilfen schrittweise eingeführt (Art. 288). Schrittweise wird auch im Drittlandshandel die Präferenzpolitik der EG übernommen (Art. 289).

dd) Gemeinsame Marktorganisation mit klassischem Übergang

d1) Fette

Die Übergangszeit für die Preisanpassung von Olivenöl und pflanzlichen Fetten beträgt zehn Jahre.

Bis zur Anpassung der Marktordnung werden die Preise nur um 1/20 jährlich denen der Gemeinschaft angepaßt. Außerdem ist das Olivenöl durch ein "stand still" geschützt, das eine mengenmäßige Kontrolle bei der Einfuhr und eine Preiskontrolle vorsieht (Art. 290f) (1250). Dieser "stand still" gilt für alle pflanzlichen Öle zum menschlichen Verzehr (Art. 292). Gem. Art. 293 werden die Beihilfen für Olivenöl und die übrigen Ölsaaten schrittweise eingeführt. Spezielle Regelungen gelten für Sonnenblumenkerne, Raps- und Rübensamen (Art. 291, 294).

d2) Zucker und Isoglukose

Portugal erhält für das Festland ein Produktionskontingent von 60 000t Zuckerrüben und 10 000t Isoglukose sowie

10 000t für die Azoren.

Dagegen wurde die Einfuhr von Rohrzucker aus der Elfenbeinküste, Malawi, Simbabwe und Swasiland auf 75 000t jährlich begrenzt (Art. 303 Abs. 1) (1251). Mit diesen Ländern hat Portugal langfristige Abkommen (1252).

Daneben hat die Gemeinschaft ihre Bereitschaft erklärt, bei einer künftigen Änderung der Zuckermarktordnung die portugiesischen Raffinerien besonders zu berücksichtigen (1253).

d3) Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse

Bei diesen Verarbeitungserzeugnissen besteht das Problem darin, daß die Grundprodukte einem Stufenplan unterliegen, während die Verarbeitungserzeugnisse der klassischen Regelung unterfallen. Daher gibt es in diesem Bereich einige Garantieschwellen. Wichtig für Portugal war hier die Garantiemenge für die Herstellung von Tomatenmark, die auf 685 000t Frischtomaten festgesetzt wurde (Art. 304 Abs. 3b).

ee) Gemeinsame Marktororganisation mit stufenweisem Übergang

e1) Milch und Milcherzeugnisse

Hinsichtlich der Milcherzeugnisse wurden für die erste Stufe Ziele wie die Auflösung der Staatshandelsgesellschaft und die Harmonisierung der Preise vorgegeben (Art. 309a, d).

Für die zweite Stufe werden die Interventionspreise als Ausgangspreise für die Angleichung nach den Regeln der gemeinsamen Marktordnung festgelegt (Art. 310 Abs. 1).

e2) Rindfleisch

Auch beim Rindfleisch werden für die erste Stufe Ziele gesetzt. Neben der Abschaffung der staatlichen Einrichtung hierfür und der Schaffung eines Interventionsmechanismus sind u.a. Sturkturverbesserungsmechanismen vorgesehen (Art. 312a, b, e).

Für die zweite Stufe enthält Art. 313 technische Vorschriften zur Angleichung.

e3) Obst und Gemüse

Die Ziele für die erste Phase von Obst und Gemüse sind u.a. die Abschaffung der staatlichen Einrichtung, die Entwicklung von Erzeugerorganisationen und die Schaffung eines Interventionsmechanismus (Art. 315a, b, d, f).

In der zweiten Stufe erfolgt die Anwendung der Marktordnung mit der schrittweisen Preisanpassung (Art. 317). Die Einfuhrregelung der Gemeinschaft ist restriktiv, da sie den Angebotspreis festlegt, der weitgehend dem Referenzpreis gegenüber Drittländern entspricht (Art. 318) (1254).

e4) Getreide

Im Getreidesektor sind die Ziele der ersten Stufe die Aufhebung des Vermarktungsmonopols, der Abbau des Einfuhrmonopols u.a. (Art. 319a, b). Die Abschaffung des Importmonopols umfaßt u.a. die Übernahme der Einfuhren auch durch Private (Art. 320 Abs. 2b). Die Gemeinschaft erhält eine Präferenz zur Getreideeinfuhr (Art. 320 Abs. 2b).

Für die zweite Stufe enthalten Art. 321ff technische Vorschriften für die Anpassung.

e5) Wein

Die Ziele für die erste Stufe des "Weins" sind die Abschaffung der staatlichen Einrichtung, die Einführung einer Anbauregelung, die Erarbeitung eines Rebsortenkataloges, das Verbot der Bewässerung von Weinbergen u.a. (Art. 333a, b, c, h). Außerdem soll Portugal eine Ausdehnung der Rebflächen für den Anbau von Wein mit 7% Alkohol und darunter verhindern (Art. 334). Es soll auch schrittweise den Schwefelgehalt seiner Weine abbauen (Art. 335).

In der zweiten Stufe erfolgt eine schrittweise Preisangleichung auf der Basis von Orientierungspreisen (Art. 337). Es wird dann ein Ausgleichsbetrag festgesetzt, der den Referenzpreis nicht überschreiten darf, sodaß er gegenüber der vor dem Beitritt geltenden Regelung nicht diskriminierend ist (Art. 338 Abs. 2, 3) (1255).

Gemäß Art. 340 sollen bestimmte Rebsorten ab dem Ende der zweiten Stufe nicht mehr angebaut werden.

"Vinho Verde"-Weine, die unter 8,5% Alkohol haben, dürfen bis 1995 nur in ihrem Gebiet unabgefüllt verkehren (Art. 341).

d) Fischerei

aa) Allgemeine Bestimmungen

In diesem Bereich wurde eine grundsätzliche Einigung dahingehend gefunden, daß generell die Portugiesen in ihrem Meer (12 sm) und die EG-Fischer in ihrem Bereich (12 sm) fischen (1256).

Es blieben jedoch viele Fragen offen. Einigung bestand darüber, daß der gegenseitige Zugang zu den Gewässern von

einer Kontrollregelung abhängig gemacht werden sollte, die die Anzahl der Schiffe und Fangmengen festlegt (1257). Für die Fangtätigkeit gilt ab dem Beitritt die Übernahme des gemeinsamen Besitzstandes über die Erhaltung und Kontrollmaßnahmen (1257).

Sollten durch die Aufnahme Portugals und Spaniens neue Probleme auftauchen oder alte sich verschärfen, wird der Rat mit qualifizierter Mehrheit geeignete Maßnahmen beschließen (1257).

Schwierigkeiten bereiteten die Sardinien. Hier erhielten Frankreich, Italien und Griechenland Ausgleichsleistungen (1258).

bb) Zugang zu Gewässern und Ressourcen

Die Fangtätigkeit portugiesischer Schiffe ist auf die Gebiete westlich von Frankreich, südlich und westlich Großbritanniens und Irlands begrenzt. In der "Irish Box" darf nicht gefischt werden (Art. 349 Abs. 1).

Gem. Art. 349 Abs. 2 darf Portugal Blauen Wittling und Stöcker fischen. Deren Anzahl und die der Schiffe ist jährlich festzulegen. Daneben bestehen Fangmöglichkeiten für andere Fische, die nicht der Regelung über die zulässige Gesamtfangmenge unterliegen mit gewissen Einschränkungen (Art. 349 Abs. 3).

Art. 351 ist das Gegenstück zu Art. 349 für die EG-Fischer in portugiesischen Gewässern.

Wichtig hierbei ist Art. 351 (Abs. 3 und 4), der den für Frankreich interessanten Thunfischfang regelt. Abs. 4 stellt hierfür eine Schutzzone um die Azoren und Madeira als Pendant zur "Irish-Box" auf (1259).

Für die spanisch-portugiesische Fischerei stellt Art. 352 Spezialbestimmungen auf.

Diese Gesamtregelung erstreckt sich bis 1993 und verlängert sich bis 2002, sofern 1993 keine Anpassung beschlossen wird (Art. 353).

cc) Externe Ressourcen

Vom Beitritt an übernimmt die EG die Verwaltung der Fischereiabkommen Portugals mit Drittländern (Art. 354 Abs. 1).

Gemischte Abkommen hat Portugal nur mit Marokko. Für diese wird eine Übergangszeit von sieben Jahren gewährt (Art. 355, Anhang XXVII, Liste der Unternehmen).

dd) Gemeinsame Marktorganisation

Portugal muß nur die Preise für die Atlantiksardine anpassen. Die Anpassung erfolgt in 10 Jahren schrittweise, ausgehend von den Preisen 1984 (Art. 356 Abs. 2).

Art. 358 enthält zudem eine Schutzklausel für die Sardinen-erzeuger der Alt-EG (1260).

ee) Regelung für den Handel

Die Zölle in diesem Bereich werden schrittweise asymmetrisch abgebaut. Die EG verringert in sieben Schritten innerhalb von 6 Jahren, Portugal in acht Schritten innerhalb von 7 Jahren die Zölle (Art. 360 Abs. 1).

Ausgenommen davon sind Sardinenkonserven, für die die Einfuhrzölle in die EG in 10 Jahren in 11 Schritten abgebaut werden sowie frische Sardinen und Konserven von Thunfisch und Sardellen, die in acht Schritten innerhalb von 10

Jahren gesenkt werden (Art. 360 Abs. 2, 3).

Für die Erzeugnisse des Anhangs XXVIII (bestimmte Frischfische, getrocknete Fische, gesalzene Fische, Krebs- und Weichtiere) sieht Art. 361 ein der Landwirtschaft ähnliches Handelsüberwachungsverfahren vor.

Gem. Art. 362 erhält Portugal während der Übergangszeit jährliche Nullzollkontingente für 5 000t Sardinen-, 1 000t Thunfisch- und 1 000t Makrelenkonserven (Art. 362).

Daneben kann das Land bis Ende 1992 gegenüber Drittländern mengenmäßige Beschränkungen hinsichtlich der Erzeugnisse des Anhangs XXIX (bestimmte frische, gesalzene und getrocknete Seefische wie Kabeljau sowie Krebs- und Weichtiere) beibehalten (Art. 363).

e) Auswärtige Beziehungen

aa) Handelsbeziehungen

Ausgehend von Art. 4 gilt auch im Bereich des Handels mit Drittstaaten der Grundsatz der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes.

In diesem Rahmen ist Portugal verpflichtet, in der EG bisher nicht liberalisierte Waren ebenfalls nicht zu liberalisieren. Es muß seinen Liberalisierungsvorsprung jedoch nicht rückgängig machen (Art. 364).

Portugal wurden noch zusätzliche Kontingente bis 1992 zugestanden, die im Anhang XXX enthalten sind. Portugal darf jedoch gegenüber Drittstaaten keine günstigere Regelung anwenden als gegenüber EG-Staaten (Art. 364) (1261).

Daneben hat Portugal seinen Automobilmarkt auch gegenüber Drittstaaten begrenzt zu öffnen (Art. 207, Protokoll 18).

Portugal wendet ab dem Beitritt grundsätzlich das allgemeine Präferenzsystem an. Ausnahmen davon sind im Anhang XXXI aufgeführt, für die eine schrittweise Annäherung gilt (Art. 365 Abs. 1).

Außerdem wollen die Vertragsparteien prüfen, ob hinsichtlich Lateinamerika Zollpräferenzen gewährt werden können (1261).

bb) Abkommen der Gemeinschaft mit Drittländern

Gem. Art. 366 Abs. 1 wendet Portugal ab dem Beitritt die Bestimmungen der in Art. 368 aufgezählten Abkommen an. Dazu müssen Übergangsmaßnahmen und Anpassungen in Protokollen mit den entsprechenden Vertragsparteien abgeschlossen werden (Art. 366 Abs. 2). Nicht dazu gehört das Lomé II-Abkommen (Art. 368 Abs. 2).

Ab 1.1.1986 muß Portugal die EFTA verlassen (Art. 369).

cc) Textilien

Auch das Allfaserabkommen erfordert eine Anpassung, wobei hier die zugunsten der bisherigen Mitgliedstaaten bestehenden Anteile unverändert bleiben sollen (Art. 370) (1262).

f) Finanzvorschriften

Grundlage für die weiteren Bestimmungen ist der Eigenmittelbeschluß der EG vom 21.4.1970 (Art. 371), den Portugal übernehmen muß.

Generell gilt eine Abführungspflicht für Zölle, Agrarab-

schöpfungen und Mehrwertsteuer-Eigenmittel.

Ausgenommen von den Agrarabschöpfungen sind Abschöpfungen und andere Beträge für Waren, für die ein stufenweiser Übergang vorgesehen ist. Diese sind erst ab 1991 abzuführen. Eine Verlängerung dieser Ausnahmeregelung ist für Getreide möglich (Art. 372 Abs. 2, 3).

Ab 1.1.1993 hat Portugal alle erhobenen Zölle in voller Höhe abzugeben. Eine dreijährige Verschiebung erfolgt aber bezüglich der Zölle auf Ölsaaten, ölhaltige Früchte und deren Folgeerzeugnisse sowie landwirtschaftliche Produkte, die der Stufenregelung unterliegen. Vor dem Ablauf dieser Fristen gilt eine Abfuhrpflicht nach verminderten Sätzen (Art. 373 Abs. 1).

Bis 1990 sind die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die dem Stufenplan unterliegen, gänzlich von dieser Abfuhrpflicht ausgenommen (Art. 373 Abs. 2).

Ab 1.1.1986 hat Portugal seine Mehrwertsteuer-Eigenmittel bzw. seinen Finanzbeitrag entsprechend dem Anteil am Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft zu bezahlen (Art. 374 Abs. 1).

Einen Teil dieser Mittel erstattet die Gemeinschaft Portugal während einer Übergangszeit von 6 Jahren prozentual sinkend zurück, um zu verhindern, daß das Land Nettozahler wird (Art. 374 Abs. 3). So erhält Portugal in den ersten Jahren pro Jahr 120 - 150 Mio ECU mehr aus der EG-Kasse als es einzahlt (1263).

Außerdem erhält Portugal einen Ausgleich für die Rückzahlung der Vorschüsse, die zur Schließung der Haushaltslücke 1984 geleistet wurden, als Portugal noch nicht Mitglied war (Art. 375).

3) Sonstige Bestimmungen

Art. 379 enthält eine handelspolitische Schutzklausel für den Fall von Schwierigkeiten, die einen Wirtschaftszweig bzw. ein bestimmtes Gebiet erheblich und anhaltend treffen. Diese gilt für alle EG-Staaten und die Neumitglieder. Erfaßt davon sind die Erzeugnisse und Wirtschaftszweige, für die Übergangsmaßnahmen vorgesehen sind. Die Schutzklausel gilt bis Ende 1995.

Darüber hinaus kann Luxemburg innerhalb von 10 Jahren Schutzmaßnahmen für seinen Arbeitsmarkt beantragen (Abs. 4).

Art. 380 enthält eine Anti-Dumping-Regelung, die der des Art. 91 EWG-Vertrag entspricht.

Daneben erhält Portugal nach dem Beitritt erhebliche Gelder aus dem Regional- und Sozialfond (1264). Sie werden auf jährlich 1 Milliarde DM geschätzt (1265).

Bezüglich des Sozialfonds hat die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Anpassung des Sozialfonds an die Gegebenheiten der Erweiterung angenommen. In diesem Vorschlag wird ganz Portugal als absolut vorrangiges Fördergebiet des Europäischen Sozialfonds anerkannt (1266).

Schlußbemerkung

Ganz bewußt wurden in der vorliegenden Arbeit nur die "Voraussetzungen für die Beurteilung der Konsequenzen des EG-Beitrittes Portugals" behandelt, da es verfrüht erscheint, über mögliche Konsequenzen zu spekulieren (1267). Die nächsten Jahre erst werden zeigen, ob die in den Beitritt gesetzten Erwartungen erfüllt werden.

LITERATURANGABEN

- 1) von Löwis of Menar, Henning, Bilateralismus und Multilateralismus in der Außenpolitik Portugals seit 1945, S. 11 f; dtv Lexikon, Portugal, S. 230; Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal 1985, Statistik des Auslandes, S. 11.
- 2) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte im Überblick S. 6
- 3) Livermore, H. V. , A new history of Portugal, S. 13
- 4) Bieber, Horst, Portugal, S. 26; Fry, Earl H. u. Raymond, Gregory A., The other western Europe, A political analysis of the smaller democracies, S. 14
- 5) Livermore, S. 16
- 6) Bieber, S. 26 f; Jakob, Grundzüge der Geschichte Portugals und seiner Überseeprovinzen, S. 43, Livermore, S. 14
- 7) Jakob, S. 44; Bieber, S. 27; Fry u. Raymond S. 14
- 8) Jakob, S. 44
- 9) Saraiva, José Hermano, Portugal, S. 12; Bieber, S. 27; Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte im Überblick, S. 8
- 10) Livermore, S. 17
- 11) Livermore, S. 20
- 12) Livermore, S. 17; Jakob, S. 45
- 13) Bieber, S. 29 f; Livermore, S. 21
- 14) Livermore, S. 22
- 15) Jakob, S. 45
- 15) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 10, Jakob, S. 47 f; Bieber S. 28

- 17) Livermore, S. 25
- 18) Jakob, S. 48
- 19) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 10
- 20) Saraiva, S. 16
- 21) Jakob, S. 48; Saraiva, S. 16
- 22) Livermore, S. 30
- 23) Jakob, S. 49; Fry u. Raymond, S. 15
- 24) Savaira, S. 17; Bieber, S. 29
- 25) Livermore, S. 34; Saraiva, S. 18
- 26) von der Mühl, Urs, Die Unterentwicklung Portugals - Von der Weltmacht zur Halbkolonie Englands, S. 1 f., Saraiva, S. 20
- 27) Atkinson, William, C., Geschichte Spaniens und Portugals, S. 402, Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 10 ff. Livermore, S. 33 ff
- 28) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte S. 12
- 29) Bieber, S. 29; Saraiva, S. 21; v. d. Mühl, S. 1; Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 11 f.
- 30) Jakob, S. 52
- 31) Atkinson, S. 403
- 32) Livermore, S. 39 ff; Jakob, S. 54
- 33) Jakob, S. 55; Livermore, S. 43 ff; Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 12
- 34) Mayer-Tasch, Cornelius Peter, Die Verfassungen der nichtkommunistischen Staaten Europas, 2. Aufl., 1975, S. 493
- 35) Jakob, S. 57; Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte S. 12 ff; Saraiva, S. 25
- 36) Jakob, S. 58

- 37) Mayer-Tasch, 2. Aufl. 1975, S. 493; Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 18 f; Jakob, S. 61; Saraiva, S. 32 ff
- 38) Jakob, S. 61 ff; Saraiva, S. 28 ff
- 39) Livermore, S. 67 ff
- 40) Saraiva, S. 33 f
- 41) Jakob, S. 62
- 42) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 22; Jakob, S. 63
- 43) von der Mühl, S. 3
- 44) Schäfer, Heinrich, Geschichte von Portugal, Band III, S. 35
- 45) Guthrod, Karl, Portugal, Wege und Irrwege, S. 18 f; Jakob, S. 63
- 46) Bieber, S. 31; Livermore, S. 98; Jakob, S. 63
- 47) Bieber, S. 34
- 48) Jakob, S. 64; Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 23 f
- 49) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte S. 25; Jakob, S. 64
- 50) Jakob, S. 64
- 51) von der Mühl, S. 2
- 52) de Azevedo, J. L., Epocas de Portugal Económico, Esbocas de História, S. 26; von der Mühl, S. 5
- 53) Saraiva, S. 38
- 54) Jakob, S. 65; Bieber, S. 31; von der Mühl, S. 8; Livermore, S. 92, 93
- 55) Jakob, S. 65
- 56) Bieber, S. 31, Livermore, S. 90 ff
- 57) Ptak, Heinz Peter, Wohin steuert Portugal, Geschichte, Hintergründe, Ausblick, S. 21; Atkinson, S. 404; Jakob, S. 71

- 58) Livermore, S. 90, Jakob, S. 66
- 59) Bieber, S. 34; Jakob, S. 67
- 60) Saraiva, S. 41; Jakob S. 68
- 61) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte
S. 27 f
- 62) von der Mühl, S. 5 f
- 63) Saraiva, S. 41; Jakob, S. 69; Bieber S. 35
- 64) Jakob, S. 70
- 65) Livermore, S. 101 ff. Jakob, S. 70
- 66) Bieber, S. 36; Jakob, S. 72; Livermore, S. 107,
- 67) Bieber S. 38
- 68) Gutbrod, S. 19; Jakob, S. 73
- 69) von der Mühl, S. 9
- 70) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte
S. 34; von der Mühl, S. 10 f
- 71) Livermore, S. 116 ff, 127 ff; Staatssekretariat für Information und
Tourismus, Portugals Geschichte, S. 34 ff; Gutbrod, S. 19;
Bieber, S. 75 ff, Atkinson, S. 405; von der Mühl, S. 12
- 72) Jakob, S. 82
- 73) Bieber, S. 40; von der Mühl, S. 12 ff; Gutbrod, S. 22
- 74) von der Mühl, S. 17
- 75) von der Mühl, S. 19
- 76) Jakob, S. 77; Bieber, S. 40
- 77) Jakob, S. 78
- 78) Jakob, S. 80 f
- 79) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Ge-
schichte, S. 46; von der Mühl, S. 19
- 80) Livermore, S. 142 ff; Bieber, S. 42; Jakob, S. 104;
von der Mühl S. 19

- 81) Jakob, S. 104 f
- 82) Bieber, S. 47
- 83) v. d. Mühl, S. 20; Cortesão, Jaime, Alexandre de Gusmão e o Tratado de Madrid, Bd. I, S. 70
- 84) Mayer-Tasch, 1975, S. 492; Atkinson, S. 405; Gutbrod, S. 22
- 85) v.d. Mühl, S. 24; Bieber, S. 48 f; Jakob, S. 117
- 86) Mayer-Tasch, 1975, S. 492; Atkinson, S. 405
- 87) Bieber, S. 49; Livernore, S. 167 ff; Saraiva, S. 80; Jakob, S. 111 ff
- 88) Saraiva, S. 33 ff; Bieber, S. 49
- 89) Livernore, S. 175 f; v.d. Mühl, S. 26 ff; Bieber, S. 51
- 90) Atkinson, S. 406; v.d. Mühl, S. 33; Jakob, S. 121
- 91) Atkinson, S. 406; v.d. Mühl, S. 33; Jakob, S. 121
- 92) Jakob, S. 122
- 93) Saraiva, S. 88, Fry und Raymond S. 21
- 94) Bieber, S. 53
- 95) Jakob, S. 123; Bieber, S. 52
- 96) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 58; Jakob, S. 125
- 97) Bieber, S. 53; Jakob, S. 126; v.d. Mühl, S. 49 f
- 98) Livernore, S. 213, 223; Mayer-Tasch 1975, S. 494
- 99) Saraiva, S. 91
- 100) Bieber, S. 54; Jakob, S. 128
- 101) v.d. Mühl, S. 60 f; Livernore, S. 219 ff; Jakob, S. 129 ff; Saraiva, S. 59 ff
- 102) Livernore, S. 239
- 103) Saraiva, S. 93
- 104) v.d. Mühl, S. 65; Saraiva, S. 95
- 105) Jakob, S. 136; v.d. Mühl, S. 67 ff

- 106) Saraiva, S. 97, Jakob, S. 136
- 107) v. d. Mühl, S. 69
- 108) Atkinson, S. 407; Saraiva, S. 98
- 109) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 69 f; v. d. Mühl, S. 72 f, Nohlen, Dieter, Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, S. 1011
- 110) Bieber, S. 56; Mayer-Tasch, 1975, S.494; Saraiva, S. 98 f, Nohlen, S. 1011
- 111) Livermore, S. 263 f
- 112) Thomashausen, Portugal, S. 495, Atkinson, S. 407; Jakob, S. 137; Livermore, S. 264; Nohlen, S. 1012
- 113) Nohlen, S. 1012
- 114) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 70; Saraiva, S. 100; Jakob, S. 138, Nohlen, S. 1012
- 115) Livermore, S. 268; Jakob, S. 138
- 116) Thomashausen, Portugal S. 495; Livermore, S. 268 ff; Mayer-Tasch 1975, S. 494; Bieber, S. 57; v. d. Mühl, S. 73 ff, Nohlen, S. 1013
- 117) Livermore, S. 269 f; Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 70
- 118) Livermore, S. 271 ff, Nohlen S. 1013
- 119) Jakob, S. 140; Livermore, S. 280 f
- 120) v. d. Mühl, S. 78; Jakob, S. 141
- 121) Bieber, S. 57
- 122) Mayer-Tasch, 1975, S. 494; Jakob, S. 141 ff; Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 71; Nohlen, S. 1014
- 123) Livermore, S. 284
- 124) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals

- Geschichte, S. 72; Mohlen S. 1014
- 125) Jakob, S. 142; Saraiva, S. 104 f; Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 72
- 126) Jakob, S. 142
- 127) Jakob, S. 142
- 128) Livermore, S. 285 ff
- 129) Saraiva, S. 105 ff; Jakob, S. 143; Thomashausen, Portugal, S. 496; Livermore, S. 297
- 130) Atkinson, S. 408; Bieber, S. 63
- 131) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte, S. 76; Bieber, S. 53; Jakob, S. 148
- 132) Jakob, S. 148 f
- 133) Jakob, S. 149
- 134) Jakob, S. 150
- 135) Bieber, S. 64; Jakob, S. 150
- 136) Livermore, S. 313; Jakob, S. 150 f
- 137) Livermore, S. 313, Mohlen S. 1018
- 138) Saraiva, S. 111
- 139) Mayer-Tasch, 1975, S. 495; Kühnen, Hans-Joachim, Das Regierungssystem Oliveira Salazars, S. 25
- 140) Jakob, S. 152; Saraiva, S. 111; Atkinson, S. 408; Jakob, S. 153
- 141) Gutbrod, S. 29; Thomashausen, Portugal, S. 496; Saraiva, S. 112; Bieber, S. 66
- 142) Jakob, S. 154; Kühnen, S. 30; Strupp, Karl, Die portugiesische Verfassung vom 21.08.1911, S. 436 ff.
- 143) Mayer-Tasch 1975, S. 495; Thomashausen, Portugal, S. 496; Kühnen, S. 32; Mohlen S. 1020
- 144) Jakob, S. 155; Staatssekretariat für Information und Tourismus; Portugals Geschichte, S. 81 ff

- 145) Jakob, S. 156 ff
- 146) Saraiva, S. 112 ff; Bieber, S. 67
- 147) Mayer-Tasch, 1975, S. 495; Nohlen S. 1021
- 148) Bieber, S. 73; Guthrod, S. 30
- 149) Mayer-Tasch, 1975, S. 495
- 150) Staatssekretariat für Information und Tourismus, Verfassung der Port. Republik v. 22.02.1933; Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit im neuen Portugal, S. 40 ff; Jakob, S. 166 ff; Mayer-Tasch, 1975, S. 495; Kühnen, S. 52 ff; Bruneau, Thomas, Continuity and Change in Portuguese Politics: The years after the Revolution of 25.04.1974 i. Pridham, S. 72
- 151) Thomashausen, Verfassung u. Verfassungswirklichkeit..., S. 40; Mayer-Tasch, 1975, S. 495
- 152) Nohlen, S. 1022, Fry u. Raymond S. 23
- 153) Salazar, Oliveira, Portugal, Das Werden eines neuen Staates, Reden Salazars II vom 30.07.30, 06.03.33 und 13.01.34; Jakob, S. 165 f; Eisfeld, Rainer, Sozialistischer Pluralismus in Europa, Ansätze und Scheitern am Beispiel Portugals, S. 38; Thomashausen, Verfassung u. Verfassungswirklichkeit..., S. 48; Kühnen, S. 67
- 154) von Menar, S. 81
- 155) Atkinson, S. 408
- 156) von Menar, S. 61 ff
- 157) Eisfeld, S. 10; von Menar S. 71; Jakob, S. 252
- 158) Bieber, S. 97; Mayer-Tasch, 1975, S. 496; von Menar, S. 177; Saraiva, S. 118; Kühnen, S. 117 ff, 25.04., Instituto Progresso Social e Democracia, dez anos depois S. 9
- 159) von Menar, S. 147 ff; Kühnen, S. 144 ff
- 160) S/Res/5380 v. 31.07.63; A/Res/2107 v. 21.12.55
- 161) Eisfeld, S. 38; von Menar, s. 453
- 162) Spinola, António de, Portugal und die Zukunft, S. 190; von Menar, S. 31, 273

- 163) Bieber, S. 81 ff, Bruneau, i. Pridham, S. 72
- 164) Salzar, Nationales Sekretariat für Information, S. 105;
Bieber, S. 77, 81 ff; Thomashausen, Verfassung u. Verfassungswirklichkeit..., S. 46; Eisfeld, S. 38; Salazar, Portugal, Reden Salazars, S. 75 ff, 198 ff, 369 ff; Bruneau i. Pridham S. 72
- 165) Livermore, S. 353; Bieber, S. 81 ff, Lewis, J.R. u. Williams, A.M., i. Pridham, Social Cleavages and Electoral Performance: The social basis of Portuguese Political Parties, 1976 - 1983, S. 119
- 166) Gutbrod, S. 36 ff; von Menar, S. 140
- 167) Caetano, Marcelo, Principios e Definições, Textes de 1936 a 1967, bei der OECD-Tagung '56 in Paris, S. 67
- 168) Livermore, S. 358 f; Mayer-Tasch, 1975, S. 496
- 169) Gutbrod, S. 44 ff; Saraiva, S. 120; von Menar, S. 59; Livermore, S. 358 f
- 170) Mayer-Tasch, 1975, S. 496
- 171) Bieber, S. 107; Gutbrod, S. 45
- 173) Eisfeld, S. 65
- 174) Livermore, S. 366 ff; Gutbrod, S. 53 f; Dec Lei Nr. 353/73; Thomashausen, Verfassung u. Verfassungswirklichkeit, S. 63, IPSD, dez..., S. 63; Bieber, S. 110; Adrian Hastings, Times v. 10.07.73, IPSD, dez..., S. 16 ff
- 175) Spinola, S. 19 ff; Gutbrod, S. 57; Bruneau i. Pridham S. 72
- 176) Eisfeld, S. 39 ff; Gutbrod, S. 53
- 177) Eisfeld, S. 41
- 178) Gutbrod, S. 57
- 179) Livermore, S. 372
- 180) Bieber, S. 116, Gutbrod, S. 66
- 181) Gesetz Nr. 3/74 v. 14.05.74 in Thomashausen, Verfassung u. Verfassungswirklichkeit..., S. 80 ff
- 182) Ptak, S. 163

- 183) Eisfeld, S. 74, 78 ff; Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 86
- 184) Dec Lei Nr. 310/74 v. 08.03.74, zitiert in Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 91 Ptak, S. 163
Fry u. Raymond S. 37
- 185) Ptak, S. 163, IPSD, dez..., S. 18 f, Programm des MFA in Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 350 ff, IPSD dez..., S. 83 ff
- 186) Gutbrod, S. 70; Ptak, S. 163
- 187) Eisfeld, S. 45; Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 91; Ptak, S. 163
- 188) Eisfeld, S. 46; Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 97
- 189) Eisfeld, S. 192
- 190) Ptak, S. 164
- 191) Eisfeld, S. 78
- 192) Ptak, S. 164
- 193) Gutbrod, S. 96; Ptak, S. 164
- 194) Grohs Gerhard, Cadete Eduardo Maria, Noelke Michael, Portugals Beitritt zur EG, Probleme der Europäischen Integration, S. 57
- 195) Gutbrod, S. 96; Grohs, Cadete, Moelke, S. 59
- 196) Hottinger, Arnold, Die kommunistische Partei Portugals in: Eurokommunismus, Die kommunistischen Parteien Frankreichs, Spaniens, Italiens und Portugals, Hrsg. Adolf Kimmel, S. 260
- 197) Eisfeld, S. 59; Fry u. Raymond, S. 37
- 198) Eisfeld, S. 71
- 199) Eisfeld, S. 124
- 200) Eisfeld, S. 111 ff
- 201) Eisfeld, S. 113
- 202) Eisfeld, S. 113; Fry u. Raymond, S. 37; Hottinger in Kimmel, S. 270

- 203) Eisfeld; S. 118 - 120
- 204) Ptak; S. 165; Livermore, S. 393; Thomashausen, Verfassung u. Verfassungswirklichkeit...; S. 169
- 205) Gutbrod; S. 140; Eisfeld, S. 147 f; Thomashausen, Verfassung u. Verfassungswirklichkeit...; S. 173
- 206) Gutbrod, S. 159
- 207) veröffentlicht in Diário da República, Nr. 86 v. 10.04.75
- 208) Ptak; S. 56
- 209) Eisfeld; S. 155; Ptak, S. 55
- 210) Eisfeld, S. 151
- 211) Eisfeld; S. 159 ff
- 212) Grohs...; S. 103; Eisfeld, S. 192
- 213) Ptak; S. 167; Eisfeld, S. 174
- 214) Thomashausen, Verfassung u. Verfassungswirklichkeit; S. 289; Eisfeld; S. 157; Bruneau i. Pridham, S. 75
- 215) Eisfeld; S. 169
- 216) Eisfeld; S. 170
- 217) Grohs; Cadete...; S. 97; Eisfeld; S. 181
- 218) Flanz; Gisbert H., Portugal, 1978 - 1983 III; Eisfeld, S. 183
- 219) Grohs; Cadete...; S. 98; Eisfeld; S. 134
- 220) Eisfeld, S. 180
- 221) Eisfeld, S. 184; Brockhaus, S. 535, Flanz IV
- 222) Eisfeld; S. 184
- 223) Eisfeld, S. 185
- 224) Eisfeld, S. 185
- 225) Eisfeld; S. 193
- 226) Eisfeld; S. 185, Flanz IV
- 227) Flanz IV
- 228) Änderungsgesetz Nr. 1/82 v. 30.09.82, gem. Art. 248 am 30.10.82

in Kraft getreten

- 229) Lopes, Pedro Santana, in Sistema de Governo e Sistema partidário, Anexo, S. 173 ff
- 230) Änderungsgesetz Nr. 1/82 in Flanz
- 231) Bruneau in Pridham, S. 75; Flanz VII
- 232) Bundesstelle f. Außenhandelsinformationen, Allg. Wirtschaftsdokumentation, Wirtschaftsnachrichten aus Portugal, Heft 1/85
- 233) PSD, Datos e Factos, 12.06.85
- 234) PSD, Datos e Factos, 04.06.85, 05.10.85
- 235) Spiegel Nr. 42/85, S. 177; Neue Züricher Zeitung v. 05.10.85
- 236) Südde. Zeitung v. 18.02.86
- 237) Frankfurter Rundschau vom 06.04.1987
- 238) siehe 237); Stuttgarter Zeitung vom 21.04.87
- 239) Zeit vom 24.07.1987; Frankfurter Allgemeine vom 21.07.1987
- 240) Esser Klaus, Ashoff Guido, Becker-Fahr Tilo, Gaschütz Cordula, Portugal, Industrie u. Industriepolitik vor dem Beitritt zur EG, S. 1, 5; Grohs..., S. 23
- 241) Esser..., S. 6 ff
- 242) Stahl, Heinz Michael, Carvalho Rui, do Amaral João Ferreira, Moniz Fernando, Luna Manuel Moreira, Sergua Luis Miguel, Prospekts for Portuguese Labour migration to the EC, S. 7, Esser..., S. 12, 17 ff
- 243) Grohs..., S. 10, 23 ff; Esser..., S. 25 ff
- 244) Weber, Peter, Portugal, Räumliche Dimension und Abhängigkeit, S. 7; Grohs..., S. 23; Esser..., S. 28
- 245) Grohs..., S. 23
- 246) von der Mühl, VI; Heber, S. 104; Esser..., S. 29 ff
- 247) Esser..., S. 41 ff
- 248) von der Mühl, IV; Esser..., S. 42

- 249) Weber, S. 1 f, 103 ff; Grohs..., S. 10
- 250) Weber, S. 105 ff; OECD Reviews of National Policies for Education, Portugal, S. 53; von der Mühl, S. 93
- 251) Weber, S. 104
- 252) Esser..., S. 10 f; Weber, S. 2 f
- 253) Esser..., S. 11
- 254) OECD, Economic Surveys 1983/84, S. 14; Esser..., S. 5 ff; Grohs..., S. 21
- 255) Esser..., S. 6
- 256) Weber, S. 40 f; Grohs..., S. 22; Esser..., S. 16
- 257) Esser, S. 47; OECD-Economic Surveys 1983/84, S. 10
- 258) von der Mühl, III; Esser, S. 47 f; OECD-Economic Surveys 1983/84, S. 10
- 259) Esser, S. 43 f
- 260) Weber, S. 122; Esser, S. 47 f; OECD-Economic Surveys 1983/1984, S. 10
- 261) Weber, S. 117 ff; von der Mühl, IV; Esser..., S. 49
- 262) Esser..., S. 55 ff, 50
- 263) von der Mühl, II
- 264) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal 1985, Statistik des Auslandes, S. 88 f
- 265) Bank von Portugal, Report of the Board of Directors for the year 1984, S. 9; OECD Reviews 84..., S. 42; Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Wirtschaftsnachrichten aus Portugal, Allgem. Wirtschaftsdokumentation S. 4 ff
- 266) Siehe 265); Wirtschaftsnachrichten aus Portugal, S. 4 ff,
- 267) Deutsch Portugiesische Industrie- u. Handelskammer, Geschäftsbericht 1984, S. 7; Bank von Portugal, Report..., S. 17; Bank von Portugal, Economic Indicators, S. 4
- 268) ()= Werte 1984; OECD-Economic Surveys 1985/1986, S. 12; DIHK-Geschäftsbericht

- 1985, S. 9
- 269) Bank von Portugal economic..., S. 3; Bank von Portugal, Report..., S. 16; DPIHK Geschäftsbericht 1985, S. 5, 7; OECD-Economic Surveys 85/86 S.9
- 270) DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 9; Bank von Portugal economic..., S. 4; Bank von Portugal, Report..., S. 8; DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 4
- 271) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 8 f; OECD-Economic Surveys 85/86, S. 9, 15 f; Bank von Portugal, Report..., S. 17, 8
- 272) Bank von Portugal, economic..., S. 5; DPIHK Geschäftsbericht 1985, S. 10
- 273) OECD-Economic Surveys 85/86, S. 39
- 274) OECD-Economic Surveys 85/86, S. 9; DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 8
- 275) Bank von Portugal, economic..., S. 3 f; DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 10
- 276) Statistisches Bundesamt Länderbericht Portugal, S. 29; OECD-Economic Surveys 85/86, S. 37, 39; UGT, Programa União Geral Trabalhadores, S. 14, 32
- 277) DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 9; OECD-Economic Surveys, 83/84, S. 8; OECD-Economic Surveys, 85/86, S. 42
- 278) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 10
- 279) Stahl..., S. 7
- 280) DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 16; 85, S. 17
- 281) DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 18
- 282) OECD-Economic Surveys 83/84, S. 46; 85/86, S. 27
- 283) DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 18; 85, S. 17
- 284) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 15; Bank von Portugal, economic..., S. 16
- 285) OECD-Economic Surveys 85/86, S. 24
- 286) OECD-Economic Surveys 85/86, S. 20
- 287) Bank von Portugal, Report..., S. 19; DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 10
- 288) Bank von Portugal economic..., S. 9; DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 10; 85, S. 10

- 289) DPHK Geschäftsbericht 84, S. 10; 85, S. 11 f; Bank von Portugal economic..., S. 10 f
- 290) DPHK Geschäftsbericht 84, S. 10; 85, S. 11 f; Bank von Portugal economic..., S. 10 f
- 291) DPHK Geschäftsbericht 84, S. 10; 85, S. 12; Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Markt-Information, S. 23 ff; Bank von Portugal, economic..., S. 10 f
- 292) Bank von Portugal, Report..., S. 20; Bank von Portugal, economic..., S. 9; DPHK Geschäftsbericht 85, S. 12
- 293) Bank von Portugal, economic..., S. 9; DPHK-Geschäftsbericht 85, S. 12
- 294) DPHK Geschäftsbericht 85, S. 13; Bank von Portugal, economic..., S. 9
- 295) Bank von Portugal, Report..., S. 18 f; Bank von Portugal, economic..., S. 9; DPHK Geschäftsbericht 85, S. 13
- 296) DPHK Geschäftsbericht 85, S. 12
- 297) DPHK Geschäftsbericht 84, S. 13
- 298) DPHK Geschäftsbericht 84, S. 13; 85, S. 14
- 299) DPHK Geschäftsbericht 85, S. 14;
- 300) DPHK Geschäftsbericht 84, S. 15, Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Markt-Information, S. 41
- 301) DPHK Geschäftsbericht 85, S. 14
- 302) Bank von Portugal, Report..., S. 16
- 303) DPHK Geschäftsbericht 84, S. 19
- 304) DPHK Geschäftsbericht 85, S. 18
- 305) DPHK Geschäftsbericht 85, S. 19
- 306) DPHK Geschäftsbericht 84, S. 21
- 307) DPHK Geschäftsbericht 84, S. 21
- 308) DPHK Geschäftsbericht 85, S. 20
- 309) DPHK Geschäftsbericht 84, S. 21; Weber, S. 85 ff
- 310) DPHK Geschäftsbericht 85, S. 21
- 311) DPHK Geschäftsbericht 84, S. 19

- 312) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 21
- 313) Müller, Anton P., Portugal u. Spanien in der EG, S. 9
- 314) OECD Economic Surveys 85/85, S. 44; DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 15
- 315) OECD Economic Surveys 83/84, S. 20
- 316) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 33; Kommission der EG, Generaldirektion Information, Portugal und die EG, Europa-Information, Auswärtige Beziehungen 58/82, Anhang, S. 5
- 317) DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 19; OECD Economic Surveys 83/84, S. 20
- 318) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 33; Kommission der EG, Generaldirektion Information, 58/82, S. 5
- 319) Weber, S. 73
- 320) OECD Economic Surveys 83/84, S. 21 f
- 321) Weber, S. 81
- 322) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 35; OECD Economic Surveys 83/84, S. 20
- 323) Heber, S. 49 ff, 74 ff; OECD Economic Surveys 83/84, S. 20, 22
- 324) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 35
- 325) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 36
- 326) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 35
- 327) Weber, S. 49
- 328) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 36
- 329) Weber, S. 53; Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 37
- 330) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 38
- 331) Weber, S. 83 f
- 332) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 39
- 333) DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 21; Weber, S. 85 ff
- 334) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 21; Kommission der EG, Portugal u. die EG, S. 5; Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal S. 40; Weber, S. 86 ff
- 335) DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 21

- 336) Esser..., S. 203
- 337) OECD Economic Surveys, 83/84, S. 21
- 338) DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 28; 85, S. 22
- 339) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 22
- 340) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 44; Blick durch die Wirtschaft vom 17.07.1984
- 341) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 24
- 342) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 25
- 343) DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 23
- 344) Weber, S. 93
- 345) DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 26 ff
- 346) DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 26 ff
- 347) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 50; Bundesstelle für Außenhandelsinformationen/NfA v. 13.12.84
- 348) Bundesaußenstelle für Außenhandelsinformationen/NfA v. 13.12.84
- 349) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 26
- 350) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 26
- 351) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 27
- 352) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 28
- 353) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 29
- 354) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 30
- 355) OECD Economic Surveys 85/86, S. 9; DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 31
- 356) Esser..., S. 72; Kommission der EG, Portugal u. die EG, S. 4; Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 45
- 357) UGT, Programm 84, S. 39; Esser..., S. 73 ff
- 358) Esser..., S. 127
- 359) Esser..., S. 127
- 360) Grohs..., S. 96; Kommission der EG, Portugal u. die EG, S. 4; OECD Economic Surveys, 84, S. 19
- 361) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 45

- 362) Grohs...; S. 96
- 363) OECD Economic Surveys, 85/86; S. 26
- 364) Bundesstelle für Außenhandelsinformationen/NfA v. 28.12.1984
- 365) Bank von Portugal, Report...; S. 20; DPIHK Geschäftsbericht 84, S. 34; 85, S. 33
- 366) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 33
- 367) OECD; VWD; NfA v. 13.07.84; OECD Economic Surveys 83/84, S. 38 f; Statistisches Bundesamt; Länderbericht Portugal S. 67
- 368) DPIHK Geschäftsbericht 84; S. 32
- 369) DPIHK Geschäftsbericht 85; S. 32
- 370) Weber; S. 136 ff; Dauderstädt; Michael, Die Vorbeitrittshilfe der EG für Portugal, S. 10
- 371) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 59
- 372) Statistisches Bundesamt; Länderbericht Portugal, S. 60
- 373) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 61 f
- 374) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 63 f
- 375) DPIHK Geschäftsbericht 85, S. 25
- 376) Weber; S. 142 ff
- 377) Ergebnis der Volkszählung v. 16.03.81 in Statistisches Bundesamt Länderbericht Portugal; S. 19
- 378) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 50
- 379) Weber; S. 161 ff; CGT/INTER; Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses, Ante Projectos de Teses, S. 27
- 380) OECD; Reviews...; S. 25 ff
- 381) OECD, Reviews...; S. 26 ff; OECD, Economic Surveys 85/86, S. 44; Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 26
- 382) OECD; Reviews..., S. 53, CGT/INTER, Ante Projectode Teses, S. 26
- 383) OECD, Reviews...; S. 63 ff; Weber, S. 151 ff; Statistisches Bundesamt; Länderbericht Portugal, S. 26 ff
- 384) OECD; Reviews..., S. 64

- 385) Statistisches Bundesamt, Länderbericht Portugal, S. 26,
- 386) Thomashausen, Portugal, S. 496
- 387) Thomashausen, Portugal, S. 503
- 388) Thomashausen, Portugal, S. 496, 509
- 389) Kohler, Beate, Politischer Umbruch in Südeuropa, Portugal, Griechenland, Spanien auf dem Weg zur Demokratie, S. 21 ; Thomashausen, Portugal S. 497 f
- 390) Miranda, Jorge, Manual de Direito Constitucional, Band I, Preliminares a Experiência Constitucional, S. 254; Kohler, S. 20 f
- 391) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit, S. 52 ff; Livermore, S. 359; Eisfeld, s. 38; Thomashausen, Portugal, S. 496 f
- 392) Kohler, S. 38 f
- 393) Herzog, Werner, Portugal, S. 435
- 394) Herzog, S. 433
- 395) Eisfeld, S. 48; Herzog, S. 434
- 396) Gespräch mit Frau Dras Marques, PRD, Mitglied der Nationalversammlung 30.09.86
- 397) Barroso José Durão u. Condomines Jonas, A competição esquerda-direita e a competição entre partidos políticos na Europa do Sul (Portugal, Espanha, Grecia), S. 53
- 398) Barroso u. Condomines, S. 57
- 399) PS, 4th National Congress of the Socialist Party, S. 7
- 400) PS, 4th, National Congress of the Socialist Party, S. 8; Eisfeld, S. 48
- 401) PS, 4th National Congress of the Socialist Party, S. 7
- 402) Thomashausen, Portugal, S. 514; Herzog, S. 434; Eisfeld, S. 57
- 403) Eisfeld, S. 48; PS, 4th National Congress of the Socialist Party, S. 8; Thomashausen, Portugal, S. 514
- 404) Eisfeld, S. 48; Herzog, S. 434
- 405) Lewis u. Williams, S. 124

- 406) Soares, Mário, Der politische Prozess in Portugal und die historische Verantwortung der Sozialistischen Partei S. 2 f
- 407) PS, 4th, National Congress of the Socialist Party, S. 31
- 408) Kohler, S. 73; Stuttgarter Zeitung v. 18.02.86
- 409) Thomashausen, Portugal, S. 515
- 410) Eisfeld, S. 49; Herzog, S. 440 f; Kohler, S. 76; Soares, PS, 4th, National Congress of the Socialist Party, S. 19; PS Declaração de Princípios e Programa, S. 1; Gespräch mit Herrn de Almeida e Silva, PS, Mitglied des Europäischen Parlaments, 30.09.86
- 413) PS, Dez anos..., S. 138 f, PS, Declaração..., S. 1 f
- 414) PS, Dez anos..., S. 143 ff; PS, Declaração..., S. 2
- 415) PS, Dez anos..., S. 112, 128
- 416) PS, Dez anos..., S. 112 f; PS, Declaração..., S. 6 ff
- 417) Gespräch mit Herrn Almeida e Silva: PS, Declaração..., S. 1, 11
Acção Socialista vom 03.07.86
- 418) Soares, PS, 4th, National Congress..., S. 14, 19 f
- 419) PS, Dez anos..., S. 113 ff; Story, Jonathan, Die portugiesische sozialistische Partei, S. 302; Clausse, Guy, Der EG-Beitritt Portugals, Probleme und Stellung der politischen Parteien, insbesondere der Sozialistischen Partei, S. 9
- 420) Soares, Der politische Prozeß..., S. 16; Story, S. 302
- 421) Soares, PS, 4th, National Congress, S. 19
- 422) PS, Estatutos, Art. 18, Nr. 6
- 423) PS, Estatutos, Art. 30, 31, 33
- 424) PS, Estatutos, Art. 27
- 425) PS, Estatutos, Art. 34 Nr. 1
- 426) PS, Estatutos, Art. 35 Nr. 1
- 427) PS, Estatutos, Art. 36 Nr. 1
- 428) PS, Estatutos, Art. 36 Nr. 2

- 429) PS, Estatutos, Art. 36 Nr. 3, 4
- 430) PS, Estatutos, Art. 37
- 431) PS, Estatutos, Art. 39
- 432) PS, Estatutos, Art. 41 Nr. 1
- 433) PS, Estatutos, Art. 25, 47
- 434) PS, Estatutos, Art. 48
- 435) PS, Estatutos, Art. 50 Nr. 1
- 436) PS, Estatutos, Art. 50 Nr. 2
- 437) PS; Estatutos, Art. 50 Nr. 3
- 438) PS, Estatutos, Art. 52 Nr. 1
- 439) PS, Estatutos, Art. 52 Nr. 2
- 440) PS, Estatutos, Art. 53 Nr. 1
- 441) PS, Estatutos, Art. 53 Nr. 2
- 442) PS, Estatutos, Art. 54 Nr. 1
- 443) PS, Estatutos, Art. 58 Nr. 1
- 444) PS, Estatutos, Art. 60
- 445) PS, Estatutos, Art. 59 Nr. 2 a
- 446) PS, Estatutos, Art. 62, 64
- 447) PS, Estatutos, Art. 62, Nr. 1
- 448) PS, Estatutos, Art. 65, Nr. 1
- 449) PS, Estatutos, Art. 66
- 450) Kohler, S. 81; Thomashausen, Portugal, S. 515
- 451) Herzog, S. 439; Barroso, José Durão, Le Systeme Politique Portugaise face a l' Integration Europeenne, Partis Politiques e Opinion Publique, S. 109
- 452) Kohler, S. 82; PS, 4th National Congress..., S. 13
- 453) Barroso, José Durão, Alguns elementos para o estudo dos partidos políticos portugueses: organização, clivagem, ideologica, bibliografia selectiva, S. 15; PS, Estatutos, Art. 90 Nr. 2;

- 454) Kohler, S. 62; Thomashausen, Portugal, S. 514
- 455) Kohler, S. 59-61; Eisfeld, S. 130; Kohler, S. 80 f
- 456) Kohler, S. 81; Soares, PS 4th National Congress, S. 23; Barroso, Le Systeme..., S. 107
- 457) Kohler, S. 81
- 458) Soares, PS 4th National Congress, S. 23
- 459) Barroso, Le Systeme..., S. 109
- 460) Soares, PS 4th National Congress, S. 13
- 461) PS, Estatutos, Art 3
- 462) De Azevedo Amândio, A experiência portuguesa face ao Conselho da Europa, S. 62
- 463) PS, Declaração de Principios e Programa, Textos "Portugal Socialista", 1973, S. 63, zit. in Barroso, Le Systeme..., S. 129
- 464) PS, siehe 463, S. 65, zit. in Barroso, Le Systeme..., S. 130; Soares, Le Monde 3.12.74
- 465) "Portugal Socialista" 17.3.76, zit. in Barroso, Le Systeme..., S. 131
- 466) siehe 465
- 467) Barroso, Le Systeme..., S. 144
- 468) Pressekonferenz 14.2.77 in Diário de Lisboa, zit in J. Candido de Azevedo, Portugal, S. 43; Europa face ao Mercado Comum, Dossier da adesão de Portugal a CEE, S. 43
- 469) Gespräch mit Herrn de Almeida e Silva, PS, 30.9.86
- 470) Kohler, S. 81
- 471) Herzog, S. 438 f; Expresso v. 21.12.85
- 472) Deubner Christian, Der unsichere europäische Konsens, Der Beitritt zur EG als soziales und politisches Problem, S. 24 f
- 473) Lewis, S. 132 f
- 474) Herzog, S. 439; Story, S. 304; Fry und Raymond, S. 38 f; Jorge Gaspar, Isabel André, Fernando Honório, As eleições para a assembleia da República, 1979-1983, S. 7, 17; Barroso u. Condoni-

- nes, S. 41; Expresso v. 21.12.85
- 475) Deubner; S. 26
- 476) PS, Dez anos..., S. 68 ff
- 477) Rui Ilachete, Sistema de Alianças e sistema de governo em Portugal, o sistema de Alianças dos Partidos Políticos Portugueses face a necessária estabilização do Executivo na perspectiva do reforço do Estado Democrático
- 478) M. Schröder i.d. Süddeutschen Zeitung v. 5.10.85; Expresso 12.10.85
- W. Herzog i.d. Frankfurter Rundschau v. 5.10.85
- 479) Barroso u. Condomines, S. 41
- 480) Fry und Raymond, S. 39
- 481) Süddeutsche Zeitung vom 18.2.86
- 482) Herzog, S. 441; Eisfeld, S. 149 ff
- 483) Thomashausen, Portugal, S. 515
- 484) Kohler, S. 72 f; Bruneau, S. 75
- 485) Eisfeld, S. 49
- 486) Barroso, Alguns elementos..., S. 10; Eisfeld, S. 158
- 487) Thomashausen, Portugal, S. 515
- 488) Thomashausen, Portugal, S. 515
- 489) PS, 4th National Congress, S. 5; Thomashausen, Portugal, S. 515
- 490) PS, 4th National Congress, S. 18
- 491) Lewis..., S. 124
- 492) Gespräch mit Dr. Dauderstädt, Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung beim Instituto de Estudos para o Desenvolvimento, 1.10.86
- 493) Herzog, S. 433; Dalma, Rován, Razumorsky, Vermehren, Ramseier, Eurokommunismus, Italien, Frankreich, Jugoslawien, Spanien, Portugal, S. 90; Thomashausen, Portugal, S. 507

- 494) Eisfeld, S. 56; Thomashausen, Portugal, S. 507
- 495) Hottinger in Kimmel, S. 248
- 496) Dalma..., S. 90; Hottinger in Kimmel, S. 248; Herzog, S. 434
- 497) Herzog, S. 434
- 498) Hottinger in Kimmel, S. 248 f; Mattée, Ulrich, Das Gewerkschafts-
system Portugals, S. 279 ff
- 499) Hottinger in Kimmel, S. 249
- 500) Hottinger in Kimmel, S. 249
- 501) Dalma..., S. 90 f; Hottinger in Kimmel, S. 249 f; Thomashausen,
Portugal, S. 507 f
- 502) Eisfeld, S. 58; Dalma..., S. 91 f; Hottinger in Kimmel, S. 250
- 503) Hottinger in Kimmel, S. 250; Herzog, S. 434; Thomashausen, Portu-
gal, S. 508
- 504) Thomashausen, Portugal, S. 508
- 505) Hottinger in Kimmel, S. 253; Thomashausen, Portugal, S. 508
- 506) Kohler, S. 95 f; Hottinger Arnold in Timmermann, Die kommunis-
tischen Parteien Südeuropas, Länderstudien und Queranalysen
- 507) Kohler, S. 97 ff; Hottinger in Timmermann, S. 214 ff
- 508) Kohler, S. 98 f; Hottinger in Timmermann, S. 217
- 509) Hottinger in Kimmel, S. 279
- 510) Fry und Raymond, S. 39
- 511) Dalma..., S. 93; Hottinger in Kimmel, S. 280
- 512) PCP, Programa e Estatutos do PCP, Documentos Políticos do PCP, S.
11, 13; Kohler, S. 100; Alvaro Cunhal, A revolução Portuguesa-
Opassado e o futuro, S. 186 ff; Herzog, S. 443
- 513) PCP, Programa..., S. 26 ff; PCP zit. in Kohler, S. 100
- 514) Herzog, S. 443
- 515) PCP, Situação Política e Perspectivas, S. 96; PCP zit. in Kohler,
S. 101

- 516) PCP, Situação Política, S. 85 ff, 92 ff
- 517) PCP, Programa..., S. 50
- 518) PCP, Situação..., S. 33 ff
- 519) Kohler, S. 102; PCP, Programa..., S. 74
- 520) Hottinger in Timmermann, S. 235
- 521) Kohler, S. 102
- 522) PCP, Estatutos, Art 38, 42
- 523) PCP, Estatutos, Art 33
- 524) PCP, Estatutos Art. 24
- 525) PCP, Estatutos Art 25
- 526) PCP, Estatutos Art 26
- 527) PCP, Estatutos Art 28
- 528) PCP, Estatutos Art 25 d, 29
- 529) Herzog, S. 442 f
- 530) Thomashausen, Portugal, S. 507; Barroso, Le Systeme..., S. 111
- 531) Eisfeld, S. 123; Kohler, S. 104
- 532) PCP, Situação..., S. 94; Eisfeld, S. 122 f; Kohler, S. 104;
Thomashausen, Portugal, S. 507; Hottinger in Timmermann, S. 236
- 533) Thomashausen, Portugal, S. 509
- 534) Barroso, Le Systeme..., S. 137
- 535) "Avante" Nr. 444, August 1972
- 536) De Azevedo, A experiência..., S. 62; Barroso, Le Systeme...,
S. 113
- 537) Auskunft vom Europabüro Frau Dr. Peus, Telgte, 8.4.87
- 538) Gaspar..., S. 5
- 539) Herzog, S. 442; Deubner, S. 23; Expresso 21.12.85
- 540) Gaspar..., S. 17, 20, 72, 75; Hottinger in Timmermann, S. 221;
Lewis und Raymond, S. 126; Expresso 21.12.85
- 541) Lewis und Raymond, S. 126, 132

- 542) Gaspar..., S. 20
- 543) PCP, Situação..., S. 46 ff; Kohler, S. 99; Herzog, S. 444
- 544) Gaspar..., S. 6
- 545) Dalma..., S. 99 ff; Herzog, S. 444
- 546) Hottinger in Kimmel, S. 279
- 547) Lewis..., S. 123
- 548) Süddeutsche Zeitung v. 18.2.1986, PCP, Situação..., S. 53
- 549) Eisfeld, S. 57; Thomashausen, Portugal, S. 504
- 550) Thomashausen, Portugal, S. 509
- 551) PSD, Datos e Factos, 6/5/74
- 552) Thomashausen, Portugal, S. 512; Eisfeld, S. 47; Barroso, Le Systeme..., S. 155
- 553) Kohler, S. 82
- 554) Kohler, S. 83
- 555) Kohler, S. 83
- 556) Kohler, S. 84
- 557) PSD, Datos e Factos, 31/10/76, 9/11/77, 28./29./1/78
- 558) PSD, Datos e Factos, 1./2./7/78
- 559) Herzog, S. 447
- 560) PSD, Datos e Factos, 2./3./10/76
- 561) PSD, Dez Congressos dez anos de vida, S. 63
- 562) PSD, Datos e Factos, 4/12/80, 13/12/80; Gespräch mit dem Vertreter der Naumann- tiftung in Lissabon, Herrn Scheitterlein, 9.10.86
- 563) PSD, Orgãos Nacional, Congresso 1-13, X Kongress, 2/83; XI Kongress, 3/84
- 564) Gespräch mit Herrn Scheitterlein, 9.10.86
- 565) Spiegel Nr. 42/85, S. 177
- 566) Kohler, S. 86
- 567) Fry..., S. 38; PSD, Programa..., S. 14 f

- 568) PPD zit.: in Eisfeld, S. 47
- 569) Herzog, S. 446; Thomashausen, Portugal, S. 512
- 570) PSD, Programa..., S. 51 ff
- 571) Sá Carneiro Francisco, Diskussion vor dem Europarat in Straßburg, 21.4.80, Archiv PSD; Sá Carneiro Francisco, Uma Constituição para os anos 80, Contributo para um Projecto de Revisão, S. 15 ff; Herzog, S. 446; Thomashausen, Portugal, S. 512; Eisfeld, S. 47 f
- 572) PSD, Programa..., S. 20 ff
- 573) Herzog, S. 446; Thomashausen, Portugal, S. 512
- 574) Gouveira, António Patrício, Posição da Comissão de relações internacionais do PSD face a Europa, S. 45 ff; PSD, Programa..., S. 27 f
- 575) Barroso, Alguns elementos..., S. 18
- 576) PSD, Estatutos Art 12
- 577) PSD, Estatutos Art 13 Nr. 2 a, d
- 578) PSD, Estatutos Art 14; Barroso, Alguns elementos..., S. 13
- 579) PSD, Estatutos Art 15
- 580) PSD, Estatutos Art 17 Nr. 1
- 581) PSD, Estatutos Art 18 Nr. 1
- 582) PSD, Estatutos Art 19
- 583) PSD, Estatutos Art 20 Nr. 1
- 584) PSD, Estatutos Art 21
- 585) PSD, Estatutos Art 23 Nr. 1 a; Barroso, Le Systeme..., S. 14
- 586) PSD, Estatutos Art 24
- 587) PSD, Estatutos Art 25 Nr. 1
- 588) PSD, Estatutos Art 25 Nr. 2
- 589) PSD, Estatutos Art 31 Nr. 1
- 590) PSD, Estatutos Art 33 Nr. 1
- 591) PSD, Estatutos Art 34 Nr. 1
- 592) PSD, Estatutos Art 35
- 593) PSD, Estatutos Art 36

- 594) PSD, Estatutos Art 37
- 595) PSD, Estatutos Art 39
- 596) PSD, Estatutos Art 40
- 597) PSD, Estatutos Art 42 Nr. 1
- 598) PSD, Estatutos Art 42 Nr. 2
- 599) PSD, Estatutos Art 47 ff, 55 ff.
- 600) Herzog, S. 445 f
- 601) Herzog, S. 445; Mattheé, S. 290; Barroso, Le Systeme..., S. 19
- 602) PSD, Datos e Factos, 13/7/74; Barroso, Alguns elementos..., S. 12;
Thomashaussen, Portugal, S. 512
- 603) PSD, Datos e Factos, 14/7/76
- 604) PSD, Dez Congressos..., S. 83; Kohler, S. 89
- 605) Gespräch mit Herrn Scheitterlein, 9.10.86
- 606) Thomashaussen, Portugal, S. 512; Barroso, Le Systeme..., S. 105 f
- 607) Gespräch mit Herrn Schneitterlein, 9.10.86; Jürgen Esser-Kahn,
Wahlen in Portugal KAS-Informationen 11/85, S. 6
- 608) Barroso, Le Systeme..., S. 133
- 609) PPD, Programa do, in Eleições 1975 - Primeiras Eleicoes Livres,
Lissabon 1975, S. 48, zit in Barroso, Le Systeme..., S. 134
- 610) Diário da Assembleia da República, Nr. 74 vom 11.2.1977
- 611) Gespräch mit Frau Ulrich, PSD, 5.10.86; De Azevedo, A experiên-
cia..., S. 62
- 612) Barroso, Alguns elementos...; Barroso u. Condomines, S. 41
- 613) Herzog, S. 445; Lewis..., S. 125; Expresso 21.12.85
- 614) Gaspar..., S. 7, 17; Barroso, Alguns elementos..., S. 18 f;
Expresso 21.12.85
- 615) Machete, S. 81
- 616) PS, Dez Congressos..., S. 48
- 617) Herzog, S. 447

- 618) Thomashausen, Portugal, S. 513
- 619) Bruneau, S. 78 f
- 620) PSD, Dez Congressos..., S. 83; Lewis, S. 123
- 621) Bruneau, S. 75; Spiegel Nr. 42/85, S. 177
- 622) Gespräch mit Herrn Esser-Kahn, Vertreter der Konrad Adenauer Stiftung in Lissabon, 8.10.86
- 623) Eisfeld, S. 149
- 624) Thomashausen, Portugal, S. 512; Eisfeld, S. 48; Barroso, Alguns elementos..., S. 10; PSD, Datos e Factos, 6/7.12.75
- 625) PSD, Datos e Factos, 4/4/79; 21/3/79
- 626) Gespräch mit J. Cordeira Pereira, Informationsdirektor des PSD, Juni 1986
- 627) Gespräch mit Herrn Oliveira, Vertreter der UGT, Juni 1986
- 628) Thomashausen, Portugal, S. 501; Fry und Raymond, S. 37 f; Lewis S. 125
- 629) Kohler, S. 89
- 630) Herzog, S. 447
- 631) Gaspar..., S. 6; Herzog, S. 448
- 632) Thomashausen, Portugal, S. 501; Herzog, S. 448
- 633) Kohler, S. 90
- 634) Gespräch mit Herrn Esser-Kahn, 8.10.86
- 635) Esser-Kahn, in "Wahlen in Portugal", KAS-Information, S. 9
- 636) Deutsche Tagespost v. 28.06.1986
- 637) siehe 634
- 638) CDS, Programa..., S. 6; Estatutos Art 2 b; Thomashausen, Portugal, S. 501
- 639) CDS, Programa..., S. 6; Herzog, S. 449
- 640) CDS, Programa..., S. 6
- 641) CDS, Programa..., S. 16, 18, 20
- 642) CDS, Programa..., S. 5

- 643) CDS, Programa, S. 5
- 644) CDS, Programa, S. 7
- 645) Clausse, S. 9
- 646) CDS, Estatutos, Art. 43
- 647) CDS, Estatutos, Art. 44 ff
- 648) CDS, Estatutos, Art. 28 ff
- 649) CDS, Estatutos, Art. 12
- 650) CDS, Estatutos, Art. 13, 20
- 651) CDS, Estatutos, Art. 57, Nr. 1-3
- 652) CDS, Estatutos, Art. 59, Nr. 2 a - c, Art. 58
- 653) CDS, Estatutos, Art. 59, Nr. 4
- 654) CDS, Estatutos, Art. 60, Nr. 1 a, g, h, i, j
- 655) CDS, Estatutos, Art. 60 Nr. 2, 3
- 656) CDS, Estatutos, Art. 61
- 657) CDS, Estatutos, Art. 64
- 658) CDS, Estatutos, Art. 65, Nr. 1
- 659) CDS, Estatutos, Art. 67 a
- 660) CDS, Estatutos, Art. 68
- 661) CDS, Estatutos, Art. 69
- 662) CDS, Estatutos, Art. 70, Nr. 1
- 663) CDS, Estatutos, Art. 71
- 664) CDS, Estatutos, Art. 77
- 665) CDS, Estatutos, Art. 79, Nr. 1
- 666) CDS, Estatutos, Art. 76, Nr. 1 a - c
- 667) CDS, Estatutos, Art. 85, Nr. 1, 2
- 668) Herzog, S. 448
- 669) Herog, S. 449; Kohler, S. 95
- 670) Thomashausen, Portugal, S. 501
- 671) Kohler, S. 94

- 672) Gespräch mit Herrn Esser-Kahn, 08.10.86; Kohler, S. 94
- 673) Gespräch mit Herrn Scheitterlein, 09.10.86
- 674) Kohler, S. 94
- 675) Kohler, S. 94 f; Barroso, Le Systeme..., S. 135
- 676) Barroso, Le Systeme..., S. 115; De Azevedo, A experiência..., S. 62
- 677) CDS, Declaração de Principios 1974, S. 9, 14, zit. in Barroso, Le Systeme..., S. 135
- 678) Auskunft Europabüro Frau Dr. Peus, Telgte, 08.04.87
- 679) Lewis..., S. 125; Herzog, S. 448
- 680) Herzog, S. 448; Lewis..., S. 133; Gaspar..., S. 72
- 681) Gaspar..., S. 72
- 682) Lewis..., S. 126; Gaspar..., S. 7, 17, 44; Expresso 21.12.85
- 683) Herzog, S. 448; Lewis..., S. 133
- 684) Herzog, S. 450; Machete, S. 81; Gespräch mit Herrn Esser-Kahn, 08.10.86
- 685) Herzog, S. 448
- 686) Expresso, 12.10.1985
- 687) Kohler, S. 90
- 688) Süddeutsche Zeitung v. 18.02.86; Lewis..., S. 123
- 689) Esser-Kahn, Wahlen in Portugal, S. 17; Gespräch mit Herrn Scheitterlein, 09.10.86
- 690) Thomashausen, Portugal, S. 502; Kohler, S. 90
- 691) Thomashausen, Portugal, S. 502; Bruneau S. 80
- 692) Gespräch mit Herrn Esser-Kahn, 08.10.1986
- 693) O Seminario 05.06.85
- 694) Gespräch mit Herrn Scheitterlein, 09.10.86

- 695) O Seminário 05.06.85
- 696) O Seminário 05.06.85
- 697) Gespräch mit Frau Dras Marques 30.09.1986; Expresso 21.12.85
- 698) Expresso 04.10.86
- 699) PRD, Programa, S. 12; O jornal 10.10.86
- 700) PRD, Declaração de Princípios, S. 2; Proposta Eleitoral, S. 10 ff
- 701) PRD, Declaração de Princípios, S. 4 ff; Programa, S. 12, 14, 17 ff
- 702) PRD, Declaração de Princípios, S. 11 f; Proposta..., S. 71 ff
Programa, S. 12, 34 f, 105 ff
- 703) PRD, Declaração..., S. 7; Proposta..., S. 50; Programa, S. 12 f;
O jornal 10.10.86
- 704) PRD, Programa, S. 39 ff
- 705) PRD, Proposta..., S. 32 f; Programa, S. 13
- 706) PRD, Declaração..., S. 15 f; Programa, S. 12; O jornal 10.10.86
- 707) PRD, Declaração..., S. 21; Programa, S. 212 f;
Proposta, S. 5, 8, 18
- 708) PRD, Programa, S. 39 ff
- 709) PRD, Programa, S. 214
- 710) Gespräch mit Frau Dras Marques 30.09.86
- 711) PRD, Estatutos Art. 24
- 712) PRD, Estatutos Art. 25, Nr. 1
- 713) PRD, Estatutos Art. 25, Nr. 2, Projecto de Alteração de
Estatutos...Nr. 11
- 714) Projecto..., Nr. 11, Art. 25 Nr. 4 a
- 715) PRD, Estatutos, Art. 25, Nr. 4 b, Projecto..., Nr. 11
- 716) PRD, Estatutos, Art. 26, Nr. 1
- 717) PRD, Estatutos, Art. 26, Nr. 2; Projecto..., Nr. 12 ff
- 718) PRD, Estatutos, Art. 27; Nr. 1
- 719) PRD, Projecto..., Nr. 17; Art. 27, Nr. 2

- 720) PRD, Estatutos Art, 28, Nr. 1
- 721) PRD, Projecto..., Nr. 20; Art. 28, Nr. 2
- 722) PRD, Estatutos, Art 33, Nr. 1, 2
- 723) PRD, Estatutos, Art. 34, Nr. 2
- 724) PRD, Estatutos, Art. 34, Nr. 3 b
- 725) PRD, Estatutos, Art. 40, 41, Nr. 1, 42, Nr. 1
- 726) PRD, Estatutos, Art. 41, Nr. 1
- 727) PRD, Estatutos, Art. 41, Nr. 2; Projecto..., Nr. 34
- 728) PRD, Estatutos, Art. 41, Nr. 3 b
- 729) PRD, Estatutos, Art. 22, Nr. 1
- 730) PRD, Estatutos, Art. 38 f
- 731) PRD, Estatutos, Art. 13, Nr. 3; Projecto..., Nr. 3;
Compromisso dos Candidatos do PRD com os eileitores, 15.09.85
- 732) Gespräch mit Frau Dras Marques 30.09.86
- 733) PRD, Programa, S. 214 f, 218 f
- 734) PRD, Programa, S. 211, 216 f
- 735) Gespräch mit Frau Dras Marques, 30.09.86
- 736) Gespräch mit Herrn Scheitterlein, 09.10.86, Expresso 12.10.85
- 737) Expresso, 21.12.85
- 738) Expresso, 02.03.85
- 739) Gespräch mit Frau Dras Marques, 30.09.86
- 740) Gespräch mit Frau Dras Marques, 30.09.86
- 741) Gespräch mit Frau Dras Marques, 30.09.86
- 742) O Seminario 05.06.1985
- 743) Expresso 02.03.85
- 744) Expresso 04.10.86
- 745) Frankfurter Rundschau vom 06.04.1987
- 746) Stuttgarter Zeitung vom 21.04.1987; Zeit vom 24.07.1987; FAZ vom
21.07.1987

- 747) Da Paz Rodrigues, Jorge, Rebocho Nuno, Para a História do
Sindicalismo Reformista Português, S. 21
- 748) Matthée, S. 277
- 749) Da Paz Rodrigues, Rebocho..., S. 21
- 750) Matthée, S. 277
- 751) Matthée, S. 277
- 752) De Oliveira zit. in Matthée, S. 277, Da Paz Rodrigues, Rebocho...,
S. 21
- 753) Matthée, S. 277 f; Da Paz Rodrigues, Rebocho..., S. 21
- 754) Eisfeld, S. 65; Da Paz Rodrigues, Rebocho..., S. 7, 21
- 755) Da Paz Rodrigues, Rebocho..., S. 6, dort zit. Dec. Lei Nr.
23050 v. 23.09.33
- 756) Matthée, S. 282
- 757) Da Paz Rodrigues, Rebocho..., S. 7
- 758) Hottinger in Kimmel, S. 258 f; Matthée, S. 282
- 759) Da Paz Rodrigues, Rebocho..., S. 21
- 760) Matthée, S. 282
- 761) Da Paz Rodrigues, Rebocho..., S. 21
- 762) Matthée, S. 283
- 763) Matthée, S. 285
- 764) Dec. Lei Nr. 213-A/75 zit. in Matthée S. 286; Hottinger in
Timmermann, S. 228 ff; Da Paz Rodrigues, Rebocho..., S. 21
- 765) Acta do Congresso Intersindical, Ano de 75, S. 16 zit. in
Matthée, S. 288
- 766) Matthée, S. 288
- 767) Matthée, S. 289 f
- 768) Matthée, S. 310 ff; Da Paz Rodrigues, Rebocho..., S. 9
- 769) Kohler, S. 107; Seabra, R. C., A organização sindical português,
S. 54 f

- 770) Art. 57 d. Verf. v. 02.04.76, übersetzt in Thomashausen, Verfassung u. Verfassungswirklichkeit, S. 384 ff
- 771) Dec. Lei Nr. 841/76, 773/76, 57/77 zit. in Kohler, S. 108; IPSD, 25 abril..., S. 27
- 772) Kohler, S. 108 f, betr. Art. 56 b, c, 59 d. Verf. v. 02.04.76
- 773) Kohler, S. 109
- 774) Eisfeld, S. 175 f; Matthée, S. 314 ff
- 775) Matthée, S. 315
- 776) Matthée, S. 317, 321
- 777) Matthée, S. 293 ff, Hottinger in Timmermann, S. 232
- 778) Matthée, S. 301
- 779) Matthée, S. 302
- 780) Da Paz Rodrigues, Rebocho..., S. 6, 9; Matthée, S. 308 f
- 781) Matthée, S. 303 ff
- 782) Matthée, S. 306
- 783) "The Economist" 14.06.80, S. 17, zit. in Matthée, S. 327
- 784) Matthée, S. 337 ff
- 785) Matthée, S. 340
- 786) Gespräch mit Herrn Oliveira, UGT, Juni 86
- 787) Da Paz Rodrigues, Rebocho..., S. 17
- 788) Gespräch mit Herrn Oliveira, UGT, Juni 86
- 789) Auskunft von Herrn Oliveira, 18.09.86
- 790) CGTP, Programa de Acção, S. 11
- 791) CGTP, Programa de Acção, S. 13 ff, 22 ff
- 792) CGTP, Programa de Acção, S. 15
- 793) CGTP, Programa de Acção, S. 19, 83 ff
- 794) CGTP, Programa de Accão, S. 29 ff
- 795) CGTP, Programa de Accao, S. 80 f
- 796) CGTP, Programa de Acçao, S. 53

- 797) CGTP, Programa de Acção, S. 26 f, 71, 89 ff
- 798) CGTP, Programa de Acção, S. 91, 151; Anti-Projectos de Teses, S. 35
- 799) Stender, Rolf, Referat auf der Tagung sozialwissenschaftlicher Forscher über Portugal, Thema: "Konsequenzen des EG-Beitritts Portugals", Oktober 1986
- 800) CGTP, Programa..., S. 62 f
- 801) CGTP, Anti-Projectos..., S. 35; Auskunft Herr Oliveira, UGT, 18.09.86
- 802) CGTP/Inter, Estatutos, Art. 10
- 803) CGTP/Inter, Estatutos, Art. 11 - 13
- 804) CGTP/Inter, Estatutos, Art. 22
- 805) CGTP/Inter, Estatutos, Art. 25 f
- 806) CGTP/Inter, Estatutos, Art. 27 Nr. 1
- 807) CGTP/Inter, Estatutos, Art. 28
- 808) CGTP/Inter, Estatutos, Art. 29
- 809) CGTP/Inter, Estatutos, Art. 30
- 810) CGTP/Inter, Estatutos, Art. 31, b, d
- 811) CGTP/Inter, Estatutos, Art. 32 Nr. 1
- 812) CGTP/Inter, Estatutos, Art. 38 f; PCP, Anti-Projectos..., S. 47
- 813) CGTP/Inter, Estatutos, Art. 40, 45 f
- 814) CGTP/Inter, Estatutos, Art. 58 f
- 815) UGT, Programa de acção, S. 3 ff, Matthée, S. 325
- 816) UGT, Programa de acção, S. 11 ff
- 817) Gespräch mit Herrn Oliveira, Juni 86, Auskunft v. 18.09.86
- 818) UGT, Programa..., S. 4
- 819) UGT, Programa..., S. 4; Gespräch mit Herrn Oliveira, Juni 86
- 820) Gespräch mit Herrn Oliveira, Juni 86
- 821) UGT, Programa, S. 17 f

- 822) Gespräch mit Herrn Oliveira, Juni 86
- 823) UGT, Estatutos, Art. 1, Nr. 3, Art. 7
- 824) UGT, Estatutos, Art. 5
- 825) UGT, Estatutos, Art. 19
- 826) UGT, Estatutos, Art. 20
- 827) UGT, Estatutos, Art. 21, Nr. 1 a, b
- 828) UGT, Estatutos, Art. 23, Nr. 1
- 829) UGT, Estatutos, Art. 28, Nr. 1, 2
- 830) UGT, Estatutos, Art. 29, Nr. a, f
- 831) UGT, Estatutos, Art. 30, Nr. 1
- 832) UGT, Estatutos, Art. 32, Nr. 1, Art. 33 a
- 833) UGT, Estatutos, Art. 34, Nr. 1, Art. 35 c
- 834) UGT, Estatutos, Art. 36, Nr. 1
- 835) UGT, Estatutos, Art. 38, Nr. 1
- 836) UGT, Estatutos, Art. 39, Nr. 1
- 837) UGT, Estatutos, Art. 56, Nr. 1
- 838) UGT, Estatutos, Art. 57, Nr. 1
- 839) UGT, Estatutos, Art. 60, Nr. 1
- 840) CAP, Informationsschrift, S. 2
- 841) Kohler, S. 113
- 842) CAP, Informationsschrift, S. 2, 4; CAP, Estatutos, Art. 2
- 843) CAP, Informationsschrift, S. 5
- 844) Kohler, S. 113 f
- 845) CAP, Informationsschrift, S. 4
- 846) CAP, Informationsschrift, S. 3; Estatutos, Art. 15
- 847) CAP, Estatutos, Art. 18 f
- 848) CAP, Estatutos, Art. 22 f
- 849) CAP, Estatutos, Art. 25, Nr. 3, Art. 26 f
- 850) CAP, Estatutos, Art. 28

- 851) Kohler, S. 114
- 852) AIP, breve história de um associação, 1860, 1886
- 853) AIP, breve história de um associação, 1889
- 854) AIP, breve história de um associação, 1923
- 855) AIP, breve história de um associação, 1928
- 856) AIP, breve história de um associação, 1932, 33
- 857) AIP, breve história..., 1949
- 858) AIP, breve história..., 1957, 1960
- 859) AIP, breve história..., 1968
- 860) AIP, breve história..., 1972
- 861) AIP, breve história..., 1978
- 862) AIP, Informationsschrift, S. 6; Estatutos, Art. 3
- 863) AIP, Informationsschrift, S. 18
- 864) AIP, Informationsschrift, S. 18, 20
- 865) AIP, Estatutos, Art. 15
- 866) AIP, Estatutos, Art. 16 Nr. 1; Regulamento Eleitoral,
Art. 2 Nr. 1
- 867) AIP, Estatutos, Art. 6, Nr. 2; Art 18. Nr 1
- 868) AIP, Estatutos, Art. 19, Nr. 1
- 869) AIP, Estatutos, Art. 20, Nr. 1 b
- 870) AIP, Estatutos, Art. 21, Nr. 1
- 871) AIP, Estatutos, Art. 25, Nr. 1, 2 b
- 872) AIP, Estatutos, Art. 24, Nr. 1
- 873) AIP, Estatutos, Art. 27
- 874) AIP, Estatutos, Art. 29, Nr, 1
- 875) AIP, Estatutos, Art. 31
- 876) AIP, Estatutos, Art. 33, 34, Nr. 2
- 877) AIP, Estatutos, Art. 35, 37, 39
- 878) AIP, Relatório da Direcção e parecer do conselho fiscal, S. 18

- 879) AIP, Tomadas de posição da AIP face a integração de Portugal na CEE, S. 1 ff
- 880) Kohler, S. 114
- 881) CIP, Relatório 1985, S. 3
- 882) CIP, Estatutos, Art. 1, Nr. 2 Art 4, Nr. 1 c
- 883) CIP, Estatutos, Art. 4, Nr. 1 d, e
- 883) CIP, Estatutos, Art. 4, Nr. 1 h
- 885) CIP, Relatório 1985, S. 4
- 886) CIP, Relatório 1985, S. 4 ff; 25
- 887) CIP, Tomadas de posição da CIP sobre a Integração de Portugal na Comunidade Europeia 1974-1984, S. 1 ff; O ponto de vista da CIP sobre a Integração Europeia, S. 129 ff
- 888) CIP, Estatutos, Art. 5, Nr. 1
- 889) CIP, Estatutos, Art. 15
- 890) CIP, Estatutos, Art. 14
- 891) CIP, Estatutos, Art. 16, Nr. 1
- 892) CIP, Estatutos, Art. 18, Nr. 1
- 893) CIP, Estatutos, Art. 19, Nr. a, b, c
- 894) CIP, Estatutos, Art. 20, Nr. 1
- 895) CIP, Estatutos, Art. 22
- 896) CIP, Estatutos, Art. 23 Nr. 1
- 897) CIP, Estatutos, Art. 24, Nr. a - c
- 898) CIP, Estatutos, Art. 26
- 899) CIP, Estatutos, Art. 28, Nr. 1
- 900) CIP, Estatutos, Art. 29 f
- 901) Miranda, Jorge, Manual de Direito Constitucional, Band I, Preliminares a Experiência Constitucional, S. 222 f.
- 902) Nohlen, Dieter, Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, S. 1011; Pölitz, Karl Heinrich Ludwig, Die europäischen Verfassungen seit dem Jahre 1789 bis auf die neueste Zeit, S. 298 ff.

- 903) abgedruckt in Pölitz, S. 299 ff.
- 904) Miranda, Band I, S. 230
- 905) Nohlen, S. 1011; Pölitz, S. 298
- 906) Miranda, Band I, S. 240 f.
- 907) abgedruckt in Pölitz, S. 263 ff.
- 908) abgedruckt in Le Duguit, Monnier H., Bonnard R., Les Constitutions et les principales Lois Politiques de la France depuis 1789, S. 1 ff. (1791) ; S. 73 ff. (1795); Franz Günther, Staatsverfassungen, Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung, 1950, S. 286 ff. (1791); Dareste, F. R., P., Les Constitutions Modernes, Recueil des Constitutions en Vigueur dans les Divers Etats D'Europe, D'Amerique et du Monde Civilisé, I, 1891, S. 637 ff., insbesondere S. 639 ff.; Pölitz, S. 298; Miranda, Band I, S. 241
- 909) Carvalho dos Santos, Maria Helena, A maior felicidade do maior número, Bentham e a Constituição Portuguesa de 1822, in O Liberalismo na Peninsula Iberica na primeira metade do século XIX, Lissabon 1982, S. 92, 95 ff., zitiert in Miranda, Band I, S. 241
- 910) Miranda, Band I, S. 241
- 911) Miranda, Band I, S. 242
- 912) z.B. Art. 2, 19
- 913) Art. 226 ff.; anders zitiert in Miranda, Band I, S. 243 (Art. 237 ff.)
- 914) Art. 32; anders zitiert in Miranda, Band I, S. 244, Art. 33
- 915) Art. 21 Nr. 7, 37; anders zitiert in Miranda, Band I, S. 244, Art. 21 Nr. 4, Art. 35 Nr. 7, 37
- 916) Art. 29, 26, 27
- 917) Art. 31 ff., 99 ff., 118 ff.; 111, 107
- 918) abgedruckt in Pölitz, S. 323 ff.; Änderungen in Dareste, 3. Aufl., Band 1, 1910, S. 714 ff., S. 739 ff. (1852), S. 743 ff. (1878), S. 747 ff. (1885), S. 749 ff. (1896); Grabowski Georg, Text der Verfassung vom 29.04.1926; in Posener, Paul, Die Staatsver-

fassungen des Erdballes, S. 761 ff. (1885)

919) Miranda, Band I, S. 247

920) Nohlen, S. 1012; Miranda, Band I, S. 248

921) Miranda, Band I, S. 248 f.; dort zit. Art. 5, 11, 12 der bras.
Verfassung von 1824, Art. 14 Carta, 13, 58

922) Verfassung vom 06.04.1814, abgedruckt in Duguít, Monnier..., S.
164 ff.; Nohlen, S. 1012; Miranda, Band I, S. 249

923) Miranda, Band I, S. 249

924) Art. 145 §§ 2, 5, 23, 24, 30, 4; Miranda, Band I, S. 250;
Art. 16 d. Änderung von 1852

925) Nr. 1, 3, 4, 5, Art. 71

926) Art. 102; Miranda, Band I, S. 251

927) Art. 14, 39 f. 63 ff.

928) Art. 12

929) Miranda, Band I, S. 252

930) Miranda, Band I, S. 252

931) Art. 4 ff.

932) Art. 10

933) Art. 14 f.

934) Dareste. 1910, S. 749, Rdnr. 2

935) Art. 7; Miranda, Band I, S. 255

936) Art. 2, 9; Miranda, Band I, S. 255

937) Art. 10

938) Art. 1, Art. 6 § 1, Art. 6 § 7

939) Art. 5

940) Art. 6 § 2

941) Quellenangabe im Verfassungsregister, Teil II, Europa, Heft XIX,
Dokumente: Herausgeber: Forschungsstelle für Völkerrecht und aus-
ländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Institut
für öffentliches Recht der Universität Kiel, Institut für
Völkerrecht der Universität Göttingen, Prof. Dr. E. Menzel, Dr. F.
Groh, Dr. H. Hecker "Portugal"

- 942) Miranda; Band I, S. 256 f.
- 943) Miranda; Band I, S. 257; Carte Constitutionnelle vom 14.08.1830, abgedruckt in Duguit, S. 194 ff.; Belg. Verfassung vom 07.02.1831 in Brorsen W., Die Verfassungen der Erde in deutscher Sprache nach dem jeweils neuesten Stande, 1950, S. 1 ff.
- 944) Miranda; Band I, S. 257
- 945) Miranda; Band I, S. 258
- 946) Art. 1 ff., 14, 25; zit. in Miranda, Band I, S. 258
- 947) Art. 71, 77; zit. in Miranda, Band I, S. 259; Nohlen, S. 1013 f.
- 948) Art. 81 Nr. 3 § 1; zit. in Miranda, Band I, S. 259
- 949) Miranda; Band I, S. 259
- 950) abgedruckt: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts Bd. VII, 1913, S. 441; Dareste, 4. Aufl. Bd. II, 1929, S. 328 (1911); Bd. III, 1931, S. 218 (1921)
- 951) Miranda; Band I, S. 260
- 952) Schweizer Verf. von 1874 in Franz, 1964, S. 584 ff.; brasilianische Verf., G.A. Bogeng und Abrahão Ribeiro; in Posener, 1909, S. 1022 ff.
- 953) Art. 89 Schweizer Verf.; Art. 60 b, 72 § 22, 78, 34, 36, 37, 34 Nr. 21; brasilianische Verf. Miranda, Band I, S. 261 f.
- 954) Miranda; Band I, S. 262; Nohlen, S. 1020
- 955) Miranda; Band I, S. 262; Strupp Karl, Die portugiesische Verfassung vom 21.08.1911; S. 436 ff.
- 956) Art. 3 Nr. 3
- 957) Art. 3 Nr. 4; 6; 7, 8; 9; 10; 12, 22 f, 27, 31
- 958) Art. 3 Nr. 11
- 959) Art. 8 § 1; Nohlen, S. 1020
- 960) Art. 6; Miranda, Band I, S. 264
- 961) Art. 7
- 962) Art. 23
- 963) Art. 25

- 964) Art. 36
- 965) Art. 38, 46, 26 Nr. 20
- 966) Art. 31
- 967) Art. 53, 49 ff.
- 968) Art. 63; Miranda, Band I, S. 265 f.; Moreira Cardoso da Costa, José Manuel, Die Verfassungsgerichtsbarkeit in Portugal, S. 283
- 969) Lei 635 vom 28.09.1916 zit. in Miranda, Band I, S. 266; Dareste, 4. Auflage, Band II, 1929, S. 218 ff.; Art. 59 § 1
- 970) Leis 854, 891, 1005, 1154 vom 20.08.1919, 22.09.1919, 07.08.1920, 27.04.1921, zit. in Miranda, Band I, S. 266 f.
- 971) Leis 854, 891, 1005; Dareste, 4. Auflage, Band II, 1929; Art. 47 Lei 854
- 972) Decreto 3997 vom 30.03.1918, zit. in Miranda, Band I, S. 267; Art. 3 - 5, 2
- 973) Art. 116, 122 f., zit. in Miranda, Band I, S. 267 f.
- 974) Lei 833 vom 16.12.1918 zit. in Miranda, Band I, S. 268; Art. 116 und 221 wurden aufgehoben.
- 975) abgedruckt in: Caetano Marcelo, A Constituição de 1933, Estudo de Direito Político, S. 1 ff.; Staatssekretariat für Information und Tourismus, Verfassung der portugiesischen Republik, S. 9 ff; Dennewitz Bodo, Die Verfassungen der modernen Staaten, Band III, 1948, S. 190 (Auszug); Peaslee Amos J., Constitutions of Nations 1950, Band 3, S. 4 ff., 1968, S. 728 ff. (Änderungen bis 1959); Mayer-Tasch, 1966, S. 424 ff. (Fassung v. 1961), 1975, S. 497 ff. (Fassung v. 1971); Mirkine Guetzévitch Boris, Les Constitutions Européennes, 1951, S. 612 ff.
- 976) Dareste, 4. Auflage, Band III, 1931, S. 323 ff. (Texte); Miranda, Band I, S. 268 f.
- 977) Decreto 20643, zit. in Miranda, Band I, S. 270; Nohlen, S. 1022
- 978) Miranda, Band I, S. 270
- 979) Decreto 22229 vom 21.02.1933, zit. in Miranda, Band I, S. 271;

Nohlen, S. 1022

- 980) Miranda, Band I, S. 272; Fossati Eraldo, Korporative Wirtschaftstheorie mit Beiträgen von Mussolini u.a., S. 1 ff.; Ermarth Fritz, Mussolini, Eine verfassungsrechtliche Studie über die Regierung Italiens, S. 3 ff.; Bernhard Ludwig, Der Staatsgedanke des Faschismus, S. 25 ff.; Eschmann Ernst Wilhelm, Der faschistische Staat in Italien, S. 59 ff
- 981) Miranda, Band I, S. 272 f.
- 982) Manuel Braga da Cruz, zit. in Miranda, Band I, S. 274 sowie Miranda selbst a.a.O.
- 983) Art. 8, abgedruckt in Mayer-Tasch, 1975, S. 497 ff.; Art. 4, 6 Nr. 1; Miranda, Band I, S. 276
- 984) Art. 4
- 985) Art. 13, 42 f., 8 Nr. 1 A, 37, 35
- 986) Miranda, Band I, S. 277
- 987) Art. 29 ff.
- 988) Art. 6 Nr. 2
- 989) Dec Lei 23048 vom 23.09.1933, zit. in Miranda, Band I, S. 280
- 990= Art. 71, die Regierung nur bis 1959
- 991) Art. 72, 81 Nr. 1, 4, 6, 7, Art. 98
- 992) Art. 82 § 1
- 993) Art. 85
- 994) Art. 91 Nr. 1 - 3
- 995) Art. 91 Nr. 7, 8
- 996) Art. 91 Nr. 12
- 997) Art. 107 f.
- 998) Art. 108
- 999) Art. 109
- 1000) Art. 83 f., 102 ff.
- 1001) Art. 92 f.

- 1002) Art. 109 Nr. 4 § 3, 4
- 1003) Miranda, Band I, S. 285; Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit, S. 40 und darin zit. Caetano, Manual I de Ciencia Politica e Direito Constitucional, S. 370 f.
- 1004) Leis 1885, 1910, 1945, 1963, 1966 vom 23.03.1935 und 23.05.1935, 21.12.1936, 18.12.1937, 23.04.1938; Lei 2009 vom 17.09.1945, Lei 2048 vom 11.06.1951, zit. in Miranda, Band I, S. 286 ff. und derselbe dort
- 1005) Lei 2100 vom 29.08.1959, zit. in Miranda, Band I, S. 290; Nohlen, S. 1026
- 1006) Lei 3/71 vom 16.08.1971, zit. in Miranda, Band I, S. 291 und Miranda, Band I, S. 287
- 1007) Art. 109; Miranda, Band I, S. 288
- 1008) Miranda, Band I, S. 288 f.
- 1009) Art. 109; Miranda, Band I, S. 289
- 1010) Titel VII, Art. 8 Nr. 1 A, 7, Art. 72, 91; Miranda, Band I, S. 289 f.
- 1011) Art. 72; Miranda, Band I, S. 290
- 1012) Miranda, Band I, S. 291 f.
- 1013) De Mello Fernando Ribeiro, Dossier 2 A Republica, Leis Constitucionais, Legislação Ordinaria, Discursos Oficiais, Acordos, Notas Oficiosas, Comunicadas, Proclamações, Decisões, Lei Nr. 1/74 vom 25.04.1974, S. 187 ff., Art. 1; Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit, S. 66
- 1014) De Mello, Dossier..., Dec. Lei 169/74 vom 25.04.1974, Art. 1, S. 247; Dec. Lei 170/74 vom 25.04.1974, Art. 1, A. 188; Dec. Lei 171/74 Art. 1 ff., vom 25.04.1974, S. 189 f.; Dec. Lei 172/74 vom 25.04.1974, S. 190 f.
- 1015) MFA-Programm, De Mello, Dossier..., S. 202 ff.; Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit, S. 350 ff.
- 1016) De Mello, Dossier..., Lei 3/74 vom 14.05.1974, S. 193 ff.; Tho-

- mashausen, Verfassung- und Verfassungswirklichkeit..., S. 343 ff,
Art. 1 Nr. 1
- 1017) Miranda, Band I, S. 301; Miranda, "A Revolução", S. 26 f. zit. in
Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 67
- 1018) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 68 f
- 1019) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 69 f
- 1020) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 82 f
- 1021) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 67 ff
- 1022) De Mello, Dossier..., S. 193 ff
- 1023) Präambel Lei 3/74
- 1024) Art. 1 Nr. 1
- 1025) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 83 f
- 1026) De Mello, Dossier..., S. 219 ff; Thomashausen, Verfassung und
Verfassungswirklichkeit..., S. 354 ff
- 1027) Art. 2 Nr. 2, Art. 4 Nr. 1
- 1028) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 92
- 1029) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 92
- 1030) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 97 f,
dort zit. Dec. Lei Nr. 281/74 vom 25.06.74
- 1031) De Mello, Dossier..., Lei 5/75, S. 230 ff; Thomashausen,
Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 356
- 1032) De Mello, Dossier..., Lei 6/75 v. 26.03.75, S. 241 ff;
Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 113
- 1033) De Mello, Dossier, Dec. Lei 184-A/75 v. 3.4., S. 234;
Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 358 f
- 1034) Berichtigung zu Art. 2 und 6 des Lei 5/75 abg. in Thomashausen,
Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 357 f
- 1035) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 114 f
- 1036) Bruneau in Pridham, S. 74

- 1037) Hermens, Ferdinand A., Köppinger, Peter-Hugo, Von der Diktatur zur Demokratie: Das Beispiel Spaniens und Portugals in Verfassung und Verfassungswirklichkeit, S. 24 f, 27
- 1038) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 133
- 1039) De Mello, Dossier..., Plataforma Constitucional Partidos-MFA, S. 235 ff; Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit ..., Text S. 359 ff, S. 116; Miranda, Band I, S. 316 f
- 1040) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 116
- 1041) Text abgedruckt in Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 377 ff; Miranda, Band I, S. 321
- 1042) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 193
- 1043) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit:..., S. 184
- 1044) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 185
- 1045) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 202 mit weiteren Literaturangaben; Lopes Pedro Santana, Barroso Jose Durão, Sistema de Governo e Sistema Partidario, S. 22; Schmidt, Gerhard, Die portugiesische Verfassung von 1976, S. 208; Canotilho, Gomes, Ferreira da Silva Jaime, Die portugiesische Verfassung und ihre Revision, S. 438
- 1046) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 203
- 1047) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 205
- 1048) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 209
- 1049) Miranda, Jorge, Manual de Direito Constitucional, Band II, Introdução a Teoria da Constituição, S. 77 f; Da Silva Campos, Carlos, O Conselho da Revolução-Órgão Transitório da Constituição política da 1976, S. 56, 58
- 1050) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 183
- 1051) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 186
- 1052) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 179

- 1053) Verfassung der Republik Portugal vom 02.04.76, übersetzt und abgedruckt in Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 384 ff; Flanz, Gisbert H., Constitutions of the Countries of the world, Portugal 1978 - 1983
- 1054) Canotilho u. Ferreira da Silva, S. 439
- 1055) so auch Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 181
- 1056) Miranda, Band I, S. 327; Canotilho, Ferreira da Silva, S. 438; Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 181 f
- 1057) Art. 9 ff, 46 der Verf., abgedruckt in Mampel, Siegfried, Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, S. 3 ff; Roggemann, Herwig, Die DDR-Verfassungen, S. 113 ff
- 1058) Art. 70 II, 110 f der Verf. abgedruckt in Mayer-Tasch, 1966, S. 561 ff
- 1059) Verfassung der italienischen Republik v. 27.12.47 in Brorsen, W., Die Verfassungen der Erde in deutscher Sprache nach dem jeweils neuesten Stande, S. 1 ff, 1. Lieferung; in Mayer-Tasch, 1975; S. 314 ff, zul. geändert 22.11.67, siehe insbes. Art. 49 (Parteien), Art. 114 ff (autonome Regionen) und Art. 104 ff (Oberster Rat der Verfaßten Richterschaft)
- Französische Verfassung vom 28.09.1958, zul. geändert am 31.12.63 in Mayer-Tasch, 1975, S. 190 ff, Art. 4 (Parteien), Art. 56 ff (Verfassungsrat), Art. 61 ff (Präventive Verfassungskontrolle)
- Constitution of Yugoslavia v. 17.04.63, in Peaslee, Amos J., Constiutions of Nations, S. 1245 ff, 3. Auflage, Art. 145 ff zur Rolle der Opposition in Großbritannien, Harvey, J., Bather L., The British Constitution, S. 125 ff; Jennings, Ivor, The British Constitution, S. 86 ff,
- zu den übrigen und generell, Miranda, Band I, S. 327;

- Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 181 f
- 1060) Französische Verf., s.o., und Franz, 1964, S. 452 ff;
 Österr. Verf. v. 10.11.1920 in Mayer-Tasch, 1975, S. 425 ff;
 Finn. Verf. v. 17.07.1919 in Mayer-Tasch, 1975, S. 140 ff;
 Weimarer Ver. v. 11.08.1919 in Franz, 1964, S. 191 ff;
 Isländ. Verf. v. 17.06.1944, Mayer-Tasch, 1975, S. 300 ff;
 Lopes und Barroso, sistema de Governo..., S. 24
 Miranda und Thomashausen siehe 1059)
- 1061) z.B.: Art. 185 II, 273 IV, 73 II, 81 n, 89 I, 96, 55 I, 80
- 1062) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 215
- 1063) Art. 3 IV, 115, 185 II, 273 IV
- 1064) Miranda, Band I, S. 335
- 1065) Miranda, Band I, S. 336
- 1066) Eisfeld, S. 29 ff
- 1067) h. M.: Morais, Isaltino, Ferreira de Almeida José Mario, Leite
 Pinto Ricardo L., Constituição República Portuguesa Art. 62 V, S.
 128 mit weiteren Nachweisen
- 1068) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 228
- 1069) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit...,
 S. 228 ff
- 1070) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 229
- 1071) Art. 46, Lei 68/78 zit. in Thomashausen, Verfassung und
 Verfassungswirklichkeit..., S. 231
- 1072) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 231
- 1073) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 232
- 1074) Lei 46/77, Art. 4 zit. in Thomashausen, Verfassung und
 Verfassungswirklichkeit..., S. 233
- 1075) Eisfeld, S. 166; Thomashausen, Verfassung und Verfassungs-
 wirklichkeit..., S. 233 f

- 1076) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 243
- 1077) Lei 76/77 u. 77/77 v. 29.09.77 zit. in Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 245
- 1078) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 246 f
- 1079) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 249
- 1080) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 410, Anm. 13
- 1081) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 254
- 1082) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 251 f, dort zit. Art. 17
- 1083) Miranda, Band I, S. 348; Eisfeld, S. 161 f
- 1084) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 254 f
- 1085) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 255, dort zit. Art.: 2
- 1086) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 255, dort zit. Art. 8
- 1087) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 255 f
- 1088) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 256
- 1089) Thomashausen, Tarifautonomie, Tarifvertragsrecht und Gewerkschaftsfreiheit, unmittelbare Geltungskraft sozialer Grundrechte, S. 454
- 1090) Miranda, Band I, S. 348; Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 260 ff
- 1091) Art.: 48 II, 124, 150 ff, 233 II, 241 II, 252
- 1092) Art.: 73 II, 185 II, 273 IV; Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 222
- 1093) Art.: 2, 3 III, 9 b
- 1094) Miranda, Band I, S. 333

- 1095) Art. 37, 38, 41, 42, 43, 39, 40
- 1096) Art. 3 III, 10 I, 46, 47
- 1097) Art. 3 III, 47 I, 117, 190 I, 233 IV
- 1098) Zur Rolle Ministerpräsidenten siehe Miranda, Jorge, A Posição Constitucional do Primeiro Ministro in Democracia e Liberdade, Heft 33, S. 7 ff, Lissabon 1984
- 1099) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 276
- 1100) Miranda, O Sistema Semipresidencial Português entre 1976 e 1979, S. 200
- 1101) Barroso, Le systeme politique..., S. 88, 94; Lopes u. Barroso, Sistema de Governo..., S. 30 ff; Miranda, O Sistema..., S. 200 ff; Morais, de Almeida, Pinto, O Sistema de Governo Semipresidencial, O caso Português, S. 84
- 1102) a.A.: Vital Moreira u. Gomes Canotilho, Constituição da República Portuguesa Anotada, Coimbra 1978, S. 257 ff, zit. in Barroso, Le Systeme..., S. 90, Caetano, Constituições Portuguesas, S. 148 f
- 1103) zur Rolle des Revolutionsrates siehe: da Silva, S. 53 ff
- 1104) dieselben, S. 78; O Sistema de Governo Semipresidencial
- 1105) Miranda, Band II, S. 32
- 1106) Miranda, Band I, S. 329; Schmid, S. 210
- 1107) Thomashausen, Der Freiheitsbegriff, die Grundrechte und der Grundrechtsschutz in der neuen portugiesischen Verfassung vom 02.04.1976, S. 4, 8
- 1108) Miranda, Band II, S. 33
- 1109) Thomashausen, Der Freiheitsbegriff..., S. 5
- 1110) Thomashausen, Der Freiheitsbegriff..., S. 6 f
- 1111) Vgl. zu diesem Bereich auch: Jorge Morais Barbosa, Educação, Ensino e Cultura na Constituição de 76, Democracia e Liberdade,

Heft 15, S. 84 ff

- 1112) Miranda, Band I, S. 329 ff
- 1113) Miranda, Band I, S. 345
- 1114) Miranda, Band II, S. 334 f
- 1115) Miranda, Band I, S. 345
- 1116) Miranda, Band II, S. 338 und ders. Sobre a Previsível Criação de um Tribunal Constitucional, S. 75; Moreira Cardoso da Costa, S. 284 kritisch dazu
- 1117) Ferreira de Almeida, José Mário, A Justiça Constitucional em Portugal, Notas para um Estudo, S. 43 mit weiteren Nachweisen; Bsp.: Internationale Vereinbarungen, die durch Resolutionen des Revolutionsrates angenommen werden
- 1118) Art. 51 V Lei 28/82, abgedruckt in Starck, Christian, Weber Albrecht, Hrsg., Verfassungsgerichtsbarkeit in Westeuropa, Teilband II, Dokumentationen, Art. 281 der Verfassung
- 1119) Miranda, Band I, S. 348
- 1120) Ferreira de Almeida, S. 50
- 1121) Ferreira de Almeida, S. 50 f; Miranda, Band II, S. 394 f; Art. 279
- 1122) Miranda, Band I, S. 346; Moreira Cardoso da Costa, S. 284
- 1123) Miranda, Band I, S. 346
- 1124) Thomashausen, Tarifautonomie..., S. 454
- 1125) Thomashausen, Der Freiheitsbegriff..., S. 5 mit Gesetzesangabe
- 1126) Miehsler, Herbert, und Petzold, Herbert, Hrsg., European Convention of Human Rights, EMRK, Texts and Documents, Band I, S. 54 ff., bes. S. 67 ff; Lei 65/78 v. 13.10.78 zit. in Gonçalves Pereira, Andre, Teoria e Alcance do Direito Internacional Europeu, S. 37
- 1127) Herlander Duarte, A Revisão Constitucional e a Perspectiva

Económica, S. 92 ff

- 1128) Instituto Progresso Social e Democracia, Coloquio sobre a Revisão Constitucional; Cadernos Seminarios 4; Democracia e Liberdade, A Revisão Constitucional, Heft 15, 16, Lissabon 1980
- 1129) Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit..., S. 325 f mit weiteren Nachweisen; Sá Carneiro, Francisco, Uma Constituição para os Anos 80, Contributo para um Projecto de Revisão, S. 18; Miranda, Band I, S. 352 f
- 1130) Judice, Jose Miguel, Painel sobre a Constituição in Democracia e Liberdade, Heft 16, S. 28 f; Rebelo de Sousa, Marcelo, in D. e. L., H. 16, S. 29 ff; Ribeiro e Castro, Jose, Para a Constituição de 1981, in D. e. L., Heft 16, S. 40 ff; Rodrigues Queiro, Alfonso, Da Licidade de uma Reforma da Constituição, in D. e. L., Heft 15, S. 14 ff, bes. S. 34; Bigotte Choraó, Mário Emílio, Perspectiva Jusnaturalista da Revisão Constitucional, in D. e. L., Heft 15, S. 38 ff
Miranda, Band I, S. 349 ff.; CIP, O Ponto de Vista da CIP sobre a Revisão Constitucional
- 1131) Miranda, Jorge, L' expérience constitutionnelle portugaise, S. 66
- 1132) Azevedo de, Amândio, Primeira Revisão da Constituição de 1976 S. 6 ff
- 1133) Miranda, Band I, S. 354
- 1134) Miranda, Band I, S. 354 f
- 1135) abgedruckt in: Thomashausen, André, Die revidierte Verfassung der Republik Portugal von 1976 - Eine Einführung -, S. 446 ff; Flanz, S. 1 ff
- 1136) Moraes, de Almeida, Pinto, O sistema..., S. 93 f
- 1137) Moraes, de Almeida, Pinto, Constituição anotada S, 275

- 1138) wie bisher: Miranda, Band I, S. 361 ff
eher parlamentarisch: Bruneau in Pridham, S. 80; Rebelo
de Sousa, O Sistema de Governo Português antes e depois da
Revisão Constitucional, Lissabon 1983 zit. in Bruneau, S. 80;
Morais, de Almeida, Pinto, O Sistema de Governo..., S. 91 ff
- 1139) Moraes, de Almeida, Pinto., Constituição anotada, S. 548
- 1140) Miranda, Band II, S. 341; Lei 15/79 vom 19.05.79, dort zit.
- 1141) Art. 3, 86 ff des Lei 28/82 abgedruckt in Starck, Weber,
S. 3 ff
- 1142) Art. 21 des Lei 28/82
- 1143) Moraes, de Almeida, Pinto, A Constituição..., S. 547 f;
Thomashausen, Die revidierte Verfassung..., S. 444
- 1144) Miranda, Band II, S. 341; Ferreira de Almeida, S. 53 f
- 1145) Art. 51 V, Lei 28/82
- 1146) Miranda, Band II, S. 369 ff; Ferreira de Almeida, S. 56
- 1147) Ferreira de Almeida, S. 62
- 1148) Ferreira de Almeida, S. 59
- 1149) Moraes, de Almeida, Pinto, A Constituição..., S. 536, dort zit.
Lei 15/79 v. 19.05.79
- 1150) Miranda, Jorge, Manual de Direito Constitucional, Band III,
Estrutura Constitucional do Estado, S. 164
- 1151) Moraes, de Almeida, Pinto, A Constituição..., S. 30; Mota de
Campos, João, As Relações da Ordem Jurídica Portuguesa com o
Direito Internacional e o Direito Comunitario a Luz da Revisão
Constitucional de 1982, S. 23 ff
- 1152) Mota de Campos, S. 25, 366; Moraes, de Almeida, Pinto,
A Constituição..., S. 30
- 1153) Mota de Campos, S. 381 ff; Gonçalves, O Jornal 17.07.81

- 1154) Mota de Campos, S. 366 ff, 81 ff
- 1155) Barroso, Le Systeme..., S. 227, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion Information, Außenbeziehungen, Nr. 133/76, in Hasenpflug, Hajo, Kohler Beate, Die Süderweiterung der EG, Wende oder Ende der Integration, S. 269
- 1156) Barroso, Le Systeme..., S. 227
- 1157) Cardo, Armenio, Portugal e o Mercado Comum depois do 25 de Abril, S. 15
- 1158) Barroso, Le Systeme..., S. 228; Cardo, S. 15
- 1159) Kommission der EG, Generaldirektion Information, Auswärtige Beziehungen, Portugal und die EG, 58/82, S. 2; Abkommen: Abl EG L 301/165/72 vom 31.12.
- 1160) Universidad Autonoma de Madrid e Faculdade Ciências Sociais e Humanas da Universidade Nova de Lisboa, S. 19 f
- 1161) Barroso, Le Systeme..., S. 228
- 1162) Universidad Madrid e Lisboa, S. 20; Cardo, S. 55
- 1163) Barroso, Le Systeme..., S. 229
- 1164) Cardo, S. 56
- 1165) Bulletin der EG 10-1975, S. 67 f
- 1166) Soares, Mario, Discursos proferidos pelo Presidente da Republica, General Ramalho Eanes e pelo Dr. Mário Soares na Posse do Primeiro Governo Constitucional
- 1167) Abl der EG L 274 v. 29.09.78, S. 1 ff
- 1168) Abl der EG L 274 v. 29.09.78, S. 8 ff
- 1169) Abl der EG L 274 v. 29.09.78, S. 1 ff
- 1170) Abl der EG L 297 v. 24.10.78, S. 11
- 1171) Bulletin der EG 3-1977, S. 8, 1.1.4., Barroso, Le Systeme..., S. 229
- 1172) De Azevedo, J. Candido, Portugal, Europa face a o Mercado Comum, S. 91

- 1173) Kommission der EG, Europa Informationen, Auswärtige Beziehungen, 58/82, S. 3
- 1174) Soares zit. in Bulletin der EG 3-77, S. 8, 1.1.4
- 1175) Soares, Mario, Stellungnahme des portugiesischen Ministerpräsidenten zum Gesuch Portugals um Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften, S. 529
- 1176) Soares, Stellungnahme..., S. 530 f
- 1177) Diário da Assembleia da Republica Nr. 88, 19.03.77
- 1178) Lopes, Ernani Rodrigues, Desenvolvimento económico e social e integração europeia. Dois desafios para a decade de 80, S. 40 f
- 1179) Gespräch mit Herrn Sa Carneiro jr. am 01.10.86
- 1180) Grohs, Cadete, Noelke, S. 110; Wallace, William, Edwards Geoffrey, Tsou lakis Loukas, Eine Gemeinschaft der Zwölf 'Die EG und ihre Erweiterung nach Süden', S. 640
- 1181) Soares im Beitrittsantrag, zit. in de Athayde de Tavares, Maria do Ceu, Cardoso Mota António Jose, de Quadros Fausto, Porque vamos entrar para a CEE, S. 25
- 1182) Lopes, Desenvolvimento..., S. 45
- 1183) Lopes, Desenvolvimento..., S. 45; De Athayde de Tavares, Cardoso Mota, de Quadros S. 45 f
- 1184) De Athayde de Tavares, Cardoso Mota, de Quadros, S. 61 f
- 1185) Bulletin der EG 3-1977, 1.1.1.-1.1.7
- 1186) Kommission der EG, Europa Information, Auswärtige Beziehungen 58/82, S. 3
- 1187) Bulletin der EG, 5-1978, 1.1.2 ff; Beilage zum Bulletin, 5-1978
- 1188) Kommission der EG, Bulletin 5-78, 1.1.3
- 1189) Kommission der EG, Bulletin 5-78, 1.1.4.-1.1.5
- 1190) Kommission der EG, Stellungnahme zum Beitrittsantrag, Beilage zum Bulletin 5-78

- 1191) Rat zit. in Bulletin 5-78, 1.1.6
- 1192) Wirtschafts- und Sozialausschuß, Stellungnahme zu den Anträgen auf Aufnahme Griechenlands, Portugals und Spaniens in die EG, ABl der EG C 247/24 v. 01.10.79
- 1193) ABl C 39 v. 12.02.79
- 1194) De Athayde de Tavares, Cardoso Mota, de Quadros, S. 26; Neue Züricher Zeitung v. 08.04.85
- 1195) Lopes, Desenvolvimento..., S. 44
- 1196) Kommission der EG, Presse- und Informationsbüro, Die EG, Informationen und Argumente, S. 31
- 1197) Kommission der EG, Generaldirektion Information, Auswärtige Beziehungen, Portugal und die EG, 58/82, S. 6
- 1198) VO (EWG) Nr. 3066/79 des Rates v. 28.12.79, ABl L 348 v. 31.12.79; ABl L 367/80 v. 31.12.80, S. 88
- 1199) Kommission, Generaldirektion Information, Auswärtige Beziehungen, Portugal und die EG, 58/82, S. 5
- 1200) VO des Rates Nr. 3323/80 v. 18.12.80, ABl. L 349, S. 1 ff
- 1201) Abkommen siehe 1200) Schreiben Nr. 1
- 1202) Dauderstädt, S. 5; EIB Informationen Nr. 45, Juli 85, S. 5; Bulletin der EG, 10-83, S. 62; ABl. L 333/84 v. 21.12.84 VO des Rates Nr. 3598/84 v. 18.12.84
- 1203) Kommission, Generaldirektion Information, Auswärtige Beziehungen, Portugal und die EG, 58/82, S. 6; Lopes, Ernani Rodrigues, A adesao de Portugal às Comunidades Europeias, Aspectos politicos da situação actual, S. 13
- 1204) Lopes, A adesão..., S. 14
- 1205) Ministerio das Financas e do Plano, CIE/SIE, S. 13; Kommission, Generaldirektion Information, Stichwort Europa, Die EG vor einer erneuten Erweiterung, 17/83, S. 1 f; O Jornal 21.09.84; Expresso

- 23.03.85; O Jornal 01.12.83; O Jornal 12.08.83, O Jornal
24.09.82; O 04.84
- 1206) Text: Democracia e Liberdade Okt.-Dez. 84, S. 97; De Quadros,
Fausto, Depois do 'Constat d' Accord', S. 94
- 1207) Ministerio das Financas e do Plano, S. 152
- 1208) Clausse Guy, Die portugiesisch-spanischen Beziehungen in den
80er Jahren: Nebeneinander oder gelegentlich miteinander?
S. 27 f; O Jornal 08.03.85; 04.10.85
- 1209) Soares, Mário, Discurso proferido pelo Primeiro Ministro da
Republica Portuguesa por ocasião da assinatura do tratado de
adesão de Portugal às Comunidades Europeias
- 1210) siehe 1209)
- 1211) Frankfurter Rundschau vom 12.07.1985
- 1212) Dauderstädt, S. 3
- 1213) EIB-Informationen Nr. 45/85, S. 5
- 1214) Dauderstädt, S. 3
- 1215) Abgedruckt in Abl der EG L 274/78, S. 3 ff v. 29.09.78
- 1216) EIB-Informationen Nr. 45/85, S. 5; Art. 1, 2 Abs. 3
- 1217) Art. 2 Abs. 5
- 1218) Dauderstädt, S. 3
- 1219) Art. 3 Abs. 1; VO Nr. 3323/80, Abl L 349/80
- 1220) Dauderstädt, S. 4
- 1221) Art. 4, 5
- 1222) Mendes, Rui Almeida, Situação Actual das Negociações sobre a
Integração de Portugal na CEE, S. 78 f; Dauderstädt, S. 4
- 1223) zu den Programmen Dauderstädt, S. 4
- 1224) Dauderstädt, S. 5
- 1225) Dauderstädt, S. 5; VO (EWG) Nr. 3598/84 des Rates vom
18.12.84, Abl L 333/84, Art. 2, Dauderstädt, S. 5

- 1226) Dauderstädt, S. 5 f.; EIB-Informationen Nr. 45/85, S. 5 f.
- 1227) Dauderstädt, S. 6 f.
- 1228) Dauderstädt, S. 10 f.
- 1229) Dauderstädt, S. 8 ff.
- 1230) Abgedruckt: EG/Der Rat, Dokumente betreffend den Beitritt des Königreiches Spanien und der Portugiesischen Republik zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur EGKS, 3 Bände; Portugiesischer Text: O Jornal Especial 04.10.1985
- 1231) Bundesrat Drucksache 370/85 vom 16.08.1985, Denkschrift zu dem Vertrag vom 12.06.1985 (Beitrittsvertrag) und zu dem Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 11.06.1985 (Beitrittsbeschluß) über den Beitritt des Königreiches Spanien und der Portugiesischen Republik zur EWG, EAG und EGKS
- 1232) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 10
- 1233) Ministério das Finanças e do Plano, Comissão e Secretariado para a Integração Europeia (CIE/SIE), Síntese da Negociação, S. 109
- 1234) Protokoll Nr. 1, Art. 3, 5, 7
- 1235) Bundesrat Drucksache, siehe Randnummer 1231, 370/85, S. 14
- 1236) Bundesrat Drucksache, siehe Randnummer 1231, 370/85, S. 14
- 1237) Bundesrat Drucksache, siehe Randnummer 1231, 370/85, S. 14 f.
- 1238) Bundesrat Drucksache, siehe Randnummer 1231, 370/85, S. 15, Art. 203 Abs. 2
- 1239) DPIHK, Informationen 5/85, S. 7
- 1240) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 16
- 1241) VO EWG vom 15.10.1968 in Abl der EG L 257, S. 2; Berichtigung L 295, S. 12
- 1242) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 17
- 1243) Ministério das Finanças e do Plano, CIE/SIE, S. 106 f.
- 1244) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 18

- 1245) Liste A im Anhang zu Art. 223, XB, XC, XD, XE, XF, XH; Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 19 f.;
- 1246) Kommission der EG, Generaldirektion Information, Die Zwölfergemeinschaft nach dem Beitritt, S. 14
- 1247) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 20
- 1248) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 23
- 1249) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 28
- 1250) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 25
- 1251) VWD Europa 29.03.1985
- 1252) DPIHK; Informationen 5/85; S. 10
- 1253) DPIHK; Informationen 5/85, S. 10 f.
- 1254) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 30
- 1255) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 30
- 1256) Ministerio das Financas; CIE/SIE, S. 95
- 1257) Ministerio das Financas, CIE/SIE, S. 95; DPIHK, Informationen, 5/85, S. 11
- 1258) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 31
- 1259) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 33
- 1260) Vergleiche hierzu auch die der Schlußakte beigefügten Erklärung zur Sardinienproblematik Portugals
- 1261) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 34
- 1262) Bundesrat Drucksache 370/85, siehe Randnummer 1231, S. 35
- 1263) VWD Europa 29.03.1985
- 1264) Reizinho Costa Eduardo J., A adesão portuguesa a CEE, S. 62 ff.; Barclays Bank, Guia Prático do Empresario Portugues na CEE, obrigações; oportunidades e regimes transitórios, S. 120 ff.; Vergleiche hierzu die Gemeinsame Erklärung über die Teilhabe Spaniens und Portugals an den Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Fonds für regionale Entwicklung; VO 516/83; 1787/84; Protokoll 21
- 1265) Stuttgarter Zeitung vom 16.10.1985 darin zit. "O Jornal" zu 2)
- 1266) DPIHK, Informationen, 12/85, S. 4; Annex 1 Nr. 5, Beil. VIII zu Art. 26

1267) über die möglichen Konsequenzen vergleiche z.B.:

- Herausgeber: Friedrich Naumann Stiftung, Die zweite Erweiterung der EG, Bericht über eine Parlamentarierkonferenz vom 24.- 27. Oktober 1987 in der Theodor-Heuss Akademie in Gummersbach
- Centro de Estudos Europeus do Instituto Amaro da Costa, Herausgeber, Adesão de Portugal as Comunidades Europeias: Questões Economicas, Questões Sociais, Actas do I Seminario Internacional sobre a Adesão de Portugal as CE, Cadernos Europeus 2, Actas do II, Cadernos Europeus 3, 1984, 1985
- Fernandes Carlos Roma, Portugal a Europa e o Terceiro Mundo, Lissabon 1980
- Lopes António Calado, Portugal e Politicas Comunitarias, Lissabon 1985
- Democracia e Liberdade, Portugal e Europa (2), Heft 10, Juni 1979
- Ramão Antonio, Portugal face a CEE, Lissabon 1983
- Eduardo de Sousa Ferreira, Herausgeber Integração Economica, Teoria - CEE - A adesão de Portugal, Lissabon 1983
- A politica economica na Comunidade Europeia Alargada, Conferencia Internacional 13., 14.01.1983, Associação Portuguesa para o estudo da Integração Europeia, Lissabon 1985
- AIP Tomadas de posição da AIP face a Integração de Portugal na CEE
- Grohs, Cadete, Noelke s.o.
- von der Groeben, Hans, Möglichkeiten und Grenzen einer Europäischen Union, Sonderband: Die Erweiterung der EG durch den Beitritt der Länder Griechenland, Spanien und Portugal; Baden-Baden 1979
- Hajo Hasenpflug, Beate Kohler, Herausgeber, Die Erweiterung der EG Wende oder Ende der Integration, Hamburg 1977
- Expresso 05.04.1985; 29.12.1984

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

- Associação Industrial Portuguesa, AIP, Informationsschrift Lissabon, 1984
- AIP, breve história de uma associação, Lissabon, 1979
- AIP, Estatutos, Lissabon, 1985
- AIP, Relatório da Direcção e parecer do conselho fiscal, Lissabon 1985
- AIP, Tomadas de posição da AIP face a integração de Portugal na CEE 1981/1982, Lissabon
- Atkinson, William, C., Geschichte Spaniens und Portugals, München, 1962
- Bank von Portugal, Economic indicators, Lissabon 1985
- Bank von Portugal, Report of the Board of the Directors for the year 1984, Lissabon 1985
- Barclays Bank, Guia Prático do Empresário Português na CEE, obrigações, oportunidades e regimes transitórios, Lissabon 1986
- Barroso José Durão, Alguns elementos para o estudo dos partidos políticos portugueses: organização, clivagem ideológica, bibliografia selectiva in: Prospectivas Nr. 13/14 vom Januar-Juli 1983, S. 9ff
- Barroso José Durão, Le Systeme Politique Portugaise face a l'Integration Europeenne, Partis Politiques e Opinion Publique, Lissabon 1983
- Barroso José Durão und Condomines Jonas, A competição esquerda-direita e a competição entre partidos políticos na Europa do Sul (Portugal, Espanha, Grécia) in: Revista de Ciencia Politica, Nr. 1 aus 1985, S. 35 ff, Lissabon
- Bernhard Ludwig, Der Staatsgedanke des Faschismus, Berlin 1931
- Bieber, Horst, Portugal, Hannover 1975
- Bigotte Chorão Mário Emílio, Perspectiva Jusnaturalista da Revisão Constitucional in Democracia e Liberdade, Heft 15, S. 38 ff, Lissabon 1980
- Bogeng G.A.E., Abrahão Ribeiro, Brasilianische Verfassung

in Posener Paul, Die Staatsverfassungen des Erdballs, Charlottenburg 1909, S. 1022

- Brorsen W., Die Verfassungen der Erde in deutscher Sprache nach dem jeweils neuesten Stande, Tübingen 1950
- Bruneau Thomas C., Continuity and Change in Portuguese Politics: Ten Years after the Revolution of 25. April in: Pridham Geoffrey, The New Mediterranean Democracies, Regime Transition in Spain, Greece and Portugal, London 1984, S. 72ff
- Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Markt-Information, Portugal, Azoren und Madeira, Wirtschaft in Zahlen und Wirtschaftsdokumentation, August 1985
- Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Wirtschaftsnachrichten aus Portugal, Allgemeine Wirtschaftsdokumentation, Heft 1/85
- Caetano Marcelo, A Constituição de 1933, Estudo de Direito Político, 2. Auflage, Coimbra 1957
- Caetano Marcelo, Constituições Portuguesas, Lissabon 1978
- Caetano Marcelo, Manual de Ciência Política e Direito Constitucional, Band I, 6. Auflage, Lissabon 1972
- Caetano, Marcelo, Princípios e Definições, Textes de 1936 a 1967, Lissabon, 1969
- Canotilho Gomes, Ferreira da Silva Jaime, Die portugiesische Verfassung und ihre Revision, in Demokratie und Recht 9 (1981), S. 436 - 442
- Confederação dos Agricultores de Portugal, CAP, Informationsschrift
- CAP, Estatutos, Boletim Trabalhadores, Empresas, 3ªserie Nr. 10 v. 30.5.1985, S. 336ff
- Cardo Arménio, Portugal e o Mercado Comum depois do 25 de Abril Lissabon 1976
- Centro Democrático Social, CDS, Estatutos, Abril 1986, Lissabon
- CDS, Programa Partido do Centro Democrático Social, 1975, Lissabon
- Confederação da Indústria Portuguesa, CIP, Estatutos aprovados assembleia geral de 24 de Abril e 6 de Maio de 1981
- CIP, O Ponto de Vista da CIP sobre a Integração Europeia in

Democracia e Liberdade, "Portugal e Europa" 2, Heft 10, Juni 79
S. 129ff, Lissabon

- CIP, O Ponto de Vista da CIP sobre a Revisão Constitucional in
Democracia e Liberdade, Heft 15, S. 114ff, Lissabon 1980
- CIP, Relatório 1985
- CIP, Tomadas de Posição da CIP sobre a Integração de Portugal
na Comunidade Europeia 1974-1984, Centro de Documentação
- Clausse Guy, Der EG Beitritt Portugals: Probleme und Stellung
der politischen Parteien, insbesondere der Sozialistischen
Partei, Instituto de Estudos para o Desenvolvimento, Lissabon
1981
- Clausse Guy, Die portugiesisch-spanischen Beziehungen in den
80er Jahren: Nebeneinander oder gelegentlich Miteinander?
Vortrag vor dem Gesprächskreis Sozialwissenschaftlicher
Forscher über Portugal, Oktober 1986 in Bad Homburg
- Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses, CGTP/Inter-
sindical, Ante-Projectos de Teses, Congresso CGTP, Trabalho e
Progresso Democracia e Paz, Lissabon 29.-31.5.1986
- CGTP/IN, Estatutos da, 5. Kongress, Mai 1986, Lissabon 1986
- CGTP/IN, Programa de Acção, Plataforma Reivindicativa 5.
Kongress, Mai 1986, Lissabon 1986
- Cortesão Jaime, Alexandre de Gusmão e o Tratado de Madrid, Bd.
Rio de Janeiro, 1952
- Cunhal Alvaro, A revolução Portuguesa - O passado e o futuro,
Lissabon 1976
- Dalma, Rován, Razumorsky, Vermehren, Ramseier, Eurokommunismus,
Italien, Frankreich, Jugoslawien, Spanien, Portugal, S. 89ff,
Zürich 1977
- Da Paz Rodrigues Jorge, Rebocho Nuno, Para a História do
Sindicalismo Reformista Portugues in Cadernos Sindicais 1-2,
1983
- Dareste F.R., P., Les Constitutions Modernes, Recueil des Con-
stitutions en Vigueur dans les Divers Etats D'Europe, D'
Amerique e du Monde Civilisé, 2. Auflage, Band I, Paris
1891
- Dareste, s.o., 1. Auflage, Band II, Paris 1883
- Dareste, s.o., 3. Auflage, Band I, Paris 1910

- Dareste, s.o., 4. Auflage, Band II, Paris 1929
- Dareste, s.o., 4. Auflage, Band III, Paris 1931
- Dauderstädt Michael, Die Vorbeitrittshilfe der EG für Portugal, Vortrag vor dem Gesprächskreis Sozialwissenschaftlicher Forscher über Portugal, Oktober 1986, Bad Homburg und unveröffentlichte Schrift der Friedrich Ebert-Stiftung, Lissabon 1985
- De Athayde de Tavares Mario do Céu, Cardoso Mota António José, de Quadros Fausto, Porque vamos entrar para a CEE, 2. Auflage, Cadernos Europeus 1, Centro de Estudos Europeus do Instituto Amaro da Costa, 1984
- De Azevedo Amândio, A Experiência Portuguesa face ao Conselho da Europa, Cadernos Seminários, Seminário Internacional sobre Instituições Políticas Europeias, IPSD, Lissabon 1981
- De Azevedo J. Candido, Portugal, Europa face ao Mercado Comum, Dossier da adesão de Portugal a CEE, Lissabon 1978
- De Azevedo Amândio, Primeira Revisão da Constituição de 1976, S. 5ff, in revista progresso social e democracia Nr. 1
- De Azevedo J. L., Epocas de Portugal Económico, Esbocos de História, 3. Auflage, Lissabon 1973
- De Mello Fernando Ribeiro, Dossier 2^A República, Leis Constitucionais, Legislação Ordinária, Discursos Oficiais, Acordos, Notas Oficiosas, Comunicados, Proclamações, Decisões, 1⁰ Volume 25/4/74 - 25/4/75, Hrsg. Gonçalves José Padro, Lissabon 1976
- Dennewitz Bodo, Die Verfassungen der modernen Staaten, Band III, Hamburg 1984
- De Quadros Fausto, Depois do "Constat d'Accord" in Democracia e Liberdade Okt. - Dez. 1984, S. 94ff
- Deubner Christian, Der unsichere europäische Konsens, Der Beitritt zur EG als soziales und innenpolitisches Problem, Baden-Baden 1982
- Deutsch-Portugiesische Industrie- und Handelskammer, Geschäftsbericht 1984, Lissabon 1985
- Deutsch-Portugiesische Industrie- und Handelskammer, Ge-

schäftsbericht 1985, Lissabon 1986

- dtv-Lexikon, Ein Konversationslexikon in 20 Bänden, Band 14, S. 230ff, München 1973
- Duarte Herlander, A Revisão Constiucional e a Perspectiva Económica in Democracia e Liberdade, Heft 15, Lissabon 1980, S. 92ff
- Duquit L., Monnier H., Bonnard R., Les Constitutions et les principales Lois Politiques de la France depuis 1789, 7. Auflage, Paris 1952
- Eisfeld Rainer, Sozialistischer Pluralismus in Europa, Ansätze und Scheitern am Beispiel Portugals, Köln 1984
- Ermarth Fritz, Mussolini, Eine verfassungsrechtliche Studie über die Regierung Italiens, Tübingen 1932
- Eschmann Ernst Wilhelm, Der faschistische Staat in Italien, 2. Auflage, Breslau 1933
- Esser-Kahn Jürgen, Wahlen in Portugal in KAS-Auslandsinformationen Nr. 11/85, S. 4ff
- Esser Klaus, Ashoff Guido, Becker-Fahr Tilo, Gaschütz Cordula, Portugal, Industrie und Industriepolitik vor dem Beitritt zur EG, DIE, Bd. 47, Berlin 1977
- Ferreira de Almeida José Mário, A Justiça Constitucional em Portugal, Notas para um Estudo, Estudos de Direito Público Nr. 9, Lissabon 1985
- Flanz Gisbert H., Constitutions of the Countries of the World, Hrsg.: Blaustein Albert P., Flanz Gisbert, Portugal 1978-1983, New York 1983
- Fossati Erinaldo, Korporative Wirtschaftstheorie mit Beiträgen von Mussolini, Bottai u.a., Jena 1938
- Franz Günter, Staatsverfassungen, Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung, 1. Auflage, München 1950
- Franz s.o., 2. Auflage, Darmstadt 1964
- Fry Earl H., Raymond Gregory A., The Other Western Europe, A Political Analysis of the Smaller Democracies, Santa Barbara, Oxford 1980
- Gaspar Jorge, André Isabel, Honório Fernando, As eleições para a assembleia da Republica, 1979-1983, Estudo de

Geografia Eleitoral, Instituto de Pesquisa social, Damião de Gois, Lissabon 1984

- Gonçalves Maria Eduardo, Portugal, a CEE e a protecção dos direitos fundamentais (2), in O Jornal vom 17.7.81
- Gonçalves Pereira André, Teoria e Alcance do Direito Internacional Europeu, S. 29ff in Cadernos Seminários, Seminário Internacional sobre Instituições Políticas Europeias, IPSD, Lissabon 1981
- Gouveira António Patrício, Posição da Comissão de relações internacionais do PSD face a Europa, in Cadernos Seminários, Seminário Internacional sobre Instituições Europeias, IPSD, S. 45ff, Lissabon 1981
- Grabowski Georg, Portugal, in Posener Paul, Die Staatsverfassungen des Erdballes, Charlottenburg 1909, Text der Verfassung vom 29.4.1926 mit Zusätzen von 1852 und 1878
- Grohs Gerhard, Cadete Eduardo Maria, Noelke Michael, Portugals Beitritt zur EG, Probleme der Europäischen Integration, in Europäische Schriften des Institutes für Europäische Politik, Bd. 58, Bonn 1982
- Gutbrod Karl, Portugal, Wege und Irrwege, Stuttgart 1978
- Harvey J., Bather L., The British Constitution, London, Melbourne, Toronto 1966
- Hasenpflug Hajo, Kohler Beate, Hrsg., Die Süderweiterung der EG - Wende oder Ende der Integration, Hamburg 1977
- Hermens Ferdinand A., Köppinger Peter-Hugo, Von der Diktatur zur Demokratie: Das Beispiel Spaniens und Portugals in Verfassung und Verfassungswirklichkeit, The Living Constitution, Jahrbuch 1976, Band 10, Berlin, S. 13ff
- Herzog Werner, Portugal in: Die politischen Parteien in Westeuropa, Geschichte, Programm, Praxis, Hrsg. Raschke Joachim, S. 433ff, Hamburg 1978
- Hottinger Arnold, Eurokommunismus, Die kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Spaniens und Portugals, S. 248ff Hrsg.: Adolf Kimmel, Köln, Wien 1977
- Hottinger Arnold, Die kommunistischen Parteien Südeuropas, Länderstudien und Queranalysen, S. 213ff, Hrsg.:

Heinz Timmermann, Baden-Baden 1979

- Instituto Progresso Social e Democracia, IPSD, Colóquio sobre a Revisão Constitucional, Cadernos Seminários, Nr. 4 Lissabon 1981
- IPSD, Instituto Progresso Social e Democracia, Mesa Redonda com Manuel Algre, Leonardo R. de Almeida, J. Sá Borges, Basílio Horta, J. Silva Marques, J. Sanches Osório, F. Pinto Balsemão, "25 Abril dez anos depois", Lissabon 1984
- Jakob Ernst Gerhard, Grundzüge der Geschichte Portugals und seiner Überseeprovinzen, Darmstadt, 1969
- Jennings Ivor, The British Constitution, 1. Auflage, Cambridge 1966
- Júdice José Miguel, Painel sobre a Constituição in Democracia e Liberdade, Heft 16, S. 28f
- Kohler Beate, Politischer Umbruch in Südeuropa, Portugal, Griechenland, Spanien auf dem Weg zur Demokratie, Bonn 1981
- Kühnen Hans-Joachim, Das Regierungssystem Oliveira Salazars, Essen, 1967
- Lewis, J.R., Williams, A.M., Social Cleavages and Electoral Performance: The social basis of Portuguese Political Parties, 1976-1983, S. 119ff, in Pridham Geoffrey, The New Mediterranean Democracies, Regime Transition in Spain, Greece and Portugal, London 1984
- Livermore H.V., A new history of Portugal, 2. Auflage Cambridge, London, New York, Melbourne 1976
- Lopes Ernâni Rodrigues, A adesão de Portugal às Comunidades Europeias, Aspectos políticos da situação actual in revista progresso social e democracia Nr. 3, 1983
- Lopes Ernâni Rodrigues, Desenvolvimento económico e social e integração europeia. Dois desafios para a década de 80 in Relações Internacionais Nr. 1 aus 1982, S. 37ff
- Lopes Pedro Santana, Barroso José Durão, Sistema de Governo e Sistema Partidário, Lissabon 1980
- Machete Rui, Sistema de Alianças e sistema de governo

em Portugal - o sistema de Alianças dos Partidos Políticos Portugueses face a necessária estabelização do Executiva na perspectiva de reforço do Estado Democrático, in: Relações Internacionais Nr. 2, Juli/Dezember 1982, Lissabon

- Mampel Siegfried, Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Kommentar, 2. Auflage, Frankfurt 1982
- Matthée Ulrich, Das Gewerkschaftssystem Portugals, in: Gewerkschaften in den Demokratien Westeuropas, Hrsg.: Hans Rühl, Hans-Joachim Veen, Band 1, S. 267ff, Paderborn 1983
- Mayer-Tasch Peter Cornelius, Contiades Jan, Hrsg., Die Verfassungen der nichtkommunistischen Staaten Europas, 1. Auflage, Stuttgart 1966
- Mayer-Tasch s.o., 2. Auflage, München 1975
- Mendes Rui Almeida, Situação Actual das Negociações sobre a Intergração de Portugal na CEE in Cadernos Seminarios, Seminário Internacional sobre Instituições Políticas Europeias, Lissabon 1981
- Miehsler Herbert, Petzold Herbert, Hrsg., European Convention of Human Rights, EMRK, Texts und Documents, Band 1, Köln, Berlin, Bonn, München 1982
- Ministério das Financas e do Plano, Comissão e Secretariado para e Intergração Europeia (CIE/SIE), Síntese da Negociação, Lissabon 1985
- Miranda Jorge, L'expérience constitutionnelle portugaise in Revista de Ciência Política, Nr. 1, S. 61ff, Lissabon 1985
- Miranda Jorge, Manual de Direito Constitucional, Band 1, Preliminares a Experiência Constitucional, 3. Auflage, Coimbra 1985
- Miranda, s.o., Band II, Introdução à Teoria da Constituição, 2. Auflage, Coimbra 1983
- Miranda s.o., Band III, Estrutura Constitucional do Estado, Coimbra 1983
- Miranda Jorge, O Sistema Semipresidencial Português entre 1976 e 1979, Texto português da comunicação apresentada em

20 de Janeiro de 1983 ao Colóquio Internacional sobre Regimes Semipresidenciais promovido pelo "Centre d'Analyse Comparative des Systèmes Politiques" da Universidade de Paris I, Separata da Revista da Faculdade de Direito, Ano XXV, S. 193ff

- Miranda Jorge, Sobre a Previsível Criação de um Tribunal Constitucional in Democracia e Liberdade, Heft 15, S. 59ff, Lissabon 1980
- Mirkine-Guetzévitch Boris, Les Constitutions Européennes, Band 1, Paris 1951
- Morais Isaltino, Ferreira de Almeida José Mário, Leite Pinto Ricardo L., Constituição República Portuguesa, Anotada e Comentada, Lissabon 1983
- Morais ..., s.o., O Sistema de Governo Semipresidencial, O caso Português, Lissabon 1984
- Moreira Cardoso da Costa José Manuel, Die Verfassungsgerichtsbarkeit in Portugal, in Christian Starck/Albrecht Weber Hrsg., Die Verfassungsgerichtsbarkeit in Westeuropa, Teilband I, Berichte, Baden-Baden 1986
- Mota de Campos João, As Relações da Ordem Jurídica Portuguesa com o Direito Internacional e o Direito Comunitário à Luz da Revisão Constitucional de 1982, Estudo de Direito Internacional, de Direito Comunitário e de Direito Público Comparado, Instituto Superior de Ciências Sociais e Políticas, Lissabon 1985
- Müller Anton P., Portugal und Spanien in der EG, in: Aus Politik und Zeitgeschichte v. 22.2.86, S. 4ff
- Nohlen Dieter, Redaktion, Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, Ein Handbuch, Band 1, Europa, 2. Halbband, Hrsg. Sternberger Rolf, Vogel Bernhard, Berlin 1969
- OECD, Economic Surveys 1983-1984, Paris 1984
- OECD, Economic Surveys 1985-1986, Paris 1986
- OECD, Reviews of National Policies for Education, Portugal, Paris 1984
- Partido Comunista Português, PCP, Estatutos aprovados no V Congresso 15.-18.12.1983

- PCP, Programa e Estatutos do PCP, Documentos Políticos do PCP, Lissabon 1979
- PCP, Situação Política e Perspectivas, Resolução Política do Comité Central do PCP, Juni 1986
- Partido Renovador Democrático, PRD, Compromisso dos Candidatos do PRD com os eleitores, 15.9.1985
- PRD, Declaração de Princípios, Lissabon 1985
- PRD, Estatutos do Partido, Lissabon 1985
- PRD, Programa do Partido Renovador Democrático, 2. Konvent 1986
- PRD, Projecto de Alteração de Estatutos, Projecto I, Subscritores: Herminho Martinho, Comissão Directiva Nacional, aprovado no II Convenção Nacional, Oktober 86
- PRD, Proposta Eleitoral, Lissabon 1985
- Partido Socialista, PS, Declaração de Princípios e Programa aprovado no VI Congresso Nacional, Lissabon 86
- PS, Dez anos para mudar o Portugal, Proposta PS para os Anos 80, aprovado no III Congresso do PS, Lissabon März 1979
- PS, Estatutos, aprovados no VI Congresso Nacional, Lissabon 1986
- PS, 4th National Congress of the Socialist Party, Lissabon 8.-10. Mai 1981, Lissabon 1981
- Partido Social Democrata, PSD, Dados e Factos, Lissabon 1986
- PSD, Dez Congressos, dez anos de vida, Lissabon 1984
- PSD, Estatutos, Lissabon 1986
- PSD, Organizações Nacionais, Congresso 1-13, Lissabon 1986
- PSD, Programa, 23., 24.11.1974, Lissabon 1986
- Peaslee Amos J., Constitutions of Nations, Band III, 2. Auflage, Den Haag 1950
- Peaslee s.o., 3. Auflage, Den Haag 1968
- Peaslee Dorothy Xydis, Constitutions of Nations, Band III, Europa, 3. Auflage, Den Haag 1986
- Pöhlitz Karl Heinrich Ludwig, Die europäischen Verfassungen seit dem Jahre 1789 bis auf die neueste Zeit, Leipzig 1833

- Ptak Heinz Peter, Wohin steuert Portugal, Geschichte, Hintergründe, Ausblick, Bad Boll, 1978
- Rebelo de Sousa Marcelo, Painei sobre a Constituição, Democracia e Liberdade, Heft 16, S. 29ff, Lissabon 1980
- Reizinho Eduardo J. Costa, A adesão portuguesa à CEE, Manual Prático, Lissabon 1985
- Ribeiro e Castro José, Para a Constituição de 1981, Democracia e Liberdade, Heft 16, S. 40ff, Lissabon 1980
- Rodrigues Queiro Afonso, Da Licitude de uma Reforma da Constituição, Democracia e Liberdade, Heft 15, S. 14 ff, Lissabon 1980
- Roqgemann Herwig, Die DDR Verfassungen, Berlin 1976
- Sá Carneiro Francisco, Uma Constituição para os anos 80, Contributo para um Projecto de Revisão, Lissabon 1979
- Sá Carneiro Francisco, Diskussion mit, 21.4.80 vor dem Europarat in Straßburg, PSD-Archiv
- Salazar Oliveira, Portugal, Das Werden eines neuen Staates, Reden und Dokumente, Essen, 1938
- Salazar Oliveira, The Road of the Future, Nationales Sekretariat für Information, SNI, Lissabon, 1963
- Saraiva José Hermano, Portugal, Genf, 1979
- Schäfer Heinrich, Geschichte von Portugal, Bd. III, Hamburg, 1850
- Schmid Gerhard, Die portugiesische Verfassung von 1976, Archiv des Öffentlichen Rechts, Heft 2, 1978, S. 204ff
- Seabra R.C., A organização sindical portuguesa, in: Democracia e Liberdade, Heft 6/78, S. 54ff
- Silva Campos da Carlos, O Conselho da Revolução - Orgão Transitório da Constituição politica de 1976, Democracia e Liberdade, Heft 16, S. 53ff
- Soares Mário, Der politische Prozess in Portugal und die historische Verantwortung der Sozialistischen Partei, Vortrag vor dem Gesprächskreis Politik und Wissenschaft am 13.6.78, unveröffentlichtes Dokument der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Soares Mário, Discursos proferidos pelo Presidente da Republica, General Ramalho Eanes, e pelo Dr. Mário Soares

na posse do primeiro governo constitucional. Secretária de Estado da Comunicação Social, Lissabon 1976

- Soares s.o., Discurso proferido pelo Primeiro Ministro da República Portuguesa por ocasião da assinatura do tratado de adesão de Portugal às Comunidades Europeias, Lissabon 12. Juni 1985, SN 2449/85
- Soares Mário, Stellungnahme des portugiesischen Ministerpräsidenten zum Gesuch Portugals um Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften, September 1977 in Europa-Archiv, Folge 19/1977, S. 528-533
- Spínola António de, Portugal und die Zukunft, Düsseldorf 1974
- Staatssekretariat für Information und Tourismus, Portugals Geschichte im Überblick, Lissabon, 1973
- Staatssekretariat für Information und Tourismus, Verfassung der Portugiesischen Republik, Lissabon 1972
- Stahl Heinz Michael, Carvalho Rui, do Amaral João Ferreira, Moniz Fernando, Luna Manuel Moreira, Seruga Luis Miguel, Prospects für Portuguese Labour migration to the EC, 1980-1990, IED, Lissabon 1980
- Starck Christian, Weber Albrecht, Hrsg., Verfassungsgerichtsbarkeit in Westeuropa, Teilband II, Dokumentationen Baden-Baden 1986
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Hrsg., Länderbericht Portugal 1985, Statistik des Auslandes, Stuttgart, Mainz 1985
- Story Jonathan, Die portugiesische Sozialistische Partei in "Sozialdemokratische Parteien in Europa", S. 301ff, Hrsg., W.E. Paterson, K.Th. Schmitz, Bonn 1979
- Strupp Karl, Die portugiesische Verfassung vom 21. August 1911 in Jahrbuch des Öffentlichen Rechts, Band VII, 1913, S. 436ff
- Thomashausen André, Die revidierte Verfassung der Republik Portugal von 1976 - Eine Einführung - in Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge, Band 32, Tübingen 1985, S. 443ff
- Thomashausen André, Der Freiheitsbegriff, die Grundrechte

und der Grundrechtsschutz in der neuen portugiesischen Verfassung vom 2. April 1976, in EuGRZ 1981, S. 1ff

- Thomashausen André, Portugal, aus: Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, S. 495ff, Hrsg.: Frank Wende, Stuttgart, 1981
- Thomashausen, Tarifaautonomie, Tarifvertragsrecht und Gewerkschaftsfreiheit, unmittelbare Geltungskraft sozialer Grundrechte in EuGRZ 1981, S. 454ff
- Thomashausen André, Verfassung und Verfassungswirklichkeit im neuen Portugal, Berlin 1981
- União Geral de Trabalhadores, UGT, Estatutos, Boletim Trab.Emp. 3^a serie, no. 11, 15.6.84
- UGT, Programa de acção, Lissabon 1984
- Universidad Autónoma de Madrid e Faculdade Ciências Sociais e Humanas de Universidade Nova de Lisboa, Alargamento da Comunidade Europeia: Análise da Entrada da Espanha e de Portugal, Lissabon 1985
- von der Mühl Urs, Die Unterentwicklung Portugals - Von der Weltmacht zur Halbkolonie Englands, Frankfurt, New York, Melbourne 1978
- von Löwis of Menar Henning, Bilateralismus und Multilateralismus in der Außenpolitik Portugals seit 1945, Hamburg 1979
- Verfassungsregister, Teil II, Europa, Heft XIX, Dokumente: Hrsg., Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches Öffentliches Recht der Universität Hamburg, Institut für Internationales Recht der Universität Kiel, Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen, Prof. Dr. E. Menzel, Dr. F. Groh, Dr. H. Hecker, Frankfurt, Berlin 1956
- Wallace William, Edwards Geoffrey, Tsoukalis Loukas, Eine Gemeinschaft der Zwölf, Die EG und ihre Erweiterung nach Süden, Europa-Archiv 19/1977, S. 627-688
- Weber, Peter, Portugal: Räumliche Dimension und Abhängigkeit, Darmstadt 1980

A B K Ü R Z U N G S V E R Z E I C H N I S

- AD = Alianca Democrática
- AIP = Associação Industrial Portuguesa
- ANP = Acção Nacional Popular
- ARA = Acção Revolucionária Armada
- ASP = Acção Socialista Portuguesa
- BRD = Bundesrepublik Deutschland
- CAIPCEE = Comitee Suporting Integration into the EEC
- CAP = Confederação dos Agricultores de Portugal
- CDU = Christlich Demokratische Union
- CDS = Centro Democrático Social
- CGTP/Intersindical = Confederação Geral dos Trabalhadores
- CIP = Confederação da Indústria Portuguesa
- CM = Kommunistischer Bauernverband
- COPCON = Commando Operacional do Continente
- DDR = Deutsche Demokratische Republik
- DPIHK = Deutsch-Portugiesische Industrie- und Handelskammer
- EAG = Europäische Atomgemeinschaft
- EAGV = Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
- ECU = European Currency Unit
- EDU = Europäische Demokratische Union
- EFTA = European Free Trade Association
- EGB = Europäischer Gewerkschaftsbund
- EG = Europäische Gemeinschaften
- EGKS = Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- EIB = Europäische Investitionsbank
- EUGH = Europäischer Gerichtshof
- EVP = Christdemokratische Europäische Volkspartei
- EWG = Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
- EWGV = EWG-Vertrag
- FES = Friedrich Ebert Stiftung
- FJC = Federação das Juventudes Comunistas
- FRS = Frente Socialista Popular

- GZT = Gemeinsamer Zolltarif
- ILO = International Labour Organization
- IWF = Internationaler Währungsfond
- JSN = Junta da Salvação Nacional
- KAS = Konrad Adenauer Stiftung
- KP = Kommunistische Partei
- MFA = Movimento das Forças Armadas
- MUD = Movimento de União Democrática
- MUNAF = Movimento de Unidade Nacional Antifascista
- NATO = North Atlantic Treaty Organization
- OECD = Organization for Economic Cooperation and Development
- OEEC = Organization for European Economic Cooperation
- ÖVP = Österreichische Volkspartei
- PCP = Partido Comunista Português
- PDC = Partido da Democracia Crista
- PIDE = Polícia Internacional e de Defesa de Estado
- PPM = Partido Popular Monárquico
- PPD = Partido Popular Democrático
- PRD = Partido Renovador Democrático
- PS = Partido Socialista
- PSD = Partido Social Democrata
- RE = Rechnungseinheit
- SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- SU = Sowjetunion
- TSD = Trabalhadores Social Democratas
- UDA = União de Agricultores
- UDI = Internationale Demokratische Union
- UDP = União Democrática Popular
- UDSSR = Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
- UEDC = Europäische Union der Christdemokraten
- UEDS = União da Esquerda para a Democracia Socialista
- UGT = União Geral de Trabalhadores
- UN = União Nacional
- UNO = United Nations Organization
- VV = Verfassungsgebende Versammlung

- VWD = Vereinigter Wirtschaftsdienst
- USA = United States of America
- ZK = Zentralkomitee

Lebenslauf

Am 09.12.1956 wurde ich als drittes Kind von Dr. Felix Kreidler, Zahnarzt, verstorben am 10.12.1986, und seiner Ehefrau Renate, geb. Baur, Hausfrau, in Stuttgart geboren.

Ich besitze die deutsche Staatsangehörigkeit.

Von 1962 bis 1966 besuchte ich die Grundschule in Horb a. N. und wechselte dann in das mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium in Horb a. N. über. Dort erhielt ich das Reifezeugnis.

Im Wintersemester 1975/76 begann ich das Studium in den Fächern Deutsch, Geschichte und Politik an der Universität Tübingen und wechselte im Sommersemester 1976 in den Fachbereich Rechtswissenschaften.

1979 besuchte ich sechs Monate die Universität Aix/Marseille als Gasthörerin.

Nach meiner Rückkehr nach Tübingen und vier weiteren Fachsemestern legte ich am 03.12.1981 dort die Erste juristische Staatsprüfung ab. Am 03.02.1982 nahm ich in Ulm/Donau den Referendardienst auf, den ich mit der Zweiten juristischen Staatsprüfung am 30.01.1985 beendete. Danach begann ich in Münster/Westfalen mit der vorliegenden Dissertation.

Seit Ende 1985 bin ich mit Rüdiger Pleus verheiratet.

An der Universität in Münster war ich vom Sommersemester 1985 bis zum Wintersemester 1986/87 für den Fachbereich Rechtswissenschaften immatrikuliert.

Seit 01.07.1987 bin ich als Rechtsanwältin in Ludwigsburg tätig.

